

# ZWANZIG JAHRE DANACH – POSTKOMMUNISTISCHE LÄNDER UND EUROPÄISCHE INTEGRATION



**ZWANZIG JAHRE DANACH –  
POSTKOMMUNISTISCHE LÄNDER UND EUROPÄISCHE INTEGRATION**



Mit Unterstützung der Europäischen Union - Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“:  
Strukturförderung für zivilgesellschaftliche Organisationen auf europäischer Ebene.

## Heinrich-Böll-Stiftung

Herausgeber: Heinrich-Böll-Stiftung, Europäische Union, Brüssel  
Juli 2009

© bei den AutorInnen und der Heinrich-Böll-Stiftung, Europäische Union, Brüssel  
Alle Rechte vorbehalten

Übersetzung aus dem Englischen: Urs Taeger, außer Kapitel 4 und 7: Henriette Harding  
Korrekturlesen und Fotorecherche: Jonathan Niessen  
Koordination und Endredaktion: Marianne Ebertowski  
Produktion: Micheline Gutman  
Fotos: Die Rechte liegen falls nicht anders angegeben, bei den AutorInnen.

Titelbild: © Arthur Barys

D/2009/11.850/3

Die hier veröffentlichten Artikel spiegeln die Meinung der jeweiligen Autoren wider: Diese stimmt nicht  
notwendigerweise mit den Ansichten der Heinrich-Böll-Stiftung überein.

Diese Broschüre kann bestellt werden bei:  
Heinrich-Böll-Stiftung, Europäische Union, Brüssel

15 Rue d'Arlon  
B-1050 Brüssel  
Belgien

P (+32) 2 743 41 00  
F (+32) 2 743 41 09  
E [brussels@boell.eu](mailto:brussels@boell.eu)  
W [www.boell.eu](http://www.boell.eu)

<b>VORWORT</b>	4
<b>ERSTER TEIL</b>	
Mitteuropa: die neuen Mitgliedstaaten	7
<b>1. Ilana Bet-El:</b> Die postkommunistischen Länder und die europäische Integration	8
<b>2. Adam Krzemiński:</b> Zwischen Enttäuschung und Optimismus – die polnische Erfahrung	18
<b>3. Jiří Pehe:</b> Die Tschechische Republik und die Europäische Union – eine problematische Beziehung	23
<b>4. Veiko Spolitís:</b> Inmitten zentripetaler und zentrifugaler Bewegungen – die andauernde Transformation der baltischen Staaten von 1989-2009	33
<b>5. Werner Schulz:</b> Aufbruch nach Europa – die Deutsche Einheit als Vorstufe zum Vereinten Europa	46
<b>ZWEITER TEIL</b>	
Der Westbalkan und die EU-Perspektive	55
<b>6. Nicholas Whyte:</b> Die EU und der Westbalkan	56
<b>7. Vladimir Pavićević:</b> Die europäische Perspektive Serbiens, Montenegros und Kosovos	65
<b>8. Tihomir Ponoš:</b> Kroatien – ein zögerlicher Europa-Anhänger	73
<b>9. Ugo Vlaisavljević:</b> Bosnien und Herzegowina – die Fortsetzung der Ethnopolitik im Zeitalter europäischer Integration	85
<b>DRITTER TEIL</b>	
Die Länder der früheren Sowjetunion: die neuen östlichen Nachbarn der EU	99
<b>10. Fraser Cameron:</b> Die Osteuropa-Politik der Europäischen Union	100
<b>11. Beka Natsvlishvili:</b> Georgien auf dem Weg nach Europa	111
<b>12. Jens Siegert:</b> Russland und die Europäische Union – großer Graben statt Eiserner Vorhang?	121
<b>13. Juri Durkot:</b> Geschichten aus der Ukraine	131

## VORWORT

Das Jahr 1989 war – in den Worten des polnischen Publizisten und ehemaligen Dissidenten Adam Michnik – ein europäisches „annus mirabilis“. Die friedliche Revolution von 1989 war ein Wunder, das von Menschen gemacht wurde. Kaum jemand hat vorausgesehen, dass eine grenzüberschreitende Volksbewegung binnen weniger Monate die realsozialistischen Regimes zum Einsturz bringen und die mächtige Sowjetunion zum Rückzug auf die inneren Grenzen Russlands bewegen würde – schon gar kein westlicher Staatsmann. Zwar gab es da Ronald Reagans legendären Aufruf vom Juni 1987 an der Berliner Mauer: „Mr Gorbatschew, tear down this wall!“ Aber weder die US-Diplomatie noch die europäischen Regierungen haben daran ernstlich geglaubt, und manche haben es sich auch gar nicht gewünscht. Ihnen waren zwei Deutschländer lieber als eins.

Dieses Wunder der Freiheit fiel nicht vom Himmel – es hat eine lange Vorgeschichte; die tschechoslowakische *Charta 77* gehört unbedingt dazu wie die Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* in Polen; man kann noch weiter zurückgehen bis zum Prager Frühling von 1968 und zu den sowjetischen Dissidenten um Andrej Sacharow, oder noch weiter bis zum Ungarn-Aufstand von 1956 und dem 17. Juni 1953 in der DDR, der ersten Massenerhebung im sowjetischen Machtbereich nach dem Krieg.

Dass 1989 im Unterschied zu früheren Erhebungen so erfolgreich war, hat auch damit zu tun, dass es eine friedliche Revolution war. Die Bilder der Panzer von Ostberlin, Budapest und Prag standen noch allen vor Augen, und niemand konnte sicher sein, dass sich diese Tragödien nicht wiederholen würden. Aus diesem Trauma war ein ganz neues Konzept des Widerstands entstanden, das auf Gewaltfreiheit und Dialog mit der Macht gründete und auf friedliche Transformation zielte.

Dass dieses unwahrscheinliche Ergebnis tatsächlich eintrat, beruhte nicht nur auf der Klugheit und Umsicht der Oppositionellen. Ohne den po-

litischen Frühling in Moskau, ohne Gorbatschows Bereitschaft, die russischen Truppen in den Kasernen zu belassen und die Reformbewegung in den „Bruderländern“ gewähren zu lassen, wäre die Geschichte von 1989 in sehr viel dunkleren Farben gezeichnet worden. Das bleibt Gorbatschows historischer Verdienst, auch wenn er auf einem Irrtum beruhte: nämlich der Vorstellung, man könnte das sozialistische System durch Reformen stärken, die tatsächlich seinen Untergang besiegelten.

Den Zeitgeist der Aufbruchperiode in den frühen neunziger Jahren hat der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama in seinem berühmten gewordenen Buch vom „Ende der Geschichte“, das 1992 erschien, eingefangen. Fukuyamas Kernthese lautete, dass es mit dem Untergang des realen Sozialismus keinen ernsthaften Gegenentwurf zum Liberalismus mehr gebe, dass also die ganze Welt sich jetzt jener Kombination von Demokratie und Kapitalismus verschreiben werde, die sich in der Systemkonkurrenz als so erfolgreich erwiesen hat.

Die Frage die wir am Ende des ersten Jahrzehnts des neuen Millenniums stellen müssen ist: ist diese Beschreibung noch aktuell? Oder erleben wir nicht vielmehr in zahlreichen Transformationsländern eine Erosion der frisch gewonnenen Demokratie, während zugleich die aktuelle Krise der Weltwirtschaft die Legitimität des Kapitalismus in Frage stellt? Auch wenn die empirische Krise von Demokratie und Marktwirtschaft noch lange nicht bedeutet, dass sich Alternativen zu beiden herausbilden, die eine ähnliche Wucht wie die kommunistischen und faschistischen Gegenbewegungen der 1930er Jahre entwickeln könnten.

Der Wellenschlag der Freiheit von 1989 reichte weit über Europa hinaus. Auch die chinesische Demokratiebewegung gehört dazu, die auf dem Tiananmen-Platz nach dem alten Muster niedergewalzt wurde. Aber sein Epizentrum hatte er doch in Europa, Russland mit eingeschlossen. Und zu

seinen wichtigsten Errungenschaften gehörte die politische Wiedervereinigung Europas auf der Basis von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Diese historische Mission, ein freies und vereinigtes Europa zu schaffen, ist noch nicht abgeschlossen. Wir sollten nicht den Fehler begehen, neue, dauerhafte Trennungslinien in Europa zu errichten oder zu akzeptieren, weder gegenüber den Nationen des ehemaligen Jugoslawien noch gegenüber der Türkei, der Ukraine oder Georgien. Gegenwärtig bedrohen die Auswirkungen der ökonomischen Krise selbst den bereits erreichten Stand der europäischen Integration. Wir erleben einen gefährlichen Mangel an europäischer Solidarität und Handlungsfähigkeit in einer Phase, in der wir mehr statt weniger Europa brauchen, um der Krise Herr zu werden.

Die Autoren und Autorinnen dieser Broschüre werfen nicht nur einen freudigen Blick zurück auf jene euphorischen Tage, in denen die Völker Mittel-Osteuropas die Spaltung Europas beendet haben. Sie ziehen auch eine nüchterne Bilanz der Entwicklungen von damals bis heute. Was ist aus dem demokratischen Aufbruch von 1989 geworden? Wieweit haben sich die Hoffnungen von

damals erfüllt und wo sind sie in Enttäuschung umgeschlagen? Welche Rolle hat Europa, das Beispiel der Europäischen Union, bei den Entwicklungen der letzten zwanzig Jahre gespielt? Wo stehen die postkommunistischen Länder Mittel- und Osteuropas, aber auch die des Westbalkans heute in Europa? Welchen Einfluss hat dies alles auf das „alte Europa“ gehabt, auf die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, deren Geschichte sich auf der anderen Seite der Mauer abspielte? Aber auch: wie hat der Beitritt der postkommunistischen Länder aus Mittel-, Ost- und Südosteuropa die Europäische Union und ihre Politik beeinflusst?

Auch ein Blick nach vorn wird geworfen: Wo sehen sich die postkommunistischen Länder Europas in 20 Jahren? Welche Werte und Ziele sollen Europas Zukunft prägen? Denn eins ist klar: So sehr die europäische Einigung starke gemeinsame Institutionen braucht, so wenig kann sie allein von den Institutionen getragen werden. Ohne gemeinsame Werte und Ideale, ohne europäische Öffentlichkeit und eine Verständigung darüber, wie wir in Zukunft unsere Gesellschaft gestalten wollen, fehlt der europäischen Einigung der Schwung, den sie braucht, wenn sie vorankommen soll.



**Ralf Fücks** studierte Sozial- und Wirtschaftswissenschaft sowie Politologie in Heidelberg und Bremen. 1982 wurde er Mitglied von *Bündnis 90/Die Grünen*. Nach seinem Studium arbeitete er als Lektor an der Bremer Universität und als Herausgeber der Zeitschriften *Moderne Zeiten* und *hefte für demokratie und sozialismus*. 1991-1995 war er Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz in Bremen. Seit 1996 ist Ralf Fücks Vorstandsmitglied der Heinrich-Böll-Stiftung.





# **ERSTER TEIL**

Mitteleuropa: die neuen Mitgliedstaaten



ILANA BET-EL

## Die postkommunistischen Länder und die europäische Integration

Die Europäische Union ist eine Anomalie: eine wirklich historische Schöpfung, die grundlegend ahistorisch ist. Es gibt zu keiner Zeit ein vergleichbares Beispiel, in der eine große Anzahl souveräner Staaten sich freiwillig dazu entschließt, ihre Souveränität und Ressourcen zum Wohl einer größeren Einheit zu bündeln. Diese definitionsgemäß ambivalente Bündelung stellt aber auch eine der herausragenden Stärken der Union dar, da sie es zulässt, im Laufe der Zeit Meinungen zu ändern und das Ganze zu reflektieren. Es ist diese Ambivalenz, die das Projekt mit Leben erfüllt und sicherstellt, dass jede Generation dessen Möglichkeiten aufs Neue verhandelt und neue Entscheidungen trifft. Dies ist eine bemerkenswerte, historische Leistung – und doch entschieden ahistorisch, da das Projekt sich als besonders ausgeklügelter Mechanismus erwiesen hat, auf kollektiver Ebene nicht über die Geschichte zu sprechen und wenn möglich, sie sogar aktiv zu ignorieren.

Die komplizierten Regeln und Richtlinien, der Juristenjargon, die arbeitsaufwendigen Übersetzungen, die endlosen Verhandlungen, die verwirrenden Institutionen, die Vermittlungsverfahren und neuerlichen Vermittlungsverfahren – diese und viele andere Maßnahmen gewährleisteten ein streng geregeltes und oft zeitaufwendiges Miteinander der Menschen, Gemeinschaften und Staaten. In der Folge wandern die Gefühle, die Forderungen und die Empörung in Ausschüsse, sie werden in ihre Einzelteile zerlegt und bürokratisch verarbeitet – sie unterliegen einem Prozess und nicht dem Hass, Konflikten oder der Geschichte. Das ist an sich schon eine beachtliche Leistung und erst recht für Europa, ein Kontinent, der jahrhundertlang gedieh, indem er die Geschichte ausschaltete und damit jede Form von Hass und Konflikt rechtfertigte. Gebietsansprüche und Ressourcen, Religion und Ethnizität, Hegemonie und Macht – zahlreiche Themen wurden über viele Jahre sorgfältig kultiviert, dienten als Argumente gegeneinander oder dazu, Allianzen gegen

andere zu schmieden, und wurden als Kriegsgrund missbraucht. Auf einen Kampf folgte der nächste, in einer grausamen und fast ununterbrochenen Spirale der Gewalt. Aber dann, nach der unvorstellbaren Brutalität des Zweiten Weltkrieges, endete es. Die Geschichte wurde samt ihrer Teilaspekte fortgeschafft, außer Sichtweite platziert, verbannt – und das, was später die EU werden sollte, eine neue, prozessorientierte Ordnung der Gegenwart und der Zukunft begann. Es war eine entschlossene Umsetzung des berühmten Ausspruchs von L.P. Hartley: „Die Vergangenheit ist ein fremdes Land, dort gelten andere Regeln.“

So geschah es im Westen und ist auch nur die halbe Wahrheit. Auch woanders in Europa wurde die Vergangenheit ausgemerzt, aber aus anderen Gründen. Ein Eiserner Vorhang wurde quer durch den Kontinent gezogen und verwehrte den Menschen dahinter ihre eigene Identität oder Geschichte. Im Ostblock und im ehemaligen Jugoslawien war das Reden über die Vergangenheit weitgehend verboten, das Gedenken und Erinnern war, wenn überhaupt, auf von oben legitimierte Themen beschränkt. Jugoslawien wurde ein Staat mit erzwungener „Brüderlichkeit und Einheit“, der sich an keinen Block anschloss, und die anderen besiegten Staaten wurden entweder als vollwertige Sowjetrepubliken oder als „Satellitenstaaten“ neu geschaffen – in jedem Fall mit einer Geschichte, die bis zum Sieg und ihrer Besetzung durch die Russen zurückreichte, gekoppelt an die Zeitrechnung der kommunistischen Revolution. Dies war keine Einrichtung mit der die Geschichte zugunsten einer besseren gemeinsamen Gegenwart und Zukunft ignoriert wurde, sondern ein System, das die Vergangenheit verdrängte und so umformen wollte, dass sie den Anforderungen eines diktatorischen und oft gewalttätigen Bezwingers diene. Es war ein abscheuliches System, das fast ein halbes Jahrhundert lang in Mittel- und Osteuropa herrschte – und doch keine Aussicht auf Erfolg hatte, weil es nicht überlebensfähig war.

Die Geschichte kann gelegentlich ignoriert werden, wie die EU bewiesen hat, aber sie kann nicht geleugnet werden, ebenso wenig wie Erinnerung und Identität von außen und auf ewig auferlegt werden können. Indem die Sowjets die Geschichte unterdrückten, haben sie dafür gesorgt, dass die Geschichte, vor allem die individuelle und einzigartige Geschichte jedes unterdrückten Landes, zum Kern des Widerstands und letztendlich zur nationalen Identität wurde. Wie der estnische Dichter Jaan Kaplinski anmerkte: „Die überwältigende Mehrheit der Esten akzeptierte die ihnen auferlegte sowjetische Identität nicht und, durch die Nähe zu Finnland ermutigt, klammerte sie sich stattdessen an eine echte oder imaginäre westliche.“ Dies traf im Großen und Ganzen auf alle sowjetisch besetzten Länder zu. In der Folge entwickelte jedes dieser Länder nach dem Ende des Kalten Krieges, nachdem der Eiserne Vorhang verschwunden war, einen starken Sinn für die eigene Identität und Geschichte und hatte das dringende Bedürfnis, endlich frei und offen über die Vergangenheit reden zu können – über die gesamte Vergangenheit, quer über den Kontinent. Es war notwendig, die Jahre der Unterdrückung zu begreifen, um sie dann zugunsten der Zukunft beizulegen. Und es gab das verständliche Bedürfnis, die Last der Unterdrückung mit den anderen Europäern zu teilen. Aber dann trafen diese befreiten Staaten auf die Europäische Union: der historische Rahmen, der ihnen helfen sollte und würde, sich zu modernisieren und mit ihrer eigenen Identität zu wachsen und gedeihen – aber auch ein ahistorisches Projekt, ein System, die Vergangenheit zu ignorieren. Es war ein Kulturschock auf beiden Seiten: Weder die Staaten noch die EU waren auf diese Begegnung vorbereitet. Und doch war und ist es die Kulisse des faszinierenden europäischen Integrationsprozesses.

## Wiedervereinigung

Europa war nie vereinigt. Über die Jahrtausende wurden Teile Europas in Zollunionen, König- und Kaiserreichen zusammengeschlossen – zuletzt im Sowjetreich – aber als Ganzes war der Kontinent nie eine geschlossene Einheit. Andererseits ist Europa aber zum einen oft in sich selbst geteilt worden, zum anderen von andern geteilt worden, zuletzt im Kalten Krieg. „Wiedervereinigung“ muss daher als eine Maßnahme verstanden werden, die Spal-

tungen innerhalb des Kontinents verschwinden zu lassen, und nicht unbedingt als Maßnahme, die Staaten und Völker zusammenzubringen. Die historische Leistung der Union besteht darin, einen Rahmen geschaffen zu haben, der es ermöglicht, die Spaltungen längerfristig zu beseitigen, und einen wesentlichen Teil Europas umfasst und einschließt. Leider liegt der Fluch darin, mit den Folgen umzugehen: erhöhter politischer Einfluss und Bedeutung innerhalb und außerhalb der Union. Denn die EU hat sich in all ihren Erscheinungsformen über die Jahre traditionell davor geschaut, direkten politischen Einfluss zu nehmen, was eher als angenehmer Nutzen gemeinsamer Handels- und Wirtschaftstätigkeit angesehen werden sollte, als ein erklärtes Ziel. Zu diesem Zweck hat der schier endlose Entscheidungsprozess der Union inhärent ist gleichsam das Politische innerhalb der Union subsumiert als auch zugestanden, dieses auszustrahlen wenn nötig – und machte sie so zu einem potenziellen internationalen Akteur, was von allen Mitgliedstaaten im Großen und Ganzen akzeptiert wurde und neben den laufenden nationalen Verlautbarungen und Aktivitäten gelegentlich auch gemeinsame Erklärungen und Handlungen zuließ. Doch durch die Ereignisse ab 1989 wurde es immer schwieriger, diese Haltung beizubehalten.

Die massive Erweiterung der EU, die durch das Ende des Kalten Krieges ausgelöst wurde, war eine offen politische Entscheidung: Eine ganze Reihe von Staaten war plötzlich befreit worden und trieb losgelöst zwischen dem geschmähten Russland und der reichen EU. Zwar grundsätzlich westlich ausgerichtet, waren die meisten dieser Länder nicht zwangsläufig demokratisch, schon weil es ihnen an einer langen demokratischen Tradition mangelte, und alle waren arm und heruntergewirtschaftet. Damit war ihr eigenes Überleben bedroht und sie stellten eine Gefahr für die Stabilität des ganzen Kontinents dar. Während die EU vermutlich lieber nur die wirtschaftliche Unterstützung dieser unabhängig gewordenen Staaten intensiviert hätte, wurde es schnell deutlich, dass auch zu ihrem eigenen Wohle die Staaten in Mittel- und Osteuropa deutlich stärker unterstützt werden mussten, um ihre demokratische Unabhängigkeit zu gewährleisten und sie davor zu bewahren, von Russland zurück auf seine Seite gezogen zu werden. Die EU-Mitgliedschaft

wurde so zur politischen Zweckmäßigkeit; sie stellte nicht nur eine wirtschaftliche Lösung dar oder gar Ausdruck von Altruismus. Dies war allerdings nicht die einzige politische Entscheidung, die von der EU getroffen wurde. Über die Jahre hat die EU viele und sehr unterschiedliche Entscheidungen getroffen, doch waren sie in der Regel nicht so radikal. So war beispielsweise die Währungsunion, die letztlich zum Euro geführt hat, zweifellos eine politische Entscheidung, doch war sie ebenfalls wirtschaftlich motiviert und entspricht damit der traditionellen Handlungsweise der Union. Es war auch nicht das erste Mal, dass die EU eine politische Entscheidung bezüglich ihrer Erweiterung getroffen hat: Spanien, Portugal und Griechenland wurden aufgenommen, nachdem diese Länder sich von ihren Militärdiktaturen befreit hatten, um ihre demokratische Stabilität und Entwicklung – und damit den Frieden auf dem Kontinent – sicherzustellen. In allen drei Fällen hat sich der Beitritt sowohl für die Länder als auch für die EU als äußerst nützlich erwiesen. Die Erweiterung nach dem Kalten Krieg hat jedoch eine ganz andere Dimension, da sie nicht nur einzelne Staaten sondern eine ganze geostrategische Region betraf. Diese Entscheidung sollte das Schicksal von Staaten besiegeln, die sich über Jahrzehnte und Jahrhunderte als individuelle, unabhängige westliche Entitäten zwischen Russland und Deutschland bewegt hatten. Es sollte ein Block demokratischer Staaten mit ähnlichen Grundsätzen von Recht, Ordnung und Wirtschaft entlang der russischen Grenze geschaffen werden. Es war eine mutige politische Entscheidung und sie veränderte die EU für immer.

Obwohl die 15 Staaten der Union bereits eine beträchtliche Fläche beanspruchten, wurde sie durch die Erweiterung zu einem geografischen Riesen. Als der Geltungsbereich des Schengener Abkommens entsprechend ausgeweitet und so die Freizügigkeit in einem Großteil des Gebiets möglich wurde, kam zunehmend auch das Gefühl eines erweiterten gemeinsamen Raumes auf. Ihre schiere Größe, ihre gemeinsame globale Handelsfähigkeit, ihre gemeinsame Währung und ihr Reichtum haben die Union grundlegend verändert: Eher durch Zufall als durch Planung ist sie zu einer internationalen Macht geworden, wobei die Betonung auf Zufall liegen muss, da sie sich schwertat, auf natürliche Weise zu einer politischen Entität zu werden. Politische Handlungen können nicht einem

Prozess untergeordnet werden und jeder Staat war bemüht, seine eigene politische Stimme zu behalten, insbesondere auf der internationalen Bühne. Nach 1989 wurde dies deutlich schwieriger: Der Status quo der latenten internationalen Machtverhältnisse war dahin, und Ereignisse wie die Balkankriege machten eine gemeinsame Haltung erforderlich, die nicht nur schwierig zu finden und beizubehalten war, sondern von 15 eigenständigen Positionen begleitet und oftmals widersprochen wurde. Seit 2004 verlangen immer mehr internationale Themen nach einer gemeinsamen Stimme, die aber zwangsläufig von dem chaotischen Missklang der 27 Einzelstimmen übertönt wird. Dies könnte gewissermaßen als der höchste Ausdruck der Redefreiheit verstanden werden, in der jede Nation ihre eigene, einzigartige Sichtweise einbringt. In Wahrheit ist es aber ein deutliches Zeugnis der unterschiedlichen Ansichten in West und Ost, von alten, neuen und unterschiedlichen Prioritäten.

## Befreiung

Wie vieles aus der Symbolik des Endes des Kalten Krieges wurde auch die Wiedervereinigung als Brückenschlag zwischen Gegenwart und Vergangenheit verstanden, der diese Vergangenheit in einem neuen Licht erscheinen ließ. Es ging darum, den Zweiten Weltkrieg „richtig“ zu beenden, d. h. die Beschlüsse der Konferenz von Jalta zur Neuordnung der Nachkriegswelt endlich in die Tat umzusetzen. Bereits im Februar 1945, noch vor Ende des Krieges, hatten der US-Präsident Roosevelt, der britische Premierminister Churchill und der sowjetische Premier Stalin diese Beschlüsse unterzeichnet, bei denen es mehrheitlich um die Befreiung Europas ging:

■ Die Herstellung der Ordnung in Europa und der Wiederaufbau eines nationalen Wirtschaftslebens müssen in einer Weise zuwege gebracht werden, die es den befreiten Völkern gestattet, die letzten Spuren des Nationalsozialismus und Faschismus zu beseitigen und demokratische Einrichtungen nach eigener Wahl zu schaffen. Der Grundsatz der Atlantik-Charta – das Recht aller Völker, sich die Regierungsform, unter der sie leben werden, selbst zu wählen – ist die Rückgabe der souveränen Rechte und der Selbstverwaltung an diejenigen Völker, die dieser durch die Angriffsvölker mit Gewalt beraubt worden sind.

■ Zur Schaffung von Bedingungen, unter denen die befreiten Völker diese Rechte ausüben können, werden die drei Regierungen, wo immer es die Umstände ihrer Ansicht nach erfordern, die Völker der befreiten europäischen Staaten oder der früheren europäischen Vasallenstaaten der Achse gemeinsam in folgendem unterstützen: (a) bei der Wiederherstellung von Friedensverhältnissen; (b) bei der Durchführung von Notmaßnahmen zwecks Unterstützung Hilfsbedürftiger; (c) bei der Schaffung vorläufiger Regierungsgewalten, die eine umfassende Vertretung aller demokratischen Elemente der Bevölkerung darstellen und die zur baldestmöglichen Errichtung von dem Volkswillen entsprechenden Regierungen auf dem Wege freier Wahlen verpflichtet sind und (d) nötigenfalls bei der Durchführung solcher Wahlen.

Zweifellos spiegeln diese Worte die Vision eines befreiten, demokratischen Europas wider, das sich aus selbstbestimmten, international anerkannten Staaten mit direkt gewählten unabhängigen Regierungen zusammensetzt. Obwohl Stalin das Dokument unterzeichnet hatte, machte er sich unglücklicherweise umgehend daran, ein großes Gebiet Osteuropas durch seine Truppen nicht nur aus den Händen der Nazis zu befreien, sondern sie gleich für die Sowjetunion in Besitz zu nehmen. Nach dem Ende des Krieges wurde deutlich, dass Europa nicht gemäß den Beschlüssen der Konferenz von Jalta befreit und neu geordnet würde, was Churchill im März 1946 bestätigte, indem er den Begriff des „Eisernen Vorhangs“ prägte. Die Befreiung ließ noch bis 1989 auf sich warten, als die Sowjetunion zusammenbrach und viele der besetzten Staaten begannen, sich zu befreien. Doch kaum war diese hoch verdiente Befreiung vollzogen, mussten sie feststellen, dass die „drei Regierungen“, die sie bei der Umsetzung der vier Artikel des zweiten Absatzes unterstützen sollten, nicht mehr aktuell waren: Russland war endlich besiegt und in seine eigenen Grenzen zurückgedrängt worden, die USA waren zwar kooperativ, aber nur aus der Ferne, und das Vereinigte Königreich war nun ein Teil der Europäischen Union.

Niemand hätte 1987 (oder gar 1951, als das Fundament der zukünftigen EU mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl

gelegt wurde) voraussagen können, dass die EU bei der Transition so vieler mittel- und osteuropäischer Staaten von Repression und Kommunismus zu Demokratie und von Armut zu Wohlstand so eine zentrale Rolle spielen würde. (Auch wenn diese Länder stark unter der Wirtschaftskrise 2008/2009 litten, ist ihre reformierte wirtschaftliche Grundlage ungleich stabiler und florierender als vor 1989.) Die Rolle der NATO bei ihrer Annäherung an die euroatlantische Gemeinschaft war zweifellos von entscheidender Bedeutung, doch den Löwenanteil hat die EU eingebracht, bei den arbeitsaufwendigen Verfahren, für sämtliche nun unabhängige Staaten den gemeinschaftlichen Besitzstand (*Acquis communautaire*) herauszubilden, bei der Verhandlung grundsätzlicher Reformen (Justiz, Wirtschaft, Industrie) und dabei, die Regierungen auf ihrem Weg, sich zu verantwortungsvollen Demokratien zu entwickeln, zu unterstützen und das alles auch noch zu bezahlen.

Sämtliche Staaten, die in die Erweiterungsrunde aufgenommen wurden – wie auch jene, die außen vor gelassen wurden – begannen, sich für die EU zu erwärmen, sobald ihnen bewusst wurde, was ihnen geboten wurde: die Mitgliedschaft im reichsten Handelsblock der Welt, mit der zusätzlichen kollektiven Sicherheit durch die NATO sowie ein unglaublich hoher Lebensstandard. Anfangs war ihnen vielleicht noch nicht klar, wie dies funktionierte oder, noch wichtiger, wieso es auf eine bestimmte Art und Weise funktionierte, aber es war zweifellos und bei Weitem die beste Option. Denn aus ihrer Sicht bot die EU nicht nur die oben genannten Vorzüge, sondern kümmerte sich ebenfalls um ihre zwei Hauptanliegen: eine starke Position gegenüber Russland und Demokratie, einschließlich und ganz besonders um die Redefreiheit. Das Problem war nur, dass ihre neuen Verbündeten aus dem Westen, die fünfzehn Mitgliedstaaten der EU, weder diese Union noch die Bedürfnisse der Beitrittskandidaten unbedingt gleich einschätzten.

### Konflikt der Erinnerungsnarrative

Für die westlichen Mitgliedstaaten war die EU immer ein Instrument, die tödliche Rivalität zwischen Frankreich und Deutschland zu neutralisieren, die über die Jahrhunderte immer wieder Kriege entfacht hat, insbesondere im 19. und 20. Jahrhundert und vor allem zu den unsäglichen Vergehen

Deutschlands im Zweiten Weltkrieg geführt hat. Und bis zu einem gewissen Punkt ist sie das noch heute. Sie war vor allem ein Instrument, die Erinnerung an diese Rivalität und an die Geschehnisse zu entschärfen. Russland kommt in dieser Narrative kaum vor, außer als gelegentlicher und notwendiger Verbündeter in den zwei Weltkriegen, als langjähriger, entfernter Feind im sowjetischen Lager im Kalten Krieg und als zuverlässiger und doch unangenehmer Energielieferant. Aus Sicht der östlichen Länder war und ist Russland in allen Geschichtserzählungen jedoch der grausame und gefürchtete Feind, zu dem sich im Zweiten Weltkrieg die Deutschen gesellen, aber nicht in der darauf folgenden Geschichtserzählung. Tatsächlich gehörte das halbe Deutschland zum Einzugsbereich der UdSSR und wie in den anderen eroberten Republiken und Satellitenstaaten war das Volk unterdrückt. Diese Divergenz der Erinnerungsnarrative, die nicht sofort augenscheinlich war, nährte sich aus dem unterschiedlichen Verständnis der freien Rede: Die westlichen Staaten hatten Jahrzehnte damit verbracht, die Kunst zu verfeinern, nicht über die Vergangenheit zu sprechen, und teilten eine Sicht der Geschichtserzählung. Auch wenn die Staaten, die der EU nach den sechs Gründungsmitgliedern beigetreten sind, jeweils eine leicht unterschiedliche Version bevorzugten, akzeptierten sie diese Geschichtserzählung und die unausgesprochene Regel: Nicht über die Geschichte zu sprechen war nicht schwer. Das galt auch für Spanien, Portugal und Griechenland, deren Beitritt ein höheres Maß an politischer Entscheidung seitens der EU bedeutete. Alle drei Staaten hatten ihre Gründe, die ahistorische Haltung der EU gutzuheißen, da sie alle ihre inneren Dämonen in Form von langjährigen Bürgerkriegen und Diktaturen hatten, über die sie nur ungern sprechen wollten – und akzeptierten die unausgesprochene Geschichtserzählung der EU, auch wenn sich diese deutlich von ihrer eigenen unterschied. Die Beitrittskandidaten aus Mittel- und Osteuropa wollten jedoch ihre eigene Version der Erzählung als Teil der kollektiven unausgesprochenen Fassung mit einbringen, um sie dann laut und deutlich vorzutragen. Wichtiger noch, sie wollten die Rollen, Werte und Verantwortlichkeiten im Rahmen dieser neuen Geschichtserzählung verteilt wissen.

Wenn der Westen in den Ereignissen von 1989 eine Gelegenheit sah, die Befreiung Europas zu voll-

enden und die Vision der Konferenz von Jalta umzusetzen, bedeuteten sie für viele im Osten die längst überfällige Einlösung der spezifischen Versprechen und Verpflichtungen aus diesen Vereinbarungen. Während für den Westen diese Verspätung eine unvermeidliche Folge des Kalten Krieges war, empfanden sie die Menschen und Staaten Mittel- und Osteuropas als Verzicht des Westens und als Absage an das Versprechen. Für einige Staaten, insbesondere für Polen und die ehemalige Tschechoslowakei, war es die Fortsetzung des unzuverlässigen Verhaltens des Westens im Vorfeld des Zweiten Weltkriegs, als beide Länder von Deutschland besetzt wurden, aus ihrer Sicht mit dem Wohlwollen der übrigen westlichen Staaten. Für sie bedeutete der EU-Beitritt demnach in erster Linie auch, ihren westlichen Nachbarn entgegenzutreten.

Diese Divergenz in der Geschichtserzählung, die sich aus einem inhärenten Kampf der Kulturen und dem Ergebnis unterschiedlicher Erfahrungen aus über 50 Jahren zusammensetzt, barg in sich das Potenzial für weitaus gravierendere Unstimmigkeiten, sobald es um Geld ging. Denn während sich die EU in ihrer westlichen Erscheinung großzügig tat und den Beitrittskandidaten Milliarden von Euro aus Steuergeldern – in den verschiedenen existierenden Währungen – zukommen ließ, um die Entwicklung voranzutreiben, die eine Mitgliedschaft in Aussicht stellte, sahen viele in diesen Staaten dies als Entschädigungszahlungen an und einige wenige sogar als Vergeltungsmaßnahme. Aus ihrer Perspektive waren die gezahlten Milliarden angesichts der knapp 50 Jahre sowjetischer Unterdrückung, der diese Völker ausgesetzt waren nicht gerade viel Geld. In den Worten des polnischen Schriftstellers Pawel Huelle:

■ „Für die meisten Polen ist unsere Akzeptanz in der EU kein Akt der Großzügigkeit oder gar ein besonderes Geschenk seitens Europas. Wir sind immer Teil Europas gewesen. Wäre das Abkommen von Jalta nicht gewesen und jener Federstreich, der die Nationen Mitteleuropas unter Stalins Herrschaft brachte, würden wir diese Diskussion heute nicht führen. Wir wären von Anfang an ein Teil der EU gewesen. Für uns ist der EU-Beitritt ein Mittel, das Gleichgewicht wieder herzustellen und dabei neue Möglichkeiten zu schaffen.“

In diesen Worten lässt sich deutlich das Potenzial für eine verheerende Explosion heraushören, was übrigens nicht nur für Polen, sondern für alle Beitrittskandidaten galt und welche glücklicherweise nicht eintraf. Wie der polnische Autor anmerkt, war die Aussicht auf eine bessere Zukunft letztlich angenehmer, als sich über die Vergangenheit zu beklagen, und wenn das Ziel die EU-Mitgliedschaft war – nicht zuletzt, um Sicherheit vor Russland zu gewinnen – sollte man über die Geschichte Stillschweigen bewahren, auch wenn diese Haltung gänzlich ungewohnt ist. Wie Huelle es am Vorabend des EU-Beitritts formulierte:

■ „Die Polen haben die von unseren Dichtern erschaffenen romantischen Mythen längst hinter sich gelassen, die Polen als heiliges Opfer der europäischen Geschichte verklärten. An der Weichsel herrschten nun der Pragmatismus und das Gefühl, zusammen mit den anderen Nationen Europas, eine gemeinsame und bessere Geschichte schaffen zu wollen. Und wenn wir auch Bedenken haben, sind diese darin begründet, dass sich in der Europäischen Union alles um Agrarsubventionen und den Wert des Euro zu drehen scheint, als ob wir keine andere gemeinsame Basis hätten.“

## Die Grenzen der Wiedervereinigung

Bei der Wiedervereinigung ging es nicht nur um die Erweiterung der EU. Sie betrifft auch jene Staaten, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion außen vor bleiben mussten: das ehemalige Jugoslawien und Albanien – der Westbalkan, die Staaten in unmittelbarer Nachbarschaft Russlands, insbesondere die Ukraine und Belarus sowie die Staaten des Südkaukasus. Für all diese Länder gestaltete sich die Entwicklung weitaus schwieriger und komplizierter, und im Falle von Belarus ist sie gänzlich missglückt. Diese Staaten kommen nur langsam, wenn überhaupt, in den Genuss der Vorzüge der EU, einerseits aus Unfähigkeit oder mangelndem Willen der EU, ihnen das Zuckerbrot der Mitgliedschaft anzubieten, andererseits weil viele von ihnen noch in der Vergangenheit gefangen sind.

Das gilt insbesondere für das ehemalige Jugoslawien: Es ist nicht möglich, die 1991 in diesen Republiken entbrannten Kriege zu verstehen, wenn ei-

nem nicht klar ist, dass es dabei um die Vergangenheit und ihre Unterdrückung ging. Es ging um das im Zweiten Weltkrieg von den Kroaten begangene Unrecht an den Serben, um das von den Muslimen begangene Unrecht nach jahrhundertelanger türkischer Besetzung, um das im Ersten Weltkrieg von und an den Serben begangene Unrecht, um den andauernden Mythos der serbischen Unterdrückung seit ihrer Niederlage 1389 auf dem Amselfeld in Kosovo, um die Zwangsansiedlung der Serben durch die Türken in der kroatischen Krajina vor dreihundert Jahren, um die Bildung Jugoslawiens nach dem Ersten Weltkrieg anstelle eigenständiger Staaten, um fünfzig Jahre des zweiten Jugoslawiens, in dem sich Kroaten, Muslime und Slowenen von den Serben unterdrückt fühlten und um fünfzig Jahre „Brüderschaft und Einheit“, in denen es nicht erlaubt war, über diese Missstände und schmerzhaften Erinnerungen zu sprechen. Als Jugoslawien stürzte, brach all dies hervor.

Es gibt diverse Theorien darüber, warum in Jugoslawien Kriege entbrannten und in der ehemaligen Sowjetunion nicht. Für einige ist es das Ergebnis einer Art verdorbener Neigung – „schon wieder Krieg auf dem Balkan“ – als wären die Menschen dieser Region prädisponiert, sich gegenseitig zu bekämpfen. Für andere war es der wirtschaftliche Niedergang nach dem Tode Titos 1980, der Jugoslawien in seiner merkwürdigen Position als nicht angeschlossener Staat, aufgrund des relativen Wohlstands in den Jahrzehnten davor, empfindlich traf und zu Rissen in der Gesellschaft führte, die schließlich in einen Krieg mündeten. Für die erste Theorie spricht wenig, für die zweite vieles, und sei es, weil sich Situationen immer verschlechtern, wenn das Geld als Schmiermittel fehlt, aber auch weil Jugoslawien als Konstrukt leicht zu zerschlagen war: Während die Menschen seit Jahrhunderten Seite an Seite lebten, wies das nach dem Zweiten Weltkrieg zusammengeschusterte Gebilde – eine Neuaufgabe des nach dem Ersten Weltkrieg geschaffenen Jugoslawien – keine erwachsenen historischen Wurzeln auf. Völker und Forderungen wurden im Namen der politischen Zweckdienlichkeit zusammengelegt und mit einer seltsamen Mischung aus Diktatur, relativem Wohlstand und dem absoluten Verbot, über die Geschichte der interethnischen Zerwürfnisse zu sprechen, zusammengehalten – in dem Versuch,

wie Misha Glenny es formulierte, „den Hass in die Tiefkühltruhe der Geschichte zu verbannen.“ Doch mit dem Tode Titos, des starken Führers, der strikten Gehorsam forderte, begann die Eisschmelze und das Ende des Kalten Krieges. Das latente Chaos wirkte sich wie eine Hitzewelle auf den eingefrorenen Hass aus, schmolz die noch vorhandenen Eisschichten und legte ihn für alle sichtbar offen.

Paradoxerweise sind diese Kriege demnach sowohl Wiederauflage als auch Abschluss des Endes des Zweiten Weltkrieges, doch anders als der zweite und weitgehend erfolgreiche Versuch, die Beschlüsse der Konferenz von Jalta umzusetzen, hatte der zweite Durchgang in Jugoslawien tragische Folgen. Slowenien beeilte sich, dem Krieg und seinen Schrecken zu entkommen und setzte entschieden Kurs auf eine Zukunft in der EU (im Umgang mit seinen ehemaligen Landsleuten hauiert Slowenien allerdings genauso meisterhaft in der Vergangenheit wie alle anderen Balkanstaaten). Die anderen wandten sich ab: Sie zogen die Vergangenheit der Gegenwart und der Zukunft vor und in vielerlei Hinsicht haben sie diese Haltung bis heute nicht aufgegeben. Die politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Hauptdarstellern wurden durch das Abkommen von Dayton, mit dem der Bosnienkrieg 1995 beendet wurde, aber nicht mehr als eine äußerst erfolgreiche Waffenstillstandsvereinbarung darstellte, nicht beigelegt, und sie bestehen mehr oder weniger unverändert bis heute. Während sich Kroatien, Montenegro und bis zu einem gewissen Grad auch Mazedonien anscheinend auf den Weg der Veränderung begeben haben, werden sie nach wie vor von ihrer Vergangenheit verfolgt, die im Übrigen immer noch ihre wichtigste politische Währung darstellt – besonders in Bosnien, Serbien und Kosovo, das mit seiner Unabhängigkeit einen mutigen Schritt in Richtung Zukunft gemacht hat, seine Differenzen mit Serbien allerdings noch zur Sprache bringen und irgendwann auch beilegen muss. Ehe die Vergangenheit auch auf politischer Ebene behandelt wird, gibt es wenig Hoffnung auf einen erfolgreichen Abschluss der europäischen Wiedervereinigung: Eine Insel im Westbalkan wird weiterhin im Abseits stehen.

Auch die Ukraine und Belarus blickten nach dem Ende des Kalten Krieges eher zurück in die



*Mahnmal erinnernd an den Krieg und die Zerstörung der Brücke in Mostar.*

Vergangenheit als nach vorn, aber hier standen andere Sachzwänge im Vordergrund. Es stellt sich die Frage, ob sich die Menschen dieser Länder diese rückwärtsgerichtete Haltung wünschten, aber es ist unbestritten, dass die starken Männer der Vergangenheit sogar nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion auf ihren Machtanspruch beharrten und die Bevölkerung es nicht schaffte, sie loszuwerden. In der Ukraine dauerte es noch bis zur Orangen Revolution Ende 2004, bis sich die Menschen für echte Freiheit und Demokratie erhoben, in Belarus steht dies noch aus und es herrscht eine repressive Diktatur. Und dann gilt es natürlich auch noch, die Geografie und die Geschichte zu berücksichtigen. Da diese beiden Staaten geografisch von Westeuropa weiter entfernt sind und es nur wenige historische Verbindungen gibt, hatte die EU nie das Bedürfnis – und hielt es bis vor Kurzem nicht einmal für notwendig – sie in ihren Kreis aufzunehmen, und beschränkte sich darauf, allen Republiken und Satellitenstaaten der ehemaligen UdSSR ihre Unterstützung anzubieten. Demgegenüber verbindet beide Staaten eine lange historische Beziehung zu Russland, größtenteils aufgrund jahrhundertelanger russischer Besatzung, wodurch in beiden Ländern heute eine große russische Minderheit lebt. Die EU war sich stets bewusst, dass während die endgültige Umsetzung des Abkommens von Jalta das Ende der „Einflussphären“ bedeutete, Russland diese beiden Staaten – und jene im Südkaukasus – ohne Zweifel als seinen „Hinterhof“ betrachtete und es nicht gerne sieht, dass andere darin spielen. Zudem misst es ihnen mehr als al-

len anderen europäischen Staaten strategische Bedeutung zu, insbesondere der Ukraine, da Sewastopol der Heimathafen eines Teils der russischen Flotte ist. Angesichts dieser Ausgangslage – der mangelnden Bereitschaft seitens der EU und der Skepsis seitens Russlands – herrschte bis 2005 und der erfolgreichen Orangen Revolution offenbar eine annehmbare Situation, in der die Ukraine und Belarus scheinbar im Niemandsland zwischen der EU und Russland schwebten, aber dennoch de facto Satellitenstaaten Russlands blieben. In anderen Worten, die Wiedervereinigung Europas machte an ihren Grenzen halt.

## Fehlschläge

Die EU erwies sich angesichts der Balkankriege als unfähig, wenn nicht gar schlimmer: Sie konnte weder mit der Gewalt auf ihrem eigenen Kontinent umgehen, noch akzeptieren oder begreifen, dass die Geschichte ein weiteres Mal auf einen Krieg zusteuerte. Nachdem sie sich auf fast sklavischer Weise darin geübt hatte, die Geschichte zu ignorieren, unterstellte sie den Menschen im ehemaligen Jugoslawien anscheinend eine Art primitiven Instinkt, der es zuließ, dass die Geschichte die Gegenwart diktierte und sie in den Krieg führen würde. Gepaart mit ihrer Abneigung, auf kollektiver Ebene offen politisch zu handeln, versagte die damalige Europäische Gemeinschaft im Grunde, auf die Ereignisse zu reagieren, bevor sie in einen Konflikt ausgeartet waren und sogar dann wurde ihre einheitliche Stimme von den rivalisierenden nationalen Stimmen ständig überhört: Wenn dieser Krieg die Geschichte zum Thema hatte, würden die historischen Bündnisse wieder geltend gemacht. Die Gemeinschaft entschied also, dass sie keine der jugoslawischen Republiken anerkennen würde, ehe sie eine Einigung erreicht hätten – doch dann erkannte Deutschland Kroatien an, seinen historischen Schützling. Die Gemeinschaft prangerte die Gewalt seitens der Serben zwar an, doch das Vereinigte Königreich weigerte sich viele Monate lang, sich dem anzuschließen, da die Partisanen im Zweiten Weltkrieg ihre Verbündeten waren. Und so ging es weiter: ein heilloses Stimmengewirr, das die Situation nur noch verschlimmerte.

Neben den Zivilisten, die der Gewalt ausgeliefert waren und verzweifelt nach Rettung suchten,

schadete die EU sich auch selbst. Viele Mitgliedstaaten hatten im Rahmen der UN-Friedensmission Soldaten in die Krisenregion geschickt, aber wegen der kollektiven politischen Unzulänglichkeiten der EU-Mitgliedstaaten konnten sie bis 1995 nicht wirkungsvoll eingesetzt werden. Während die Luftangriffe durch die NATO zwar von entscheidender Bedeutung waren, um die serbischen Flugabwehrstellungen auszuschalten, war es die vom europäischen UN-Kommandanten der UNPROFOR geleitete schnelle Eingriffstruppe der EU, die der Belagerung von Sarajewo ein Ende bereitete – so wie die kroatische Armee Bihać und den Norden befreite. Diese Entwicklung benötigte sehr viel Zeit und wurde in keiner Weise weder von Brüssel noch von kaum einer anderen Hauptstadt politisch betreut.

Das Ende des Bosnienkriegs führte dazu, dass sich die EU deutlich anders wahrnahm als zuvor sowie zu der Einsicht, künftig auf Sicherheits- und Verteidigungsfragen politisch reagieren können zu müssen. Dies wiederum führte zur Schaffung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Deren Entwicklung ist auf politischer Ebene aufgrund des anhaltenden Stimmengewirrs zu einem Stillstand gekommen, in materieller Hinsicht dagegen hat eine beträchtliche Entwicklung stattgefunden. Die EU hat sich mit ihren Verfahren in die Region begeben, vermutlich in der Hoffnung, einen Offenbarungsmoment auszulösen, durch den die Konfliktparteien den Gespenstern der Vergangenheit endlich den Garaus machen, oder sie zumindest ignorieren und sich der Gegenwart und der Zukunft zuwenden. Gleichzeitig ist aus der EU eine riesige Hilfsorganisation für das ehemalige Jugoslawien und Albanien geworden, eine Entwicklung, die durch den Konflikt in Kosovo 1999 unterstützt wurde, der es aber an einer deutlichen politischen Richtung mangelte. Während das Angebot einer EU-Mitgliedschaft an die Staaten der Region anscheinend weiterhin besteht, ist es auch äußerst missverständlich formuliert und an keinen festen Zeitplan gebunden. So sind die Balkanstaaten in ihrer Vergangenheit gefangen, unterstützt von einer Flut von Vorschriften und Richtlinien – zu Visa, Exportquoten, Lizenzvereinbarungen, usw. – die es ihnen, und insbesondere der jüngeren Generation mit all ihrem Änderungspotenzial, unmöglich macht, daraus auszubrechen.

Aber auch in der fortdauernden Konfrontation mit Russland erweist sich die EU als handlungsunfähig. Während Russland in der noch vorhandenen Geschichtserzählung der EU keine herausragende Rolle spielte, hat es durch den Erweiterungsprozess als Politikum für die Union zweifellos an Bedeutung gewonnen, nicht zuletzt weil Russland in den letzten Jahren verstärkt selbst darauf aufmerksam gemacht hat. Da Russland selbst seine postsowjetische Phase durchlebt hat und schließlich in der Putin-Zeit aufgetaucht ist, hat es sich auch mit seiner eigenen Identität und Geschichte auseinandersetzen wollen. Es hat nie an seiner Einmaligkeit gezweifelt und sieht sich auch stets als Europa zugewandt – jedoch ohne dieser Verbindung all zu viel Anerkennung auszusprechen. Weder die Auflösung des Sowjetreichs, noch die ersten Jahre finanziellen Durcheinanders waren eine einfache Erfahrung für die Russen. In all diesen Jahren spielte die EU aber keine große Rolle bei der russischen Bedeutungssuche. Der Erfolg der Orangen Revolution – die von der EU unverhohlen unterstützt wurde und der eine erweiterte Partnerschaft und sogar die vage Ankündigung einer möglichen Mitgliedschaft der Ukraine folgte – änderte das und führte nebenbei zu einer massiven Erhöhung der Energiepreise. Russland begann, seine Energieressourcen auch in artfremden Gebieten zu nutzen, insbesondere für die Außenpolitik und speziell in seiner Beziehung zur EU, seinem wichtigsten Kunden. So entwickelte es sich zu einem weitaus bedeutenderen Akteur, auch jenseits Europas, und war bestrebt, die Beziehung zu Europa wieder ins Gleichgewicht zu bekommen oder mittels der europäischen Abhängigkeit von seinen Energielieferungen sogar eine gewisse Überlegenheit herzustellen.

Seit den ersten Anzeichen dieser Entwicklung wurde die wachsende Kluft zwischen West und Ost in der EU erkennbar: Für die westlichen Mitgliedstaaten war dies der Energielieferant Russland von ehemals, unangenehm aber zuverlässig, mit dem jeder Staat unabhängig voneinander Geschäfte machen konnte. Für die östlichen Mitgliedstaaten ging es um Russland als Eroberer, das seine Autorität behaupten wollte. Diese Auffassung barg ein greifbares Element, da die ehemals sowjetisch besetzten Mitgliedstaaten über die Pipelines noch an Russland

gebunden waren. Die Unterbrechungen der Gaslieferungen während der vergangenen Winter haben gezeigt, wie real diese Bedrohung ist und dabei die Grenzen der politischen Handlungsfähigkeit der EU aufgezeigt: Die gemeinsame Reaktion hat auf sich warten lassen, nach langwierigen rechtlichen Verfahren über die Liberalisierung der Energiemärkte und Infrastruktur – das klassische Handels-, Wirtschafts- und Prozessgebahren der EU – während jeder einzelne der 27 Mitgliedstaaten einen eigenen Deal mit Russland aushandelte. Die Kakophonie der Einzelstimmen hat sich mit voller Lautstärke über die gemeinsame Stimme der Union erhoben.

## Volljährigkeit

Die Wiedervereinigung Europas hat zur Erweiterung der EU geführt, aus der nun eine weitaus heterogenere Gruppe von Ländern, diverser Kulturen und Glaubensrichtungen geworden ist, die alle noch dabei sind, zu lernen, miteinander zu leben und sich gegenseitig zu respektieren, heute einander freundlich gesinnt und morgen wieder feindlich. Die EU gleicht nicht einer Ehe, in der Liebe und Loyalität vorausgesetzt werden, sondern eher einer modernen Beziehung, in der die Partner jahrzehntelang zusammenleben, ohne sich jedoch endgültig zueinander zu bekennen und in der stets eine gewisse Unsicherheit und Spannung herrscht. Oft teilen sie sich ein Haus, doch jeder behält auch seine eigene Wohnung. Es ist eine enge und nicht greifbare Beziehung, die jahrelang funktioniert, eine aufregende, nicht eindeutig festgelegte Beziehung und eine Bündelung von Eigenständigkeiten. Durch die Erweiterung wurde diese Beziehung nicht zersetzt, doch hat sie sie verändert: Während sich die älteren Mitgliedstaaten vermutlich in Würde zurückziehen wollten, wurde aus der Vergrößerung der Familie eine Notwendigkeit, die viel Arbeit und Geld kosten sollte. Hoffen wir, dass sie genügend Liebe in sich trägt, um die Familie zusammenzuhalten.

Durch die Erweiterung ist die EU zum größten und reichsten Handelsblock der Welt geworden. Mehr noch, sie ist Maßstab: das Maß an Entwicklung, das in jedem Bereich angestrebt wird – in Politik und Regierung, Finanzen und Wirtschaft. Einige empfanden entweder das Gesellschaftsmodell als

falsch, die Wirtschaft zu protektionistisch, die gemeinsame Währung – den Euro – als nicht adäquat oder dass die Unfähigkeit, eine gemeinsame politische Haltung entsprechend ihrer Wirtschaftsmacht zu entwickeln, einen wesentlichen Mangel darstellte. Alles in allem sprechen die Tatsachen allerdings eine andere Sprache: Durch die Aussicht auf eine Mitgliedschaft in der Union auf der Grundlage einer Systemreform und umfassender finanzieller Unterstützung wurden zehn Staaten erfolgreich umgeformt (obwohl die Mitgliedschaft von Zypern vielleicht nicht mit dem Ende des Kalten Krieges einherging) und auch Rumänien und Bulgarien sind auf dem besten Weg dahin. Die Tatsache, dass diese beiden Staaten für eine Mitgliedschaft noch nicht bereit waren und dennoch aufgenommen wurden, zeigt, dass sich die EU allen Unkenrufen und ihren eigenen Instinkten zum Trotz langsam aber sicher zu einer politischen Instanz entwickelt: Diese beiden großen Staaten waren nach dem Kalten Krieg nicht nur allein gelassen, sie hatten auch weitaus stärkere historische Beziehungen zu Russland und seinen Nachbarn, dem problematischen Westbalkan. Die Aufnahme dieser Staaten war in erster Linie eine Maßnahme politischer Zweckdienlichkeit.

Die EU hat nach wie vor Schwierigkeiten mit politischer Macht, wie auch mit der Vorstellung, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik sowie die Frage der Gewaltanwendung gemeinsam anzugehen. Das alles verlangt nicht nur nach einer starken und möglicherweise deutlicheren Festlegung, Souveränitäten zu bündeln – was paradoxerweise die Stärke des gesamten Projekts untergraben könnte – sondern auch die Fähigkeit, mit der eigenen Geschichte umzugehen, statt sie zu ignorieren. Allein die Tatsache, politische oder militärische Macht auszuüben, kann bereits Erinnerungen an vergangene Zeiten der Macht und an die Folgen wecken. In vielerlei Hinsicht ist die EU als Gemeinschaft an dieser Option nicht interessiert. Sie sieht ihre Stärke in ihrer Fähigkeit, Dinge zu ändern – als ob diese von Politik und von der Geschichte und deren Mustern zu trennen wäre. Insofern ähnelt Europa der „alten Dame“ des Essayisten Mario Andrea Rigoni, die „nachdem sie sich Freiheiten aller Art geleistet und zahlreiche Gräueltaten begangen hat, nun müde und geschwächt ist und von der Welt möchte, dass diese sich ihren Bedürfnissen nach Mäßigung, Gerechtigkeit und Frieden anpasse.“



**Ilana Bet-El** ist Autorin, Historikerin und politische Analystin in Brüssel, wo sie sich vor allem mit EU-Politik und europäischer Verteidigungspolitik befasst. In den 1990er Jahren arbeitete sie mit und für die Vereinten Nationen in New York und auf dem Balkan als politische Analystin, davon zweieinhalb Jahre in Bosnien während und nach dem Krieg. 2002 schuf sie die Meinungsseite der Wochenzeitung *European Voice*, die zur Economist-Gruppe gehört. Sie war bis Dezember 2005 Redakteurin der Seite und schreibt heute regelmäßig eine Kolumne über Verteidigungs- und Außenpolitik für diese Zeitung. Ilana Bet-El promovierte in Geschichte an der London University und beschäftigt sich als Historikerin vor allem mit Krieg und Erinnerung.

ADAM KRZEMIŃSKI

## Zwischen Enttäuschung und Optimismus – die polnische Erfahrung

Die Ereignisse im Jahr 1989 in den Ostblockländern haben eine lange Vorgeschichte. Sie beginnt 1944-48 mit dem bewaffneten Widerstand der Polen gegen die kommunistische Machtübernahme und setzte sich in einer Reihe von Arbeiteraufständen und Rebellionen fort – 1953 in der DDR, 1956 in Polen und Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei und Anfang der 1980er Jahre erneut in Polen.

Die Ereignisse 1989 in Polen haben ihre Wurzeln in den Streikwellen des vorherigen Sommers, die bewiesen hatten, dass die unabhängige Gewerkschaftsbewegung *Solidarność*, die 1980 gegründet worden war, die Repression des Kriegsrechts überlebt hatte und, neben der katholischen Kirche, eine Kraft blieb, die nicht zu unterschätzen war. Es war der polnische *Runde Tisch*,<sup>1</sup> an dem die kommunistischen Behörden und die Opposition teilnahmen, welcher die Lawine losgetreten hatte, die schließlich zum Fall der Mauer und zum Zusammenbruch der UdSSR führte.

Am 4. Juni 1989 gewann *Solidarność* die ersten semidemokratischen Wahlen in der Geschichte des Ostblocks. Wenige Tage darauf öffnete Ungarn seine Grenze zu Österreich und löste damit einen Exodus der Ostdeutschen in den Westen aus. Im August übermittelten die Abgeordneten

von *Solidarność* eine Erklärung an den Sejm,<sup>2</sup> dass Deutschland das Recht auf Vereinigung hätte. Im September belagerten Tausende von Ostdeutschen die westdeutschen Botschaften in Budapest, Prag und Warschau. Während des 40. Jahrestages der DDR in Berlin im Oktober skandierten Demonstranten „Gorbi, hilf uns!“, worauf die SED-Führung eine Lösung im Tiananmen-Stil erwog.<sup>3</sup> Schließlich verzichtete die DDR-Regierung allerdings auf Gewaltanwendung gegen die nahezu 100.000 Protestierenden in Leipzig, die am 16. Oktober nahe der Nikolaikirche zusammengekommen waren und „Wir sind das Volk“ riefen. Drei Tage darauf dankte Honecker zugunsten Egon Krenz' ab. Am 9. November endlich fiel die Mauer, aufgrund des wohl „größten bürokratischen Missverständnisses in der Geschichte Europas“.<sup>4</sup> Fast zwei Jahre später hörte die Sowjetunion auf zu existieren.

### Die „Hall of Fame“ von 1989

Der Streit darüber, wem der Ehrenplatz in der „Hall of Fame“ von 1989 gebührt, nimmt kein Ende. Verdient ihn Michail Gorbatschow, der „gute Zar“ aus Moskau, oder war er lediglich Symbol der kläglichen Reaktion des Sowjetapparats auf den Niedergang des Imperiums, der von *Solidarność* und anderen Bürgerbewegungen, dem wirtschaft-

1 Der polnische Runde Tisch fand vom 6. Februar bis zum 4. April 1989 in Warschau statt.

2 Das polnische Parlament

3 Am 4. Juni 1989 setzten die chinesischen Behörden Panzer ein, um den Tiananmen-Platz in Peking zu räumen, der seit April von Tausenden friedlicher Demonstranten besetzt worden war. Nach offiziellen Angaben kamen dabei 200-300 Menschen ums Leben, andere Quellen – etwa das Chinesische Rote Kreuz – sprechen dagegen von 2000-3000 Toten.

4 Angesichts des stetig wachsenden Stroms von Flüchtlingen, die die DDR über die Nachbarländer in den Westen verließen, beschloss Krenz am 9. November, den Flüchtlingen die Ausreise auch über die Grenzübergänge in die Bundesrepublik – einschließlich Berlin – zu gestatten. Noch am selben Tag fügte der Ministerrat dem Vorschlag eine Bestimmung über private Reisen hinzu. Die neue Regelung sollte am 10. November in Kraft treten, um die Grenzer darüber informieren zu können. Günter Schabowski, Sekretär des ZK der SED für Informationswesen, war mit der Aufgabe betraut worden, darüber zu informieren, da er aber im Urlaub gewesen war, hatte man ihn nicht umfassend ins Bild gesetzt. Auf die Frage, wann die Regelung in Kraft träte, antwortete er wörtlich: „Das tritt nach meiner Kenntnis... ist das sofort, unverzüglich“. Auf weitere Fragen der Journalisten bestätigte er, dass die Regelung auch die Grenzübergänge nach Westberlin betrafte. Der Rest ist, in der Tat, Geschichte.



© Paweł Kabanski

Flaggen Polens, der EU und der NATO.

lichen Kollaps der Sowjetunion und der Niederlage der sowjetischen Armee in Afghanistan bereits signalisiert wurde? Oder ist es etwa Ronald Reagan, dem beherzten „Anführer der freien Welt“, dem das Verdienst zukommt, die Kommunisten im Wettrüsten vernichtend geschlagen zu haben? Verdient ihn gar der bundesdeutsche Kanzler Willy Brandt für seine „Neue Ostpolitik“ oder der US-amerikanische Außenminister Henry Kissinger, dessen Entspannungspolitik und Unterstützung des Helsinki-Abkommens<sup>5</sup> den Kremel zu mehr Freiheiten für Bürger- und Oppositionsbewegungen im Ostblock zwang? Und könnte die Ehre nicht sogar Johannes Paul II. gebühren, nach dessen Wahl zum Papst 1978 Millionen von Polen sich erhoben hatten, bereit, sich der kommunistischen Machtmaschine ohne Gewaltanwendung zu widersetzen?

Es gibt noch weitere Personen, für die ein Platz in der „Hall of Fame“ von 1989 freigehalten werden sollte. So gehören die Anführer diverser Bürgerbe-

wegungen in den sowjetischen „Kolonien“ hierher, etwa Lech Wałęsa, der Vorsitzende von *Solidarność*, oder Václav Havel, einer der Initiatoren der *Charter 77* in der Tschechoslowakei. Auch sollten die „Helden, die sich der Geschichte entzogen“ nicht vergessen werden, jene Apparatschiks, die bereit waren, auf ihre Macht zu verzichten und so Blutvergießen verhinderten. Die Vorgeschichte dieser Ereignisse muss berücksichtigt werden, um die letzten 20 Jahre beurteilen zu können, in denen sich die ehemaligen Satellitenstaaten der Sowjetunion in die euroatlantischen Strukturen eingereiht haben.

### „Altes Europa“ vs. „neues Europa“

Die Gründungsnarrative der Europäischen Union fußt auf der Nachkriegsversöhnung der beiden „Erbfeinde“ Deutschland und Frankreich. Diese beiden Länder, die großen Verlierer des Zweiten Weltkrieges – der absolute Verlierer von 1945 und der virtuelle Verlierer von 1940 – begriffen, dass sie nur Bedeutung erlangen konnten,

5 Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die im Juli und August 1975 in Helsinki stattfand, war ein Versuch, Spannungen zwischen Ost und West im Kalten Krieg abzubauen. Der Teil über die Bürgerrechte des Helsinki-Abkommens wurde zur Arbeitsgrundlage der „Moskauer Helsinki-Gruppe“, einer Nichtregierungsorganisation, die über die Einhaltung der Bestimmungen über die Bürgerrechte wacht.

wenn sie sich gegenseitig unterstützen und sich europäisierten. In der Praxis lief dies auf die moralische Führung der Franzosen in der EWG und auf Zuschüsse für Deutschland hinaus.

Das Jahr 1989 hätte der europäischen Geschichte einen weiteren Mythos hinzufügen können: den der friedlichen Selbstbefreiung Osteuropas von seiner Abhängigkeit von Moskau, die ihm von Stalin 1946 auferlegt worden war. Doch leider kam es anders. Der Schock der politischen Transformation, die Wiedereinführung des Kapitalismus, der Wechsel der Eliten und die Entwicklung einer parlamentarischen Demokratie wurden von den westeuropäischen Gesellschaften mit kühler Zurückhaltung begrüßt. Aus Angst vor den neuen Konkurrenten blockierten sie die für die Aufnahme neuer Mitglieder erforderlichen EU-Reformen.

Als die ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten der NATO und der EU beitraten, fühlten sich viele ihrer Bürger nicht als „Gewinner der Geschichte“ behandelt, denen das moderne Äquivalent zum Sturm der Bastille 1789 gelungen war, sondern als „arme Vettern“, am Mittagstisch gerade einmal geduldet, was die Empörung Chiracs über die konträren Positionen der Polen und Tschechen im Irakkrieg auf krasse Weise bewies. Chiracs Äußerung im Jahre 2003, die Polen hätten „eine Gelegenheit verpasst, den Mund zu halten“, ist bereits als Beleg für den Überlegenheitskomplex der Franzosen in die Geschichte eingegangen. Die – finanzielle und anderweitige – Unterstützung der neuen Mitgliedstaaten durch die EU hat einen scharfen Neonationalismus in Westeuropa entfesselt, der 2005 zu Wahlkampfstrategien geführt hat, mit denen die deutschen Wähler vor der Bundestagswahl mit der Gefahr des „polnischen Fliesenlegers“ und die französischen Wähler vor dem EU-Referendum mit der des „polnischen Klempners“ verängstigt werden sollten.

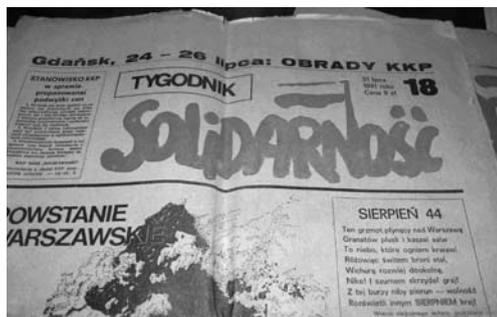
Während die alten EU-Mitgliedstaaten ihre Privilegien eifersüchtig schützten, kämpften die Neankömmlinge um den Aufstieg in die erste Liga und bemühten sich um Gleichbehandlung

durch den alten „harten Kern“. Bisweilen ist ihnen dies auch gelungen. Der polnische Premierminister Marek Belka beschämte das „alte“ Europa während des ersten EU-Gipfels 2005, als er den Vorschlag machte, die neuen Mitgliedstaaten könnten auf einige ihrer EU-Fördermittel verzichten, als ein Weg aus der haushaltspolitischen Sackgasse, in die die alten Nettozahler die EU hineingesteuert hatten.

Die neuen Mitgliedstaaten wurden auch zu einem mächtigen Instrument für die Politik gegenüber der ehemaligen Sowjetunion. Im November 2004 vermittelte der polnische Präsident Aleksander Kwaśniewski zusammen mit dem litauischen Präsidenten Valdas Adamkus und dem Hohen Vertreter der EU Javier Solana zwischen den opponierenden Parteien während der Orangen Revolution in der Ukraine und schafften es, trotz anfänglichem Widerstand aus Berlin, Bundeskanzler Schröder und Präsident Chirac zu überzeugen, Druck auf den „lupenreinen Demokraten“ Wladimir Putin<sup>6</sup> auszuüben, dem ukrainischen Wahlbetrüger Wiktor Janukowytsch nicht zur Hilfe zu kommen.

Doch dauerte es nicht lange, bis das „alte“ Europa seine traditionelle Auffassung von Polen als zweitrangiges Land auf hässlichste Weise erneut zeigte. 2005 ließ Gerhard Schröder es sich nicht nehmen, bei der Unterzeichnung der russisch-deutschen Vereinbarung für den Bau der Ostseepipeline anwesend zu sein, durch die Polen von Moskau deutlichem Druck ausgesetzt wurde. Im selben Jahr nahm Schröder zusammen mit Chirac Putins Einladung zur 750-Jahrfeier Kaliningrads an, während die unmittelbaren Nachbarn der russischen Enklave, Polen und Litauen, nicht eingeladen waren. Berlin und Paris zeigten, dass ihnen gute Beziehungen zu Moskau wichtiger waren als die Solidarität in der EU. Dafür galt das polnische Veto gegen das neue Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland 2006 (als Vergeltung für das russische Embargo für Fleisch aus Polen) bei der westlichen Öffentlich-

6 In einem Interview der ARD im November 2004 antwortete Schröder auf die Frage, ob er Putin für einen lupenreinen Demokraten halte, spontan: „Ja, ich bin überzeugt, dass er das ist.“



*Tygodnik Solidarność – die erste legale Wochenzeitung von „Solidarność“; Nr.18, Juli 1981.*

keit als symptomatisch für ein traumatisiertes Verhalten.

Polen als neues EU-Mitglied seinerseits zeigte, dass optimale Beziehungen zu Washington – zumindest in Sicherheitsfragen – Vorrang hatten. Obwohl die Bundesrepublik Deutschland vor 1989 dieselbe Meinung vertreten hatte, begann die deutsche Presse nun, Polen als den „trojanischen Esel der USA“ zu betiteln. Die Bemühungen Polens und der Tschechischen Republik, Teile des geplanten US-amerikanischen Raketenabwehrschields in ihren Ländern zu stationieren, wurden praktisch als Provokation aufgefasst.

Dennoch gelang es der EU, ein ausgeglichenes Verhältnis in ihrer Außenpolitik herzustellen. Das „alte“ und das „neue“ Europa zogen zusammen an einem Strang, um den russischen Angriff in Georgien zu beenden – auch wenn Frankreich und Deutschland unterschiedliche Schwerpunkte setzten als Polen und die baltischen Länder. Es war kein Zufall, dass Polen und Schweden sich zusammen für eine neue Politik der Annäherung an die Ukraine einsetzten, die später auch von Deutschland unterstützt wurde.

Wir sollten nicht außer Acht lassen, dass der Verfassungsvertrag – trotz der Vorbehalte der euroskeptischen Präsidenten Polens und der Tschechi-

schen Republik – nach den Volksabstimmungen in Ländern abgelehnt wurde, die dem „alten“ und nicht dem „neuen“ Europa angehören: Frankreich, die Niederlande und Irland. Trotz pathosgeladener Parolen wie „Der Vertrag von Nizza oder der Tod“ und dem erfolglosen Showdown bezüglich der „Quadratwurzelregelung“<sup>7</sup> im Europäischen Rat unterstützte Polen dagegen schließlich die deutsche Präsidentschaft 2007 und nahm davon Abstand, den Vertrag von Lissabon zu blockieren.

Man kann auf die letzten fünf Jahre zurückblicken als eine Zeit, in der alle Mitgliedstaaten – alte und neue – sich näherkamen und kennenlernten. Berlin, Paris, London und Rom zeigten immer wieder den „alten“ Reflex, sich, die Hauptstädte ehemaliger Imperien, als das wahre Europa zu sehen. In dieser Rolle fielen sie auf den Trick der Russen rein, die Union in Nationalstaaten zu teilen und die ehemaligen „sowjetischen Kolonien“ bloß als „benachbartes Ausland“ zu behandeln. Demgegenüber haben Warschau, Prag und Vilnius, in ihrer Rolle als Sprecher für die Region, die Ukraine näher an die NATO und die EU geführt. Außerdem machten sie auf Russland neoimperiale Bestrebungen aufmerksam sowie auf deren Verharmlosung der Verbrechen unter Stalin, der im Kreml einfach „russischer Bismarck“ genannt wird.

## Zusammenwachsen

Alles in allem haben das „alte“ und das „neue“ Europa jedoch gelernt, sich gegenseitig besser zu verstehen, wie die von der EU unternommenen Schritte in Richtung einer gemeinsamen Energiepolitik eindeutig beweisen. Die *Welt am Sonntag* spekulierte sogar, dass die Ostseepipeline das letzte deutsch-russische Vorhaben sein könne, bei dem die Belange der Nachbarländer nicht in Betracht gezogen würden. Zukünftige Aktivitäten müssen Teil einer gemeinsamen EU-Strategie sein. Weitere Beispiele sind die schnelle Antwort

7 Im Verfassungsvertrag wurde einstimmig das System der doppelten Mehrheit beschlossen, in dem eine (qualifizierte) Mehrheit erfordert, dass mindestens 55% der Mitgliedstaaten mit mindestens 65% der EU-Bevölkerung für einen Vorschlag stimmen. Die neue polnische Regierung schlug vor, die Wurzelformel zu verwenden, nach der nur eine Mehrheit erforderlich ist, die mit der Quadratwurzel aus der Anzahl der Bevölkerung des entsprechenden Mitgliedstaates ermittelt wird.

Deutschlands und Italiens auf die Bedenken Polens bezüglich des EU-Klimapakets<sup>8</sup> sowie die gemeinsame Strategie der EU zur Lösung der Finanzkrise, auf die man sich kürzlich trotz anfänglicher Konflikte schnell geeinigt hat.

So oder so sind alle Trennungen zwischen „altem“ und „neuem“ Europa mit Vorsicht zu genießen, da die Trennungen in der EU nicht ausschließlich entlang des ehemaligen Eisernen Vorhangs verlaufen. 2003 stellten sich Polen und die Tschechische Republik in der Frage des Irakkrieges auf die Seite von Großbritannien, Spanien und Italien. Während der Finanzkrise schlugen sich Ungarn und Rumänien auf die Seite Irlands, während Polen und die Tschechische Republik sich mit Deutschland zusammaten. Am Ende gelang es der EU dennoch, eine gemeinsame Erklärung abzugeben. Vielleicht führt die Herausforderung, die Wirtschaftskrise gemeinsam zu meistern, ja zu einer „Neugründung“ der Europäischen Union, in einem Akt der Selbsterkenntnis für das 21. Jahrhundert.

Die Europäer haben die Realität der Vereinigung des Kontinents noch nicht voll erfasst. Konkurrierende nationale Egos und die Versuche, das eigene Ansehen auf Kosten des Nachbarn aufzupolieren, müssen ein Ende haben. Versuche, Nationalmythen in einen größeren Kontext zu stellen und eine gemeinsame europäische Narrative zu finden, etwa durch die Schaffung eines Europa-Handbuchs oder eines Museums über die europäische Vereinigung in Brüssel, stoßen in Ländern auf Widerstand, die ihre Unabhängigkeit erst 1989 wiedergewonnen haben. West-, Ost- und Mitteleu-

ropa sind weiterhin nicht im Einklang: Die Islam-Problematik beispielsweise ist in Tallinn, Warschau und Bukarest nach wie vor relativ abstrakt. Und andererseits kann man sich in Paris, Lissabon oder Dublin nur schwer mit einer Annäherungspolitik an die Ukraine oder Belarus anfreunden.

Und dennoch, trotz der Unterschiede, der Missverständnisse und des kleinlichen Egoismus ist die Europäische Union Wirklichkeit: Sie hat vergleichbare demokratische Standards wie die Rechtsstaatlichkeit sowie ein Einvernehmen bezüglich der Probleme der Zivilbevölkerung, der Schwäche der politischen Parteien und der politischen Klasse, bezüglich der Gefahren, welche die geringe Beteiligung der jüngeren Generation am öffentlichen Leben birgt und der „Boulevardisierung“ der Medien.

Trotz der sozialen Schichtung, der schwachen politischen Kultur der Länder, die 1989 den Kommunismus hinter sich gelassen haben und der Enttäuschung all derer, die sich zu Recht nicht als Gewinner der Geschichte sehen, sind die vergangenen 20 Jahre insgesamt als positiv einzuschätzen. Dies zeigt sich nicht allein im Konsumverhalten oder im Bau von neuen Wolkenkratzern, sondern auch im Optimismus der Menschen, der besonders in Polen stärker ist, als man es je hätte erwarten können. Ungeachtet des harschen Tons in den öffentlichen Debatten, des Nachholbedarfs beim Bau neuer Straßen und bei der Sanierung des Eisenbahnnetzes, den Versäumnissen bei der Reform des Gesundheitswesens und ausbleibender internationaler Erfolge, auch im Sport – an den Ufern der Weichsel ist Ungeduld nach wie vor eine starke Triebkraft.



**Adam Krzemiński** (1945) ist ein polnischer Journalist und Berichterstatter, spezialisiert auf deutsch-polnische Beziehungen und Geschichte. Angesehen als einer der führenden Publizisten Polens, ist er seit 1973 Redakteur des Nachrichtenmagazin *Polityka*, Gastredakteur der Wochenzeitung *Die Zeit* und er hat zu vielen anderen internationalen Veröffentlichungen beigetragen. Zu seinen Büchern gehört *Polen im 20. Jahrhundert: ein historischer Essay* (München: Beck, 1993). Krzemiński wurde 1993 mit der Goethe-Medaille und 1996 mit dem Essayistik-Preis des polnischen P.E.N. Club ausgezeichnet. Er ist Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft in Warschau.

8 Der EU-Klimagipfel am 11. und 12. Dezember 2008 sollte bis 2013 ein System einführen, nach dem CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate ersteigert werden. Polen, das stark von Kohle abhängig ist, äußerte ernste Bedenken sowohl über diesen Vorschlag als auch über das Ziel, den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2020 um 20% des Ausstoßes von 1990 zu reduzieren.

JIRÍ PEHE

## Die Tschechische Republik und die Europäische Union – eine problematische Beziehung

Die Europäische Union hat bei der Transformation der ehemals kommunistischen Länder in demokratische Staaten mit funktionierenden marktwirtschaftlichen und rechtsstaatlichen Strukturen eine äußerst bedeutende Rolle gespielt. Der gewaltige Transfer von institutionellem und rechtlichem Know-how von den Mitgliedstaaten zu den Beitrittsländern, der von der Europäischen Kommission und anderen Institutionen geleitet wurde, ist in vielerlei Hinsicht ein historisch einzigartiges Ereignis.

Einige Beitrittskandidaten früherer EU-Erweiterungsrunden mussten die notwendigen Veränderungen mit politischen und zivilen Institutionen in Angriff nehmen, die mit dem Erbe autoritärer Regime belastet waren. Doch keines dieser Länder hat den Beitrittsprozess zur Aufnahme in die EU aus der Situation der postkommunistischen Länder heraus begonnen, deren politisches System auf einer nahezu vollständigen Ausschaltung von Zivilgesellschaft, Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie basierte.

Wie wichtig die Führung und Anreize waren, mit denen die EU den ehemals kommunistischen Beitrittskandidaten bei deren rapiden institutionellen Veränderung zur Seite stand, um demokratische Systeme und eine Marktwirtschaft nach westlichem Muster aufzubauen, lässt sich vielleicht am besten anhand eines historischen Vergleichs veranschaulichen. Als die Tschechoslowakei 1918 aus den Trümmern der Österreichisch-Ungarischen Monarchie gebildet wurde, entwickelte sich das Land schnell zu einem demokratischen Staat. Es blieb ein demokratisches Eiland in Mitteleuropa bis 1938 und musste in einer zunehmend feindlich gesinnten Nachbarschaft um seine Existenz kämpfen. Letztendlich wurde es hauptsächlich im Zuge der wachsenden Bedeutung Nazi-Deutschlands zerstört. Seine anderen Nachbarn – Polen, Ungarn,

Rumänien und die Sowjetunion – waren allesamt autoritäre Regime unterschiedlicher Art.

Mehrere Jahrzehnte später haben die Länder der EU eine vollkommen andere Rolle gespielt. Sie bildeten ein wohlwollendes internationales Umfeld für die Demokratisierung der Tschechoslowakei und nach 1993 ihrer Nachfolgestaaten, der Tschechischen Republik und der Slowakei. Tatsächlich kann man sagen, dass einige ehemals kommunistische Länder ohne die Unterstützung der EU und die Aussicht auf eine Mitgliedschaft möglicherweise zu autoritären Regierungsformen zurückgefunden hätten. Die Slowakei wäre so ein Land.

Um den Einfluss der EU auf die Entwicklungen in der Tschechoslowakei zwischen 1989 und 1993, und in der Tschechischen Republik nach 1993 zu beurteilen, ist es sinnvoll, die Geschichte der Beziehungen zwischen der EU und der Tschechischen Republik (bzw. der Tschechoslowakei) in mehrere Perioden einzuteilen. Die erste Periode, das „Werben“, dauerte von 1989 bis 1995; die zweite, die der Beitrittsverhandlungen, bis 2003 und die dritte, die der Mitgliedschaft, begann 2004.

Bei näherer Betrachtung dieser drei Perioden zeigt sich, dass die Beziehungen nicht immer reibungslos verliefen. Tatsächlich hat die Tschechische Republik – aus verschiedenen Gründen – eine eher problematische Beziehung zur EU.

### Das Werben

Die erste Periode fand im Geiste eines postrevolutionären Ethos statt, während der die gemeinsame Idee der „Rückkehr nach Europa“ eine wichtige Rolle spielte. Diese Rückkehr wurde jedoch erschwert, weil viele tschechische Politiker fest an eine tschechische Exklusivität glaubten.

Sie glaubten, die Tschechische Republik sei (insbesondere nach der Abspaltung von der Slowakei 1993) wirtschaftlich so viel weiter als andere ehemals kommunistische Länder, dass sie eine Sonderbehandlung der EU verdient hätte. Viele waren auch der Ansicht, die Tschechen seien aufgrund ihrer Demokratie-Erfahrung vor dem Krieg für eine EU-Mitgliedschaft besser vorbereitet.

Es kann also gesagt werden, dass in dieser Periode ein Zusammenstoß zweier politischer Kulturen stattfand. Auf der einen Seite die nüchterne Herangehensweise der EU, die ihre Maßstäbe für neue Mitgliedstaaten nicht herabsetzen wollte, aufgrund politisch motivierter Herausforderungen, sich so schnell wie möglich zu erweitern; auf der anderen Seite, die überhöhten Erwartungen der tschechischen Politiker und Bürger, die von dem Glauben an ihre eigene Besonderheit beflügelt waren.

Die eher vorsichtige Haltung der EU bremste diese Erwartungen und führte zur Stärkung einer nationalistisch orientierten Politik. Mit Sicherheit gehen einige der Probleme im Verhältnis zwischen der EU und der Tschechischen Republik auf diese Zeit zurück, als einige tschechische Politiker das nationale Gefühl, etwas „Besonderes“ zu sein, für ihre Zwecke nutzten und eine schlechte Behandlung seitens der EU anprangerten, wenn diese dieselben Maßstäbe für ihr Land wie auch für andere ehemals kommunistische Länder anwendete.

Besonders der damalige Premierminister Václav Klaus forderte, dass die Tschechische Republik nahezu sofort in die EU aufgenommen werden sollte. Von Anfang an wehrte er sich dagegen, die ehemaligen kommunistischen Länder als „Schüler“ zu betrachten, die unter der Aufsicht Brüssels und der EU-Mitgliedstaaten zunächst ihre Hausaufgaben machen sollten.

Er stand auch für einen besonderen Aspekt der tschechischen Denkweise. Anders als Präsident Václav Havel, der zu Demut gegenüber den weiter entwickelten westlichen Demokratien aufrief, glaubten Klaus und seine neoliberalen Kollegen, dass sie über eine starke intellektuelle und

ideologische Basis verfügten, die ihnen nicht nur das Recht gab, sich der in ihren Augen herablassenden Einstellung der EU zu widersetzen, sondern zudem eigene Ideen vorzutragen, wie die EU zu funktionieren habe. Klaus' kritische Haltung gegenüber der EU war in der Tschechischen Republik und auch international berüchtigt, doch erst später kritisierte er die EU gelegentlich als bürokratisches, sozialistisch anmutendes Unternehmen, sogar noch bevor die Tschechische Republik ihren Weg zur EU-Aufnahme begonnen hatte.

Eine Reihe von tschechischen Politikern war auch der festen Überzeugung, dass die westeuropäischen EU-Mitgliedstaaten einiges aus der Diktaturerfahrung der jungen Demokratien Mitteleuropas lernen konnten. Die Länder der EU wurden mitunter für ihre vermeintlich lasche und achtlose Haltung gegenüber diverser autoritärer Bedrohungen kritisiert.

Diese „mentale Kluft“ zwischen dem Westen – vorrangig die älteren Mitglieder der EU – und den jungen Demokratien in Mitteleuropa und Osteuropa wurde dadurch noch vertieft, dass Westeuropa nur wenig Verständnis der Botschaft aus dem Osten gegenüber zeigte, ihre Erfahrungen mit totalitärer Herrschaft können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Demokratie im vermeintlich demokratiemüden Westen aufzufrischen. Osteuropa verstand den Westen entweder nicht oder es unterschätzte die Rückständigkeit seiner eigenen politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Institutionen nach 40 Jahren Kommunismus.

Während die EU also auf eine umfassende institutionelle Modernisierung der ehemals kommunistischen Länder, die auf eine EU-Mitgliedschaft hofften, bestand – was nicht von heute auf morgen zu bewerkstelligen ist – glaubten einige dieser Länder, und insbesondere die Tschechische Republik, dass sie diesbezüglich gar nicht so rückständig seien, wie die EU vorgab und dass die EU durchaus von ihren Erfahrungen profitieren könne. Im Falle der Tschechischen Republik wurde diese vermeintlich besondere Erfahrung von Klaus und seinen Kollegen besonders hervorgehoben. Sie waren der Überzeugung, dass sich nicht nur die Tschechen, sondern auch die

EU mithilfe des Neoliberalismus gegen die gefährlichen kommunistischen Tendenzen wappnen könne.

## Beitritt

Auch wenn Klaus das Partnerschaftsabkommen zwischen EU und Tschechischer Republik unterzeichnet hat und Antrag auf die EU-Mitgliedschaft stellte, unternahm seine Regierung nicht viel, um die Beitrittskriterien zu erfüllen. Diese Haltung beruhte größtenteils auf der bereits erwähnten Überzeugung, dass die von der EU geforderten Reformen im Grunde nicht erforderlich waren. Ende der 1990er Jahre war die Tschechische Republik bezüglich der Erfüllung der Mitgliedschaftskriterien an letzter Stelle aller Beitrittskandidaten.

Klaus war nicht nur darauf bedacht, die angeblich herablassende Haltung der EU von sich zu weisen, sondern wollte die EU-Beamten noch über die Europäische Union belehren. Die oft zitierte Bemerkung des EU-Kommissars für Erweiterung, Hans van den Broek, zu Klaus bei einem ihrer Treffen, zeigt das Problem deutlich. Van den Broek wies Klaus darauf hin, dass er nicht vergessen solle, dass nicht die EU die Tschechische Republik dabei haben wolle, sondern die Tschechische Republik die Mitgliedschaft in der EU anstrebe.

Nachdem die Sozialdemokraten 1998 an die Regierung gekommen waren, änderte sich die Situation. Die ČSSD<sup>9</sup> nutzte die Zeit, um die Beitrittsverhandlungen voranzutreiben. Die Sozialdemokraten hatten auch weitaus weniger Probleme als Klaus damit, die von der EU geforderten Bedingungen für die Beitrittskandidaten zu akzeptieren.

Klaus' ODS-Partei<sup>10</sup> nutzte ihre Zeit in der Opposition, um ihr euroskeptisches Image aufzubauen. Ihre Haltung gegenüber der EU war nicht gerade enthusiastisch und beschränkte sich auf Äußerungen wie „es gibt keine Alternative zur

Mitgliedschaft“. Als man in der EU schließlich über die Verabschiedung einer EU-Verfassung sprach, ging die ODS noch stärker in die Opposition, stellte sich als Gegner einer weiteren politischen Integration der EU dar und sprach sich gegen eine Verfassung aus.

Unterm Strich hatte die EU ihren größten Einfluss auf die Entwicklung der Tschechischen Republik in den Jahren zwischen 1995 und 2002. Auch wenn tschechische Politiker die Notwendigkeit einiger der von der EU geforderten Reformen anzweifelten, mussten sie sich schließlich den Forderungen aus Brüssel stellen. Dies ist auch der tschechischen Zivilbevölkerung zu verdanken, die mehrheitlich eine EU-Mitgliedschaft befürwortete.

Die EU bot den Tschechen großzügige Unterstützung bei der Reform mehrerer zentraler Bereiche. In den im Herbst herausgegebenen Jahresberichten der Europäischen Kommission, in denen die Fortschritte der Beitrittskandidaten bei der Erfüllung der erforderlichen Kriterien zusammengefasst werden, wird die Tschechische Republik immer wieder für ihre mangelnde Transparenz der Finanzmärkte, die ineffizienten Konkursgesetze, den staatlichen Besitz der größten Banken und die mangelnde Reformbereitschaft der Justiz und Verwaltung kritisiert.

Der sozialdemokratischen Regierung gelang es, diese Probleme größtenteils zu beheben. Insbesondere die Wirtschaftsreformen waren Ende 2002 abgeschlossen. Die wichtigsten Banken wurden privatisiert und ein funktionierender Finanzmarkt, der den EU-Standards bezüglich Transparenz genügte, war geschaffen worden. Zusammen mit weiteren, von der EU geforderten Reformen, schufen diese Änderungen ein Klima, das die Tschechische Republik bereits vor ihrem offiziellen Beitritt zur EU zu einem der attraktivsten Investitionsziele machte.

2000 wurde die öffentliche Verwaltung dezentralisiert. Entsprechend den Forderungen der EU

9 Česká strana sociálně demokratická (Tschechische Sozialdemokratische Partei).

10 Občanská demokratická strana (Demokratische Bürgerpartei).

wurden 14 Regionen geschaffen, die bis zu einem gewissen Grad selbstverwaltet sind. Ein neues Gesetz zur Entpolitisierung der Verwaltung wurde noch vor dem EU-Beitritt verabschiedet, es ist aber noch nicht in Kraft getreten. Den tschechischen politischen Parteien ist es immer wieder gelungen, grundlegende Reformen in diesem Gebiet hinauszuzögern.

Insgesamt wurden mithilfe der EU während des Beitrittsprozesses aber bedeutende institutionelle Änderungen vollzogen. Was die sichtbaren Indikatoren betrifft, war die Tschechische Republik bereits 2002 ein relativ gut funktionierendes demokratisches Land.

## Mitgliedschaft

Allerdings gestalten sich die ersten fünf Jahre der tschechischen EU-Mitgliedschaft eher schwierig. Wie auch in einigen anderen neuen Mitgliedstaaten war in der Republik als Reaktion auf die komplexen und teilweise unpopulären Reformen ein gewisser Populismus auf dem Vormarsch. Sogar unter den Politikern jener Parteien, die das Land in die EU geführt hatten, war man der Auffassung, dass die Tschechische Republik als vollwertiges Mitglied nicht mit Allem, was aus Brüssel diktiert wurde, konform gehen musste.

Während manche tschechische Politiker bereits vor dem EU-Beitritt eine trotzig Haltung eingenommen hatten, verfügte die EU durch den Kandidatenstatus des Landes über ausreichende Druckmittel, die der politischen Elite der Tschechischen Republik keine andere Wahl ließ, als die meisten der von Brüssel geforderten Reformen schließlich durchzuführen. Mit der Mitgliedschaft löste sich dieser Konsens rapide auf und die Notwendigkeit weiterer Reformen wurde sogar von jenen Politikern in Frage gestellt, die zuvor maßgeblich daran beteiligt waren, das Land in die EU zu führen.

In den ersten Jahren nach dem Beitritt wurde die EU nach wie vor als „die da“ angesehen. Das Ziel war es nun, dass „wir“ (die Tschechen) soviel wie möglich von „denen“ bekommen und dabei so wenig wie möglich deren „Weisungen“ nachkommen müssen. Gleichzeitig wuchs in der Be-



„Sozialismus Ja - Besetzung Nein!!!“ Plakat gegen die sowjetische Invasion am 21. August 1968.

völkerung der Glaube, in erster Linie durch den Einfluss der zunehmend EU-skeptischen ODS, dass die bereits erzielte politische Integration der EU nunmehr ausreichte.

Diese Haltung wurde besonders eklatant, als die ODS nach den Parlamentswahlen 2006 wieder an die Macht kam. 2007 verbündete sich die Regierung von Topolánek mit den Kaczyński-Brüdern in Polen, um die Bemühungen der deutschen Ratspräsidentschaft aufzuhalten, schnell einen neuen europäischen Reformvertrag auf den Weg zu bringen, der die 2005 abgelehnte Europäische Verfassung ersetzen sollte. Die ODS, die 2005 gegen die EU-Verfassung plädiert hatte, stellte sich weiterhin gegen jedes Dokument, das die politische Integration der EU 2007 stärken würde.

Premierminister Mirek Topolánek und sein Team benötigten etwa ein Jahr, um sich von ihrer radikalen Haltung, die sie in der Opposition eingenommen hatten, zu lösen. Langsam begriffen sie, dass die Institutionskultur der EU auf Kompromiss- und Verhandlungsbereitschaft basiert. Letztlich war Topolánek doch noch zu Konzessionen bereit und unterzeichnete im Dezember 2007 den Vertrag von Lissabon im Namen der Tschechischen Republik.

Diese Wende zu mehr Pragmatismus verschärfte aber die Spannungen zwischen Topolánek und Klaus, der 2003 Präsident des Landes ge-

worden war. Im Laufe der Zeit opponierte Klaus immer heftiger gegen eine weitere Integration der EU und stellte in einigen seiner Reden schließlich die EU *per se* in Frage.

Der Streit zwischen dem Premierminister und dem Präsidenten komplizierte die Einstellung der ODS zum Vertrag von Lissabon. Topolánek verschob dessen Ratifizierung durch das Parlament um über ein Jahr, aus Sorge, dass ein Zerwürfnis mit Klaus die Partei spalten könnte. Schließlich brach seine Regierung im März 2009 noch während der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft zusammen, teilweise dank der Mitwirkung von Klaus' Verbündeten in der ODS.

Die tschechische Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte von 2009 zeichnete sich durch eine mangelnde politische Einheit bezüglich der EU aus. Es war abzusehen, dass es für einen ehemaligen sowjetischen Satellitenstaat in jeder Hinsicht schwierig sein würde, die Aufgaben der EU-Präsidentschaft zu meistern. Unglücklicherweise traf die tschechische Präsidentschaft, die auf eine erfolgreiche französische Präsidentschaft unter Nicolas Sarkozy folgte, mit einer bis dato nicht gelösten Gaskrise, einem schwelenden Konflikt im Gazastreifen und der schwersten weltweiten wirtschaftlichen Rezession seit den 1930er Jahren zusammen.

Darüber hinaus hatten sich die Tschechen während der Vorbereitungen auf die Ratspräsidentschaft selbst Steine in den Weg gelegt, die zum Teil aus den bereits erwähnten politischen Streitigkeiten im Lande resultierten. Kurz nach seinem Amtsantritt im Januar 2007 löste Premierminister Mirek Topolánek beispielsweise das von der vorigen Regierung eingesetzte Team für die Vorbereitung der Ratspräsidentschaft kurzerhand auf. Während sich die anderen EU-Mitgliedstaaten jeweils mindestens drei Jahre auf die Präsidentschaft vorbereitet hatten, standen Topolánek nur knapp 18 Monate zur Verfügung.

Tatsächlich fuhren die ODS und die neue Regierung sogar nach ihrem Amtsantritt einen deutlich euroskeptischen Kurs, was den Tschechen das Etikett der Querulanten bescherte. Topolánek unternahm nicht viel, um dieses Image

zu ändern. Nachdem er im Dezember 2007 den Vertrag von Lissabon unterzeichnet hatte, traf er sogar innerhalb seiner eigenen Partei auf Opposition. Eine Gruppe von ODS-Senatoren legte den Vertrag dem Verfassungsgericht vor, das entscheiden sollte, ob er nicht gegen die tschechische Verfassung verstoße. Zwar entschied das Gericht im November 2008, dass der Vertrag von Lissabon durchaus verfassungskonform ist, doch verzögerte der Vorgang die Ratifizierung des Vertrags durch das tschechische Parlament erheblich.

Diese Verzögerung verschlechterte die Aussicht auf eine erfolgreiche EU-Ratspräsidentschaft. Als die Iren im Juni 2008 den Vertrag per Volksentscheid ablehnten, fragten sich Beobachter, wie die Tschechische Republik die EU politisch anführen sollte, wenn selbst innerhalb der eigenen Regierung Uneinigkeit über die Ratifizierung herrschte. Angesichts dieser komplizierten Situation spekulierten einige westliche Zeitungen sogar, dass Frankreich die Tschechen aus dem Sattel heben und ihre erfolgreiche Ratspräsidentschaft um weitere sechs Monate verlängern würde. Der französische Präsident Nicolas Sarkozy strafte sie Lügen, indem er Premierminister Topolánek versicherte, dass Frankreich nicht die Absicht hatte, die Tschechische Republik zu unterlaufen. Allerdings schien Frankreich weiterhin bestimmt, seine Führungsposition in der EU bis weit in das Jahr 2009 fortzusetzen, besonders in jenen Ländern, die den Euro eingeführt hatten.

Auch wenn die EU nicht geteilter Meinung gewesen wäre, hätten die Tschechen massive Schwierigkeiten gehabt, während ihrer Präsidentschaft spektakuläre Ergebnisse zu erzielen. Nachdem die Regierung von Topolánek nach einem Misstrauensvotum im März 2009 abberufen worden war, zeigte sich, dass Länder wie Frankreich und Deutschland den Tschechen zwar die Verwaltung der EU-Ratspräsidentschaft (die Organisation von Treffen, Gipfeln, usw.) zusprachen, bezüglich der Agenda aber ihre eigene politische Führungsrolle behaupten wollten.

Paradoxerweise erreichte die Tschechische Republik den Tiefpunkt ihrer bisherigen Zeit als EU-Mitglied mitten während ihrer Ratspräsident-

schaft, die für die meisten neuen Mitgliedstaaten eine hervorragende Gelegenheit darstellen würde, ihre politische Reife unter Beweis zu stellen. Die Tatsache, dass das tschechische Parlament den Vertrag von Lissabon am Frühjahrsanfang 2009 immer noch nicht ratifiziert hatte, machte die Sache nicht gerade einfacher. Durch ihre innenpolitischen Querelen schafften es die Tschechen nicht nur, ihre Ratspräsidentschaft ausgerechnet während einer schweren Wirtschaftskrise erheblich zu schwächen, als viele Länder eine starke EU-Führung erwarteten, sondern auch die restlichen europäischen Ländern bezüglich des Vertrags von Lissabon hinzuhalten.

### **Der Einfluss der Tschechischen Republik auf die EU**

Die Überzeugung einiger tschechischer Politiker bereits vor dem EU-Beitritt, dass die Tschechische Republik der EU ebenso viel bieten konnte, wie die EU den Tschechen, erwies sich als Chimäre. Die ungewisse Zukunft des Vertrags von Lissabon und die gescheiterte tschechische EU-Ratspräsidentschaft waren nur ein Aspekt der schwierigen Beziehung zwischen der Tschechischen Republik und der EU. Diesen Problemen waren eine Reihe von Komplikationen vorangegangen. Die ersten Anzeichen für Schwierigkeiten zeigten sich, als die Tschechen entscheiden mussten, welche Rolle das Land bei dem US-geführten Einmarsch in den Irak spielen sollte. Den tschechischen Politikern fiel es ausnehmend schwer, eine eindeutige Position einzunehmen.

Bereits bevor der Krieg ausbrach, hatte das tschechische Parlament beschlossen, dass die tschechische Einheit gegen chemische Kriegsführung nur im Irak stationiert werden konnte, wenn der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Resolution verabschiedete, die eine militärische Intervention genehmigte. Da aber die USA und das Vereinigte Königreich entschieden, auch ohne diese Resolution im Irak einzumarschieren, blieb die tschechische Einheit während des gesamten Krieges in Kuwait. Das Parlament beschloss, dass die Einheit nur in einer „humanitären Mission“ in den Irak geschickt würde, in dem Fall, dass Saddam Hussein Massenvernichtungswaffen einsetzte.

Dann entschied die tschechische Regierung, dass ihr Land nicht Teil des Militärbündnisses sei, das in den Irak einmarschierte. Präsident Klaus lehnte den Krieg kategorisch ab, aber als erklärter EU-Skeptiker lag ihm sehr viel daran, klarzustellen, dass seine Haltung nichts mit der Ablehnung des Krieges seitens der großen EU-Länder zu tun hatte. Er war der Ansicht, die tschechische politische Elite müsse mit der öffentlichen Meinung konform gehen. Über 70 Prozent der Tschechen lehnten den Krieg ab.

In einem eher verworrenen Zeitungsartikel versuchte er seine Haltung zu erklären, indem er betonte, dass die Tschechische Republik weder eine „europäische Position“ noch ein „amerikanische Position“, sondern eine eigene „tschechische Position“ einnehmen müsse. Er verurteilte die Irak-Invasion als „linken Krieg“ und vertrat die Ansicht, dass der Versuch, Demokratie zu exportieren einem „social engineering“ gleichkam. Dabei benutzte er gegen den Irak-Krieg dieselbe Kritik, die er auch gegen die EU benutzt hatte.

Diese „tschechische Position“ sollte schließlich, im Gegensatz zu einer pro-amerikanischen oder pro-europäischen Haltung, ein wichtiges Instrument im Repertoire der tschechischen Euroskeptiker werden. Bis heute wettern beispielsweise viele von ihnen gegen den Vertrag von Lissabon, indem sie sich auf eine bestimmte „tschechische Position“ berufen, ohne diese jedoch zu definieren oder zu erklären, warum es diese Position geben muss.

Bei der amerikanischen Invasion des Irak waren die meisten wichtigen Politiker der Tschechischen Republik sehr darum bedacht, keine eindeutige Position zu vertreten. Anders als die Franzosen oder die Deutschen, die ihre Ablehnung des Krieges verteidigen mussten, und anders als der britische Premierminister, der aufgrund seiner Unterstützung des Krieges um sein politisches Überleben kämpfte, weigerte sich die tschechische Regierung, Entscheidungen zu treffen, für die sie echte Verantwortung hätte übernehmen müssen. Rückblickend scheint dies die tatsächliche Bedeutung der „tschechischen Position“ zu sein.

Die tschechische Regierung versuchte, ihr eigenes Spiel mit den Vereinigten Staaten zu spielen. Als nach den Parlamentswahlen 2006 Topolánek die Regierung übernahm, revidierte er die Einstellung der ČSSD-Vorgängerregierung, die bemüht gewesen war, ein Gleichgewicht zwischen starken transatlantischen Beziehungen und der Mitgliedschaft in der EU zu halten. Unter Topolánek verlagerte sich der außenpolitische Schwerpunkt in Richtung der Vereinigten Staaten.

Die Tschechen begannen bilaterale Gespräche mit den USA über die Stationierung einer amerikanischen Radarbasis – als Teil ihres Rakenschutzschilds – auf tschechischem Gebiet, ohne sich wirklich mit ihren europäischen Partnern in der NATO und der EU zu beraten. Gleichzeitig starteten tschechische Diplomaten eine Initiative, um die Visapflicht tschechischer Bürger für USA-Reisen aufzuheben.

Die Position der tschechischen Regierung bei diesem Thema zeigte deutlich, wie schwer sich die Tschechen damit taten, ihren Platz in der EU zu finden. Obwohl die EU versuchte, die tschechische Regierung in ihren Bemühungen zu stoppen, indem sie die Visapflicht als eine Angelegenheit darstellte, mit der sich Brüssel befassen müsse, beharrten die Tschechen auf ihrem Recht, auf eigene Initiative zu handeln.

Die Regierung Topolánek erreichte am Ende ihr Ziel, aber erschwerte damit die Reisebedingungen in die USA für andere Europäer. Die Bush-Regierung nutzte die Verhandlungen mit den Tschechen, um ihr Visa-Waiver-Programm um Sicherheitsauflagen zu erweitern, welche die Länder, die bereits an dem Programm teilnahmen, bis dahin nicht erfüllen mussten.

Wieder einmal spielte die „tschechische Position“, die Klaus 2003 als tschechische Antwort auf den US-geführten Krieg im Irak angeführt hatte, ihre zwiespältige Rolle. In beiden Fällen, sowohl bei der Stationierung der amerikanischen Radarstation als auch bei der Aufhebung der Visapflicht, war die tschechische Politik von ihren eigenen Interessen geleitet und nicht von einer Verantwortung gegenüber ihren wichtigsten Partnern in der EU.

## Die wichtigsten Unterschiede zwischen alten und neuen Mitgliedern

Es scheint, dass die Unterschiede zwischen den alten und neuen Mitgliedern der EU viel ausgeprägter sind, als viele zu Beginn der Beitrittsverhandlungen Mitte der 1990er Jahre für möglich hielten. Ein erster bedeutender Unterschied ist die Tatsache, dass die meisten neuen Mitglieder immer noch dabei sind, ihre eigene Identität, nicht in Bezug auf Nationalismus, sondern auf ihre Einstellung zur Demokratie, zu definieren. Dies behindert sie natürlich nicht nur auf ihrem Weg, sich selbst, ihre nationalen Interessen und ihre Rolle in Europa zu definieren, sondern kompliziert auch ihre Position gegenüber dem Ausland.

Bevor die Tschechische Republik der EU beitrug, warnte Präsident Klaus mehrfach davor, dass die Tschechen sich in der EU wie ein Stück Zucker in Kaffee auflösen könnten. Obwohl er für diesen Vergleich oft verspottet wurde, hatte er damit ein gravierendes Problem der östlichen EU auf den Punkt gebracht: ihre große Unsicherheit bezüglich der eigenen Identität. Havel griff des Öfteren auf dieses Zitat zurück, wenn er sagte, dass die Tschechen so etwas nicht behaupten würden, wenn sie sich ihrer wahren Identität sicher seien. Diese Haltung gegenüber Europa offenbare mangelndes Selbstvertrauen.

Fünf Jahre nach dem Beitritt der acht ehemals kommunistischen Länder hat sich gezeigt, dass sich ihre Auffassung von Souveränität, nationalem Interesse, Demokratie und sogar von Globalisierung deutlich von jener der älteren EU-Mitglieder unterscheidet. Einer der Gründe für die im Osten der EU herrschende Verunsicherung ist die Tatsache, dass diesen Ländern eine Vorstellung von Identität, Souveränität und Demokratie zu eigen ist, die bis zu einem gewissen Grad noch aus der Zeit vor dem Kommunismus stammt.

Sie haben einfach vier Jahrzehnte institutioneller und politischer Entwicklung verpasst, die der Westen durchgemacht hat. So gehörte zur Auffassung von Demokratie, die in Ost- und Mitteleuropa aufkam, anfangs noch nicht das im



*Foto von sowjetischen Panzern in Prag.*

Westen vorherrschende Verständnis, dass sich eine demokratische Staatsform nicht einfach nur durch das Mehrheitsprinzip erreichen lässt, sondern dass sie auf der Achtung der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes beruht.

Ein weiterer Irrglaube, dem einige tschechische Politiker aufgesessen sind, ist, dass freie Wahlen das wichtigste Element einer Demokratie seien. Andere, ebenso wichtige Aspekte, wie das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, unterstützt durch einen liberalen Konstitutionalismus und eine starke Zivilgesellschaft, werden oft vernachlässigt. Zum Glauben an das Mehrheitsprinzip als wichtigstes Element der Demokratie gesellt sich ein mangelnder Minderheitenschutz sowie mangelnde Toleranz.

## **Einige Lektionen**

Rückblickend besteht kein Zweifel, dass die institutionelle Rückständigkeit und nur mäßig entwickelte politische Kultur der neuen Mitgliedsstaaten aus dem ehemaligen Sowjetblock weitaus bedeutender war, als von den meisten ursprüng-

lich angenommen. Dies zeigte sich unter anderem an dem hohen Maß innenpolitischer Widersprüche, die, aufgrund der Unfähigkeit, ergebnisorientierte Kompromisse einzugehen, schließlich an die EU weitergegeben wurden.

Erst etliche Jahre nach ihrem Beitritt in die EU begann die politische Elite der neuen Mitgliedsstaaten die politische Kultur der Union, die auf Verhandlungen und Kompromissfindung setzt, in Ansätzen zu begreifen. Nach und nach verblasste die Trennung zwischen „wir“ und „denen“.

Alle ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten, die der EU im Jahr 2004 beigetreten sind, durchliefen eine institutionelle Modernisierung, die in ihrer Schnelligkeit einzigartig in der Geschichte ist. Sie alle kamen aus autoritären politischen Systemen mit einer staatlich kontrollierten Wirtschaft und einem ineffektiven bürokratischen Apparat. Von Mitte der 1990er Jahre, als diese Länder die EU-Mitgliedschaft beantragten, bis 2002, als die Mitgliedschaft unter Dach und Fach war, hatte ein noch nie da gewesener Prozess zur Verwandlung der staatlich kontrollierten

Wirtschaft in eine moderne Marktwirtschaft sowie die Umwandlung undemokratischer, ineffektiver politischer Institutionen in demokratische, rechtsstaatliche Institutionen stattgefunden.

Dabei hat die EU mit Know-how und Orientierung eine wesentliche Rolle gespielt. Da alle relevanten politischen Führer Osteuropas eine EU-Mitgliedschaft anstrebten, konnte die EU bei Bedarf auch genügend Druck ausüben, um die Beitrittskandidaten dazu zu bewegen, ihren Empfehlungen Folge zu leisten.

Diese institutionelle Umwandlung durch die EU war zweifellos ein großer Erfolg, aber sie hatte auch eine dunkle Seite. Wie überall auf der Welt, wo autoritäre Systeme zu Demokratien werden, ist es einfacher, Institutionen zu verändern als die politische und gesellschaftliche Kultur. Diese Veränderungen gingen weitaus schneller vonstatten, als die Veränderungen in den Köpfen der Menschen.

Als 1918 die Tschechoslowakei gegründet wurde, bemerkte ihr Präsident Tomas G. Masaryk: „Jetzt haben wir eine Demokratie, aber keine Demokraten.“ Neunzig Jahre später besteht dieses Problem weiterhin in einer Region, die vor 1989 keine oder nur geringe Erfahrungen mit der Demokratie gemacht hatte.

Bis zu einem gewissen Grade sind die ehemals kommunistischen EU-Mitgliedstaaten sogar 20 Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus „Demokratien ohne Demokraten“. Auch wenn sie rein äußerlich den westlichen EU-Staaten bereits sehr ähneln, wenngleich sie etwas ärmer sind, offenbart sich in ihrem Inneren ein bedeutender Mangel an demokratischer Kultur.

Diese Diskrepanz zwischen der raschen institutionellen Entwicklung und der nur langsam eintretenden Veränderung in den Köpfen der Menschen hat zahlreiche negative Folgen. Die erste zeigte sich kurz nach der offiziellen Aufnahme der acht ehemals kommunistischen Länder in die Europäische Union, im Mai 2004. Die Regierungen mehrerer Länder kollabierten urplötzlich und populistische Politiker gewannen

die Oberhand, weil viele Menschen glaubten, der Transformationsprozess wäre bereits abgeschlossen. Außerdem waren viele der Auffassung, die Beitrittskandidaten hätten für die Mitgliedschaft einen zu hohen Preis bezahlen müssen.

In den meisten dieser Länder verwandelte sich die politische Bühne schnell in ein heftig umstrittenes Schlachtfeld, von dem die zuvor gemeinsam verfolgten Ziele, wie etwa der EU-Beitritt, verschwunden waren. Zu der vorherrschenden Haltung in vielen Ländern (die etwa mit den Worten „wir haben unseren Preis bezahlt, jetzt entspannen wir uns“ zusammengefasst werden könnte) gesellte sich die zurückgekehrte finanzpolitische Verantwortungslosigkeit.

Ein weiterer spürbarer Aspekt dieses Gewissenswandels nach dem Beitritt bestand in den Problemen, die einige der Länder aus der Region, insbesondere Polen und die Tschechische Republik, der EU bereiteten. Diese Einstellung lag nicht nur in dem Wiedererstarken nationalistischer Tendenzen begründet, die während des Beitrittsprozesses kaschiert worden waren, sondern auch in den Äußerungen populistischer Politiker, laut denen diese Länder sich nicht mehr wie Schüler verhalten sollten, die ihren Lehrern gehorchen müssen.

Allerdings wird bei dieser Auffassung von Gleichstellung die Tatsache vollkommen außer Acht gelassen, dass die Länder dieser Region noch viele Jahre lang beachtliche Mengen an Geld aus Strukturfonds und andere Unterstützung von den weiter entwickelten Ländern erhalten werden. Der postkommunistische Mangel an demokratischer Kultur äußert sich vor allem in der fehlenden Kompromissbereitschaft einiger politischen Führer Osteuropas und/oder dem fehlenden Willen, eingegangene Kompromisse zu respektieren.

Es scheint, dass einige der aktuellen Probleme in Osteuropa daher herrühren, dass die westlichen Politiker und Finanzinstitute ein zu großes Vertrauen in den „Lack“ hatten, der mithilfe der EU auf die maroden Strukturen der osteuropäischen Gesellschaften aufgetragen worden war. So vergaben einige westliche Banken gewaltige

Kredite in die Region, ohne die Wirtschaft der betreffenden Länder auf ausreichende Sicherheiten zu prüfen, und bedachten nicht, dass sie dabei unter Umständen dazu beitragen, Finanz- und Wirtschaftsblasen zu schaffen.

Dies ist auf die Unterschiede der Institutionen und in der Kultur zurückzuführen. Während die Länder der Region aus institutioneller Sicht perfekte Partner zu sein schienen, die sogar gewisse Marktvorteile, wie etwa geringe Lohnkosten, boten, konnten sie sich bezüglich ihrer demokratischen Kultur keineswegs mit ihren westlichen Gegenspielern vergleichen lassen. In Krisenzeiten entwickelt sich das Fehlen einer wahrhaftig demokratischen Kultur zu einem

ernsten Problem, weil die Politiker die Probleme eher verschärfen, als nach Einigung und allgemeinen Lösungen zu suchen.

Wahrscheinlich wird noch eine Generation vergehen müssen, bevor sich ein Gleichgewicht zwischen den modernisierten Institutionen und einer politischen Kultur echter Demokratie einstellt. Doch die Aussichten sind vielversprechend. Anders als in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg unterstützen die westlichen Länder die neuen Demokratien in Ost- und Mitteleuropa aktiv dabei, die demokratische Wende zu meistern. Allerdings sollte der Westen darauf achten, dass die Instabilität der neuen Demokratien in der EU die Union als Ganzes nicht destabilisiert.



**Jiří Pehe** ist politischer Analyst and Autor. Er schrieb Artikel und Studien über osteuropäische Themen für amerikanische, tschechische und deutsche akademische und Fachzeitschriften und ist Buchautor. Jiří Pehe ist zurzeit Direktor der New York University in Prag. Von September 1997 bis Mai 1999 war er Direktor des politischen Ministeriums des tschechischen Präsidenten Václav Havel. Später wurde er dessen Berater. Von 1995 bis 1997 war Pehe Direktor der Abteilung Analyse und Forschung am Open Media Research Institute in Prag. Zwischen 1988 und 1995 arbeitete er erst als Analyst für zentraleuropäische Angelegenheiten and später als Direktor für zentraleuropäische Forschung am Research Institute der RFE-RL (Radio Free Europe – Radio Liberty) in München. Von 1985 bis 1988, war Pehe Direktor für osteuropäische Studien am Freedom House in New York.

VEIKO SPOLITIS

## Inmitten zentripetaler und zentrifugaler Bewegungen – die andauernde Transformation der baltischen Staaten von 1989-2009<sup>11</sup>

Der Mauerfall 1989<sup>12</sup> wird als prägendes Ereignis in der jüngeren europäischen Geschichte angesehen. Er wäre ohne die Reformen in der sowjetischen Führung nicht möglich gewesen, nachdem Michail Gorbatschow der neue Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) geworden war. Unter den symbolischen Begriffen *Perestrojka* und *Glasnost* begann eine zentrifugale Bewegung, um das stagnierende sowjetische politische und wirtschaftliche System zu reformieren. In den baltischen Staaten bildeten sich freiheitliche Kräfte und Dissidentenbewegungen und zeigten ihre Ablehnung gegenüber dem sowjetischen Regime. Die Unabhängigkeitsbewegung kam in Schwung, als die Vertreter der *Volksfront*, die eine Mehrheit in den Kommunalwahlen zum Obersten Sowjet erzielt hatte, vor einem ähnlichen Erfolg standen, wie die polnische *Solidarność* Ende der 1980er Jahre. Die Zivilgesellschaft begann sich zu entwickeln, und es entstand eine Vielzahl unabhängiger Organisationen. Zusammen mit der *Volksfront* war der eindrucksvollste Erfolg wahrscheinlich das Gedenken zum Jahrestag des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts.<sup>13</sup> Mahatma Gandhis Taktik des zivilen Ungehorsams nachahmend, standen mehr als drei Millionen Menschen in der sogenannten *Baltischen Kette* als Zeichen des Widerstands gegen die Führung im Kreml.

Aufgrund der Tatsache, dass die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen besetzt waren, kam das Thema der Staatsbürgerschaft auf. In Estland und Lettland wurden *Bürgerkomitees*<sup>14</sup> gebildet, um die Staatsbürger der Vorkriegsrepubliken zu registrieren und ihnen Ausweisdokumente auszustellen.<sup>15</sup> Nach dem Staatsstreich in Moskau am 21. August 1991 folgte die rechtliche Anerkennung der Unabhängigkeit der baltischen Staaten. Nach einem mutigen Zug Islands folgte die Anerkennung der drei baltischen Staaten als oberste Vertreter ihrer Bevölkerung durch die Russische Föderation und die westlichen Regierungen.

Die Wiedererlangung der Unabhängigkeit fand relativ zügig und in mancherlei Hinsicht auch eher unerwartet statt. Die dringendsten Aufgaben waren die Schaffung von Grundmechanismen für die Eigenstaatlichkeit und die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen. Die zentral gesteuerte Wirtschaft musste transformiert und die Handelsbeziehungen zwischen den drei baltischen Staaten untereinander und mit den westlichen Partnern wiederhergestellt werden. Bis August 1993 war das dringendste Thema der Abzug der sowjetischen Armee gewesen, und nachdem diese abgezogen war, wurde ein noch deutlicheres Verlangen vonseiten Estlands, Lettlands und Litauens erkennbar, Mitglieder der großen inter-

11 Zentripetale und zentrifugale Bewegungen sind physische Push-und-Pull-Effekte des Integrationsprozesses. Während der Zusammenbruch der UdSSR die baltischen Staaten aus einer Union drängte, wurden sie infolge des EU-Integrationsprozesses in eine andere Union hineingezogen.

12 Der 9. November 1989 war symbolisch, weil am 9. November 1938 die Kristallnacht war.

13 Der 23. August 1989 war der 50. Jahrestag des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts, der das Schicksal der drei baltischen Staaten besiegelte.

14 Bürgerkomitees wurden seit 1989 gebildet und sie forderten 1991 den Estnischen Kongress. Dieser schaffte eine alternative Gesetzgebung, um die Unabhängigkeit von der Sowjetunion wiederzuerlangen. Die lettische Basisbewegung folgte dem Beispiel der estnischen Bürgerkomitees, was im April 1990 zur Gründung des Bürgerkongresses führte.

15 In der Dokumentation „Singende Revolution“ nannte der ehemalige estnische Ministerpräsident Mart Laar die Registrierungskarten „Fahrkarten nach Sibirien“.

nationalen Organisationen zu werden. Außerdem unterzeichneten die drei baltischen Staaten Abkommen über die assoziierte Mitgliedschaft mit der Europäischen Union (EU), die 1993, nach der Ratifizierung des Vertrags von Maastricht, geschaffen worden war. Eine Entscheidung, welche die simultanen zentripetalen Bewegungen auf dem europäischen Kontinent bestimmte.<sup>16</sup> Noch bevor sie Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet hatten, hatten die drei baltischen Staaten bereits Freihandelsabkommen mit den nordischen Ländern getroffen. Nachdem Schweden und Finnland EU-Mitglieder geworden waren, wurden die Freihandelsabkommen zwischen den nordischen Ländern und den drei baltischen Staaten zu Freihandelsabkommen mit der EU ausgeweitet.

Die Vorbereitung auf die EU-Mitgliedschaft erfolgte gleichzeitig mit der NATO-Mitgliedschaft. Die Anforderungen des *Acquis communautaire* einzuhalten war mühsam, aber der EU- und NATO-Beitritt war das wichtigste strategische Ziel Estlands, Lettlands und Litauens. Die estnische Regierung war besonders erfolgreich, denn nach dem EU-Gipfel 1997 in Luxemburg wurde Estland schon dazu eingeladen, mit Beitrittsverhandlungen zu beginnen. Letztendlich gelang dies aber auch den Regierungen in Riga und Vilnius. Nach einer Neubewertung der erforderlichen Bedingungen wurden die Leistungen Lettlands und Litauens nach dem Gipfel in Helsinki 1999 mit dem Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen belohnt. Den Beitrittsverhandlungen gingen Referenden voraus, bei denen eine große Mehrheit in den Bevölkerungen die EU-Mitgliedschaft befürwortete. Das Unmögliche wurde am 1. Mai 2004 möglich gemacht, als 13 Jahre nach der Abspaltung von der UdSSR den drei Staaten „historisches Recht zuteil wurde“, und die baltischen Staaten Mitglieder der beiden wichtigsten westlichen internationalen Organisationen wurden.

Die Nachricht von der NATO- und EU-Mitgliedschaft rief große Begeisterung bei der Bevölkerung in allen drei Staaten hervor. Die baltischen Staaten wurden durch den Umsetzungsprozess der EU-Politik „europäisiert“. Eine relative Verbesserung des Gemeinwohls führte in den drei Ländern zu einer Neubewertung ihres Selbstbildes. Allerdings hatte das eigene politische und administrative System langfristig eine Auswirkung auf die Beliebtheit der EU.<sup>17</sup> Das wurde in den halbjährlichen *Eurobarometer*-Umfragen deutlich. Nachdem die Finanzkrise von den USA aus das globale Finanzsystem erreicht hat, scheint die Beliebtheit der EU in den drei Staaten wieder größer zu werden. Die Transformationen, welche die baltischen Staaten vollziehen mussten, waren symbolisch für die Region der mittel- und nordeuropäischen Staaten, weil sie in ordentlicher Art und Weise von Mitgliedern trilateraler Kommissionen (Regierung, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften) verhandelt wurden. Seit der Aufklärung hat sich die heterogene Region zwischen Russland und Deutschland den vielen verschiedenen Gesellschaftsmodellen europäischer Großmächte anpassen müssen. Im 18. Jahrhundert versuchten die Philosophen der Aufklärung, die Kulturen in Osteuropa aufgrund eigener Erkenntnisse durch gelegentliche Reisen und der Korrespondenz mit den Obersten der russischen und polnischen Fürstenhäuser, zu verallgemeinern.<sup>18</sup> Die Wirklichkeit war vielschichtiger und die Gründe, warum sich die Gesellschaft eines baltischen Landes schneller entwickelte als die eines anderen, liegen nicht nur in ihrer mythischen Geschichte, sondern sind vor allem auch auf die Entscheidungen zurückzuführen, welche die jeweilige politische Elite traf, als sie aus dem totalitären sowjetischen wirtschaftlichen und politischen System ausstiegen, ohne Aufruhr in den Gesellschaften der drei Staaten zu verursachen, sowie auf die Fähigkeiten der jeweiligen Regierungen, die Verwaltung des Staates im besten Interesse der staatsbürgerlichen Gesellschaft zu verändern.

16 Nach dem Vertrag von Maastricht 1992 wurde aus der Europäischen Gemeinschaft offiziell die Europäische Union.

17 Alisauskienė, Rasa/Freimanis, Aigars und Saar, Andrus eds. *Public Opinion about the EU in the Baltic States*, Vilnius, 2001, S. 9, <http://www.indiana.edu/~iupolsci/euconf/alisauskienė.pdf>

18 Wolff, Larry. *Inventing Eastern Europe: The Map of Civilization on the Mind of Enlightenment*, Stanford (CA): Stanford University Press, 1994, S. 23.

Durch innerstaatliche Unterschiede haben die baltischen Staaten unterschiedliche Erwartungen, was die unmittelbare Zukunft angeht. Um zu verstehen, wie diese ihr administratives und politisches System reformiert haben, wodurch sie die dringenden Themen der nationalen Minderheiten und der Zivilgesellschaft lösen konnten, muss man sich zunächst ansehen, wie sich Estland, Lettland und Litauen bei ihrer „Rückkehr nach Europa“ geschlagen haben.<sup>19</sup>

### Wiederherstellung des Staates und der Marktwirtschaft

Die Abspaltung von der Sowjetunion war ein anstrengendes Unterfangen. Die Besetzung Estlands, Lettlands und Litauens im Juni 1940 ist im Gegensatz zu der Besetzung anderer sowjetischer konstituierender Republiken von den westlichen Großmächten nie anerkannt worden.<sup>20</sup> 1989 gelang es den Anführern der *Volksfronten* in diesen Staaten in den Wahlen eine Mehrheit im Obersten Sowjet zu erlangen. Der Oberste Rat Litauens erklärte am 3. März 1990 unilateral die Unabhängigkeit von der Sowjetunion, nachdem der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt vom 19. Kongress der Volksdeputierten in Moskau offiziell für nichtig erklärt worden war. Der lettische Oberste Rat folgte diesem Beispiel und erklärte am 4. Mai 1991 die Unabhängigkeit von der UdSSR, ohne diese Entscheidung jedoch vorher mit den Bürgerkomitees zu besprechen. Der estnische Oberste Rat arbeitete mit dem Bürgerkongress zusammen und die estnische Erklärung der Wiederherstellung der Eigenstaatlichkeit erfolgte am 22. August 1991. Es gab für die baltischen Staaten keine rechtliche Grundlage mehr, in der UdSSR zu bleiben, die sowjetische Armee war jedoch noch immer dort stationiert. Die Führer der drei Staaten arbeiteten sowohl mit dem reformorientierten Michail Gorbatschow als auch mit dem Führer der Russischen Föderation Boris Jel-

zin zusammen. Nach dem misslungenen Putsch am 21. August 1991 erkannte die Russische Föderation sofort die Unabhängigkeit Estlands, Lettlands und Litauens an. Das war kein Zufall, denn Boris Jelzin brauchte seine Legitimierung gegenüber den Kreml-Hardlinern und Michail Gorbatschow.

Die Führungen der drei Staaten folgten dem Rat ihrer westlichen Partner und schlossen sich mehreren internationalen Foren an. Die Mitgliedschaft in der UNO galt als Voraussetzung, die Regierungsfähigkeit der neu geschaffenen Souveränitäten zu stärken. Die drei Staaten traten nicht nur der OSZE, dem Rat der Ostseestaaten und dem Europarat bei, sondern gründeten auch eigene internationale Organisationen: die Baltische Versammlung und den Baltischen Ministerrat. Die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen stärkte mit Sicherheit die internationale Glaubwürdigkeit dieser Staaten, die ihre Eigenstaatlichkeit nach 50 Jahren in sowjetischer Dunkelheit wiedererlangt hatten, sie erinnerte die politischen Entscheidungsträger jedoch auch daran, dass sich die Grundmechanismen des Regierens während der 50jährigen sowjetischen Besatzungszeit geändert hatten. Durch den Mangel an Demokratie in der UdSSR war es den baltischen Regierungen nicht möglich, die besten Entwicklungsstrategien für ihre jeweilige Gesellschaft zu wählen, weil Wahlen in der UdSSR fiktional und die Regierungen in Tallinn, Riga und Vilnius lediglich Werkzeuge in der zentral geplanten Regierungsmaschinerie waren. Ineffiziente Führungskräfte sowjetischer militärisch-industrieller Komplexe hatten von ihren Büros in Moskau aus in den drei Staaten große Infrastrukturobjekte entwickelt, ohne Umweltfragen oder die Nachhaltigkeit solcher Projekte zu berücksichtigen. Aufgrund der Art des Regierens wurden die Infrastrukturobjekte bald hinfällig und außerdem basierte das System der öffentlichen Finanzen nicht

19 Der erste Staatsmann, der den Ausdruck „Rückkehr nach Europa“ verwendete, war der tschechische Schriftsteller und Präsident Václav Havel. Später wurde dieser Ausdruck von der Mehrheit der Politiker der mitteleuropäischen Staaten übernommen. Havel, Václav. „Europa als Aufgabe“, *Präsident der Tschechischen Republik*, eine Ansprache in Aachen am 15. Mai 1996, [http://www.europeanspirit.gr/biblioteca/havel\\_europe.html](http://www.europeanspirit.gr/biblioteca/havel_europe.html) (20. März 2009).

20 Die westlichen Großmächte sind hier die USA, Großbritannien, Deutschland, Kanada und Frankreich. Pressemitteilung des stellvertretenden Außenministers Sumner Welles vom 23. Juli 1940, in: *The Department of State Bulletin*, 27. Juli 1940, Vol. 111: No. 57, S. 48, in [www.usemb.ee](http://www.usemb.ee)

auf transparenten Regeln, sondern auf undurchsichtigen Netzwerken unter den Mitgliedern der ehemaligen KPdSU und des KGB.

Nachdem die Unabhängigkeit wiederhergestellt worden war, mussten die drei Staaten Grundelemente für eine Eigenstaatlichkeit schaffen, die das Sowjetregime ihnen entzogen hatte, oder die Elemente der früheren Reichsregierung reformieren, die mit den Bedürfnissen eines kleinen Staates nicht kompatibel waren. Eine Währung musste eingeführt werden und der Freihandel mit den anderen baltischen und nordischen Ländern wurde aufgebaut. Interessengruppen und zivilgesellschaftliche Gruppen entstanden, politische Parteien wurden geschaffen und eine freie Marktwirtschaft wurde wiederhergestellt, indem Preisobergrenzen abgeschafft und die ehemals staatlichen Unternehmen privatisiert wurden. Während mit den skandinavischen Ländern und Finnland Freihandelsabkommen vereinbart wurden, nahmen die Handelsbeziehungen mit der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten ab. Bereits 1994 unterzeichneten Estland, Lettland und Litauen jeweils eigene Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union.<sup>21</sup> Nachdem wichtige Handelspartner der baltischen Staaten – Finnland und Schweden – EU-Mitglieder wurden, machten die nordischen Länder ihren Einfluss geltend und die baltischen Staaten integrierten die skandinavischen und finnischen Freihandelsabkommen in die Freihandelsabkommen mit der EU.

Die neu geschaffenen Parlamente – Riigikogu, Saeima und Seimas – wurden mit politischen Parteien gewählt, die an offenen, freien und kompetitiven Wahlen teilnahmen. Für alle politischen Parteien, mit wenigen Ausnahmen, war der NATO-

und EU-Beitritt das wichtigste strategische Ziel für ihr Land. Obwohl in den Regierungserklärungen klare Ziele formuliert waren, hatte die Fähigkeit, die Struktur der innerstaatlichen politischen und rechtlichen Systeme zu transformieren, Auswirkungen darauf, wie die drei Staaten regiert wurden. Lettland unterschied sich in dieser Hinsicht von Estland und Litauen, weil das lettische Parlament beschloss, die Verfassung von 1922 mit kleinen Änderungen wieder in Kraft treten zu lassen, während Estlands und Litauens Abgeordnete sich für neue Verfassungen entschieden.<sup>22</sup> Lettland blieb hinter seinen baltischen Nachbarn nicht nur hinsichtlich konstitutioneller Probleme zurück, sondern auch in Bezug auf die Politik.

Durch das Schreiben einer neuen Verfassung konnten Estlands und Litauens Parlamentarier viele politische Kräfte zugunsten der Staatenbildung wachrütteln. Die Grundsätze der Menschenrechte wurden in alle Verfassungen aufgenommen,<sup>23</sup> und mit Ausnahme der lettischen Verfassung implementierten die anderen beiden baltischen Verfassungen Institutionen für Bürgerbeauftragte in ihren Gesetzesgrundlagen. Die lettischen und estnischen Abgeordneten folgten den Traditionen der parlamentarischen Republik, sie hatten aus den Fehlern ihrer „Weimarer Verfassungen“ der 1920er Jahre<sup>24</sup> gelernt und führten die Fünfprozenthürde für den Einzug ins Parlament ein, um eine Zersplitterung des Parlamentes zu verhindern. Die estnischen Abgeordneten waren sogar noch weitsichtiger und stabilisierten zusätzlich die Regierung, indem sie das Gesetz dahin gehend änderten, dass der Rücktritt eines Ministers nicht die Stabilität des gesamten Kabinetts gefährden würde. Litauen verhinderte das Problem einer instabilen Regierung, indem 1992 ein semipräsidentielles Regierungs-

21 „Die EU wollte Verhandlungen mit einem baltischen Wirtschaftsmarkt beginnen, musste dann jedoch feststellen, dass sie mit drei souveränen Entitäten verhandeln müssen.“ Van Elsuwege, Peter. *From Soviet Republics to EU Members States, A Legal and Political Assessment of the Baltic States' Accession to the EU*, Martinus Nijhoff Publishers, 2008, S. 95.

22 Die lettische Verfassung von 1922 wurde 1993 mit drei grundlegenden Änderungen wieder eingesetzt. Erstens wurde eine Fünfprozenthürde für den Einzug ins Parlament eingeführt; zweitens wurde die frühere dreijährige Regierungszeit auf vier Jahre erweitert und drittens wurde das ganze Kapitel VIII (siehe Fußnote 23) später in die Verfassung eingefügt, nachdem Lettland Mitglied in den Vereinten Nationen wurde.

23 Die lettischen Parlamentarier fügten die Grundsätze der Menschenrechte in das Kapitel VIII der lettischen Verfassung ein, nachdem 1998 die UNO-Menschenrechtscharta unterzeichnet worden war. Bis dieses Kapitel verabschiedet wurde, galt im Bereich der Menschenrechte das „Verfassungsgesetz über die Menschen- und Bürgerrechte und -pflichten“ von 1991.

24 Die Weimarer Verfassung diente als Modell für die lettischen und estnischen Parlamentarier in den 1920er Jahren.

system geschaffen und das Mehrheitswahlrecht in ein gemischtes Wahlsystem geändert wurde. Lettland fiel aus der Reihe, weil es die Verfassung von 1922 beibehielt, ohne dass in den politischen Gruppen und Parteien, die es 1993 gab, grundlegende Diskussionen über die Regierungsführung stattfanden. Die Entscheidung des wiederhergestellten Parlamentes, die alte Verfassung beizubehalten, wurde auf Grundlage des Prinzips der Kontinuität der Republik Lettland, das am 17. Juni 1940 von der sowjetischen Armee besetzt wurde, getroffen. Die Verfassung wurde daher zu einem unantastbaren Symbol, was zu einer Implementierung von Dogmen der sowjetischen politischen Kultur führte, was wiederum zu Verwirrung der Mitglieder der Zivilgesellschaft und Stärkung der traditionellen Netzwerke der Seilschaften führte.

Während Estlands und Litauens Abgeordnete 1992 bzw. 1994 das System der obligatorischen Erklärung der Einkommens- und Vermögenssteuer akzeptierten, hat Lettland, das am schlimmsten von der globalen Konjunkturschwäche betroffen ist, noch immer keinen echten Überblick über seine Staatsfinanzen. Estnische und litauische Abgeordnete unterstützten die Konsolidierung des politischen Parteiensystems aufgrund von Neuerungen im Rechtssystem. Während die Gesetzgeber den Weg der Europäisierung gingen, sind die lettischen politischen Parteien die einzigen in der Europäischen Union, die nicht vom Staatshaushalt finanziert werden, wodurch Interessengruppen übermäßigen Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess und die Rechtsstaatlichkeit ausüben können. Die Geschwindigkeit, mit der die Esten ihr administratives und politisches System reformiert haben, ist ihnen sehr zugute gekommen. Es hat ihnen nicht nur den Status der liberalsten Wirtschaftsordnung überhaupt eingebracht,<sup>25</sup> es führte auch dazu, dass die EU Estland nach dem Rat in Luxemburg 1997 dazu einlud, mit

Beitrittsverhandlungen zu beginnen, zusammen mit den Visegrad-Ländern und Slowenien. Dieser diplomatische Sieg Estlands verursachte einige verbale Ausfälle zwischen Tallinn und Riga, aber er führte auch dazu, dass Lettlands und Litauens politische Eliten aufgaben, politische Reformen vorzutäuschen. Dadurch wurden Lettland und Litauen, nachdem nach massiven Haushaltsausgaben eine finanzpolitische Umsicht eingekehrt war, nach dem Rat in Helsinki 1999 ebenfalls dazu eingeladen, mit Beitrittsverhandlungen zu beginnen.

### **EU-Mitgliedschaft und traditionelle Auslandsbeziehungen zwischen den baltischen Ländern**

Europäisierung ist der Prozess, bei dem die Werte und Normen der Europäischen Union in den Mitglieds- und Beitrittsländern implementiert werden durch Rechtsakte und das Unterzeichnen von Verträgen, welche die Beziehungen zwischen den einzelnen Ländern, den gemeinsamen Markt und die Beziehungen zwischen den Beitrittsländern und der Europäischen Union regeln.<sup>26</sup> Dieser Prozess verläuft nicht linear und die Rechts-, Verwaltungs- und politischen Systeme wurden von dem Ziel beeinflusst, das sich die drei Staaten selbst gesetzt hatten – Mitglied in der EU und der NATO zu werden. Die NATO-Mitgliedschaft wurde im März besiegelt und die drei baltischen Staaten wurden nach Referenden über die EU-Mitgliedschaft am 1. Mai 2004 offizielle Mitglieder. Die Mitgliedschaft Estlands, Lettlands und Litauens in westlichen Organisationen löste das größte Sicherheitsdilemma dieser Länder – ihre verletzte Position gegenüber ihrem geografisch großen östlichen Nachbarn. Außerdem wurde mit der Mitgliedschaft die Umstrukturierung des ineffizienten postsowjetischen administrativen und politischen Systems Teil des *Acquis communautaire*.<sup>27</sup> Die Stärkung der Verwaltungs-

25 Sally, Razeen. "Free Trade in Practice, Estonia in the 1990's", *Central Europe Review*, Vol. 2, No. 27, 10. July, 2000, <http://www.ce-review.org/00/27/sally27.html>

26 Während die traditionelle Definition im *Webster Dictionary* besagt, dass Europäisierung der Prozess sei, in Benehmen und Charakter wie Europäer zu werden, also eine Anpassung an die europäische Kultur bedeutet, verwendet der Autor den Begriff in einem umfassenderen Sinne, wie er von Wissenschaftlern wie Frank Schimmelpennig und Kevin Featherstone geprägt wurde.

27 *Acquis communautaire* ist die Sammlung von Rechtsgrundsätzen, welche die EU-Mitgliedsstaaten erfüllen müssen, um für eine Mitgliedschaft geeignet zu sein.

kapazität des Staates gab mit am meisten Anlass zur Besorgnis, aber die Beitrittsverhandlungen führten letztlich zu unterschiedlichen Ergebnissen. Während die Zeit vor der EU-Mitgliedschaft positiv zu beurteilen ist, kann man jetzt, nach fünf Jahren Mitgliedschaft, folgern, dass die Mechanismen der Arbeitsabläufe der EU keine Korrektur von Fehlern zulassen, die übersehen wurden, als der Anwärter als bereit erachtet wurde, ein Mitglied der EU zu werden. Die baltischen Wirtschaftssysteme sind besonders anfällig und mussten dem Druck der internationalen Finanzkrise standhalten. In der Zeit von 2005 bis 2007 gab es fast zweistellige BIP-Wachstumsraten, die, wie sich später herausstellte, hauptsächlich durch Spekulationen auf dem Immobilienmarkt zustande gekommen waren. Die etwas besser reformierten Rechts- und Verwaltungssysteme in Estland und Litauen ermöglichten diesen Ländern, den Wirtschaftsabschwung fast unbeschadet zu überstehen, während Lettland an den Rand des Bankrotts getrieben wurde. Die EU-Institutionen waren, vor allem in Lettland, aufgrund mangelnder gesetzlicher Normen zur Bekämpfung von Korruption, nicht fähig, unmittelbar Druck auf die korrupten und ineffizienten Eliten auszuüben. Im Gegensatz zu den Verträgen mit Lettland und anderen Ländern, die 2004 beigetreten waren, setzte die EU die Anforderungen für die Bekämpfung der Korruption in den Verträgen mit Bulgarien und Rumänien fest.<sup>28</sup>

Da die baltischen Staaten kleine und offene Wirtschaftssysteme ohne bedeutende Vorkommen an natürlichen Ressourcen sind, sollte ihr einziges Kapital sowohl aus qualifizierten und relativ billigen Arbeitskräften als auch aus einer kleinen und effizienten Regierung bestehen. Estland führte von den drei baltischen Staaten,<sup>29</sup> weil es sein natürliches Kapital am effizientesten einsetzte und dank seiner guten Beziehungen zu den historischen Verbündeten Finnland und

Schweden. Die Beziehungen zu Finnland institutionalisierten europäische Werte wie Respekt vor der Rechtsstaatlichkeit und der Bewegungsfreiheit durch die tief verwurzelte Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen und gesellschaftlichen Gruppen. Ähnlich wie die estnisch-finnischen Beziehungen wurden die litauisch-polnischen Beziehungen gepflegt. Lettland stand alleine da, ohne einen traditionellen westlichen Verbündeten. Deswegen setzte Lettland seine ganze Energie ein, um eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den drei baltischen Staaten und anderen Ländern im Ostseeraum zu fördern. Dieser lettische „Exzeptionalismus“ änderte die stagnierte postsowjetische innenpolitische Struktur kaum und hatte keinen Einfluss auf die strategischen Ziele der lettischen Außenpolitik. Wie die anderen baltischen Staaten unterstützte Lettland aktiv die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Aufgrund der amerikanischen Unterstützung der baltischen Unabhängigkeitsbewegung und später deren Aufnahme in die NATO, standen die drei Staaten weiterhin fest an der Seite der USA, sehr zum Missfallen des französischen Präsidenten Chirac.<sup>30</sup> Die GASP und die zukünftige europäische Energiepolitik sind politische Werkzeuge, die zwischenstaatlich und supranational gesteuert werden. Deswegen mussten die Regierungen der baltischen Staaten das Problem ihrer fast kompletten Abhängigkeit von den russischen Energieressourcen angehen und gleichzeitig einen Balanceakt zwischen den großen privaten und den staatlichen Energieunternehmen vollziehen. Um den übermäßigen Einfluss russischer Energieriesen wie *Gazprom* oder *Lukoil* zu verhindern, luden die baltischen Regierungen auch große deutsche und skandinavische Energieunternehmen ein, Teilhaber ihrer ehemaligen Staatsmonopolen zu werden. Die Einbeziehung russischer und westlicher Energieunternehmen war erfolgreich, weil sie kurzfristig das angespannte Verhältnis zwischen

28 *Transparency International* unterstützt das Einfrieren von EU-Geldern für Bulgarien und drängt auf beschleunigte Reformen in Rumänien und anderen EU-Staaten. 23. Juli 2008: <http://pr.euractiv.com/node/4671>

29 Siehe *Freedom House*: <http://www.freedomhouse.org/uploads/fiw08launch/FIW080verview.pdf>, S. 16; *Heritage Foundation*: [http://www.heritage.org/research/features/index/chapters/pdf/index2007\\_RegionB\\_Europe.pdf](http://www.heritage.org/research/features/index/chapters/pdf/index2007_RegionB_Europe.pdf), S. 2 und die Internetseiten der Vereinten Nationen: <http://unpan1.un.org/intradoc/groups/public/documents/UN/UNPAN028607.pdf>, S. 20.

30 Castle, Stephen. Chirac attacks eastern block backing for Bush, *The Independent*, February 18, 2003.

den baltischen Staaten und Russland unter Kontrolle hielt.

Die Dynamik der Beziehung zwischen der EU und Russland hat einen sehr direkten Einfluss auf die Beziehungen zwischen den baltischen Staaten und Russland. Aus diesem Grund hatte der EU-Energiekommissar die heikle Aufgabe, den lettischen Ministerpräsidenten davon zu überzeugen, die gemeinschaftlich vereinbarten Vorschriften bezüglich erneuerbarer Energieresourcen zu befolgen.<sup>31</sup> Das Projekt, durch das sich die Ostseestaaten ein gemeinsames Stromnetz teilen, ermöglichte den baltischen Staaten die Unabhängigkeit vom russischen Stromnetz. Estland war Vorreiter und hatte bereits 2007 eine Unterwasserkabelverbindung mit Finnland errichtet. Am 29. April 2009 unterzeichneten die Ministerpräsidenten Estlands, Lettlands und Litauens schließlich das gemeinsame Kommuniqué für die Einrichtung einer Unterwasserkabelverbindung zwischen Litauen und Schweden, ohne dass Lettland diese Entscheidung behinderte.<sup>32</sup> Wenn Litauen und Polen einen Weg finden würden, ihre Stromnetze zusammenzulegen, würde das die bereits existierende Zusammenarbeit im Energiebereich verstärken.<sup>33</sup> Eine solche Entscheidung würde auch die Frage nach dem zukünftigen Energiebedarf Litauens klären, weil das Kernkraftwerk Ignalina 2009 stillgelegt wird.<sup>34</sup> Die EU-Energiepolitik ist heutzutage nicht nur deshalb symbolisch, weil die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 1958 aus der Gemeinschaft für Kohle und Stahl entstand. Energiepolitik kann in der heutigen prekären Umweltsituation nicht ohne die Beteiligung aller Interessengruppen des europäischen Subkontinents gemacht werden. Sie führt dazu, dass nationale Regierungen, das



© skinydiver

Museum in Tallinn, Estlands.

Resultat der nationalromantischen Ideologie des 19. Jahrhunderts, die Rolle der Nationalstaaten in der sich gleichzeitig globalisierenden und regionalisierenden Welt, neu bewerten müssen.

### Zwischen Europäisierung der politischen Kultur und der nationalen Geschichte

Die EU- und NATO-Mitgliedschaft sind die wichtigsten Ziele in der Außenpolitik der drei Staaten gewesen. Diese Ziele waren so felsenfest, dass manche Politiker nach deren Erreichen glaubten, sich auf ihren Lorbeeren ausruhen zu können.<sup>35</sup> Die estnischen und litauischen Eliten bewältigten die innenpolitischen Veränderungen relativ gut. Lettland war das schwächste Glied in der Kette der drei Staaten. Die Probleme aus der lettischen Vergangenheit und die fragwürdigen politischen Reformen führten Lettland von seinem Status der am schnellsten wachsenden Wirtschaft der EU in die Insolvenz.<sup>36</sup> Fragwürdige Politik und ein ineffektives Rechtssystem ist ein gemeinsames Problem aller baltischen Staaten. Die Unterschiede zwischen den neuen Mitgliedern und ihre Position gegenüber den

31 Piebalgs: Latvijai enerģētikā vairāk vajadzētu izmantot vēja un biomasas resursus, *www.delfi.lv*, 14. April 2008.

32 *The Baltic Course*, 29. April 2009: [http://www.baltic-course.com/eng/baltic\\_states/?doc=13272](http://www.baltic-course.com/eng/baltic_states/?doc=13272)

33 Das polnische Unternehmen „Orlen“ kaufte die litauische Ölraffinerie „Mazeikiu Nafta“, was zu einer angespannten Beziehung zwischen der EU und Russland führte. Für weitere Informationen siehe: Cohen, Ariel. *Europe's Strategic Dependence on Russian Energy*, 5. November 2007, *The Heritage Foundation*, <http://www.heritage.org/Research/Europe/bg2083.cfm>

34 Die Stilllegung des Kernkraftwerks Ignalina wurde im EU-Vertrag mit Litauen festgelegt. Für weitere Informationen siehe: Zhidrunas Damauskas, *Ignalina – the Pros and Cons*, *The Baltic Course*, Herbst 2002, <http://www.baltic-course.com/archive/eng/index.htm-read=117.htm>

35 *The Economist*, *Insult and Penury, Responding to Western Neglect and Ignorance*, 5. März 2009.

36 Kuper, Simon. *What went wrong with Latvia?*, *Financial Times*, 5. Juni 2009.

alten Mitgliedsstaaten sind aus vergleichenden Wirtschaftsstudien ersichtlich. Die baltischen Volkswirtschaften waren die am wenigsten entwickelten, bis Bulgarien und Rumänien 2007 der EU beitraten. Das BIP der baltischen Volkswirtschaften wuchs durchschnittlich um 15 Prozent während ihrer fünfjährigen EU-Mitgliedschaft.<sup>37</sup> Dem Wirtschaftswachstum wurde mit Zuschüssen aus dem Struktur- und dem Kohäsionsfonds der EU sehr geholfen. Aber während der relative Wohlstand der Bevölkerung der baltischen Staaten zunimmt, weist der Gini-Index auf eine zunehmende Ungleichheit der Einkommen in Lettland und Litauen und eine abnehmende Ungleichheit in Estland hin.<sup>38</sup>

Wenn man die politischen Aussagen der baltischen Politiker verfolgt, wird deutlich, dass die EU als ein reines politisches Projekt betrachtet wird, das die Wirtschaftsentwicklungen der jeweiligen Länder unterstützt. Das Loben der europäischen Werte, Menschen- und Minderheitsrechte und der Zivilgesellschaft sind in den meisten Fällen zweckdienlich für die Reden populistischer Politiker. Politiker in den baltischen Staaten unterscheiden sich in ihrem Wunsch, ihre Chancen für eine Wiederwahl zu erhöhen, nicht von Politikern in anderen europäischen Staaten. Die politische Kultur unterscheidet sich jedoch in den drei baltischen Staaten. Diese Unterschiede reichen zurück in die frühen 90er Jahre, als die drei Staaten ihre Staatsbürgerschaftsrechte einführen mussten. Der litauische Ansatz war der liberalste, er schloss alle Menschen, die zum Zeitpunkt der Erklärung der Unabhängigkeit von der UdSSR in litauischem Gebiet leb-

ten, mit ein. Estland und Lettland gingen einen anderen Weg und boten die Staatsbürgerschaft nur den Nachfahren der Staatsbürger des souveränen Vorkriegsstaates an. Die Russische Föderation beschuldigte Estland und Lettland der Menschenrechtsverletzung gegenüber der russischstämmigen Bevölkerung. Zahlreiche Missionen der OSZE und des Europarates berieten Tallinn und Riga, wie sie am Besten unbegründete Forderungen seitens Russlands verhindern könnten, und empfahlen eine integrative Politik, durch welche die russischsprachige Bevölkerung integriert werden konnte. Estland war mit der Integrationspolitik erfolgreicher als Lettland, obwohl dies Estland nicht vor schweren Ausschreitungen im April 2007 bewahrte.<sup>39</sup> Änderungen in den estnischen und lettischen Staatsbürgerschaftsrechten und Sprachgesetzen wurden in Einklang mit den Politikempfehlungen des Europarates vorgenommen. Ohne Änderungen in den genannten Gesetzen wären die Chancen für die beiden Länder, EU-Mitglied zu werden, äußerst gering gewesen.<sup>40</sup>

Durch die Änderungen der Staatsbürgerschaftsrechte und Sprachgesetze gelangten die estnischen und lettischen Gesetzgeber zu der Erkenntnis, dass das Prinzip der nationalen Souveränität nicht absolut ist. Ähnlich dem Beispiel des EU-Rats in Luxemburg 1997, als Estland zu Beitrittsverhandlungen mit der EU eingeladen wurde, wurden die lettischen und litauischen Regierungen gezwungen, ihre Wirtschaftsstrukturen zu reformieren, um für die EU-Mitgliedschaft geeignet zu sein. Das Umstrukturieren ihrer Wirtschaftssysteme bedeutete im Grunde genommen eine

37 Hansen, Morten and Vanags, Alf. *Inflation in the Baltic States and Other EU New Member States: Similarities, Differences and Adoption of Euro*, Juni 2006, S. 5, 15, [http://www.biceps.org/files/OccasionalPaper\\_nr1.pdf](http://www.biceps.org/files/OccasionalPaper_nr1.pdf)

38 Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Maß zur Darstellung von Ungleichverteilungen beim Einkommen, das vom italienischen Statistiker Corrado Gini entwickelt wurde. Der Gini-Koeffizient ist eine Zahl zwischen 0 und 1, wobei 0 der absoluten Gleichheit entspricht (wo alle das gleiche Einkommen haben) und 1 der absoluten Ungleichheit entspricht (wo eine Person alles Einkommen hat und alle anderen null Einkommen). Der Gini-Index ist der Gini-Koeffizient prozentual ausgedrückt und ist gleich dem Gini-Koeffizient mal 100. Laut dem Gini-Index betrug 1999 die Einkommensungleichheit in Estland 33, in Lettland 34 und in Litauen 32. 2008 nahm sie in Estland (30) ab, aber nahm in Lettland (38) und Litauen (34) zu. Für weitere Information siehe: Mikk, Jaan. *The Role of Income Inequality in Human Development, Social Research*, 2008; 14(4):78-83.

39 Spolitis, Veiko. „Der estnische Denkmalstreit und die Beziehungen zwischen Russland und den baltischen Staaten“, *www.russlandanalysen.de*, Nr. 134, 11. Mai 2007.

40 OSCE declares the complete victory in Estonia and Latvia, 4. Januar 2002: *The Jamestown Foundation*, Volume 8, Issue 1.



© Janos Soos

*Der Berg der Kreuze in Litauen ist ein symbolischer Ort für die Religion, den Frieden und Widerstand des Landes.*

Mischung aus den liberalen Anforderungen des Washington-Konsens<sup>41</sup> und dem Gemeinschaftskonzept der EU. Somit wurde der Globalisierungsprozess durch den Prozess der Europäisierung für die Bevölkerung der baltischen Staaten möglich gemacht. Das Öffnen einer vorher geschlossenen Gesellschaft und Wirtschaft hin zu den Einflüssen eines globalen kapitalistischen Systems war ein komplexer Prozess. Estland, Lettland und Litauen in die EU zu integrieren, sollte die Zugänglichkeit ihrer Märkte für die globalen Märkte etwas einschränken. Während die baltischen Unternehmer zusehen konnten, wie ihr Heimatmarkt exponentiell wuchs – erst zwischen den baltischen Staaten, dann innerhalb der EU und später im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) – brachte es auch vorher unbekannte kulturelle Erfahrungen, Werte, soziale Normen und ausländische Besucher. Der Musiksender MTV, das World Wide Web und Programme der Europäischen Union wie *Erasmus* und *Leonardo da Vinci*, förderte die Akzeptanz der neuen und europäisierten Realität durch die jüngere Generation. Für die ältere Generation war dies weitaus schwieriger. Sie befand sich in einem doppelten Dilemma: Erstens musste sie den Verfall des ineffizienten, aber dennoch existierenden

sowjetischen Wohlfahrtsstaates mit ansehen, wodurch die Kaufkraft ihrer Renten geringer wurde, und zweitens musste sie realisieren, dass die multikulturelle Realität der Europäischen Union anders war, als die, von der sie vor dem Zweiten Weltkrieg gehört hatte.

Für die Mehrheit der älteren Menschen in Estland, Lettland und Litauen rief Multikulturalismus Erinnerungen an die UdSSR wach, an erzwungene Sowjetisierung und Kollektivierungskampagnen.<sup>42</sup> Das Sowjetregime hatte die baltischen Eliten von der Masse der westlichen akademischen, kulturellen und politischen Diskurse ferngehalten. Die baltischen Eliten wollten den Wert ihrer Kultur der weiten Welt beweisen, aber sie bewegten sich oft am Rande des naiven Provinzialismus. Das mangelnde Verständnis der multikulturellen Identität der Gesellschaften in der EU und der Institutionalisierung der europäischen Werte seitens der angestammten Eliten hatte seinen Ursprung in der totalitären Vergangenheit. Die Westeuropäer hatten pluralistische Gesellschaften, in denen die Bürger ihre demokratischen Rechte ausüben konnten, dasselbe System ließ sie auch die Minderheitenrechte anerkennen. Das sowjetische Erbe pflegte ein vereinfachtes Modell der feindlichen Klassen, in dem der einzige Daseinszweck der Gesellschaft einfache Wohlfahrtsmaximierung war. Dieses vereinfachte Modell war gefährlich, da es die Welt als Nullsummenspiel erklärt, bei dem der Sieg des Einen zwangsläufig die Niederlage des Anderen bedeutete. Eine solche Auffassung der internationalen Beziehungen war in allen drei baltischen Staaten während der frühen 1990er Jahre evident, jedoch ist in Lettland das Misstrauen in der Gesellschaft und gegenüber westlichen Partnern durch das politische System der traditionellen Autorität institutionalisiert.

41 Der Begriff Washington-Konsens wurde ursprünglich von John Williamson geprägt, um die Anforderungen der US-Regierung gegenüber den Regierungen Lateinamerikas festzulegen. Nach dem Zerfall der UdSSR wurde dieser Begriff ein Schlagwort und wurde den meisten mitteleuropäischen Staaten nahegelegt. Die Anforderungen enthielten eine Steuerreform, die Offenlegung der Kapitalbilanzen, die Privatisierung von staatlichen Unternehmen, die rechtliche Gewährleistung der Eigentumsrechte, die Umleitung öffentlicher Ausgaben von Subventionen, die Liberalisierung der Handelspolitik und kompetitive Wechselkurse. Für weitere Informationen siehe: Williamson, John. *A Short History of the Washington Consensus*, ein Beitrag im Auftrag der Fundación CIDOB für die Konferenz „From the Washington Consensus towards a new Global Governance“, Barcelona, 25. September 2004.

42 Die sowjetische Besatzung führte zu einem „Zwangsmultikulturalismus“, als Tausende Arbeitsmigranten aus dem inneren Teil Russlands ohne die Zustimmung der estnischen, lettischen und litauischen Gesellschaften geholt wurden.

Die größte Sorge bei der Entwicklung einer wirklich europäisierten politischen Kultur in den baltischen Staaten bereitete bislang das lettische politische System. Die lettische Steuerbehörde hat keine rechte Übersicht über die Einkommen der lettischen Bürger und die politischen Parteien sind die letzten in der EU, die nicht vom Staatshaushalt finanziert werden, wodurch sie zu Interessengruppen für oligarchische Familien geworden sind. Im Gegensatz zu den litauischen und estnischen Parteien sind die lettischen politischen Parteien in rechte ethnisch-lettische und linke russischsprachige Parteien aufgeteilt. Durch so ein System akzeptierte die lettische politische Führung nur dann Empfehlungen von westlichen Organisationen, wenn sie wollte, und setzte diese auch nur sporadisch um. Es hat die Entwicklung der politischen Kultur stagnieren lassen. Die Gesetzgeber befolgen die EU-Regelungen, die nacheinander in die eigenen Gesetzbücher wandern, aber nicht in Kraft treten, weil die Zivilgesellschaft über die Jahre träge geworden ist, in denen günstige Kreditressourcen in großer Menge verfügbar waren. Das Erwachen der Zivilgesellschaft kam mit dem Beginn der globalen Finanzkrise. Oppositionspolitiker führten unzufriedene Gruppen an und initiierten drei Volksabstimmungskampagnen gegen die Koalitionsregierung, die unter fragwürdigen Umständen gewählt worden war. Und als die lettische Regierung ihren aufgeblähten Regierungsapparat nicht mehr bewältigen konnte, forderten unzufriedene Bürger am 13. Januar 2009 mit einer Großkundgebung die Auflösung des Parlamentes. Es gab auch in den größten litauischen Städten kleinere Scharmützel, nur die estnische Regierung hat bislang die Dreierverhandlungen zwischen der Regierung, den Gewerkschaften und den Arbeitnehmerverbänden gut geführt. Die lettischen Krawalle waren den litauischen und estnischen Regierungen ein Beispiel und seit Januar sind beide damit beschäftigt, die Verwaltung zu verschlanken und Maßnahmen durchzusetzen, um die Staatsfinanzen im Gleichgewicht zu halten.

Der globale Wirtschaftsabschwung ist jetzt die Hauptnachricht in allen Medien. Für Europa-Optimisten dient dies als Entschuldigung für eine mangelnde europäische Debatte im nationalen Fernsehen. Aber in Wirklichkeit hat eine Diskussion über mehrere Themen der europäischen Politik (z. B. die Einführung des Euro) in Estland stattgefunden, in einem gewissen Umfang auch in Litauen, obwohl es oft hieß, dass diese Diskussionen nicht ausführlich genug geführt wurden.<sup>43</sup> Die Streitigkeiten zwischen politischen Gruppen in Lettland haben nicht viel Raum für Debatten über die Zukunft des europäischen Kontinents gelassen. Während estnische und litauische Gesetzgeber damit beschäftigt sind, Möglichkeiten zu finden, mit EU-Geldern ihre Kleinwirtschaft wiederzubeleben, sind lettische Internetforen voll mit Geschichten über Misswirtschaft der EU-Mittel. Als Aivars Tabūns, ein konservatives lettisches Parlamentsmitglied der *Vaterlandspartei*, unmittelbar nach der schnellen Ratifizierung des Lissabon-Vertrags nach seiner Meinung zu den Veränderungen in den Entscheidungsprozessen in Lettland nach der Ratifizierung eines so wesentlichen Vertrags gefragt wurde, fragte er mit verwundertem Gesichtsausdruck „Welcher Vertrag?“

Der litauische Seimas war das erste EU-Parlament, das den Lissabon-Vertrag ratifizierte. Als die estnischen Gesetzgeber den Lissabon-Vertrag ratifizierten, löste das in den Massenmedien Debatten zwischen Mitgliedern der Koalitions- und Oppositionsparteien aus. Während in allen drei Staaten Debatten über einen Mangel an Diskussionen über die Bedeutung des Lissabon-Vertrags entbrannten, wurde der Vertrag nur in Lettland durch eine Unterschriftenaktion vor dem Verfassungsgericht angefochten. Dieses verkündete am 14. März 2009 seine Entscheidung, die besagte, dass der Lissabon-Vertrag nicht verfassungswidrig sei. Europaskeptische Parteien sind in den drei baltischen Staaten nicht sehr bedeutend, aber es ist nicht verwunderlich, dass die Europaskepsis in Lettland am ausgeprägtesten ist, wo es das größte Misstrauen gegenüber demokratisch gewählten

43 Ives, Toomas Hendrik. „Estonia would not be able to overcome the crisis without the euro“, *The Baltic Course*, 17. April 2009, <http://www.baltic-course.com/eng/analytics/?doc=12772>

Führern gibt. Zusätzlich werden auch in den Medien Rufe nach einem Putsch laut und danach, Lettland von der „Parteikratie“ zu befreien.<sup>44</sup>

Die Unterstützung der politischen Parteien, der Kommunalverwaltungen und des Parlamentes ist in Litauen ähnlich gering, was aber nicht zu einem Misstrauen gegenüber EU-Institutionen geführt hat. Um in Lettland wahrgenommen zu werden, bedienen sich neue politische Parteien populistischer Strategien, und Europaskepsis kommt unter den rechtsradikalen politischen Gruppen immer mehr in Mode. Um ihre Ziele zu erreichen, setzen sie Strategien ein, die auch viele andere europäische Regierungen einsetzen.<sup>45</sup> Sie geben Brüssel die Schuld für alles Übel, obwohl manches durchaus hausgemacht ist. Eine solche Strategie, den EU-Institutionen und den Entscheidungen aus Brüssel den Schwarzen Peter zuzuschreiben, hat dazu geführt, dass die Letten heutzutage die europaskeptischsten EU-Bürger sind.<sup>46</sup> Bei so auffälligen Unterschieden zwischen drei kleinen und historisch verbundenen Ländern mag man sich fragen, was die Ursachen für solche Unterschiede sein mögen. Welche Erwartungen hatten die Bevölkerungen Estlands, Lettlands und Litauens 1989? Um solche Fragen beantworten zu können, muss man zurück in die frühen 90er Jahre gehen und sehen, was die wichtigsten Faktoren waren, durch welche die Unterschiede in den baltischen Regierungen und Bevölkerungen fünf Jahre nach dem EU-Beitritt zustande gekommen sind.

## Die baltischen Staaten in Europa

Das Sowjetregime ließ die baltischen Staaten ohne einen Grundmechanismus einer Staatsführung und mit einer heruntergekommenen Wirtschaft zurück. Die Anforderungen des Internationalen Währungsfonds, auch bekannt als Washington-Konsens, legte den baltischen Wirtschaftssystemen eine strukturelle Zwangsjacke an. Die Führungen aller drei Staaten entschlossen sich, die strukturellen Reformen durchzuführen und ihr Schicksal vom Integrationsprozess in den europäischen Subkontinent abhängig zu machen, um funktionierende Staaten wiederherzustellen und ihre souveräne Existenz zu sichern. Der berühmte Ausdruck „die Rückkehr nach Europa“ war nicht nur für Estland, Lettland und Litauen charakteristisch, sondern für ganz Mitteleuropa. Im Gegensatz zu den mitteleuropäischen Staaten waren die Erinnerungen an die sowjetische Herrschaft in den baltischen Staaten so negativ, dass die Menschen in den späten 1980er Jahren bereit waren, „traditionelle Holzschuhe zu tragen, nur um in einem freien Lettland zu leben“, um ein Spruchband auf einer der Demonstrationen gegen die sowjetische Herrschaft zu zitieren.<sup>47</sup>

Die Rechtssysteme mussten sich europäischen Standards anpassen, was eine besonders beschwerliche Herausforderung darstellte. Einerseits übte dies zusätzlichen Druck auf die baltischen Gesetzgeber aus, aber andererseits schaffte es eine „Zeitbombensituation“ in Estland, Lettland und Litauen. Da so viele europäische Re-

44 Eurobarometer 2008. Die Ergebnisse vom Herbst zeigen, dass 48% der EU-Bürger, 47% der Bürger Estlands, 51% der Bürger Litauens und nur 29% der Bürger Lettlands positiv über die EU denken. 52% der EU-Bürger, 58% der estnischen, 60% der litauischen und nur 29% der lettischen Bürger sind der Meinung, dass die EU-Mitgliedschaft für ihr Land gut ist: [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/standard\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/standard_en.htm)

45 Es ist für die nationalen Politiker der EU-Mitgliedsstaaten sehr praktisch, Brüssel die Schuld an zu strengen Regelungen oder den Richtlinien der Europäischen Kommission zu geben, weil sie sich dadurch aus der Verantwortung gegenüber ihrer eigenen Handlungen ziehen können. Für weitere Informationen siehe: Non?, *Guardian*, 29. Mai 2005: <http://www.guardian.co.uk/world/2005/may/29/france.eu>

46 Eurobarometer 2008. Die Ergebnisse vom Herbst zeigen, dass 52% der Befragten in der EU, 58% in Estland, 29% in Lettland und 60% der Befragten in Litauen die EU-Mitgliedschaft befürworten. 54% der Befragten in der EU, 76% in Estland, 75% in Litauen und nur 48% der Befragten in Lettland waren der Meinung, dass sie von der EU-Mitgliedschaft profitieren. Jüngste Ergebnisse sind die vom Februar 2009. [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/standard\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/standard_en.htm)

47 „Kaut pastalās, bet brīvā Latvijā“ war ein Spruchband auf einer Demonstration in den späten 1980er Jahren, das seinen Weg in den täglichen lettischen Sprachgebrauch gefunden hat. Ironischerweise wurde angenommen, dass die Begeisterung der späten 1980er Jahre 1993 bereits abgeklungen war, als die demokratisch gewählten Parlamente in den baltischen Staaten wiederhergestellt wurden.

gelingen und Bestimmungen in die estnischen, lettischen und litauischen Gesetze eingebaut werden mussten, wurde die normale Rechtssetzung in den drei Parlamenten untergraben. Zusätzlich zur allgemeinen Aufklärung der Öffentlichkeit über Zivilverfahren, Rechtssysteme und die Beziehungen zwischen Bürgern und Staat, ist die Zivilgesellschaft noch in der Entwicklung. Politische Systeme mit zahlreichen politischen Parteien und sehr geringen Mitgliederzahlen haben eine Situation geschaffen, in der politische Eliten in allen drei Staaten sich im Grunde genommen selbst reproduzieren.<sup>48</sup> In einer solchen Situation wurden beispielsweise die Veränderungen im Strafrecht der drei Länder zur Abschaffung der Todesstrafe ohne große Diskussion akzeptiert. Die lettischen Gesetzgeber wandelten die Wehrpflichtigenarmee in eine Berufarmee um, ohne das in den öffentlichen Medien groß zu debattieren. Ein lettisches Besoldungssystem gibt es noch immer nicht, wodurch die Verwaltung korruptionsanfällig ist.

Der Mangel an ernsthaften Diskussionen über wichtige politische, wirtschaftliche und rechtliche Themen hat die demokratische Art des Regierens in den baltischen Staaten untergraben, was wahrscheinlich einen langfristigen Einfluss auf die ausgewogene Entwicklung der drei Staaten haben wird. Wenn man sich die Veränderungen in allen Lebensbereichen ansieht, könnte man einwenden, dass der Diskussionsmangel eine beschleunigte Entwicklung in Estland, Lettland und Litauen ermöglicht hat. Abgesehen von lokalen Besonderheiten, waren alle drei Regierungen entschlossen, „nach Europa zurückzukehren“, was die Möglichkeit bot, den politischen Willen schnell zu mobilisieren. Das gemeinsame Schicksal und das Leiden unter der Sowjetherrschaft gab den unpopulären Entscheidungen der drei Regierungen eine moralische Legitimität. Es gab den drei Regierungen den nötigen Antrieb, sich von den Fesseln zu befreien, die ihnen das stark zentralistische sowjetische politische, ad-

ministrative und wirtschaftliche System angelegt hatte. Der Transformationsprozess verläuft nicht einheitlich und in der Zeit wirtschaftlicher Not ist die Geduld der allgemeinen Bevölkerung nicht grenzenlos.

Das wirft die Frage auf, welche Erwartungen die baltischen Gesellschaften für die kommenden zwei Jahrzehnte haben. In der Politik ist es problematisch, mehr als fünf Jahre im Voraus zu planen, und ein Zeitrahmen von 20 Jahren ist nahezu undenkbar. Dennoch wurde aus Sicht der baltischen Staaten eine historische Entscheidung getroffen, als die Mehrheit der Bevölkerung 2003 sich mit einem Ja für Europa aussprach. Mitglieder kleiner europäischer Staaten sollten über ihre nationale Souveränität wachen. Die Schweiz, Portugal, die Tschechische Republik oder die Beneluxländer sind dafür gute Beispiele. Dennoch betrifft der Globalisierungsprozess alle Länder, unabhängig ihrer Größe und ihres wirtschaftlichen Potenzials. Wird die lange östliche Grenze zu Russland und 50 Jahre sowjetischer Herrschaft die Eliten und Bevölkerungen dazu bewegen, sich für den europäischen Föderalismus zu entscheiden? Eine so direkte Frage wird üblicherweise nicht gestellt und findet sich deshalb auch nicht in großen Meinungsumfragen wieder. Die jüngste Wirtschaftskrise und das Verhalten Russlands im Kaukasus hatten die baltischen Eliten und Bevölkerungen zu Befürwortern einer Stärkung der transatlantischen Bindungen werden lassen. Selbst politische Dokumente zeigen, dass die GASP in ihrer derzeitigen Form keine echte Alternative zu den Garantien der NATO ist. Die Tatsache, dass eine relativ große Gruppe von Menschen eine europaskeptische Politik befürwortet, ist ein weiteres Zeichen für die Entwicklung der Demokratie in den baltischen Staaten. Unzufriedenheit bei einer bestimmten Anzahl von Menschen in einer Gesellschaft fördert jedoch üblicherweise eine europaskeptische Politik und es gibt immer bestimmte populistische Politiker, die diese Bedürf-

48 Gints Klāsons, „Politiskās elites rekrutācijas avoti Latvijā (7. Saeimas laika)“, BA-Abschlussarbeit auf lettisch, am 30.07.2002 veröffentlicht unter: [www.politika.lv](http://www.politika.lv) - Laut R. Dahrendorf würden Parlamente im Allgemeinen zu Stempelmaschinen, die oligarchische Regierungseliten hervorbrächten. Ein Mangel an demokratischer Beteiligung und die wachsenden Korruption würden diese weitverbreitete Phänomen belegen. R. Dahrendorf (2002).

nisse abdecken. Es gibt auch in den drei Staaten ein paar unbedeutende Vertreter kleiner politischer Parteien.

Traditionelle europäische politische Mechanismen wurden in Estland, Lettland und Litauen implementiert, wo sich das politische System durch eine allumfassende Strategie auszeichnet, der sich alle politischen Parteien bedienen. Im Gegensatz zu den alten Demokratien entwickelt sich in den baltischen Staaten erst jetzt eine staatsbürgerliche Kultur, was bedeutet, dass das Verhältnis zwischen der Zivilgesellschaft und dem Staat den Experten und Mitgliedern westlicher Zivilgesellschaften noch immer Sorge bereitet.

Lettland fällt im Gegensatz zu den anderen beiden Staaten aufgrund der nicht reformierten Rechtsprechung und des Beamtensystems negativ auf. Die Schub- und Zugkräfte der Integration, welche die andauernde Transformation der drei baltischen Staaten in den letzten 20 Jahren bestimmt haben, wirken noch immer. Die Zusammenhänge sind heute anders. Denn während die zentripetale europäische Integration in den baltischen Bevölkerungen als positiv angesehen wird, erfüllen die zentrifugalen Kräfte der Globalisierung die Eliten und Bevölkerungen mit Sorge. Eine Transformation der Gesellschaften und der staatlichen Strukturen ist ein positives

Phänomen, wenn sie der Bevölkerung insgesamt Stabilität bringt und auf lange Sicht nachhaltig ist. Die estnischen, lettischen und litauischen politischen Eliten argumentieren überzeugend, dass ihre Länder keine Alternative zu einer Zukunft in der Europäischen Union haben.<sup>49</sup> Obwohl die lettische Bevölkerung die EU am wenigsten befürwortet, befürwortet sie die EU-Institutionen mehr als die lokalen politischen Institutionen. Der Schwerpunkt sollte für die Eliten der baltischen Staaten in den kommenden 20 Jahren die Schaffung eines politischen Diskurses sein, der dazu führt, dass die Bevölkerungen bereit wären, eine relativ schlechte Wirtschaftslage zugunsten einer besseren Zukunft in der EU nach der Ratifizierung des Lissabon-Vertrags hinzunehmen. In Zeiten eines zweistelligen Wirtschaftswachstums ist es schwer, eine nachhaltige Stabilität zu schaffen, ohne dass alle Mitglieder der Gesellschaft am Entscheidungsprozess für die strategische Entwicklung der jeweiligen Länder mitwirken. Die Zeiten der hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten sind vorbei und die erwartete Stabilität ist verloren gegangen und wird für die kommenden Jahre verloren bleiben. Die Zeit ist gekommen, da die baltischen Eliten und Bevölkerungen zu einem Konsens über die Zukunft ihrer Wirtschafts-, Bildungs- und Wohlfahrtssysteme und ihrem Platz in einem umgestalteten, vereinten Europa kommen müssen.



**Veiko Spolitis** ist Leiter des Studiengangs European Studies und Internationale Beziehungen an der Stradins Universität Riga und Doktorand an der Universität Helsinki. Er schreibt seine Doktorarbeit über „Governance in the Baltic States from 1994-2007 – Estonia, Latvia and Lithuania between Europeanised regionalisation and continued Post-Soviet political culture“. Er erhielt seinen Bachelor of Arts in Politikwissenschaft an der Universität Tartu, sein Diplôme d'études approfondies (DEA) in Geschichte und Internationaler Politik am Hochschulinstitut für internationale Studien und Entwicklung in Genf und seinen Master of Arts in European Studies an der Central European University in Budapest.

49 Der Konsens zwischen den baltischen Eliten und Bevölkerungen über die EU-Mitgliedschaft ist groß. Es gibt nur europaskeptische Vertreter von Parteien, die versuchen, Popularität zu erzielen, indem sie einen alternativen Entwicklungsweg verfechten, wie z. B. Normunds Grosiņš in Lettland. Grosiņš, "Alternatīva dalībai ES pastāv, bet tiek noklusēta!", 13. August 2003, [http://www.politika.lv/temas/fwd\\_eiropa/9797/](http://www.politika.lv/temas/fwd_eiropa/9797/)

WERNER SCHULZ

## Aufbruch nach Europa – die Deutsche Einheit als Vorstufe zum Vereinten Europa

„The day they took the wall away“ – sangen Pannach & Kunert, Texter und Musiker der legendären Leipziger Rockband „Renft“ 1985 in ihrem Westberliner Exil. Doch niemand konnte sich vorstellen, wann diese Hoffnung Wirklichkeit werden würde. Kein „Eiserner Vorhang“, der nach einer Sicherheitsvorrichtung im beschaulichen Theater klingt, sondern eine hermetisch durch Mauer und Elektrozäune brutal abgeriegelte, mit Waffen, Hunden, Selbstschussanlagen überwachte und vermintete Demarkationslinie verlief durch Berlin und Deutschland und trennte Ost- von Westeuropa.

„Please Mr. Gorbatschow, open this gate! Mr. Gorbatschow, tear down this wall!“ – forderte im Juni 1987 der amerikanische Präsident Ronald Reagan, vor dem Brandenburger Tor stehend, den russischen Präsidenten auf. Wie inszeniert und unrealistisch das klang und wie herablassend darüber gelacht wurde, steht heute auf einem anderen Blatt. Michail Gorbatschow hatte mit seiner Idee vom Haus Europa zumindest die Hoffnung geweckt, dass mit Ende des Kalten Krieges und der Verständigung auf ein gemeinsames Europa die Grenzen durchlässiger werden. Wann und wie war völlig offen. Gorbatschow wollte vor allem die Verhältnisse im sozialistischen Lager lockern, bevor das Lager selbst geöffnet werden sollte. Seine Vorstellungen von  *Glasnost* und  *Perestroika* lösten große Erwartungen und Dynamik aus und klangen optimistisch im Gegensatz zu der apodiktischen Daueraussage Erich Honeckers, der im Januar 1989 noch betonte, dass die Berliner Mauer solange bleiben werde, wie die Gründe, die zu ihrer Errichtung geführt haben existieren. Dafür veranschlagte er schlappe 50 bis 100 Jahre und seinerseits die Hoffnung, dass bis dahin die kapitalistische Bundesrepublik den Weg zum Sozialismus beschritten hat. Doch die Geschichte läuft oft anders als gedacht und hat den Verweßern der „einzig wahren und wissenschaftlichen Weltanschauung“ und ihrem gepflegten Dogma

eines gesetzmäßigen Geschichtsverlaufes ein beachtliches Schnippchen geschlagen.

Doch was ist 1989 eigentlich passiert? Fast jeden Tag und aller Orten wird in diesem Jahr an die historischen Ereignisse vor 20 Jahren erinnert. Politbüros und Zentralkomitees kommunistischer Parteien brachen wie Kartenhäuser zusammen, Regierungen wurden gestürzt, politische Systeme verschwanden und letztlich sogar ganze Staaten. „Ein Jahrhundert wird abgewählt“ überschrieb der britische Historiker Timothy Garton Ash damals seinen Bericht aus den Zentren Mitteleuropas.

### Der Vorlauf einer gewaltlosen Revolution

Der epochale Umbruch 1989 war kein spontanes Ereignis, kein plötzlicher Zusammenbruch, sondern hatte eine lange Vorgeschichte. Es war der späte Kulminationspunkt einer fortwährenden Auseinandersetzung mit dem kommunistischen System und seiner inneren Zerrüttung. Den unter sowjetisch-stalinistischer Hegemonie gegründeten Ostblockstaaten hat es von Anfang an demokratischer Legitimität gefehlt. Deswegen hofften viele darauf, 1989 auch in Mittel- und Osteuropa die Verwirklichung der Ideale von 1789 zu erleben: einen dauerhaft stabilen Rechtsstaat mit der Garantie von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Nicht der Wunsch nach einer Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse, sondern vor allem die Überwindung unfreier politischer Strukturen stand im Blickpunkt vieler osteuropäischer Intellektueller. Insofern fand die wahre und folgenreiche Gedenkfeier des 200. Jahrestages der Französischen Revolution nicht in Paris, sondern 1989 im Osten Europas statt. In der Terminologie Lenins, dem Altmeister der organisierten Revolution, war dies jedoch eine Revolution neuen Typus. Eine Revolution ohne Gewalt, ohne theoretisches Konzept und ausgewiesene Avantgarde. Eine Revolution, bei der Kerzen-

wachs und kein Blut floss. Demonstranten Transparente statt Steine oder Waffen in den Händen hielten. Die Akteure nicht auf die Barrikaden, sondern an die Runden Tische gingen. Dem Sturz der Nomenklaturkader kein Wohlfahrtsausschuss oder „Thermidor“ folgte, sondern frei gewählte demokratische Parlamente, die sogar den Reformsozialisten eine Chance der Wiedergutmachung und Neubesinnung einräumten. Der politisch organisierte Ablauf entfaltete eine enorme zivilisatorische Kraft, die wie im Dominoeffekt ein totalitäres System mit seiner ideologischen Weltanschauung zum Einsturz brachte. Vom Runden Tisch in Polen, von der friedlichen Revolution in der DDR, der samtene in der ČSSR bis zur singenden Revolution im Baltikum, war dies ein eindrucksvoller Beitrag zur Bürgergesellschaft, dessen Wert sich gerade heute an den weltweit Schrecken auslösenden Bildern von Terror und Gewalt ermessen lässt: die Erkämpfung von Freiheit, Bürger- und Menschenrechten, ohne dass dafür andere Menschen geschlachtet wurden. Nicht der brutale Terrorakt vom 11.9., sondern der gewaltlose Mauerdurchbruch vom 9.11. hat eine neue politische Perspektive eröffnet. So gesehen trifft die Rangfolge „nine-eleven“ die weitreichendere Bedeutung.

„1989“ steht in einem langen und engen Zusammenhang mit dem Daueraufbegehren nach 1945, dem Arbeiteraufstand in der DDR von 1953, dem ungarischen Aufstand 1956, den gleichzeitigen Unruhen in Polen, dem Prager Frühling von 1968, der Gründung von KOR 1976 in Polen, der *Charta 77* in der ČSSR und dem Kampf der polnischen Gewerkschaftsbewegung *Solidarność*. Über die gesamte Zeitspanne der Arbeiter- und Bauernstaaten bzw. Volksrepubliken gab es Widerstand und Opposition. Obwohl sie sich selbst nie so genannt hat. Möglicherweise aus taktischen Gründen, denn Opposition war gleich Konterrevolution und somit staatsfeindlich und höchst riskant. Im *Kleinen Politischen Wörterbuch* der DDR stand dazu: „In sozialistischen Staaten existiert für eine Opposition keine objektive und soziale Grundlage“. Was so harmlos negierend anmutet, war in der totalitären Praxis mit extremer Repression und „Zersetzung“ bis hin zur physischen Vernichtung der „Klassengegner“ verbunden.

## Der lange Weg von 68 nach 89

Von traumatischer und anstiftender Wirkung waren die Ereignisse in Prag im Jahr 1968. Während die westdeutsche Gesellschaft in Erregung geriet, wurde die ostdeutsche zementiert. (Abgeriegelt war sie ja bereits seit dem Mauerbau am 13. August 1961.) Dabei hatte sich gerade in diesem Jahr, in dem der 150. Geburtstag von Karl Marx gefeiert wurde, eine vage Aussicht auf Lockerung und einen demokratischen Sozialismus ausgebreitet. Mit Robert Havemann und seiner Vorlesung an der Humboldt Uni war ein unverdächtig Hoffnungsträger zu hören, der einen Kommunismus ohne Dogma propagierte. Umso schlimmer trafen ihn und die aufkeimenden Hoffnungen die Reaktionen des Staatsapparates und die gewaltsame Niederschlagung des tschechischen Reformsozialismus. Viele von denen, die 1968 und in den Folgejahren alle Illusionen verloren bzw. einen Rest an Hoffnungen auf einen „Sozialismus mit menschlichen Antlitz“ bewahrt hatten, trafen sich in der Opposition oder später 1989 auf den Demonstrationen und am Runden Tisch wieder. Die friedliche Revolution von 1989 war auch eine Reaktion auf 1968. Zwischen beiden Jahreszahlen gibt es einen politischen Zusammenhang. In Leipzig, Berlin und Prag wurde die „89“ umgedreht und als Reaktion für „68“ hochgehalten. Der politische Vorlauf der Ost 68er war eine wesentliche Grundlage für die Herbstrevolution 89. Leider ist das bisher nicht ins gesamtdeutsche Geschichtsbewusstsein gedrungen. Heute lässt sich feststellen: während die West-68er die Revolution wollten und Reformen erreichten, haben die Ost-89er Reformen gewollt und eine Revolution ausgelöst.

## Eine protestantische Revolution

Während an den westdeutschen Universitäten ein Aufbruch geschah, wurde den ostdeutschen mit der sogenannten Hochschulreform jeder noch verbliebene bürgerliche Touch genommen. Während in Hamburg medienwirksam das Transparent: „Unter den Talaren – der Muff von 1000 Jahren“ hochgehalten wurde, ließ Walter Ulbricht die völlig intakte gotische Universitätskirche in seiner Heimatstadt Leipzig sprengen. Eine Kirche

in der Martin Luther gepredigt hatte und die der Universität seit der Reformation als Aula diente. Aber wer kennt schon das spektakulär entrollte Transparent: „Wir fordern den Wiederaufbau der Paulinerkirche!“ Mit der Verfolgung und Verhaftung der Verfasser war die Stasi jahrelang und mit großem Aufwand beschäftigt. Umso beeindruckender war es, als sich im Herbst 1989 Tausende in der unmittelbar in der Nähe gelegenen Nikolaikirche zur Montagsdemo versammelten. Die Friedensgebete hatten sich aus einer traditionell kirchlichen und oppositionellen Protestform zu einem Aufstand der Leipziger Bevölkerung entwickelt, der zu einer Initialzündung der friedlichen Revolution wurde. Aus der Verbindung von Oppositionsgruppen – die mit Gründungsaufufen für ein „NEUES FORUM“, für „DEMOKRATIE JETZT“, für einen „Demokratischen Aufbruch“, für eine „Sozialdemokratische Partei (SDP)“ oder mit der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ in die Öffentlichkeit traten – und den ausreisewilligen Totalverweigerern der DDR entstand eine breite Bürgerbewegung. Vom Charakter her war diese Phase der friedlichen Revolution eine protestantische Revolution. Ausgangspunkt waren in fast allen Städten und Kommunen die evangelischen Kirchen, wo sich die Widerspenstigen zum Protest versammelten. Nie Rathäuser, Parteizentralen, Theater, Kulturhäuser, Clubs oder Universitäten. Die überwiegend protestantische Sozialisation der DDR-Bürgerrechtler und ihre basisdemokratischen Erfahrungen unter dem schützenden Dach der Kirchen brachten zwei bestimmende Handlungsmotive in die Revolution: „Keine Gewalt“ – die kürzeste und prägnanteste Zusammenfassung der Bergpredigt und „Wir sind das Volk“ – den klar ausgedrückten Anspruch auf direkte Demokratie.

### Rückkehr nach Europa

Der Soziologe Ralf Dahrendorf bezeichnet 1945 und 1989 als die beiden Befreiungsdaten des sonst so mörderischen 20. Jahrhunderts. Er hält die Revolution von 1989 für die erfolgreichste Revolution der Moderne, weil sie die politische Stagnation überwunden und das heutige Europa ermöglicht hat. Eine Europäische Union, die nicht nur auf Versöhnung und der Friedensidee der großen alten Männer beruht, sondern auch

auf dem Freiheitswillen der vielen Frauen und Männer, die gewaltlos eine Diktatur gestürzt und aus eigener Kraft die Demokratie, als das politische Regelwerk der Freiheit, errungen haben.

Dabei spielt die Anziehungskraft des Westens eine wichtige Rolle. Die freiheitlich-demokratische Grundausrichtung der Europäischen Gemeinschaft, deren Wohlstandsvermehrung, ihr Friedenscharakter und der diplomatische Erfolg der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) haben die antikommunistischen Gegenkulturen in Osteuropa nachhaltig beeinflusst. Zum ersten Mal erschien die Idee der Menschenrechte aus der Schlussakte von Helsinki 1975 auf den Titelseiten der „Prawda“, des „Neuen Deutschland“ und anderer kommunistischer Zeitungen, und wurde zu einer maßgeblichen Legitimationskraft der sich daraus entwickelnden Oppositionsbewegungen. Der Anspruch, wieder in Freiheit unter allen anderen Europäern zu leben, war kein strategisches oder primär materielles, sondern vor allem ein kulturelles Ziel. In allen Ländern, denen die EU eine Beitrittsperspektive eröffnet hat, haben



*Nicht Rechts. Nicht Links. Geradeaus nach Europa! Wahlplakat Bündnis 90 zur ersten demokratischen Wahl der Volkskammer am 18. März 1990.*

sich seitdem demokratische Verhältnisse gefestigt, wurde der Übergang zur sozialen Marktwirtschaft beschritten und ist eine insgesamt positive Gesellschaftsentwicklung zu verzeichnen.

„1989“ war mehr als nur ein Epocheumbruch, eine Zeitenwende im Kalender der europäischen Geschichte. Es war das Schlussymbol eines brutalen Jahrhunderts, einer skrupellosen Ideologie und ihrer totalitären Ausführung. Das Ende des Kommunismus, seiner Fortschrittsutopie und seines falschen Menschenbildes. Das Ende zynischer Machtsysteme und ihrer diktatorischen Herrschaft. Das Ende einer erzwungenen Stabilität um den Preis der Freiheit und einer Gesellschaftsplanung mit der fatalen Nebenwirkung einer allgemeinen Lähmung sämtlicher Lebensbereiche. All das geschah und verdichtet sich in den Ereignissen des Jahres 1989.

## Der ostdeutsche Sonderweg

Fast unbemerkt und völlig selbstverständlich ist die DDR, sprich Ostdeutschland, durch den Beitritt zur BRD Mitglied der NATO und EU geworden. Ohne große Vorgaben, Anpassungsmaßnahmen und außerordentliche Anstrengungen. Ein Sonderweg, der sich von den anderen Ostblockstaaten markant unterscheidet. Zwar ist der Begriff vom „deutschen Sonderweg“ vorwiegend negativ besetzt und hatte in der Geschichte fatale Auswirkungen, doch hier war er geradezu bahnbrechend für das heutige Europa. Während die kritischen Intellektuellen Polens die deutsche Teilung als das Haupthindernis der europäischen Integration ansahen, hatte sich in Deutschland der Gedanke ausgebreitet, dass erst die europäische Integration die Annäherung und mögliche Vereinigung der beiden deutschen Staaten bringen werde. Noch zur Volkskammerwahl am 18. März 1990 hatte das Bündnis 90 plakatiert: „Nicht rechts. Nicht links. Geradeaus nach Europa!“. Doch stieß dieser Slogan eher auf Unverständnis oder wurde als Ausweichmanöver gesehen, sich zur Einheit Deutschlands nicht eindeutig festzulegen und so wie die westdeutsche Linke

die Lösung der nationalen Frage im vereinten Europa zu suchen. Möglicherweise hat der problemlose Zugang zur EU die ostdeutsche Wahrnehmung und Anerkennung eines Privileges und die vergleichbar enormen Mühen der anderen ehemaligen RGW-Staaten<sup>50</sup> verdeckt. Erst die Beteiligung Deutschlands an friedenserhaltenden und friedensstiftenden Militäreinsätzen auf dem Balkan und in Afghanistan sowie die Einführung des Euro und die Aufgabe der wenige Jahre zuvor freudig begrüßten DM haben das Bewusstsein verstärkt, das alles einen Preis hat.

Im Unterschied zu den postkommunistischen EU-Staaten gibt es die DDR nicht mehr. Dieser deutsche Teilstaat ist vollständig im vereinten Deutschland, der heutigen Bundesrepublik, aufgegangen. Was für die Transformation und den Aufbau demokratischer Institutionen von Vorteil war, hat bis heute allerdings auch eine politische Kehrseite. Die Dominanz des westdeutsch geprägten Politikbetriebes hat dazu geführt, dass ostdeutsche Erfahrungen nur eine untergeordnete Rolle spielen. So sind die Leitlinien der Politik die der alten Bundesrepublik geblieben. Daran hat auch die Wahl einer ostdeutschen Kanzlerin nichts geändert. In allen Belangen wurde die gesellschaftliche Transformation Ostdeutschlands weniger als europäische Integration, sondern vielmehr als Anpassung an die Institutionen und Strukturen Westdeutschlands empfunden. Da die Bundesrepublik in ihrer gesamten Ausprägung den verbindlichen Richtlinien und Standards der EU entsprach, wurde mit der Übertragung westdeutscher Gebrauchsmuster auch der gesamte Normenkatalog der EU übernommen. Insofern hat die Bevölkerung der ehemaligen DDR eine mehr oder weniger unerschwellige europäische Integration erlebt. Positiv trat die EU vor allem durch Fördergelder und Konversionsfonds in Erscheinung. Als beschwerlich wurde sie empfunden, wenn nunmehr größere Aufträge und Projekte europaweit ausgeschrieben wurden und zur westdeutschen eine auf die gesamte EU ausgedehnte Konkurrenz hinzukam. Schnell wurde hingegen erkannt, dass nationale Entscheidungen europäisch anfechtbar

50 Der 1949 gegründete *Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe*, der wirtschaftliche Zusammenschluss der sozialistischen Staaten unter Führung der Sowjetunion, löste sich 1991 infolge der politischen Umwälzungen des Jahres 1989 auf.

sind. Selbst skrupellose Menschenrechtsverletzer wie der letzte Staatsratsvorsitzende der DDR Egon Krenz entdeckten plötzlich die Vorzüge der EU. So ließ er die gegen ihn verhängte Gefängnisstrafe wegen des Schießbefehls an der Berliner Mauer vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte überprüfen und musste erkennen, dass er zu Recht verurteilt wurde. Ein Vorgang, der in Ostdeutschland tiefe Genugtuung ausgelöst hat und Zweifel am Rechtsstaat, wie sie sich im Zusammenhang mit den Prozessen gegen die Mitglieder des Politbüros ausgebreitet hatten, entschärfen konnten. Hier hatte sich Europa als letzte Instanz der Gerechtigkeit erwiesen.

Auch die Transformation der ostdeutschen Planwirtschaft in die soziale Marktwirtschaft war ein spezifischer Vorgang, der mit den anderen früheren RGW-Staaten keineswegs vergleichbar ist. Ausschlaggebend war hier vor allem die plötzliche Währungsaufwertung durch die Einführung der DM, die wie ein Schock ohne Therapie gewirkt hat. Sie hat dazu geführt, dass die ostdeutsche Wirtschaft in dramatischem Ausmaß abgestürzt ist, es zu enormen Verwerfungen und einer weitgehenden Deindustrialisierung kam. Da beide deutsche Staaten sich in Konkurrenz zueinander entwickelten, bestanden viele Parallelstrukturen, waren sämtliche Industrie- und Wirtschaftszweige doppelt vorhanden. Doch anstatt einen komplementären Ausgleich zu schaffen, wurden die ostdeutschen Betriebe vorwiegend an westdeutsche Mutterkonzerne verkauft oder abgewickelt. Durch die Politik der *Treuhandanstalt*, die in der Zeitspanne von vier Jahren das gesamte Volks- bzw. Staatseigentum der DDR veräußert hat, ist Ostdeutschland zu einem Land der Zweig- und Filialbetriebe bzw. verlängerten Werkbänke geworden. Keines der 30 im DAX notierten Großunternehmen hat seinen Sitz in Ostdeutschland. Dennoch konnten viele soziale Härten des Überganges durch großzügige Transferleistungen und Aufbauhilfen aus Westdeutschland und der EU abgefangen werden. Angesichts der tief greifenden Transformationsprobleme der anderen postkommunistischen Länder nehmen sich die Schwierigkeiten Ostdeutschlands allerdings geringfügig aus. Oft war aus Polen, Tschechien oder Ungarn

zu hören, dass sie gern mit den Problemen Ostdeutschlands tauschen würden.

Die Osterweiterung der EU hat nach der Einheit Deutschlands auch die „Wiedervereinigung ostdeutscher Städte“ mit den durch die Oder-Neiße-Grenze abgetrennten polnischen Städten bzw. früheren Stadtteilen gebracht. So gibt es heute einen völlig freien und kooperativen Verkehr und Austausch zwischen Frankfurt/Oder und Ślubice, zwischen Guben und Gubin und zwischen Görlitz und Zgorzelec. Die Führung der kommunistischen Staatspartei SED hatte aus Angst vor der sich ausbreitenden Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* die Grenze zu Polen in den 80er Jahren regelrecht dicht gemacht. Heute wächst auch hier zusammen, was zusammengehört. So sind zum Beispiel wie im Dreiländereck von Zittau (Deutschland/Polen/Tschechien) Euroregionen entstanden, die gemeinsame Gewerbegebiete betreiben, Kulturveranstaltungen organisieren und Entwicklungskonzeptionen entwerfen. Hier zeigt sich, dass die deutsche Erfahrung, die Teilung durch Teilen zu überwinden, eine europäische Dimension und Herausforderung bekommen hat.

## Die Erweiterung und Krise der EU

Mit der Erweiterung kam die Krise der EU. Zwar hat die Europäische Gemeinschaft nie Begeisterungstürme ausgelöst, doch war es stets ein beharrlich pragmatischer Prozess einer sich langsam ausdehnenden Interessen-, Zweck- und Wertegemeinschaft. Doch auf die Ereignisse von 1989 war der Westen nicht vorbereitet. Niemand hatte ernsthaft daran geglaubt oder zu denken gewagt, dass die kommunistischen Diktaturen zerbrechen, sich der Warschauer Pakt und sogar die Sowjetunion auflösen würden. Wie sehr sich Westeuropa selbst genützte und in abgesteckten Grenzen gedacht war, zeigt das Beispiel des Daueraufnahmespiranten Türkei. Seit mehr als vierzig Jahren klopft die Türkei an die Tür der EU und sucht um Vollmitgliedschaft nach. Im September 1963 zwei Jahre nach dem Bau der Berliner Mauer wurde ihr die Aussicht auf eine Aufnahme in die EU gegeben. Offenbar hatte der Westen Mittel- und Osteuropa abgeschrieben und sah eine realistische Erweiterungschance der damaligen Wirtschaftsgemeinschaft allenfalls in Richtung

Türkei. Die Vorstellung Polen, Ungarn, Rumänien oder gar die baltischen Sowjetrepubliken könnten eines Tages mal zum EU-Europa gehören lagen außerhalb jeglicher Vorstellungskraft. Wie eng und fixiert die Vorstellungen waren, zeigt sich auch daran, dass selbst Anfang der 1990er Jahre, also nach dem Beitritt der DDR, und der absehbaren Osterweiterung, weitreichende Reformanstrengungen ausblieben die EU dahingehend zu konditionieren, dass sie als Staatengebilde von etwa 20 bis 30 Staaten entscheidungs- und handlungsfähig ist.

Die stärksten Argumente dafür die NATO und EU nach dem Fall der Mauer auf Osteuropa auszudehnen, lieferten nicht die demokratischen Ideale und westlichen Werte oder das historische Pflichtbewusstsein, sondern vielmehr das Eigeninteresse. Diese vom Osten martialisch bewachte Grenze war die sicherste Grenze, die der Westen je hatte. Nach deren Verschwinden mussten die behaglichen Gesellschaften der EU feststellen, das sich der Import der Unordnung aus dem Osten nur verhindern ließ, wenn man Sicherheit und Wohlstand exportiert.

Leider wurde der demokratische Aufbruch Osteuropas als Systemzusammenbruch verkannt und der demokratische Impuls nicht aufgegriffen. So erschien die Rückbesinnung auf Demokratie und Marktwirtschaft in den postkommunistischen Ländern wie ein strahlender Siegeszug des Kapitalismus. Ohne Systemkonkurrenz sollte er jetzt zur vollen und freien Entfaltung kommen. Wie teuer wir alle diesen neoliberalen Traumtanz bezahlen werden, ist heute noch nicht absehbar. Deutlich wird allerdings, dass der Umbruch und die Stimmungen der Unsicherheit im Osten auf den Westen wirken und diesem im Zusammenhang mit den Finanzexzessen eine ganz eigene Art von Perestroika bevorsteht.

Ähnlich wie in Deutschland stieß die Idee einer gemeinsamen Verfassung auf Skepsis und Ablehnung. So kam es zu einem Kardinalfehler, an dem die EU noch heute laboriert: die Erweiterung erfolgte vor der Vertiefung. Die postkommunistischen Staaten Osteuropas wurden Mitglieder der EU, obwohl deren Regelwerk dafür nicht geschaffen und längst nicht ausreichend war. Allein die

Umstände veralteter Verträge, festgefahrener Verhandlungen und nervenaufreibender Abstimmungen brachten letztlich die Einsicht und Vernunft zum Durchbruch, eine verbindliche europäische Verfassung zu schaffen. Vielleicht zu spät, jedenfalls nur halbherzig, aber sie war nicht zu kompliziert und unverständlich, wie heute behauptet wird. Obwohl ein kürzeres und kompaktes Werk sicher besser gewesen wäre. Der Hauptgrund des Scheiterns lag aber eher daran, dass anstatt einer gleichzeitigen Inkraftsetzung durch einen Volksentscheid in allen Mitgliedsländern der komplizierte Ratifizierungsprozess den Nationalstaaten und ihren jeweiligen Bedingungen überlassen wurde. So geriet die Abstimmung über die große Europäische Verfassung in den Trubel kleinmütiger und kleinkarierter innenpolitischer Querelen.

Die Auswirkungen von 1989 halten an. Der Epocheumbruch am Ende des 20. Jahrhunderts greift tief in die Strukturen und das Selbstverständnis Europas ein. Die Kritik am „Alten“ ist nicht auf Osteuropa beschränkt geblieben. Auch die bürokratische Politik der westeuropäischen Staaten und ihrer Integrationsgemeinschaft EU, ist unter Anpassungsdruck geraten. Die „Charta von Paris“ der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hatte 1990 das Ende des Ost-West-Zeitalters und das neue, freie und friedliche Europa verkündet. Der Machbarkeitsfortschritt hatte einen neuen Namen gefunden: die Hoffnung auf Europa. In den Balkankonflikten der frühen neunziger Jahre zeigte sich jedoch, dass es keine Garantie auf einen „ewigen Frieden“ gibt und Europa auf völlig ungewohnte Weise neu herausfordert ist.

## **Heutige Gemeinsamkeiten der postkommunistischen EU-Staaten**

Die Sezessionskriege auf dem Balkan haben eines deutlich gemacht: je näher die postkommunistischen Staaten an der EU liegen, desto erfolgreicher waren und sind ihre Reformanstrengungen. Je näher das Vorbild der EU war, desto stabiler ist der erreichte Stand der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und desto fortgeschrittener ist die Entwicklung zur Marktwirtschaft. Je weiter sie vom westeuropäischen EU-Europa entfernt sind,

desto machtvoller ist der anhaltende Einfluss der alten kommunistischen Nomenklatura. Ihr ist es gelungen, das Gewand des Kommunismus abzulegen und das eines nationalen Patriotismus oder Neonationalismus anzuziehen.

Der Pauschalbegriff „Osteuropa“ ist unter diesen Bedingungen nicht mehr zutreffend. Aus dem „Ostblock“ haben sich sehr unterschiedliche EU-Staaten entwickelt. Ausgehend von einem gemeinsamen Vermächtnis des Realsozialismus ist den postkommunistischen Staaten die Ausdifferenzierung eines lange Zeit unterdrückten Nationalcharakters, die Ausbildung von nationalen, ökonomischen und soziologischen Eigenheiten gelungen. Gemeinsam scheint ihnen die Suche nach zukunftsfähiger Identität durch eine vielfach unterschiedliche Vergegenwärtigung der Vergangenheit. Gemeinsam ist ihnen die Erfahrung, durch eine anstrengende und nachhaltige Modernisierung zu gehen; die Notwendigkeit, wirtschaftliche und soziale Reformen zu realisieren und enorme Anpassungsleistungen zu erbringen.

Der Beitritt zur EU wurde mit viel Enthusiasmus und einem Überschuss an Hoffnung betrieben. Dem sind Ernüchterung und „Beitrittskater“ gefolgt. Vielleicht erklärt sich daraus auch, dass heute in etlichen Ländern eine Nachbeitritts- und Orientierungskrise entstanden ist. Obwohl das politische Ziel „Rückkehr nach Europa“ erfüllt wurde, macht sich eine auffallende Verunsicherung breit. Die politischen und gesellschaftlichen Turbulenzen und Wirren in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn belegen das eindrucksvoll. Nach Jahrzehnten der Manipulation und des Zynismus im Zeichen des kommunistischen Einparteiensstaates bleibt es offenbar schwer, Vertrauen in öffentliche Institutionen und den Wert der Übernahme öffentlicher Verantwortung zu gewinnen. Die Anfälligkeit für aufheizbare und radikale Strömungen an beiden Enden des politischen Spektrums bleibt hoch. Der errungenen Freiheit ist eine neue Sehnsucht nach Sicherheit, starker Führung und egalitärer Harmonie gefolgt.

Obwohl von Anfang an klar war, dass die Newcomer aus Ostmitteleuropa in der EU kein kohärentes Ensemble darstellen würden, zeigen

sich aus heutiger Sicht dennoch bestimmte Gemeinsamkeiten. Zum Beispiel die inneren Disparitäten: ein ausgeprägtes Stadt-Land-Gefälle bzw. ein Gefälle zwischen hauptstädtischer Agglomeration und ländlicher Peripherie. In Ländern wie Polen, Ungarn oder der Slowakei besteht ein klarer West-Ost-Gegensatz mit entwickelten Regionen im Grenzbereich zur alten EU und stagnierenden Gebieten an der neuen EU-Außengrenze. Oft stammen diese strukturellen Unterschiede aus kommunistischen oder vorkommunistischen Zeiten und haben sich nach 1989 verfestigt oder sogar verstärkt. In der Wirtschaft hingegen weisen alle stetiges Wachstum und bleibenden Reformbedarf auf. Mittlerweile hat sich das Wirtschaftswachstum auch positiv auf dem Arbeitsmarkt ausgewirkt und führt zu Fachkräftemangel. Polen wirbt bereits um die Rückkehr qualifizierter Arbeitnehmer. Diese Tendenz wirkt den Befürchtungen Westeuropas entgegen, von billigen Arbeitskräften aus dem Osten überrannt zu werden.

Die postkommunistischen Beitrittsländer haben einen klaren Systemwechsel vollzogen und gewöhnen sich langsam an das Phänomen des demokratischen Regierungswechsels. Andererseits ist eine hohe innenpolitische Wechselhaftigkeit zu verzeichnen. Nur in begrenztem Maße haben sich Bindungen zwischen Wählern und Parteien herausgebildet. Die Wähler wechseln schneller zu politischen Alternativen als in der „alten EU“, woraus sich häufig Pendelbewegungen zwischen Regierung und Opposition ergeben. Das führt zu politischer Unbeständigkeit und Unberechenbarkeit. Schwache Loyalitäten von Wählern gegenüber nicht gefestigten Parteien, häufige Veränderungen auf der politischen Angebotsseite sowie Unzufriedenheit mit den politischen Akteuren schaffen Raum für demagogische Politik. Deswegen können radikale, populistische und nationalistische Parteien und Politiker immer wieder reüssieren. Ihre Akzeptanz beruht meist auf der Wiedergeburt nationalistischer und regional negativer Traditionen, welche die innere Sicherheit und Stabilität bedrohen.

Übereinstimmendes Ziel der postkommunistischen EU-Länder ist die Finalisierung ihrer Mitgliedschaft, um aus dem Status einer Mitglied-

schaft zweiter Klasse herauszukommen bzw. um die empfundene Grauzone eines „Zwischeneuropas“ zu überwinden und vom Policy-Taker zum Policy-Maker zu avancieren.

### **Die Hauptdifferenzen zwischen den postkommunistischen und westeuropäischen EU-Mitgliedsländern**

Die Bewertung der Mitarbeit der neuen EU-Mitgliedsländer schwankt zwischen Impulsgeber und Bremser. Am deutlichsten zeigen sich die Differenzen in der Außenpolitik. Mit der Berliner Mauer schien der Westen gleichsam eine tragende Wand verloren zu haben. Nach deren Abbau meinte der amerikanische Verteidigungsminister sogar ein Altes und Neues Europa zu erkennen. Sein Bezugspunkt war, dass viele ostmitteleuropäische Länder ein besonders enges Verhältnis zu den USA hegen. Sichtbar wurde dies spätestens mit dem Irakkrieg 2003, als alle Länder dieser Region Partei für die USA und deren militärische Intervention ergriffen. Speziell Polen profilierte sich durch die aktive Teilnahme als treuer Partner Washingtons. Der rationale Kern dieser Beziehungen sind sicherheitspolitische Erwägungen. So war den postkommunistischen Staaten die Aufnahme in die NATO von der Priorität und der zeitlichen Rangfolge her wichtiger als die Aufnahme in die EU. Die enge Bezugnahme auf die USA bildet eine Art Rückversicherung gegen Bedrohungen, die im postsowjetischen Raum und Andeutungen eines wieder erstarkten Russlands gesehen werden. Hier hat der Georgienkrieg alte Befürchtungen verstärkt und auf lange Sicht großen Schaden angerichtet. Länder wie Polen und Tschechien aber auch die baltischen Staaten scheinen von daher eine direkte sicherheitspolitische, rüstungswirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit den USA anzustreben. Skepsis zeigen sie zudem gegenüber einer Aufwertung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Sie achten darauf, dass diese nicht zum Spaltpilz der transatlantischen Beziehungen wird und in einer vital europäisch-amerikanischen Sicherheitskooperation im Rahmen der NATO verläuft.

Darüber hinaus mahnen etliche Länder Ostmitteleuropas mehr Aufmerksamkeit für die Zu-

sammenarbeit mit den neuen Nachbarn der erweiterten Union an. Es geht ihnen vor allem um eine Intensivierung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) und den Ausbau der Kooperation mit den Partnern jenseits der EU-Ostgrenze. Dabei wird die ENP nicht als Alternative, sondern als Vorstufe zur Mitgliedschaft der Ukraine, von Moldawien, Belarus sowie der Südkaukasusstaaten angesehen. Für sie bietet die Verankerung der östlichen Anrainer in der EU und eine Konsolidierung ihrer Staatlichkeit eine Gewähr gegen neo-imperialistische Tendenzen auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion. Hierzu erhofft man sich in der EU, mehr Gemeinsamkeit im Umgang mit Russland zu erreichen. Vor allem in Polen und im Baltikum bestehen Ärger und Befürchtungen über ein deutsch-russisches Sonderverhältnis. Auslöser war die geplante deutsch-russische Gaspipeline durch die Ostsee, die ohne Abstimmung und Einbeziehung dieser Länder beschlossen wurde.

Prinzipiell verfolgen die postkommunistischen EU-Staaten eine konsequente und zügige Erweiterungspolitik. Denn mit Ausnahme Tschechiens liegen sie alle an Außengrenzen der EU und wollen ihre Randlage überwinden. Sie votieren daher für eine uneingeschränkte Fortführung der Erweiterung, sowohl nach Osten, als auch in Richtung Westbalkan. In Einklang mit ihrer erweiterungsfreundlichen Linie und im Unterschied zur wachsenden Skepsis Westeuropas treten sie zumeist für eine Aufnahme der Türkei in die EU ein. Damit einhergehend wenden sie sich gegen die Entstehung eines Kerneuropas oder eines Europas der zwei Geschwindigkeiten, weil sie befürchten, daran nicht beteiligt zu sein, abermals an den Rand Europas oder ins Hintertreffen zu geraten.

Ein eklatanter Widerspruch auf den die postkommunistischen EU-Staaten zu Recht hinweisen ist die Tatsache, dass bei ihnen Demokratiemängel angemahnt werden, die EU aber selbst erhebliche Defizite in dieser Hinsicht aufweist.

### **Was wird sein in 20 Jahren?**

Nachdem die EU mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung die Finanz- und Wirtschaftskrise abgewehrt hat, wurde der Beweis erbracht,

dass nicht nur Frieden und Freiheit, sondern auch die Solidarität zu einem festen Stützpfeiler der Gemeinschaft gehört. Diese Bewährungsprobe hat praktisch die vereinten Staaten von Europa geschaffen und die Befürchtungen einer Renationalisierung und Fragmentierung politischer Räume zerstreut. So ist ein Europa der Solidarität entstanden, das sich im Rahmen der Globalisierung für europäische Werte einsetzt, die zugleich universelle Werte sind.

Gemeinsam haben die jungen und alten Demokratien ein Europa geschaffen, das nach der Finanz- und Wirtschaftskrise mit einer grundlegend verbesserten ökologisch-sozialen Marktwirtschaft so dringende und permanente Probleme wie Arbeitslosigkeit und Armut in den Griff bekommen hat. Die EU hat sich eine Struktur zugelegt, mit der das über Jahrzehnte bestandene Wirtschaftsgefälle weitgehend abgebaut wurde und die zu vergleichbaren Lebensverhältnissen geführt hat. Auch für langfristige Aufgaben und Herausforderungen, wie epidemische Krankheiten, Drogenhandel, illegale Einwanderung und internationaler Terrorismus wurden überschaubare Lösungswege gefunden und wichtige Zwischenergebnisse erzielt.

Durch den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft ist die EU zu einem Referenzgebiet für Anlagen und Verfahren der erneuerbaren Energien, der Ressourcenproduktivität und des konsequenten Klima- und Umweltschutzes geworden. Die ökologische Modernisierung hat zu einer nachhaltigen CO<sub>2</sub>-Reduktion geführt und die globalen Anstrengungen verstärkt den Klimawandel aufzuhalten.

Mit der erfolgreichen Volksabstimmung in allen Mitgliedsländern der EU über eine gemein-

same Verfassung ist eine europäische Identität entstanden, die nationale Denkbarrieren überwunden hat. Aus den Fehlern der Vergangenheit wurde die Lehre gezogen, dass die Integration für die EU zur Pflicht und Überlebensfrage geworden ist. Es entspricht der Erfahrung und Überzeugung aller, dass zur Garantie von Frieden, Demokratie und Wohlstand die europäischen Völker ihre Einheit vertiefen müssen – frei von Vorurteilen, Furcht und Aversionen.

Die EU hat mit einer abgestimmten und einheitlichen Außen- und Sicherheitspolitik und einem europäischen Außenminister endlich eine klare Linie gefunden. Die Beziehungen zu den kleiner gewordenen Großmächten USA, Russland und China sind auf einem vergleichbar guten Niveau. Mit dem Verzicht Frankreichs und Englands auf einen Sitz im UN-Sicherheitsrat zugunsten eines europäischen Sitzes ist das internationale Gewicht der EU gewachsen. Gesicht und Stimme gibt der EU ein von den Bürgerinnen und Bürgern der EU gewählter Ratspräsident.

Die EU schöpft ihre Kraft aus ethnischer, kultureller und religiöser Vielfalt. Dieser Ansatz und die Macht der Würde befähigt sie im Kampf für Menschenrechte und gegen Fundamentalismus, Intoleranz und Zivilisationskonflikte eine richtungsweisende Führungsrolle zu übernehmen. Die EU-Europäer haben zudem ein gemeinsames Geschichtsgedächtnis und eine gemeinsame Erinnerungskultur entwickelt, die sie vor Rückfällen in totalitäre, rassistische und faschistische Zeiten bewahrt.

Für die Kinder der Revolution ist das Europa von heute nicht mehr das „Projekt Frieden“ oder „Zukunft“, sondern das „Projekt Chance“.



**Werner Schulz** 1950 in Zwickau geboren, ist seit Juni 2009 Mitglied des Europaparlaments. Er studierte Lebensmittelchemie und -technologie an der Humboldt Universität Berlin. 1974-1980 war Schulz wissenschaftlicher Assistent an der Humboldt Uni und wurde 1980 fristlos entlassen wegen Protest gegen den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan. Seit 1968 war er in verschiedenen Oppositionsgruppen der DDR aktiv. 1989 war Schulze Mitbegründer des *Neuen Forum*. 1990 wurde er Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer und ab Oktober 1990 bis Oktober 2005 war er Mitglied des Bundestages. Dort war er als Sprecher, als parlamentarischer Geschäftsführer und als wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion *Bündnis 90/Die Grünen* tätig.



## **ZWEITER TEIL**

Der Westbalkan und die EU-Perspektive



NICHOLAS WHYTE

## Die EU und der Westbalkan

Die Haltung der EU gegenüber den Balkanstaaten erinnert etwas an die Äußerung Augustinus': „Herr, gib mir Keuschheit – aber noch nicht jetzt!“ Die EU-Länder kommen regelmäßig zusammen und erklären, die Balkanstaaten hätten zwar ihren Platz in der EU, aber ganz sicher „noch nicht jetzt“.

Und diese Botschaft ist nur schwer zu überbringen. Die Marschroute in die EU-Mitgliedschaft ist klar abgesteckt, die Reise dorthin jedoch sehr lang. Besonders die Europäische Kommission besteht darauf, die Agenda der Länder des Westbalkans durch jährliche Berichte über deren Fortschritte zu verfolgen. Alle, bis auf Kosovo, haben Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet, Albanien und Montenegro den Mitgliedschaftsantrag gestellt, Mazedonien wurde als Beitrittskandidat anerkannt und mit Kroatien laufen die Verhandlungen über die Bedingungen einer zukünftigen Mitgliedschaft. In einer Region, die schnelle und gewaltsame Veränderungen gewohnt ist, ist der tatsächlich erzielte Fortschritt und die Qualität des EU-Integrationsprozesses nur schwer zu bewerten und jeder noch so kleine Rückschritt, jede noch so kleine Verlangsamung kann als Umkehr oder Ablehnung aufgefasst werden.

Die Politiker der EU sind diesbezüglich nicht immer hilfreich. Es stimmt wahrscheinlich, dass einige Jahre ins Land gehen müssen, bevor nach Kroatien der nächste Balkanstaat für die EU-Mitgliedschaft bereit ist. Doch Äußerungen über diesen Umstand (vor allem, aber nicht nur von deutschen Politikern) werden oftmals dahingehend ausgelegt (und manchmal sind sie auch so gemeint), dass die EU den Integrationsprozess nach der Aufnahme von Kroatien beenden sollte. Im Balkan herrscht diesbezüglich ein gewisser Pessimismus und es wird fast erwartet, dass der Rest der Welt der Region den Rücken kehren wird. Es stimmt, dass es die EU nach den „Big Bang“-

Erweiterungen von 2004 und 2007 nicht gerade eilig hat, die Anzahl ihrer Mitglieder zu vergrößern. Aber Tatsache ist, dass die übrigen Länder zwischen Slowenien und Griechenland einen weiteren Weg zurücklegen mussten als beispielsweise Bulgarien oder Rumänien, und der Prozess einfach mehr Zeit in Anspruch nehmen wird.

Auch wurde die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon nicht gerade geschickt mit der Frage nach einer neuen Erweiterung verknüpft, vor allem in Frankreich. Wie EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn betonte, ist das denkbar schnellste Szenario für einen Beitritt Kroatiens langsamer als das langsamste geplante Szenario für die Lösung des Lissabon-Problems. Vielleicht versuchen jene, die darauf bestehen, dass zwischen diesen beiden Themen ein Zusammenhang besteht, die irischen Wähler oder tschechischen Abgeordneten dazu zu zwingen, den Vertrag zu unterstützen, aus Angst vor der Aussicht auf eine EU ohne Mitglieder aus dem Balkan – was eine durchaus merkwürdige Strategie wäre. Sollte der Vertrag von Lissabon keinen Erfolg haben, könnten die bestehenden Strukturen des Vertrags von Nizza selbstverständlich den neuen Mitgliedern angepasst werden, genau so wie frühere Verträge in vergangenen Erweiterungsrounden entsprechend geändert wurden. Gegenwärtig fallen die Meinungsumfragen in Irland allerdings positiv aus und in der Tschechischen Republik ist der Vorgang noch nicht abgeschlossen. Mit etwas Glück können wir das Thema bald begraben.

Die Politik der EU gegenüber den Ländern des Westbalkans beruht – mit einigen Änderungen – auf der erfolgreichen Erweiterungspolitik, mit der es gelang, Mittelost- und Osteuropa zu stabilisieren. Erstens wurden aus den „Europa-Abkommen“, welche die Staaten der Erweiterungsrounden 2004 und 2007 mit der EU unterzeichnet haben, für den Westbalkan die „Stabi-

lisierungs- und Assoziierungsabkommen“, die mehrere Aspekte der EU-Politik berücksichtigen, die in den 1990er Jahren so noch nicht bestanden, insbesondere die Bereiche Justiz und Inneres. Außerdem wird den bestehenden Kopenhagener Kriterien für eine EU-Mitgliedschaft (darunter eine bestehende Demokratie, eine funktionierende Marktwirtschaft und die Fähigkeit, den Folgen einer Mitgliedschaft standzuhalten) eine weitere Bedingung hinzugefügt: die der regionalen Zusammenarbeit.

Dass die EU auf einer regionalen Zusammenarbeit besteht, wurde in der Region mit leichtem Argwohn und Unverständnis zur Kenntnis genommen. Die Schaffung von Instrumenten wie dem Stabilitätspakt wirkte auf manche wie der Versuch, sich von den Staaten des Westbalkans zu distanzieren oder sogar das ehemalige Jugoslawien – mit Albanien statt Slowenien – zu einer Art Reintegration zu zwingen. Anfangs konnte man den Eindruck gewinnen, der Rahmen für eine zukünftige Entwicklung der Region läge allein in den Händen der führenden Beamten des Stabilitätspakts, und nicht in denen der EU. Zum Glück haben sich diese Befürchtungen nicht bewahrt, nachdem der Stabilitätspakt in den Rat für Regionale Kooperation (Regional Cooperation Council, RCC) umgewandelt wurde, doch zeigen sie, wie schwer sich die EU tut, mit der Region zu kommunizieren.

## Kroatien

Kroatien ist in seinem Bestreben, der EU beizutreten, den anderen Ländern der Region zweifellos weit voraus. 2003 wurde der Antrag auf Mitgliedschaft gestellt, 2004 wurde es als Kandidat anerkannt und 2005 begannen die Beitrittsverhandlungen. Allerdings zahlt Kroatien nun den Preis für die Art und Weise, wie die fünfte Erweiterungsrunde durchgeführt wurde. Niemand in der EU, einschließlich der beiden betroffenen Regierungen, ist sonderlich zufrieden damit, wie der Beitritt von Bulgarien und Rumänien durchgeführt wurde. Einige sind sogar der Auffassung, dass die Eile, mit der die neuen Mitglieder 2004 und 2007 aufgenommen wurden, und die Aussicht, dass die Türkei beitreten könnte, bevor das Land dazu

bereit ist, zu der Niederlage der EU-Verfassung durch den Volksentscheid in Frankreich und den Niederlanden beigetragen hat. In der Folge hat die Europäische Kommission die Bedingungen für den EU-Beitritt deutlich erschwert. Beitrittskandidaten werden vorab mehr Bedingungen gestellt, bevor die einzelnen Kapitel geöffnet werden können. Kroatien musste als Versuchskaninchen für diesen Prozess herhalten, da es viel schneller vorangekommen ist als die Türkei.

Und Kroatien hatte auch noch andere Probleme. Die Konformität mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag ist schon lange eine Streitfrage (die weiter unten behandelt wird). Größere Sorge bereitet jedoch die jüngste Eskalation eines bilateralen Streits über See- und Landesgrenzen zwischen Slowenien und Kroatien, welcher im Erweiterungsprozess zu einem Problem wurde. Die Regeln der EU sind klar: Slowenien ist nun ein Mitglied und hat wie die anderen 26 Mitgliedstaaten damit auch das Recht, bestimmte Verhandlungskapitel zu blockieren. Auch hat die EU schon zuvor anderen Staaten erlaubt, wegen bilateralen Streitigkeiten Verhandlungen auszu-bremsen (etwa als Griechenland Einwände gegen den Verfassungsnamen Mazedoniens erhob). Aber das wirft ein beunruhigendes Licht auf die Balkanstaaten auf ihrem langsamen Weg zur EU. Werden die weiter fortgeschrittenen Länder all die ausstehenden ungelösten Streitfragen dazu missbrauchen, die Nachzügler in ihrem Vorankommen zu behindern? Der slowenische Präzedenzfall lässt nichts Gutes ahnen.

## Mazedonien

Die Lösung der Mazedonienkrise von 2001 wird im Allgemeinen als Erfolg für die EU und für die internationale Gemeinschaft gewertet, und dies größtenteils zu Recht: Die Warnsignale wurden erkannt, führende Staatsmänner nach Skopje entsandt, um – sowohl öffentlich als auch verdeckt – mit den Schlüsselakteuren zu verhandeln, die Feindseligkeiten wurden beendet, internationale Friedenstruppen in die Region geschickt und eine politische Vereinbarung erlassen und umgesetzt. Die EU ernannte eine Reihe von Sonderbeauftragten (EUSR) – Alain Leroy, Alexis



Flagge Albanien und der EU.

Brouhns, Søren Jessen-Petersen, Michael Sahlin und jüngst Erwan Fouere, der zudem Vertreter der Europäischen Kommission ist – die als politische Ansprechpartner mit der EU, als führende internationale Vertreter und, bei Bedarf, als Vermittler dienen. Mazedonien beantragte 2004 offiziell die EU-Mitgliedschaft und erhielt im folgenden Jahr den Kandidatenstatus. Das Land darf hoffen, dass noch 2009 der Beginn der Beitrittsverhandlungen angekündigt wird.

Aber dieser Erfolg gebührt nicht allein der EU. Vielleicht müsste er größtenteils sogar dem mazedonischen Volk angerechnet werden. Verglichen mit bewaffneten Gruppen in anderen Teilen der Welt waren die politischen Ziele der *Nationalen Befreiungsarmee* relativ bescheiden und beschränkten sich auf die Stärkung der Rechte der albanischen Minderheit im mazedonischen Staat (auch wenn sie von der serbischen Propaganda und unreflektierten westlichen Journalisten zu Verfechtern eines Großalbanien stilisiert wurden). Das politische System Mazedoniens kämpfte damit, eine Einigung durchsetzen zu müssen, die ihm durch Gewalt und internationales Eingreifen auferlegt wurde. Aber das Land hielt der Belastung stand und meisterte auch Herausforderungen wie den tragischen Tod von Präsident Trajkovski, der eine entscheidende Rolle bei der Lösung der Krise in 2001 gespielt hatte, sowie das Referendum, Ende 2004, zum Beitrittsprozess. Es gibt nach wie vor Spannungen und auch Gewalt, doch größtenteils innerhalb und nicht zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen im Land.

Der Beitrag der EU zur erfolgreichen Entwicklung Mazedoniens sollte auch etwas genauer geprüft werden und verdient durchaus ein wenig Eigenlob. Die Vermittlung bei den Streitigkeiten und deren Schlichtung im Jahr 2001 gehen auf die (höflich ausgedrückt) gemeinsame Arbeit der EU und den USA zurück, die als Vertreter der NATO bzw. der OSZE fungierten. Die EU galt als nicht glaubwürdig genug, um als alleiniger Vermittler tätig zu werden. Während die politische Rolle der verschiedenen EUSR nach 2001 durchaus bedeutend war, fielen die Missionen vor Ort im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU nicht so sehr ins Gewicht. *Operation Concordia*, damals als erste militärische Mission der EU überhaupt begrüßt, wurde im Jahr 2003 neun Monate lang geführt, zwei Jahre nachdem der eigentliche Konflikt stattgefunden hatte. Und die EU tolerierte Griechenlands Obsession mit der Namensproblematik und seine Befürchtung, Mazedonien versuche irgendwie, die nordgriechische Provinz desselben Namens zu annektieren. Skopje hat in dieser Angelegenheit Fehler gemacht, aber es war die EU, die es schaffte, sich eines Disputs anzunehmen, der aus einer im Grunde irrationalen Haltung eines ihrer Mitgliedstaaten resultierte.

## Albanien

Albanien hat sich erstaunlich gut erholt. Nachdem 1997 die staatliche Ordnung komplett zusammengebrochen war, ist das Land im April 2009 zusammen mit Kroatien der NATO beigetreten und hat anschließend den Antrag auf EU-Mitgliedschaft gestellt. Die Probleme Albanien sind in erster Linie innenpolitischer Natur: Es ist nicht einfach, für den ehemals isoliertesten Staat in Europa ein modernes politisches System zu entwickeln. In den letzten Jahren haben sich die albanischen Politiker von der Konfrontationspolitik früherer Zeiten ein Stück weit abgewandt, doch müssen noch viele Reformen beschlossen und auch umgesetzt werden.

Ein Thema, das bisweilen in den Nachbarregionen, aber fast nie in Albanien selbst angesprochen wird, ist das der albanischen Nationalisten, die ein „Groß-Albanien“ anstreben, einen Staat,

der Albanien, Kosovo, Westmazedonien, Südmontenegro und für einige auch die griechische Verwaltungsregion Epirus in sich vereinigen soll. Es stimmt, dass viele Albaner eine sentimentale Bindung an die Vorstellung haben, zusammen in ein und demselben Staat zu leben. Aber die Parteien, die sich die Verwirklichung Groß-Albaniens auf die Fahne geschrieben haben, erhalten lediglich eine Handvoll Stimmen in den verschiedenen Ländern mit albanischer Bevölkerung. (Aufgrund der säkulären Tradition des balkanischen Islam ist die Gefahr einer albanisch-bosnischen fundamentalistischen *Jihad* noch geringer.) Es hat den Anschein, dass die Albaner beschlossen haben, die staatlichen Strukturen mit den aktuell existierenden Grenzverläufen zu akzeptieren und diese Grenzen eher über eine Integration mit der EU als über Methoden des 19. Jahrhunderts zu verringern.

## Montenegro

Montenegro hat diesen Weg seit seiner Unabhängigkeit Mitte 2006 etwas schneller zurückgelegt. Die Europäische Union hat große Anstrengungen unternommen, die Unabhängigkeitsbewegung 2000-2001 zu blockieren und vermittelte für die Errichtung des neuen Staatengebildes Serbien und Montenegro, das den von den Kriegen übriggebliebenen Rest der Republik Jugoslawien ersetzen sollte. Die Institutionen des neuen Staatenbundes funktionierten gerade einmal gut genug, um das Referendum zur Unabhängigkeit Montenegros in die Wege zu leiten, die schließlich von der Mehrheit der Wählerschaft befürwortet wurde.<sup>1</sup> Seitdem entwickelt sich Montenegro auf beeindruckende Weise kontinuierlich weiter und hat Ende 2008 seinen Antrag auf EU-Beitritt gestellt.

## Bosnien

Das europäische Projekt im Balkan ist in Bosnien derzeit am schwächsten ausgeprägt. Dies ist

besonders bedauerlich, weil bis Mitte 2006 hinsichtlich der Festigung der Glaubwürdigkeit des bosnischen Staates als Rahmen für die Zukunft seiner Bürger beachtliche Fortschritte erzielt worden waren, durch die Arbeit der Hohen Vertreter Carl Bildt, Wolfgang Petritsch und vor allem Paddy Ashdown, der als „Doppelhut“ zudem die Funktion des Sonderbeauftragten der Europäischen Union innehatte. In der Region genoss der Hohe Vertreter umfassende Machtbefugnisse (die sogenannten „Bonn powers“<sup>2</sup>). Der Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs (SRSG) in Kosovo und nun auch das dortige Internationale Zivilbüro (ICO) erhielten ähnliche Befugnisse, doch wurden sie in der Praxis nie ausgeübt.

Diese Lösung stieß aus verschiedenen Gründen auf beträchtliche Kritik. Im Westen beklagte man die neokolonialistische Auferlegung des Willens der internationalen Gemeinschaft über den der lokalen Institutionen. Und in Sarajevo wurden Stimmen laut, die die Tatsache kritisierten, dass die Befugnisse nicht dafür eingesetzt wurden, die serbischen oder kroatischen Nationalisten aufzuhalten oder die nach dem Dayton-Abkommen geschaffenen Institutionen aufzulösen, um ein geeintes Bosnien zu schaffen. Dennoch wurden die bosnischen Politiker mittels der Androhung der „Bonn powers“ als Peitsche und dem Versprechen der EU-Integration als Zuckerbrot dazu überredet, die drei Armeen, die zehn Jahre zuvor gegeneinander gekämpft hatten, und die Geheimdienste zu vereinen und Steuermechanismen zu schaffen, die ein Funktionieren der staatlichen Institutionen ermöglichten.

Doch dann lief alles aus dem Ruder. Die internationale Gemeinschaft setzte einen neuen Hohen Vertreter ein, der auf den Einsatz der „Bonner Befugnisse“ verzichtete und so die Peitsche aus der politischen Gleichung nahm. Gewöhnt daran, Angelegenheiten an Petritsch und Ashdown zu delegieren, erkannte die EU nicht, welche ver-

1 Interessanterweise behaupteten sowohl die Gegner als auch die Befürworter der Unabhängigkeit während der Kampagne zum Referendum, dass sie die jeweils schnellere Route in die EU boten.

2 Die „Bonner Befugnisse“ wurden vom Friedensimplementierungsrat im Dezember 1997 in Bonn beschlossen und befugten den Hohen Vertreter dazu, öffentliche Bestimmungen in Bosnien zu prüfen, Entscheidungen durchzusetzen und aufsässige Amtsträger zu entlassen.

heerenden Folgen die ostentative Tatenlosigkeit ihres neuen Hohen Vertreters haben würde. Mit einer erfolgreichen Politik hätte man die bosnischen Amtsträger zu einer Zusammenarbeit bewegen können und ihnen dabei geholfen, die bevorstehenden Schwierigkeiten zu meistern, da sie nun nicht mehr erwarten konnten, dass ihnen die internationale Gemeinschaft schwierige Entscheidungen abnehmen würde. Diese Botschaft wird nicht vermittelt, wenn die führende Persönlichkeit der internationalen Gemeinschaft im Land den Anschein erweckt, seinen Job zu verschlafen.

Heute befindet sich die Autorität der internationalen Gemeinschaft in Bosnien an seinem Tiefpunkt. Es ist für Europäer nicht einfach, es sich einzugestehen, aber die EU hatte in Bosnien noch nie besonders viel Glaubwürdigkeit genossen: Rechthaberische und ineffektive Äußerungen über Intervention in den frühen 1990er Jahren („L'heure de l'Europe“, wie es ein unvorsichtiger Außenminister formulierte), Korruption bei den Hilfsgüterlieferungen in den späten 1990ern und eine relativ wirkungslose Polizeimission im Jahr 2002, welche die Mission der UNO ablöste. Dieser Eindruck wurde noch verstärkt durch den Verlust an Glaubwürdigkeit des Büros des Hohen Vertreters, aufgrund der Tatenlosigkeit seiner führenden Beamten. Dem neuen Hohen Vertreter wurde die Aufgabe zuteil, das Büro diskret zu schließen. Es blieb ihnen nichts anderes übrig.

In gewisser Weise ist dies aber gar nicht so negativ. Die bosnischen Politiker müssen aufhören, darauf zu hoffen, dass Außenstehende ihre Probleme lösen. Sie sollten beginnen, an ihre eigenen Fähigkeiten zu glauben, Geschäfte intern abzuwickeln, ohne sich dauernd an den externen Sponsoren (bzw. den Sponsoren, die sich ihre Gesprächspartner einbilden) zu orientieren. Langfristig ist dies die einzige Lösung, vorausgesetzt, dass sich Kroatien und Serbien weiter auf ihre eigenen Angelegenheiten konzentrieren und sich nicht auf Experimente in ihrer Nachbarschaft einlassen – was Kroatien sicher und Serbien wahrscheinlich auch tun werden. Irgendwann wird die Sogwirkung der Nachbarländer, die in Richtung EU vorrücken, die bosnischen Politiker

dazu zwingen, sich den Zukunftsperspektiven und nicht mehr den Fallen der Vergangenheit zuzuwenden.

Es gibt einiges, das dafür spricht. Drei der führenden Politiker der drei wichtigsten nationalen Gruppierungen in Bosnien, Milorad Dodik, Sulejman Tihić und Dragan Čović, sind in den letzten Monaten zusammengelassen, um über eine gemeinsame Strategie und Vision für die Zukunft des Landes zu sprechen, sehen sich allerdings starker interner Opposition ausgesetzt (insbesondere Dodik). Die internationale Gemeinschaft sollte deren Initiative unterstützen, statt weitere Zeit mit der Diskussion um ihre eigene institutionelle Architektur zu vergeuden, oder jenen Mächten in Bosnien politisches Geleit geben, die sie entgleisen lassen möchten. Diese drei Männer sind bestimmt keine Engel, aber sie haben das Potenzial, Bosnien zu staatlichen Strukturen zu verhelfen, die rechtmäßiger sind als die gegenwärtig existierenden Einrichtungen.

Entscheidend ist auch die geringe Aussicht auf ein erneutes Aufflammen des Konflikts. Die Friedenstruppen der EU müssen im Land bleiben, bis die aktuelle Phase der Verfassungsdebatte abgeschlossen ist, doch sind die bosnischen Nachbarn nicht gerade darauf erpicht, die Militärs oder Paramilitärs im Land zu unterstützen. Bosnien ist dabei, zu lernen, seine internen Differenzen mit Worten, und nicht mehr mit Waffen, beizulegen. Die internationale Gemeinschaft muss hierfür klare und konsequente Rahmenbedingungen schaffen.

## Serbien

Serbien ist und bleibt ein Paradoxon. Geografisch belegt es eine Schlüsselposition im Westbalkan und als historisches Zentrum des alten Königreichs Jugoslawien und Titos Föderation verfügt es nach wie vor über ein beträchtliches Gewicht. Um den Balkan als Ganzes dauerhaft zu stabilisieren und in Europa und in sich selbst zu integrieren, muss sich Serbien dem Projekt vorbehaltlos anschließen. Serbien hat eine faszinierende Geschichte vorzuweisen: den Sturz der Milošević-Regierung, den tragischen Tod von

Zoran Dindić durch seine eigenen Sicherheitskräfte, die schrittweise Verdrängung der nationalistischen Gruppierungen durch die *Demokratische Partei* und ihre Verbündeten. Und diese Geschichte ist noch nicht zu Ende.

Aber dem Land steht nach wie vor seine eigene Vergangenheit im Weg. So hat es immer noch Schwierigkeiten, die wegen Kriegsverbrechen Angeklagten und vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag gesuchten Ratko Mladić und Goran Hadžić dingfest zu machen. Hier geht es um die Anerkennung internationalen Rechts und darum, zu beweisen, dass die Regierung Serbiens bereit ist, sich seiner Vergangenheit zu stellen und sie zu überwinden. Die jüngsten Berichte über ihre Bemühungen sind positiv, doch solange Mladić und Hadžić nicht gefasst sind, stehen noch Fragen im Raum. Einige wenige Regierungen in der EU haben mit der Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit Serbien so lange gewartet, bis sich der Internationale Gerichtshof mit dem Vorgehen Belgrads zufrieden zeigte – eine vernünftige Anwendung der traditionellen EU-Konditionalität, die von den anderen Mitgliedstaaten aus nicht nachvollziehbaren Gründen leider nicht unterstützt wurde.

Das zweite Problem, mit dem sich Serbien herumschlägt, ist natürlich Kosovo. Serbien betrachtet Kosovo als Teil seines eigenen Staatsgebiets, eine Ansicht, die 22 der 27 EU-Mitgliedstaaten nicht teilen. In Serbiens Verfassung, die 2006 durch ein fragwürdiges Referendum angenommen wurde, wird dieser Anspruch auf Kosovo festgeschrieben. Serbiens Staatshaushalt wird von der internationalen Gemeinschaft gefördert, und doch unterstützt sie serbische Parallelinstitutionen in Kosovo, die bereits unter dem UN-Mandat – und erst recht nach seiner Unabhängigkeit – illegal sind. Serbien hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen davon überzeugt, das Thema der Unabhängigkeit Kosovos an den Internationalen Gerichtshof in Den Haag weiterzu-

leiten, dessen Entscheidung vermutlich niemanden wirklich zufriedenstellen wird. Aber es ist unwahrscheinlich, dass der Gerichtshof verfügt, dass all die Länder, die Kosovo anerkannt haben, ihre Botschafter abziehen müssen.

Serbien muss sich klar darüber werden, dass es Kosovo nicht wegen einer internationalen Verschwörung, sondern aufgrund der politischen Entscheidungen Belgrads in der Vergangenheit verloren hat. Die internationale Gemeinschaft hätte zweifellos eine Lösung bevorzugt, bei der die Grenzen unverändert blieben oder die zumindest keine schwierigen Entscheidungen verlangte. Aber die verschiedenen serbischen Regierungen haben die Mehrheitsbevölkerung Kosovos nie als Bürger oder potenzielle Bürger behandelt (sie wurden nicht einmal im Wählerregister für das Referendum in 2006 über die Verfassung geführt, die Kosovo als Bestandteil Serbiens festlegte). Bei den Unabhängigkeitsverhandlungen brachte Serbien keine ernsthaften Vorschläge ein und es wurde auch nicht ernsthaft über die Bedürfnisse der zwei Millionen ethnischen Albaner in einem neuen serbischen Staat nachgedacht. Den Serben geht es beim Kosovo um das Gebiet, und nicht so sehr um dessen Menschen und genau das ist im heutigen Europa nicht möglich.

Serbien wird sich zwangsläufig nach und nach mit dem Verlust von Kosovo abfinden. Nachdem der Internationale Gerichtshof seine Entscheidung getroffen hat, wird es vermutlich eine Zwischenphase geben, die an die Zeit erinnern wird, als die Bundesrepublik Deutschland in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren von der *Hallstein-Doktrin* zur *Ostpolitik* wechselte, möglicherweise samt einer eigenen Version des *Grundlagenvertrags*.<sup>3</sup> Der große Unterschied dabei ist natürlich, dass im Fall Deutschlands die Bevölkerung beider Seiten im Allgemeinen die Wiedervereinigung befürwortete. Das ist in Kosovo überhaupt nicht der Fall, und während die Serben Kosovo im Großen und Ganzen weiterhin

3 Mit dem 1972 unterzeichneten Grundlagenvertrag erkannten sich die Bundesrepublik und die Deutsche Demokratische Republik erstmals gegenseitig als souveräne Staaten an. Er bedeutete die Abwendung von der westdeutschen Hallstein-Doktrin, nach der die Bundesrepublik keine diplomatischen Beziehungen mit jenen Staaten unterhalten würde, die die DDR anerkannten.

zwar als serbisches Gebiet betrachten, akzeptieren die meisten doch, dass sie dieses Gebiet verloren haben.

## Kosovo

An der Einstellung der EU zu Kosovo zeigten sich die Schwierigkeiten bei der Schaffung einer gemeinsamen Außenpolitik, sogar dort, wo sich alle Mitgliedstaaten einig waren, dass ein gemeinsames Vorgehen dringend nötig war. Nach der NATO-Intervention 1999 wurden die Vereinten Nationen die Verwaltungsmacht in der ehemaligen serbischen Provinz. Die Europäische Union beteiligte sich finanziell und mit der Entsendung von Personal an der Übergangsverwaltung (UNMIK), aber die politische Führung lag größtenteils in den Händen der USA oder des jeweiligen Sonderbeauftragten der UNO vor Ort (der zwar immer ein Europäer war, aber von der UNO, und nicht von der EU ernannt wurde).

Das große Problem, das die EU entzweite, spaltete auch den Rest der Welt: Auf welcher Grundlage konnte oder sollte die Abtrennung Kosovos von Serbien anerkannt werden? Niemand, der Kosovo nach 1999 besucht hatte, konnte ernsthaft daran glauben, dass das Gebiet jemals wieder Teil des serbischen Staates sein würde, aber in den meisten europäischen Hauptstädten herrschte nach wie vor das Wunschdenken vor (in den Worten eines EU-Beamten: „Wir haben unsere Köpfe tief in den Sand gesteckt“). In jenen Tagen hörte ich Beamte und wohlwollende Aktivisten oft sagen, dass dieser Zustand eine unbestimmte Zeit fort dauern könnte, bis sich die Gemüter abgekühlt hätten und irgendein Übereinkommen zwischen Belgrad und Pristina getroffen würde.

Tatsächlich erwies sich diese Politik des Abwartens als katastrophal und führte direkt zu den Revolten gegen die Autorität der internationalen Gemeinschaft im März 2004, bei denen mehrere Personen ums Leben kamen. Daraufhin schalteten sich die größeren Akteure ein und die UNO initiierte einen Verhandlungsprozess, um den Status des Kosovo endgültig zu beschließen, unter der fähigen Leitung des ehemaligen finnischen

Präsidenten Martti Ahtisaari und unterstützt von dem altgedienten österreichischen Diplomaten Albert Rohan. Dabei ging es um viel mehr, als die Unschlüssigen in der internationalen Staatengemeinschaft davon zu überzeugen, dass es keine Alternative gab, als die Unabhängigkeit von Kosovo unilateral anzuerkennen. Einige glaubten an die Möglichkeit einer Resolution des UN-Sicherheitsrats, um Serbien und Kosovo irgendeine Lösung aufzuzwingen, obwohl Russland von Anfang an deutlich gemacht hatte, dass es gegen eine derartige Resolution sein Veto einlegen würde.

Schließlich legte Ahtisaari seinen Vorschlag vor, laut dem Kosovo seine Unabhängigkeit unter strenger Überwachung der internationalen Gemeinschaft erhalten sollte, was Russland allerdings auch nicht akzeptierte. Nachdem in der letzten Verhandlungsrunde unter der Leitung des deutschen Diplomaten Wolfgang Ischinger keine Fortschritte erzielt wurden, erklärte das Parlament in Pristina die Unabhängigkeit und setzte sämtliche Bestimmungen des Ahtisaari-Plans zum Minderheitenschutz und internationaler Präsenz in Kraft. Die Kosovo-Serben haben die Gesetzmäßigkeit der neuen Situation im Allgemeinen zwar nicht anerkannt, aber weder haben sie offiziell ihre Abspaltung von Kosovo erklärt noch hat Belgrad legale Schritte eingeleitet, das Gebiet mit serbischer Mehrheitsbevölkerung erneut zu annektieren (gleichwohl Kosovo aus Belgrads Sicht insgesamt nach wie vor serbisches Gebiet ist). Es hat sich eine ungemütliche Pattsituation ergeben.

Gegen Ende des Prozesses verkündete die EU stolz, sich auf eine einheitliche Politik geeinigt zu haben. Tatsächlich bedeutete diese „einheitliche“ Politik lediglich, dass die EU-Mitgliedstaaten bezüglich der wesentlichen Frage nach der Anerkennung der Unabhängigkeit Kosovos uneins waren (und dass sie eine EU-Mission in das Gebiet entsenden würden). Die meisten der 27 Mitgliedstaaten haben sich mittlerweile daran gehalten, nur Spanien, Zypern, Rumänien, die Slowakei und Griechenland verweigern eine Beteiligung. Griechenland zeigt sich zunehmend gewillt, doch Spanien besteht darauf, dass eine Anerkennung Kosovos die Separatisten im eige-

nen Land beflügeln würde (allerdings ist unklar, ob die Basken und Katalanen gefragt wurden, was sie davon halten).

Doch diese Situation muss sich ändern. Den Menschen in Kosovo wie auch ihren Nachbarn in Serbien, Mazedonien, Albanien und Montenegro wurde eine mögliche Mitgliedschaft in der Europäischen Union versprochen. Das bedeutet, dass Kosovo irgendwann die Mitgliedschaft beantragen und den Verhandlungsprozess in Angriff nehmen muss. Davor wird Kosovo noch ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen oder ein ähnliches Dokument mit der EU unterzeichnen. Doch wie soll die EU eine vertragliche Beziehung mit Kosovo, mit dem Ziel einer Mitgliedschaft, eingehen, wenn es von Spanien und anderen Ländern nicht als Staat anerkannt wird? Und noch beunruhigender ist die Frage bezüglich Serbiens: Wenn die EU Verhandlungen zur Mitgliedschaft mit Serbien beginnt, sprechen wir dann von Serbien mit zehn Millionen Einwohnern, einschließlich Kosovo oder acht Millionen, die nach Belgrad blicken? Wir wissen es nicht.

## Fazit: der Balkan und die EU

Zehn Jahre nach dem Kosovokrieg hat sich die Lage im Balkan verbessert. Ein erneutes Aufblühen des Konflikts ist unwahrscheinlich, da die Mehrheit der politischen Elite der Region die politische Integration ihrer Staaten mit den bestehenden Grenzen in die EU akzeptiert hat (mit Einschränkungen in Bosnien und Serbien) und der Teufelskreis aus Ungewissheit und Instabilität, der weitere Gewalt in Aussicht stellt, gebrochen wurde. Es gibt in der EU ein weitaus größeres Verständnis der Region, nachdem viele Beamte bereits an Missionen im Balkan beteiligt waren und etliche dies noch tun werden. Die Region ist heute von EU-Mitgliedstaaten umgeben – ein eindeutiger Beweis dafür, dass Brüssel nicht nur leere Versprechungen macht. Das Erbe der Vergangenheit wird langsam beigelegt, auch dank der Arbeit des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag, der die individuelle Verantwortung

über die kollektive Schuld für vergangene Verbrechen gestellt hat.

Es ist vielleicht etwas dran an der Behauptung, dass niemand mehr für die Entwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik getan hat als Slobodan Milošević. Die Handlungsunfähigkeit der EU während der Konflikte der 1990er Jahre stellte die Kluft zwischen ihrer wirtschaftlichen Macht und ihrer Schwäche in Sicherheitsbelangen bloß. Viele der daraus folgenden Entwicklungen innerhalb der EU waren positiv und begrüßenswert – zum Beispiel die Ernennung Javier Solanas als alleiniger Hoher Vertreter für die GASP und die Verbesserung des internen Informationsaustauschs und der Koordination.

Doch eine unbequeme Frage müssen wir uns noch stellen: Hat die neu erworbene Fähigkeit der EU, Missionen im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESDP) durchzuführen, tatsächlich etwas bewirkt? Die erste dieser Missionen war die Polizeimission in Bosnien, die sich darauf konzentrierte, den lokalen Polizeikräften beratend zur Seite zu stehen und den Aspekt der Überwachung eher vernachlässigte. Sie wurde erschreckend schlecht mit dem Hohen Vertreter koordiniert, obwohl er der Mission als EU-Sonderbeauftragter vorstand, und sie wurde auch nicht in die allgemeine Reform der Polizeikräfte in Bosnien integriert. Die erste militärische Mission der EU fand, wie bereits gesagt, in einem friedlichen Umfeld in Mazedonien statt, wo ihr der Erfolg sicher war. Bei der aktuellen EULEX-Mission in Kosovo<sup>4</sup> wurde eher danach gefragt, was die EU glaubte, tun zu können, und den Ansichten der Mitgliedstaaten, was sie tun müsse, Folge geleistet, als dass die tatsächlichen Bedürfnisse vor Ort berücksichtigt wurden. Vermutlich ist das besser, als gar nichts zu unternehmen, aber wir sollten hinsichtlich der zu erwartenden Ergebnisse realistisch bleiben.

Doch die EU könnte die Erarbeitung einer Roadmap mit klaren Voraussetzungen für das visafreie Reisen aller Bürger des Westbalkans

4 <http://www.eulex-kosovo.eu>

vorantreiben. Allerdings hat dieses Thema eine besondere politische Dimension: Natürlich treibt die EU-Staaten die berechnete (aber bisweilen übertriebene) Sorge über die organisierte Kriminalität aus der Region um, doch gilt es zu berücksichtigen, dass die meisten organisierten Kriminellen aus dem Balkan bereits mit einem EU-Pass ausgestattet wurden, auf welchem Wege auch immer. Eine strenge Visapolitik bestraft in erster Linie die ehrlichen Reisenden und stellt eine finanzielle Belohnung der Kriminalität dar. Glücklicherweise scheint sich das Blatt in dieser Hinsicht zu wenden und EU-Beamte scheinen zu erkennen, dass der Kriminalität eher über Maßnahmen zur Entwicklung der lokalen Polizei- und Justizstrukturen als über die kollektive Bestrafung ganzer Länder beizukommen ist.

Die EU denkt nicht gerne weit in die Zukunft. (Man bedenke zum Beispiel ihre Unfähigkeit, ernsthaft eine Politik für ihre östlichen Nachbarn oder die Mittelmeeranrainerstaaten zu entwickeln.) Aber durch strategische Voraussicht können gewisse Probleme gelöst und andere immerhin abgeschwächt werden. Ich habe hier auf ein akutes Problem (Bosnien) und auf einen Fall hingewiesen, der in Zukunft Probleme bereiten könnte (die Serbien/Kosovo-Frage). Insbesondere können die Beamten der EU-Institutionen und der Mitgliedstaaten dazu beitragen, die Stabilisierung voranzutreiben, indem sie ihr Engagement hinsichtlich einer europäischen Perspektive der Balkanstaaten stärken und auf den Tag hinarbeiten, an dem die gesamte Halbinsel in die Union integriert sein wird.



**Nicholas Whyte** ist seit Januar 2007 Leiter des Brüsseler Büros der Organisation *Independent Diplomat*. Davor war er als Direktor der Europa-Abteilung der *NRO International Crisis Group* für Forschung und Lobbyarbeit für den Balkan, den Südkaukasus, die Republik Moldau und Zypern zuständig. Er war auch für das *Centre for European Policy Studies* in Brüssel und das *National Democratic Institute for International Affairs* in Bosnien-Herzegovina und Kroatien tätig. Nicholas Whyte stammt aus Nordirland, wo er Mitte der 1990er Jahre als Wahlkampfmanager für die *Alliance Party* am Friedensprozess teilgenommen hat. Er hat an der *Queen's University* in Belfast promoviert und ist *Visiting Senior Research Fellow* an deren *School of Sociology, Social Policy and Social Work*. Nicholas Whyte arbeitet zudem für das *International Advisory Board* des *South-East Europe Research Centre* in Thessaloniki, Griechenland.

VLADIMIR PAVIĆEVIĆ

## Die europäische Perspektive<sup>5</sup> Serbiens, Montenegros und Kosovos

### Einführung

Der Fall der Mauer im Jahre 1989 war der Beginn des wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Wandels in den Staaten Mittel- und Osteuropas auf ihrem Weg hin zu Systemen, die auf Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und politischer Vielfalt basierten. Dass diese Länder ihr Hauptaugenmerk auf europäische Werte richteten, war klar von der Idee einer möglichen Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU) motiviert, deren Ziel ein endgültig vereintes Europa war, das ein halbes Jahrhundert lang durch den Eisernen Vorhang geteilt wurde.

Von den kommunistischen Ländern war das damalige Jugoslawien (Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien – SFRJ) der europäischen Perspektive am nächsten gekommen. Die SFRJ war eine Föderation aus sechs Staaten (Serbien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Slowenien und Montenegro) und zwei autonomen Provinzen (Kosovo und Vojvodina). Kosovo und Vojvodina waren administrativ ein Teil Serbiens, hatten aber das Recht, in den Bundesbehörden zu wählen. Die anderen postkommunistischen Länder betrachteten die Mitgliedschaft in der Europäischen Union als wesentliches, aber weit entferntes Ziel. Die Eskalation der ethnischen Gewalt hin zu einem Bürgerkrieg und der Zerfall des Landes zerstörten in der SFRJ jede Hoffnung auf einen frühen Beitritt in die Europäische Union. Erst nachdem die Feindseligkeiten nachließen, konnte dies eine politische Priorität für die Nachfolgestaaten der SFRJ werden.

Von den Ländern Ex-Jugoslawiens wurde nur Slowenien 2004 ein Vollmitglied der EU. Die anderen sitzen immer noch im Wartezimmer. Kroa-

tien hat mit Verhandlungen über die Vollmitgliedschaft begonnen und wird diese voraussichtlich im Laufe des Jahres 2010 abschließen. Mazedonien wurde trotz all seiner Schwierigkeiten 2005 ein Beitrittskandidat und bereitet sich auf Beitrittsverhandlungen vor. Montenegro hat sich um die Mitgliedschaft beworben und wird voraussichtlich 2010 Beitrittskandidat werden. Albanien und Bosnien haben das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) unterzeichnet. Während Albanien im April 2009 die Mitgliedschaft beantragt hat, wartet Bosnien noch immer auf die Gelegenheit, dies tun zu können.

Nach den Änderungen, die 2000 mit dem Sturz Miloševićs begonnen, ist Serbiens europäische Perspektive weiterhin unsicher. Serbien hat das SAA unterzeichnet, das aufgrund mangelnder Kooperation mit dem Haager Tribunal jedoch noch nicht in Kraft getreten ist. Als Folge davon steht Serbien auf der Liste der Länder des Westbalkans, die sich um eine Mitgliedschaft bewerben, an letzter Stelle.

Eine zusätzliche Belastung war die Entscheidung des kosovarischen Parlaments, am 17. Februar 2008 die Unabhängigkeit zu erklären. Die serbische Reaktion auf diese Erklärung ließ starke Zweifel aufkommen an Serbiens Eignung, sich in die Europäische Union integrieren zu können.

### Die europäische Perspektive des sozialistischen Jugoslawien 1989

Das kommunistische Jugoslawien durchlief mehrere Phasen, bevor es 1963 zur SFRJ wurde. Die Grundpfeiler des Landes, das vom kommunistischen Führer Tito regiert wurde, waren dessen Charisma, die kommunistische Ideologie und

5 Der Begriff Europäische Perspektive bezieht sich auf die Aussicht, der Europäischen Union beizutreten.

die Armee. Jugoslawien war nicht willens, ausschließlich mit den kommunistischen Ländern des Ostblocks zusammenzuarbeiten, wollte sich aber auch nicht in die parlamentarischen Demokratien des Westens einreihen. Jugoslawien gefiel die Position eines unabhängigen Landes in einer Welt, die in zwei Blöcke unterteilt war.

Diese Position ermöglichte Jugoslawien, in hohem Maße mit Westeuropa und den USA zusammenzuarbeiten. Diese Zusammenarbeit mit den USA war vor allem auf militärischem Gebiet sehr intensiv, was zur Folge hatte, dass Jugoslawien als viertgrößte Militärmacht Europas galt. Die Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft war hauptsächlich auf wirtschaftlichem Gebiet. Im Zeitraum von 1970-1990 unterzeichnete die SFRJ zwei Handelsabkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), ein Kooperationsabkommen, ein Handelsprotokoll und zwei Finanzprotokolle. Zusätzlich gab es neun Treffen auf Ministerebene des Rats für Zusammenarbeit zwischen der EWG und der SFRJ.

Vor diesem Hintergrund vollzog sich das Ringen um einen institutionellen Wandel in der Kommunistischen Partei. Dieses Ringen führte 1974 zu einer Verfassungsänderung und veränderte die Lage Serbiens als einen von sechs föderalen Staaten. In der neuen Verfassung wurden Vojvodina im Norden und Kosovo im Süden zu autonomen Provinzen erklärt. Sie hatten eigene Abgeordnete, die das Recht hatten, in den Bundesbehörden zu wählen, und ihre Beteiligung am Entscheidungsprozess war nicht abhängig von ihrer Zustimmung zu Serbiens Position.

Dieser eher lose institutionelle Mechanismus funktionierte unter Titos Herrschaft ganz gut, sein Tod 1980 hinterließ jedoch ein Vakuum. Dies ermöglichte den Republiken, mehr Autonomie auf Kosten der Bundesbehörden anzustreben, wodurch eine Regierungskrise ausgelöst wurde.

Anfang der 1980er Jahre war die politische Debatte in Serbien, dem größten Mitglied der jugoslawischen Föderation, von dem Versuch gekennzeichnet, die Lage in Serbien wie vor 1974 wiederherzustellen. Nach dem 8. Kongress des

Bundes der Kommunisten Serbiens im September 1987, bei dem Slobodan Milošević die Macht übernommen hatte, einigte man sich auf eine politische Strategie, um die institutionellen Rahmenbedingungen zu verändern. Anfang Oktober 1988 warfen Demonstranten Joghurt gegen das Gebäude des Exekutivrates von Vojvodina in Novi Sad und zwangen Vojvodinas Regierung zum Rücktritt. Ein ähnliches Szenario wiederholte sich Anfang 1989 in Montenegro, als eine große Menge Milošević-Anhänger sich der Polizei entgegenstellte. Die Führungsspitze in Montenegro zog sich zurück. Populistische Politik unterwanderte das bereits bröckelige Fundament der SFRJ.

Die Gedächtnisfeier zum 600. Jahrestag der Schlacht auf dem Amsfeld in Kosovo war für die Serben ein Anlass, sich an dem Ort zu treffen, der symbolisch für ihren Widerstand und Ablehnung von Fremdherrschaft war und sich mit ihrem Führer Slobodan Milošević zu identifizieren. Hunderttausende glühender Milošević-Anhänger, deren Begeisterung an Hysterie grenzte, nahmen an diesem Treffen teil. Der starke Traditionssinn der Menschen, zusammen mit dem Charisma ihres Führers, ließen für rationale politische Handlungen in Serbien am Ende des 20. Jahrhunderts nichts Gutes verheißen.

Der ständige territoriale Umbruch in Serbien seit 1988 ist zurückzuführen auf die Zeit von Jugoslawiens Zerfall. In den vergangenen zwei Jahrzehnten war dies innenpolitisch durch die Annullierung der Autonomie von Kosovo und Vojvodina gekennzeichnet und außenpolitisch, indem Ansprüche auf extraterritoriale Gebiete erhoben wurden, in denen Serben lebten.

Trotz der anfänglich guten europäischen Perspektive der SFRJ zerfiel Jugoslawien im Laufe des nächsten Jahrzehntes, da sich die Volksgruppen untereinander bekämpften. Die mangelnde Bereitschaft der führenden Politiker, sich auf neue Grundsätze für den umgewandelten Staat zu einigen, führte erst in Slowenien und im Sommer 1991 in Kroatien zu Kriegen. Kurz nachdem Slowenien und Kroatien die Unabhängigkeit gefordert hatten, zogen Mazedonien und Bosnien und Herzegowina nach, während Serbien mit den



© caymang

1999 von NATO-Bomben zerstörtes Gebäude in Belgrad, Serbien.

beiden autonomen Gebieten und Montenegro beschloss, einen neuen Staat zu gründen – die Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ).

## Die Bundesrepublik Jugoslawien – eine Form ohne Inhalt

Die Bundesrepublik Jugoslawien wurde als Zusammenschluss Serbiens und Montenegros am 27. April 1992 geschaffen. Trotz großer Unterschiede in Größe, Einwohnerzahl und wirtschaftlicher Entwicklung, gab es dafür aufgrund historischer, kultureller und politischer Verbindungen eine berechnete Notwendigkeit. Bezeichnend dafür ist auch die Redensart, Serbien und Montenegro gleichen sich wie ein Ei dem anderen. Der neu gebildete Staat, dessen Verfassung Gleichheit zwischen Serbien und Montenegro garantierte, bezeichnete sich selbst als der einzig legitime Nachfolger der SFRJ. Entgegen allen Erwartungen der internationalen Gemeinschaft bewarben sich seine Repräsentanten nicht um die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen, weil sie der Meinung waren, dass diese Sitze für die Bundesrepublik Jugoslawien aufgrund ihres Anspruchs, der Nachfolgestaat der SFRJ zu sein, gesichert wären. Bis Milošević gestürzt wurde, war der Status der BRJ in der internationalen Gemeinschaft nicht definiert.

Als die BRJ entstand, war in Kroatien Krieg und in Bosnien-Herzegowina begannen bewaffnete Kämpfe. Eine große Anzahl Freiwilliger aus der BRJ sowie Mitglieder der jugoslawischen Volksarmee (die zur Armee der BRJ

umgewandelt wurde) und Paramilitärs beteiligten sich an militärischen Interventionen auf dem Gebiet ihrer neuen westlichen Nachbarn. Jugoslawische Militäraktionen in Kroatien wurden mit der Notwendigkeit gerechtfertigt, der serbischen Bevölkerung in Kroatien die Möglichkeit zu geben, frei entscheiden zu können, ob sie in diesem Land bleiben wollten. In diesem Kontext wurde die Republik *Srpska Krajina* ausgerufen, ein separates Gebiet in Kroatien, dessen oberstes Ziel es war, sich mit der BRJ zu vereinigen. Die Situation in Bosnien war noch komplizierter. Die drei ethnischen Gruppen Muslime, Serben und Kroaten konnten sich nicht auf das Modell eines Vielvölkerstaates einigen. Daraufhin riefen die bosnischen Serben schnell die *Republika Srpska* aus und richteten ihre politischen Aktivitäten auf die Unabhängigkeit von der Regierung in Sarajevo und in Richtung einer Vereinigung mit der BRJ.

Seit 1991 bemühte sich die EU, bei der Lösung des Konfliktes behilflich zu sein. Zunächst versuchte sie, den Krieg zu stoppen, später versuchten die EU-Missionen, die Krieg führenden Länder zu Friedensverhandlungen zu bewegen. Zwischen 1991 und 1995 legte die EU Pläne zur Beendigung der Kriege in Kroatien und Bosnien vor. Der Krieg war jedoch erst nach der Militäroperation „Sturm“ zu Ende. Diese Aktion, die von der kroatischen Armee organisiert worden war, beendete die Republik *Srpska Krajina*, woraufhin eine große Anzahl Serben nach Serbien flohen.

Der Krieg in Bosnien war noch blutiger und der Gedanke, den Krieg zu beenden, wurde erst im Herbst 1995 relevant. Ein Wandel der Machtverhältnisse in Kroatien und Bosnien-Herzegowina, begleitet von einem aktiven Engagement der USA, öffnete die Tür für Verhandlungen, die mit dem Dayton-Friedensabkommen endeten.

Während dieser Zeit war der serbische Präsident Slobodan Milošević die mächtigste Person in der Bundesrepublik Jugoslawien. Er hatte die Kontrolle über die Führung des

kleinen Staates Montenegro und benutzte die Maske des politischen Pluralismus, um seine Führung als demokratisch zu legitimieren. Zur gleichen Zeit verhängten die Vereinten Nationen wirtschaftliche Sanktionen gegen die BRJ, als Antwort auf deren militärische Intervention in Kroatien und Bosnien. Die Sanktionen führten zu einer Verschlechterung der bereits verheerenden Wirtschaftslage, und 1993 war die Inflation in der BRJ eine der höchsten, die man seit der Inflation in Deutschland zwischen den Weltkriegen erlebt hatte. Es gab nicht genug Lebensmittel, Benzin wurde nur in begrenzten Mengen verkauft und lange Schlangen für Grundnahrungsmittel waren ein alltäglicher Anblick.

Nach der Unterzeichnung des Dayton-Friedensabkommens sah es so aus, als stünde dem Westbalkan eine Zeit der Stabilisierung bevor. Der lang erwartete Frieden ließ hoffen, dass der postjugoslawische Machtkampf nun vorbei sei. Slobodan Milošević verstärkte seine Herrschaft in Serbien, dem größten Mitglied der Föderation, und blieb bis 1997 Präsident. Währenddessen sprach sich in Montenegro Premierminister Milo Đukanović gegen die autoritäre Herrschaft Slobodan Miloševićs aus. Er wurde bestärkt durch die großen, von den Anführern der serbischen Opposition und Studenten organisierten Demonstrationen, die dagegen protestierten, dass Milošević ihnen die Stimmen in den Kommunalwahlen gestohlen hatte. Ermutigt durch die Unstimmigkeiten in Serbien, war der montenegrinische Premierminister der Meinung, dass die lange Zeit der Isolation beendet werden sollte. Er glaubte, dass es möglich wäre, eine Partnerschaft mit dem Westen einzugehen und ein demokratisches System in der BRJ einzuführen. Gleichzeitig äußerte Đukanović öffentlich, dass Miloševićs Zeit vorbei sei und er sich aus der Politik zurückziehen sollte. Diese Meinungsäußerung führte zur Konfrontation mit der *Demokratischen Partei der Sozialisten*, der führenden Partei in Montenegro, die Milošević seit 1992 blind gefolgt war.

Bei den Präsidentschaftswahlen im Herbst 1997 gewann Milo Đukanović gegen Miloševićs Kandidaten Momir Bulatović und setzte sich klar von der Politik Belgrads ab. Đukanovićs Sieg steu-



Titelbild der Wochenzeitung "Vreme" nach dem Sturz von Milošević am 5. Oktober 2000.

erte Montenegro in Richtung westlicher Partner und schaffte Voraussetzungen für die Unabhängigkeit, die 2006 erklärt werden sollte. 1997 wurde Milošević Präsident der BRJ und sein enger Parteikollege Milan Milutinović wurde Präsident von Serbien.

Währenddessen gab es in der ehemaligen autonomen serbischen Region Kosovo schwere Konflikte zwischen Serben und Albanern. Die Albaner boykottierten staatliche Institutionen und schufen ihr eigenes Parallelsystem und verdeutlichten auf diese Weise ihre Entschlossenheit, Serbiens Souveränität über Kosovo nicht anzuerkennen. Der Diskriminierung überdrüssig, beschlossen die Kosovo-Albaner im März 1997, dass ihr Ziel die Schaffung eines unabhängigen Staates sein würde. Der Kampf wurde radikaler, als die Befreiungsarmee des Kosovo (UÇK) gegen die serbische Polizei kämpfte und die internationale Gemeinschaft um erneute Intervention anrief. Alle Bemühungen, bei den Friedensgesprächen in Rambouillet im Februar 1999 eine Lösung zu finden, scheiterten, weil die serbische Delegation, angeführt von Milan Milutinović, sich weigerte, den vorgeschlagenen Vertrag zu unterzeichnen.

Am 24. März 1999 startete die NATO eine militärische Intervention gegen die Bundesrepublik Jugoslawien als Antwort auf die 1999 begangenen Verbrechen, bei denen eine große Anzahl albanischer Zivilisten ums Leben gekommen waren. Das Ergebnis dieser zehnwöchigen Aktion war das Abkommen von Kumanovo, das die serbischen Militär- und Polizeitruppen zum Rückzug verpflichtete. Das Abkommen

definierte auch den Status des Kosovo mit der UN-Resolution 1244. Tausende Albaner, die vor und während des Krieges ihre Heimat verlassen hatte, kehrten nach Kosovo zurück, und die Verwaltungsaufgaben Serbiens wurden der UNO (UNMIK) übertragen.

Slobodan Milošević berief für den 24. September 2000 vorgezogene Präsidentschafts- und Parlamentswahlen ein, in dem Glauben, dass die Unterstützung seitens der Bevölkerung, die er während des NATO-Einsatzes hatte, noch andauern würde. Er erfasste nicht, wie wackelig seine Position war, da seine Handlungen starke Kritik vonseiten der Führer Montenegros und der serbischen Opposition hervorgerufen hatte. Milošević glaubte, dass ihm mit diesen vorgezogenen Wahlen eine weitere Amtszeit als Präsident sicher wäre. Entgegen seinen Erwartungen wählte die Mehrheit der Serben Vojislav Koštunica, den Anführer der *Demokratischen Partei Serbiens* und Kandidaten einer großen Oppositionskoalition. Slobodan Milošević erkannte, dass er den Zuspruch der Bevölkerung verloren hatte, sträubte sich jedoch, die Niederlage zu akzeptieren und suchte die Unterstützung des Militärs und der Sicherheitskräfte.

Der große Protest der Bevölkerung, bei dem sich mehr als eine halbe Million Menschen auf den Plätzen Belgrads versammelte, reichte aus, um die Niederlage eines einst unantastbaren Führers zu besiegeln. Die Demonstranten strömten in das Parlamentsgebäude und beendeten damit Miloševićs Herrschaft. Die *Demokratische Opposition Serbiens* übernahm die staatlichen Institutionen, setzte Parlamentswahlen an und bildete im Januar 2001 eine neue demokratische Regierung. Neuer Ministerpräsident Serbiens wurde Zoran Đinđić, der Vorsitzende der *Demokratischen Partei*, dessen Priorität eine schnelle Transformation Serbiens und Vorbereitung auf den EU-Beitritt war. Die neue Regierung hatte aber noch zwei wichtige Probleme zu lösen: die Beziehung zwischen Serbien und Montenegro und den Status von Kosovo.

## Die Schaffung des Staatenbundes Serbien und Montenegro

Kurz nach dem demokratischen Wandel in Serbien begannen Verhandlungen über eine Neudefinition der Beziehung zu Montenegro innerhalb der existierenden Föderation. 1999 verkündete die Regierung in Montenegro, ein unabhängiges Land werden zu wollen, und führte die D-Mark als offizielle Währung ein. 2001 schlug sie vor, dass Serbien und Montenegro zuerst unabhängig werden und anschließend über ein mögliches Bündnis verhandeln sollten.

Der Präsident der BRJ Vojislav Koštunica und die serbische Regierung schlugen vor, das föderale System beizubehalten. Die Verhandlungen blieben weitgehend ohne Ergebnis und Ende 2001 und Anfang 2002 nahm die EU an den Verhandlungen teil. Der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Javier Solana versuchte einen Weg zu finden, die Integrität der existierenden Föderation beizubehalten.

Die Beteiligung der EU-Repräsentanten an den Verhandlungen war für Serbien und Montenegro ein wichtiger Teil in Richtung Anschluss an die EU. Die BRJ erneuerte die Beziehung zu den europäischen Institutionen. Die Veränderungen waren vor allem in Serbien evident: In dieser Zeit wurde Slobodan Milošević verhaftet und nach Den Haag ausgeliefert, wo er wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Kosovo, Bosnien-Herzegowina und Kroatien angeklagt wurde. Veränderungen gab es auch bei der Polizei und im Staatsapparat. Die wesentlichen Hürden für den Beginn des formalen Prozesses für einen EU-Beitritt waren somit aus dem Weg geräumt.

Serbien stand jedoch immer noch vor der schwierigen Frage, wie der Status Kosovos zu definieren sei. Dieser Frage wurde bei den Verhandlungen zwischen Serbien und Montenegro viel Aufmerksamkeit zuteil. Laut UN-Resolution 1244 lag die Zuständigkeit für Kosovo bei der BRJ und nicht bei Serbien. Deshalb waren die Serben davon überzeugt, dass das Ende der BRJ der Unabhängigkeit Kosovos die Tore öffnen würde. Unter dem Arbeitsmotto „Standards vor Status“ war

die Frage nach Kosovos Status nicht die Priorität, weder für die EU, noch für irgendeine andere internationale Organisation. 2002 brachte der endgültige Zerfall der BRJ die Kosovo-Frage erneut aufs Tapet.

Die EU-Repräsentanten zögerten, sich mit diesem Problem zu befassen und boten Belgrad und Podgorica eine vorübergehende Lösung an, indem sie einen Staatenbund von Serbien und Montenegro vorschlugen. Der Bund sollte drei Jahre lang gültig sein, danach sollten beide Staaten die Möglichkeit haben, zu entscheiden, ob sie diesen weiterführen wollen. Der am 14. Mai 2002 unterzeichnete Vertrag besagte, dass im Falle einer Abspaltung Montenegros, Serbien der Rechtsnachfolger der Bundesrepublik Jugoslawien würde, und die Frage nach dem Status des Kosovo im Falle einer Unabhängigkeit von Montenegro losgelöst würde. Das neue Bündnis war lose und entsprach einem Staatenbund.

Bald nachdem die serbo-montenegrinische Beziehung geregelt war, erlitt Serbien seinen größten Schock im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Am 12. März 2003 fiel der erste demokratisch gewählte Ministerpräsident Zoran Đinđić einem Attentat zum Opfer, begangen von einem Mitglied des Innenministeriums. Dieser war Mitglied einer kriminellen Vereinigung, die während Miloševićs Herrschaft gebildet worden war und die auch nach dem demokratischen Wandel noch starken Einfluss in staatlichen Institutionen hatte. Die Regierung verhängte einen Ausnahmezustand, um gegen das organisierte Verbrechen hart durchgreifen zu können und um die Täter des Attentats zu verhaften. Nach Beendigung des Ausnahmezustands wurde einer von Đinđić Parteikollegen, Zoran Živković, Ministerpräsident.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2003 eröffnete sich eine klare europäische Perspektive für die Länder des Westbalkans. Auf dem Gipfeltreffen in Thessaloniki am 21. Juni 2003 wurde beschlossen, dass Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien und Serbien und Montenegro die EU-Mitgliedschaft erhalten könnten, sobald sie die dafür notwendigen Anforderungen erfüllen. Die offizielle Haltung der EU war, die Bürger und

die politische Führung des Westbalkans zu ermutigen, an der Schaffung regionaler Stabilität, eines Rechtsstaates und einer funktionierenden Marktwirtschaft in jedem Land zu arbeiten.

Das serbische Parlament äußerte, den Bedingungen für einen EU-Beitritt entsprechend, seine Bereitschaft, diejenigen entsprechend der Gesetzgebung und internationaler Verpflichtungen der Gerechtigkeit zuzuführen, die der Kriegsverbrechen während der bewaffneten Konflikte auf dem Gebiet der ehemaligen SFRJ verdächtigt wurden. Der Rat der EU nahm eine positive Machbarkeitsstudie am 25. April 2005 an, woraufhin die Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) begannen.

Das folgende Jahr brachte neue Herausforderungen für Serbien, Montenegro und Kosovo: die Entscheidung über die Frage des Staatenbundes zwischen Serbien und Montenegro; den Beginn der Verhandlungen zwischen Serbien und Kosovo über den Status von Kosovo; Hürden auf dem Weg zur EU-Integration aufgrund mangelnder Kooperation mit dem Haager Tribunal und das Beschließen einer neuen Verfassung für Serbien.

## **Die Schaffung neuer Staaten: das letzte Kapitel des Zerfalls der SFRJ**

Kurz nach Ablauf der Dreijahresfrist des Staatenbundes von Serbien und Montenegro berief die montenegrinische Regierung ein Referendum über die Unabhängigkeit für den 21. Mai 2006 ein. Mehr als die Hälfte der Wähler (55,5 Prozent) stimmten für die Schaffung eines unabhängigen Montenegro und am 3. Juni 2006 erklärte das Parlament die Unabhängigkeit. Serbien, die Mitgliedsstaaten der EU und der UNO erkannten den unabhängigen Staat Montenegro an. Die Verfassung der Republik Montenegro wurde im folgenden Jahr beschlossen.

In den Verhandlungen über den Status von Kosovo, die in Wien im Februar 2006 begonnen hatten, gingen die Mitglieder der serbischen Delegation davon aus, dass Kosovo Teil des rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Systems Serbiens bleiben würde. Ihre Gründe waren folgende:

1. Die Einhaltung der völkerrechtlichen Bestimmungen, nach denen Serbien ein international anerkanntes Land mit unverletzlichen Grenzen ist wie es in der Schlussakte von Helsinki festgesetzt worden war. Die UN-Resolution 1244, die das Problem des Kosovo-Status' im Hinblick auf die Integrität und Souveränität der Bundesrepublik Jugoslawien behandelte, dessen Rechtsnachfolger Serbien ist.

2. Serbiens konstruktive Beteiligung am Verhandlungsprozess. Serbien schlug vor, dass ein Modell wie Hong Kong auf Kosovo angewandt werden könnte und bot ein Maß an Autonomie an, dass dem Schutz der Menschenrechte und einem gleichen Maß an eigener Rechtsprechung, wie es jeder souveräne Staat hat, genüge tun würde.

3. Den Sinn für Recht und Gerechtigkeit, nach dem die Frage der ethnischen Albaner der Politik Slobodan Miloševićs und nicht dem derzeitigen Serbien zugeordnet wird. Milošević hatte nicht nur eine Politik der Unterdrückung verfolgt, sondern auch ein normales Funktionieren politischer Institutionen verhindert und somit die Entwicklung einer Zivilgesellschaft in Serbien durch monopolisierte Macht unmöglich gemacht. Somit war er die größte Hürde für einen Wandel in Serbien gewesen. Milošević hatte in der Wahl 2000 eine Niederlage einstecken müssen, wodurch Serbien den Weg in Richtung EU und Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft einschlagen konnte. Deswegen wäre es ungerecht, wenn Serbien erneut für Miloševićs Politik bezahlen müsste.

Die Haltung der albanischen Delegation war, dass Kosovo ein unabhängiger Staat werden sollte. Ihre Hauptargumente waren:

1. Mehr als 90 Prozent der Einwohner in Kosovo waren für die Schaffung eines unabhängigen Staates. Der Versuch, Kosovo als Teil Serbiens beizubehalten, würde zu Unstimmigkeiten mit einer großen und homogenen Gruppe von Menschen führen, die Serbien gegenüber nicht treu und ergeben wären. Dies würde zu einer dauerhaften Instabilität führen und das demokratische Zusammenwachsen Serbiens unmöglich machen.

2. Die lange Geschichte der Konflikte in Kosovo, während der ethnischen Albanern die Grundrechte verwehrt geblieben waren.

3. Verbrechen gegen ethnische Albaner, die 1999 in Kosovo, vor dem NATO-Einsatz, begangen worden waren, im Zuge derer serbische Polizei- und Militäreinheiten eine große Anzahl Zivilisten getötet hatten und Tausende von Menschen gezwungen worden waren, aus ihrer Heimat zu flüchten.

Die Verhandlungen konnten dieses Problem nicht lösen und die Kosovo-Albaner erklärten am 17. Februar 2008 ihre Unabhängigkeit. Während dieses Ereignis in Pristina mit Feuerwerk gefeiert wurde, führte die Unabhängigkeitserklärung in Belgrad zu Gewalt auf den Straßen und Inbrandsetzen ausländischer Botschaften. Die serbische Regierung erklärte, dass Serbien ein unabhängiges Kosovo niemals anerkennen werde.

Zur gleichen Zeit gab es Hürden auf dem Weg zur EU-Integration. Obwohl die serbische Regierung vollständig mit dem Haager Tribunal kooperieren wollte, brachte ihre Unfähigkeit oder mangelnde Bereitschaft, Radko Mladić ausfindig zu machen und auszuliefern, den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess zum Stillstand. Diese Verhandlungen wurden im Sommer 2007 wieder aufgenommen und das SAA wurde erst im Mai 2008 unterzeichnet.

Das serbische Parlament beschloss in einer außerordentlichen Sitzung am 20. September 2006 eine neue Verfassung. Der Text wurde in nur zwei Wochen verfasst, was zu Mängeln führte, allen voran die Tatsache, dass sie nur vorübergehend war. Der Text nimmt mehrfach Bezug auf Kosovo und stellt Serbiens Interesse an einer europäischen Integration in Frage.

## **Eine europäische Zukunft für Serbien, Montenegro und Kosovo?**

Die europäische Integration sollte nicht das einzige Ziel in der Außenpolitik des Westbalkans sein. Das wichtigste innenpolitische Ziel sollte die Reform der politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Systeme und die Entwicklung demokratischer Institutionen nach europäischen Standards sein.

Es ist deutlich, dass Serbien, Montenegro und Kosovo sich nicht an vorderster Front im europäischen Integrationsprozess befinden. Montenegro hat sein SAA 2007 unterzeichnet. Im folgenden Jahr reichte der Ministerpräsident die Kandidatur für die EU-Mitgliedschaft ein, was bedeutet, dass Montenegro 2010 den Kandidatenstatus erhalten könnte.

Obwohl Serbien das SAA unterzeichnet hat, wurden die Bestimmungen des Vertrags aufgrund mangelnder Kooperation mit dem Haager Tribunal noch nicht umgesetzt. Somit steht Serbien auf der Liste der Länder des Westbalkans an letzter Stelle.

Trotz der Unabhängigkeitserklärung ist die UNMIK zuständig für Kosovos europäischen Integrationsprozess. Die größte Hürde für Kosovos Integration ist die ungeklärte Beziehung zu Serbien. Deswegen erscheint es logisch, die umstrittensten Themen des Westbalkans – der Status von Kosovo und Serbiens Integration – als miteinander verflochten zu betrachten.

Wie können diese Probleme gelöst werden? Zunächst müsste Serbien die internationale Situation objektiv und rational betrachten und der

EU klar signalisieren, dass es die Situation in Kosovo akzeptiert. Serbien ist nicht in der Position, die EU davon abzubringen, ein unabhängiges Kosovo anzuerkennen. Für Serbien wäre die einzig rationale Option, das Tor nach Europa zu öffnen und nicht zu schließen.

Serbien sollte einen Vertrag mit der EU und den albanischen Vertretern Kosovos machen, der den Status der in Kosovo verbleibenden Serben definiert, ihre Staatsangehörigkeit, den freien Zugang zu Kulturdenkmälern und Freizügigkeit zwischen Kosovo and Serbien. Im Gegenzug sollte die EU Serbien den Kandidatenstatus einräumen und festsetzen, wann die Verhandlungen beginnen könnten. Im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit sollte Serbien diplomatische Beziehungen mit Kosovo aufbauen.

Eine solche Politik in Richtung einer Klärung des Status von Kosovo und Beschleunigung von Serbiens EU-Integration würde helfen, die Beziehungen zwischen den Ländern einer Region neu zu definieren, die 20 Jahre Konflikte und Kriege aushalten musste. Es würde Serbien in hohem Maße guttun und Stabilität und gegenseitiges Vertrauen auf dem Westbalkan schaffen.



**Vladimir Pavićević** (1978) ist Lehrbeauftragter im Fachbereich Politikwissenschaft an der Universität Belgrad und Programmdirektor der Belgrade Open School. Er hat einen MA in Europawissenschaften. Von 2004-2006 war er Lehrbeauftragter an der juristischen Fakultät (Fachbereich Politikwissenschaft) der Universität von Montenegro in Podgorica. Pavićević ist Autor und Koautor mehrerer Bücher und Essays über europäische Themen.

TIHOMIR PONOŠ

## Kroatien – ein zögerlicher Europa-Anhänger

Vor zwanzig Jahren befand sich Jugoslawien in einer tiefen und komplexen Wirtschafts- und Verfassungskrise, die durch die ungelöste Nationalitätenfrage, ein ungenügendes Maß an politischer Freiheit und mangelnder Demokratie nach westlichem Verständnis noch verstärkt wurde. Diese Krise erforderte eine völlig neuartige Lösung. Während der 1980er Jahre war das politische System nicht in der Lage gewesen, die bestehenden Probleme zu lösen, was schließlich zu einer einzigen, überwältigenden Krise führte. Das System hatte endgültig seine Legitimationsgrundlage verloren.

Im Frühjahr 1989 wurde erstmals offen die Forderung nach Änderung in eine Demokratie nach westlichem Vorbild mit einem Mehrparteiensystem geäußert. Der Wunsch der Kroaten, der Europäischen Gemeinschaft beizutreten, war aus den Gründungsdokumenten der quasi illegalen nicht kommunistischen Organisationen (der zukünftigen Parteien) klar ersichtlich. Damals war allein der Gedanke an eine Zukunft eines Kroatiens außerhalb des jugoslawischen Rahmens – Kroatien als unabhängiger Staat – äußerst riskant. Es war politisch unangebracht, sich gedanklich außerhalb des jugoslawischen Rahmens zu bewegen, sei es in Form einer jugoslawischen Föderation oder der Bildung eines unabhängigen kroatischen Staates. Derartige Ideen durften nicht öffentlich geäußert werden, nicht einmal als das sozialistische Regime bereits im Begriff war, langsam zu verschwinden. Daher wurde eine europäische Zukunft Kroatiens zunächst in einer (neu definierten) jugoslawischen Struktur ins Auge gefasst. Die außergewöhnlich komplexen Bezie-

hungen zwischen dem heutigen Kroatien und der Europäischen Gemeinschaft/Union gehen auf jene Zeit zurück.

Slavko Goldstein, Gründer und erster Präsident der Kroatischen Sozialliberalen Partei (*Hrvatski socijalno-liberalni savez*), der ersten nicht kommunistischen Partei in Kroatien nach dem Zweiten Weltkrieg,<sup>6</sup> war der Ansicht, dass der europäische Rahmen die Lösung für die Probleme des föderativen Jugoslawien war. Im Februar 2009, am 20. Jahrestag der Gründung der HSLS, erklärte er, dass er geglaubt hätte, Jugoslawien würde Europa als Jugoslawien beitreten (was offenbar sein Ziel war) und dass damit die internen Probleme des Landes gelöst würden. Im Frühjahr 1989 entwarf Franjo Tuđman, der später der erste Präsident der Republik Kroatien werden sollte, ein Programm für die HDZ (die Kroatische Demokratische Partei),<sup>7</sup> in dem er schrieb, dass die „HDZ einen Beitritt der SFRJ [Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien] in die Europäische Gemeinschaft ausdrücklich befürwortet“.<sup>8</sup> Praktisch zur selben Zeit schrieb Dražen Budiša an seinem Programm für eine neue politische Partei. Anfang 1989 wurde ihm verboten, sich öffentlich zu äußern, nachdem er offiziell zum Gegner des sozialistischen Regimes erklärt worden war. Im Frühjahr 1990, nachdem Goldstein zurückgetreten war, wurde er jedoch Präsident der HSLS und damit der bedeutendste Oppositionspolitiker während der ersten Hälfte der 1990er Jahre. In dem Entwurf einer Erklärung des ersten Komitees der Kroatischen Union für Demokratie (*Hrvatski savez za demokraciju*) Mitte Februar 1989 schrieb er: „Das Ziel der Kroatischen Union

6 Die HSLS wurde 1989 gegründet und wurde nach den Gesetzesänderungen 1990 eine reguläre Partei.

7 Tuđman wollte die Partei *Hrvatski demokratski zbor* (Kroatische Demokratische Vereinigung) nennen, sie wurde aber als *Hrvatska demokratska zajednica* (Kroatische Demokratische Union) gegründet und existiert unter diesem Namen seit 1990. Während praktisch der gesamten Zeit, mit der Ausnahme von 2000-2003, war sie Regierungspartei.

8 Hudelist, Darko. *Banket u Hrvatskoj – prilozi povijesti hrvatskog višestranačja 1989.-1990.*, Zagreb, 1999, Globus International, S. 34.

für Demokratie ist ein demokratisches Kroatien, wirtschaftlich und kulturell wohlhabend, politisch souverän, pluralistisch strukturiert auf der Grundlage der Gleichheit im Innern der jugoslawischen Gemeinschaft und mit der Perspektive, der Europäischen Gemeinschaft beizutreten“.<sup>9</sup>

Nach der Mehrparteienwahl im Frühjahr 1990 und dem darauf folgenden Machtwechsel (die kommunistische SKH-SDP wurde von der nationalistischen HDZ abgelöst), verlor das Thema der europäischen Integration an Bedeutung,<sup>10</sup> weil sich die politische Elite bewusst war, dass die Europäische Gemeinschaft nur unabhängige Staaten aufnahm, was Kroatien nicht war. Außerdem blieb das alles beherrschende Thema die fortdauernde Krise in Jugoslawien. Die kroatischen Politiker versuchten in erster Linie eine effiziente nationale politische Plattform zu schaffen und lehnten eine politische Linie ab, die ein Großserbien anstrebte, für die der serbische Führer Slobodan Milošević eintrat. Milošević war der erste Politiker in Jugoslawien, der dessen Verfassung sowie die Integrität der Grenzen der föderativen Einheiten, die die SFRJ bildeten, in Frage stellte und er schaffte es, die mächtige JNA (Jugoslawische Volksarmee) für seine Sache zu gewinnen.

In der Endphase der Auflösung Jugoslawiens im Frühjahr 1991 wurden die europäischen Länder eine wichtige Legitimationsquelle für einige der Führer in den föderativen Staaten. Unterstützung wurde weniger von Brüssel, dem Hauptsitz der Europäischen Gemeinschaft, als von den mächtigen individuellen Mitgliedstaaten erbeten. Die Bitte um Unterstützung durch die USA

blieb erfolglos. Im Juni 1991 brach der erste Jugoslawienkrieg, der sogenannte Operettenkrieg, in Slowenien aus, als es von Streitkräften der JNA angegriffen wurde. Am Ende dieses Konflikts hatte Europa sowohl seine Stärke als auch seine politische Handlungsunfähigkeit unter Beweis gestellt, als Jugoslawien auseinanderbrach.

Die Konfliktbeendigung zeugte auch von dem Wunsch, besonders seitens der prowestlichen Republiken (Slowenien und Kroatien), nach Anerkennung aus Brüssel für ihre Bemühungen, unabhängige Länder zu werden. Die Europäische Gemeinschaft zeigte ihre politische Stärke Anfang Juli 1991, als der „Zehntagekrieg“ mit der Brioni-Erklärung<sup>11</sup> endete: Auf Druck der EG willigte die JNA ein, sich aus Slowenien zurückzuziehen und im Gegenzug erklärten sich Kroatien und Slowenien bereit, ihre Entscheidungen bezüglich ihrer Unabhängigkeit (die Ende Juni erklärt wurde) de facto um drei Monate, bis zum 8. Oktober, zu verschieben.<sup>12</sup>

Doch schon kurze Zeit später erwies sich die Europäische Gemeinschaft als handlungsunfähig, als sie daran scheiterte, den Krieg gegen Kroatien zu beenden. Während des Krieges wurde im kroatischen Fernsehen oft ein Werbevideo gezeigt, das Kroatiens Vertrauen in Europa zu diesem Zeitpunkt auf sehr anschauliche Weise bekundete. In dem Video wird der englische Name des Landes – Croatia – zu drei verschiedenen Zeitpunkten in ähnlicher und doch unterschiedlicher Form dargestellt. Für das Jahr 1990 wird der Schriftzug von dem für die kroatische optische Identität so wichtigen rot-weißen Schachbrettmuster beherrscht (ein direkter Verweis auf die wieder hergestellte

9 Hudelist, idem, S. 35.

10 Nach der Wahl im Frühjahr 1990 ging es bei der öffentlichen Diskussion um Europa und europäische Themen meist um die Debatte um Arbeitszeiten. Im sozialistischen Jugoslawien wurde in vielen Betrieben von 7 bis 15 Uhr gearbeitet. In den öffentlichen Diskussionen und insbesondere in den Medien wurde darauf hingewiesen, dass man in Europa von 9 bis 17 Uhr arbeitete. Das hieß, dass die Menschen später zur Arbeit gehen und später nach Hause kommen würden. Da sie nicht zu Hause zu Mittag essen könnten, müssten sie genug verdienen, um unterwegs etwas zu essen. Auch die Arbeitszeiten in Kindergärten und anderen Einrichtungen entsprächen nicht den Arbeitszeiten in der EU. Es war eins der Lieblingsthemen zu Europa in den frühen Tagen der Demokratie in Kroatien und fand in zahlreichen Leserbriefen an die Presse Niederschlag.

11 Benannt nach der Insel Brioni (Brioni) nahe der kroatischen Stadt Pula. Brioni war ein beliebtes Urlaubsziel des jugoslawischen Kommunistenführers Josip Broz Tito (1892-1980), des bedeutendsten Gründungsvaters des sozialistischen Jugoslawien.

12 Für die Bürger der Republik Kroatien bedeutet das zwei staatliche Feiertage statt nur einem: der 25. Juni (der als Staatstag begangen wird) und der 8. Oktober, der Unabhängigkeitstag.

nationale Identität nach dem Zusammenbruch des Kommunismus). Für 1991 wird das Bild von einem roten Blutstropfen beherrscht (in Anspielung auf den Krieg) und für 1992 (das Video wurde im Kriegsjahr 1991 ausgestrahlt) wird Europa zum Motiv, indem das „O“ in Croatia aus den zwölf gelben Sternen der Europäischen Gemeinschaft gebildet wird. Ein weiteres Werbevideo, das ebenfalls im Kriegsjahr 1991 ausgestrahlt wurde, hieß „Europa – 13 ist deine Glückszahl“, in Anspielung auf Kroatien als 13. Mitglied der Gemeinschaft. Weitere unrealistische Erwartungen der kroatischen Bevölkerung waren in dem ersten (und sehr erfolgreichen) Antikriegslied des Sängers Tomislav Ivčić, „Stop the War in Croatia“, das auf Englisch gesungen wurde, enthalten. Das Lied enthält die Zeilen „Let Croatia be one of Europe’s stars/ Europe you can stop the war“ („Lasst Kroatien ein europäischer Stern sein/ Europa, du kannst den Krieg beenden“). Das Lied wurde nicht zufällig auf Englisch statt auf Kroatisch gesungen. Der Grund liegt auf der Hand: Zielpublikum waren nicht die kroatischen, sondern die europäischen Politiker und die internationale Gemeinschaft.

Im August 1991 brach der Krieg mit aller Gewalt aus. Bis dahin waren es größtenteils bewaffnete Aufstände der serbischen Bevölkerung in Kroatien gewesen, die von Slobodan Milošević’ Regime gefördert und von der JNA logistisch unterstützt wurde. Im August griff die JNA (die nicht mehr „Jugoslawisch“, sondern Milošević direkt unterstellt und damit der einzigen offiziell bestehenden Kommandohierarchie föderaler Institutionen entzogen war) massiv ins Kriegsgeschehen ein und stellte sich gegen Kroatien. In dieser Zeit nahm die Zahl der „Europäischen Beobachter“ in Kroatien zu.<sup>13</sup> Die Ansicht, dass Europa den Krieg hätte beenden können, ist in Kroatien nach wie vor weit verbreitet, doch wurde dabei die Stärke der Europäischen Gemeinschaft überschätzt und die Situa-

tion in Jugoslawien unterschätzt, in der die (groß) serbischen Streitkräfte das Problem mit Kriegsgewalt zu lösen versuchten. Viele sind nach wie vor der Auffassung, dass Europa viele Probleme hätte verhindern können, wenn es nicht gezögert hätte, Slowenien und Kroatien anzuerkennen.

Es ist zwar fraglich, ob es notwendig war, die internationale Anerkennung bis Januar 1992 hinauszuzögern, aber es muss auch gesagt werden, dass Kroatien und Slowenien doch nicht allzu lange warten mussten, wenn man berücksichtigt, dass es erst im August 1991 zu ersten massiven Kampfhandlungen gekommen war und die internationale Anerkennung bereits am 15. Januar 1992 erfolgte. Dass diese Verzögerung von der kroatischen Bevölkerung als ungerecht und als viel zu lange empfunden wird, ist ein völlig anderes Thema. Es wäre interessant, in den Brüsseler Archiven nachzusehen, inwieweit die Erfahrungsberichte der Beobachter dazu beigetragen haben, dass die Mitgliedstaaten Kroatien anerkennen.

Dieser Anerkennungsprozess stellte einen allgemeinen Indikator für die zukünftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft/ Union und Kroatien dar. Als Bedingung für die Anerkennung musste Kroatien das Verfassungsgesetz über die Rechte nationaler Minderheiten verabschieden, das zwar in Kraft trat, aber auch die Haltung der Regierung von Präsident Franjo Tuđman gegenüber den Minderheiten sowie Kroatiens relative Unfähigkeit zu internen Reformen an den Tag legte. Die meisten dieser Reformen, besonders die der letzten Jahre, wurden erst auf äußeren Druck, vor allem aus Brüssel, in Angriff genommen. Das war 1991 bereits ersichtlich. In der Praxis bot das Verfassungsgesetz den nationalen Minderheiten keinen ausreichenden Schutz. Besonders die Serben, die in dem „freien Gebiet“ auf kroatischem Territorium<sup>14</sup> leben, wurden schikaniert und ihre

13 Die „Europäischen Beobachter“ wurden von den Kroaten verlacht. Sie waren ganz in Weiß gekleidet, eine Farbe, die in Kroatien traditionell den Mitarbeitern von Konditoreien vorbehalten ist, und wurden demnach „Eismänner“ genannt. Gleichzeitig konnten oder wollten die Menschen die auffällige Abwesenheit der USA während der Jugoslawienkrise im Sommer 1991 nicht wahrnehmen, sowie die Tatsache, dass die EG nur Beobachter entsenden konnten, weil sie über keine militärischen Streitkräfte verfügt.

14 Während des Krieges 1991-1995 besetzten die Serben die Teile Kroatiens, in den sie entweder eine Mehrheit oder eine bedeutende Minderheit waren, und erklärten ihre Unabhängigkeit von der neuen Republik Kroatien. Der restliche Teil Kroatiens war „frei“.

Rechte verletzt, sowohl während des Krieges als auch unmittelbar danach. Doch die Verabschiedung des Gesetzes zeigte auch Kroatiens Bereitschaft, interne politische Reformen anzugehen und bis zu einem gewissen Grad auf Druck aus Brüssel auch Kompromisse einzugehen. Der Anerkennungsprozess schuf ein bleibendes Misstrauensverhältnis zwischen Kroatien und der Europäischen Gemeinschaft/Union. Kroatien verlor das Vertrauen in die Union auch, weil es zu hohe Erwartungen hatte und sich bewusst wurde, dass die Macht und der Einfluss der EU nur eine bescheidene Rolle bei der Lösung politischer und spezifisch kriegsbezogener Probleme spielen konnte. Gleichzeitig betrachtete die EU Kroatien mit Argwohn, nicht nur aufgrund seiner Minderheitenpolitik in den 90er Jahren, sondern auch wegen der Art und Weise, wie sich das Land in den Krieg in Bosnien und Herzegowina eingebracht hatte. Kroatien vernachlässigte zunehmend seine demokratischen Praktiken, was schließlich zu der offenen Autokratie von Präsident Tuđman führte.<sup>15</sup>

## Europa ist in Ordnung, aber die USA lösen die Probleme

Im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts waren die USA für die politischen Führer Kroatiens weitaus wichtiger als die EU. Nachdem der Krieg in Bosnien und Herzegowina ausgebrochen war, engagierten sich die USA zunehmend, um die postjugoslawische Krise zu beenden. Die politische Elite Kroatiens erkannte, dass die USA die politische (und militärische) Macht besaßen, Kriege zu beenden. Bestimmte EU-Staaten wa-

ren für Kroatien weiterhin von Bedeutung, aber verglichen mit der US-amerikanischen Ausrichtung der damaligen kroatischen Außenpolitik, spielten die europäischen Akteure eine untergeordnete Rolle. Der Krieg in Kroatien endete im August 1995, nachdem die kroatische Armee mit der Operation „Sturm“ (Oluja) einen Großteil der besetzten Gebiete befreite hatte.<sup>16</sup> Nach dieser Großoffensive begangen die kroatischen Truppen zahlreiche Verbrechen (einschließlich der Ermordung von Zivilisten und großflächige Brandstiftung) und verfolgten die übrig gebliebenen Mitglieder der serbischen nationalen Minderheit. Die kroatische Justiz hatte weder die Macht noch die Willensstärke, sich mit diesen Verbrechen zu befassen, die der Zankapfel bei den Beitrittsverhandlungen Kroatiens in den kommenden Jahren sein werden.

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zeigte Kroatien weder großes Interesse noch unternahm es nennenswerte Anstrengungen, in die Europäische Union integriert zu werden, obwohl der Zeitpunkt dafür eindeutig gekommen war.<sup>17</sup> Im Gegenteil, Präsident Franjo Tuđman und seine Regierungspartei HDZ nahmen eine paranoide Haltung gegenüber der EU und der internationalen Gemeinschaft ein. Sie versuchten, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass die internationale Gemeinschaft, und insbesondere einige europäische Länder (Großbritannien, Frankreich – weniger, nachdem Chirac zum Präsidenten gewählt wurde – und bestimmte Kreise in Italien), die Absicht hätten, Jugoslawien wiederherzustellen oder eine ähnliche Form der Integration des

15 Dies war besonders während der „Zagrebkrise“ deutlich zu sehen. Bei den Kommunalwahlen in Zagreb 1995 gelang es einer Koalition von sieben Parteien, die Mehrheit im Stadtrat von Zagreb zu holen und einen ihrer Kandidaten zum Bürgermeister zu wählen. Laut der damaligen Gesetzgebung musste der gewählte Bürgermeister von Präsident Tuđman in seinem Amt bestätigt werden, was dieser aber vier Mal hintereinander ablehnte, da er keine „Opposition in Zagreb“ duldet und sich somit dem Willen des Volkes widersetzte. Tuđmans HDZ verlor die Lokalwahlen in Zagreb 1997 erneut, kaufte sich dann aber zwei Vertreter der Opposition, wodurch die Partei die Mehrheit im Stadtrat bekam. Die Wahl ihres Kandidaten zum Bürgermeister war danach reine Formsache.

16 Der Rest des besetzten Gebietes im Osten Kroatiens wurde friedlich wieder eingegliedert. Mit der Unterzeichnung des Friedensabkommens im Herbst 1995 wurden UN-Friedenstruppen (UNTAES) unter dem Kommando eines US-Generals, wie es Präsident Tuđman gefordert hatte, in die Region entsandt. Die Friedensmission, d. h. die Rückgabe dieses besetzten Gebietes an Kroatien, wurde am 15. Januar 1998 beendet.

17 Kroatien wurde erst 1996 in den Europarat aufgenommen, über vier Jahre nachdem es international anerkannt und in die Vereinten Nationen aufgenommen worden war, obwohl es die wichtigste Grundvoraussetzung (die Abschaffung der Todesstrafe) bereits 1990 mit der Verabschiedung seiner neuen Verfassung erfüllt hatte. Allerdings genügte die Qualität seiner Demokratie, etwa die Pressefreiheit, nicht den vom Europarat geforderten Maßstäben.

Balkan verfolgten.<sup>18</sup> Obwohl es eine offizielle Beitrittspolitik gab, wurde Kroatien aufgrund der autokratischen Züge der Regierung und sinkenden demokratischen Standards von der internationalen Gemeinschaft zunehmend isoliert.<sup>19</sup>

Die Wende kam Anfang 2000, als eine von den Sozialdemokraten und den Liberalen geführte Sechsparteienkoalition unter Ivica Račan die Parlamentswahlen und Stjepan Mesić die Präsidentschaftswahl gewann. Mesić, der in den frühen 1990er Jahren eine bedeutende Position in der HDZ innehatte, wurde 1994 deren bekanntester Abtrünniger. Die neue politische Richtung spiegelte sich auf offizieller Seite auch in der Bildung eines Ministeriums für Europäische Integration wider, das bis Anfang 2005 unabhängig geblieben war.<sup>20</sup> Interessanterweise schuf der Sabor, das kroatische Parlament, das Europäische Integrationskomitee aber erst im Februar 2001.

Zu diesem Zeitpunkt machte die Meldung, die EU wolle Kroatien in eine „Balkan-Vereinigung“ stoßen, erneut die Runde, was im November 2006 auf dem EU-Gipfel in Zagreb auch ein vorherrschendes Thema war.<sup>21</sup> Dies ist ein Beispiel für ein innenpolitisches Thema, das die Haltung der politischen Elite und auch der Bevölkerung gegenüber den Nachbarländern (abgesehen von Slowenien, das auf seinem Weg in die europäische Integration schon weit fortgeschritten war) deutlich macht. Nicht nur die Oppositionspartei HDZ, sondern auch zahlreiche kleinere rechte Grup-

pirungen, nutzten das Thema der Wiederherstellung Jugoslawiens mittels einer „Balkan-Vereinigung“ für ihre eigenen Zwecke. Die ungeschickte Prägung des „Westbalkan“-Begriffs durch die EU (aus ihrer Sicht sind das die Länder des ehemaligen Jugoslawien ohne Slowenien aber mit Albanien, d. h. jene Länder, die im europäischen Integrationsprozess abgeschlagen sind) trug zu dieser Situation bei. Das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) wurde im Oktober 2001 in Luxemburg unterzeichnet. Während des Ratifizierungsprozesses im Parlament verließ die nationalistische Oppositionspartei HDZ geschlossen den Saal. Die Streitigkeiten betrafen die explizite Forderung im SAA einer Stärkung der regionalen Zusammenarbeit (mit dem Westbalkan). Nachdem die HDZ Ende 2003 wieder an die Macht gekommen war, versuchte sie nicht, die Bedingungen des SAA anzufechten sondern bestand auf einer schnelleren Integration Kroatiens in die EU. Es genügte nicht, zu erklären, es gäbe kein Vorhaben, Jugoslawien wiederherzustellen oder eine neue Föderation in Südosteuropa zu schaffen. Bereits Anfang 2003 sagte der Minister für Europäische Integration: „Unserer Bevölkerung sollte klar und deutlich gesagt werden, dass auch wenn es in der Europäischen Union politische Plattformen gäbe, die ein föderatives System auf dem Westbalkan anstrebten, dies für Kroatien keine annehmbare Lösung wäre, da Kroatien dies niemals akzeptieren würde, weil die kroatische Verfassung eine Balkan-Vereinigung egal welcher Art verbietet. Sollte ein derartiges Vorhaben

18 Aus genau diesem Grund verwendete die regierende HDZ im Wahlkampf im Frühling 1997 den Slogan „Tuđman, nicht Balkan“. Die Paranoia eskalierte im Dezember 1997, zur Entscheidung über die Verfassungsänderung. Der geänderte Artikel 141, Absatz 2 der Verfassung lautete: „Die Einleitung eines Verfahrens zur Vereinigung der Republik Kroatien in einem Bündnis mit anderen Staaten ist verboten, wenn diese Vereinigung zur Erneuerung der südslawischen Gemeinschaft oder zu einem anderen Art von Balkanstaat führt oder durch Zwang herbeigeführt werden soll.“

19 Diese Isolation zeigte sich besonders deutlich im Dezember 1999 anlässlich des Begräbnisses von Präsident Tuđman. Als einziger ausländischer Staats- oder Regierungschef nahm der türkische Präsident Suleyman Demirel an der Zeremonie teil. Dies führte später zu einem beliebten Witz: „Was ist die Maßeinheit für Einsamkeit?“ - „Ein Demirel.“

20 Anfang dieses Jahres wurde Miomir Žužul, Außenminister in der HDZ-Regierung (die die Wahlen 2003 gewonnen hatte), aufgrund von Finanzskandalen zum Rücktritt gezwungen. Ivo Sanader, Premierminister und Präsident der HDZ, fand niemanden geeignet, ihn in seinem Amt zu ersetzen, worauf er das Außenministerium und das Ministerium für Europäische Integration zusammenlegte. Kolinda Grabar Kitarovic, Ministerin für Europäische Integration, übernahm die neue Ministerposition. Interessanterweise wurde sie nach den Wahlen 2007 Diplomatin, aber nicht für ein europäisches Land oder den Hauptsitz der EU – sie wurde kroatische Botschafterin in den USA.

21 Dies war der erste EU-Gipfel, der außerhalb der EU abgehalten wurde. Bei diesem Treffen begannen die Verhandlungen zum kroatischen Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU. Die Tatsache, dass er in Zagreb stattfand, war Zeichen des tiefgründigen Wandels nach den Wahlen im Frühjahr 2000 und sendete ein positives Signal an die neue proeuropäische kroatische Regierung.

erwogen werden, werden wir niemals daran teilnehmen.“<sup>22</sup>

### Das Syndrom des „letzten Hindernisses“

Nachdem die Koalitionsregierung Anfang 2000 gebildet worden war, waren die Erwartungen in der Öffentlichkeit unrealistisch hoch. Das Gleiche galt für die Haltung bezüglich der Fortschritte in Kroatiens Beitrittsverhandlungen. Während der Amtszeit dieser Regierung gelangen Kroatien mehrere wichtige Durchbrüche. Nach der autokratischen Regierung, insbesondere in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, war die Gesellschaft deutlich demokratischer geworden. Die Stimmung im Land war weniger gespannt und es wurde offener über die Probleme diskutiert. Trotz großer Schwierigkeiten bei der Verabschiedung des Verfassungsgesetzes über die Rechte nationaler Minderheiten (aufgrund von Streitigkeiten innerhalb der regierenden SDP) waren die nationalen Minderheiten, allen voran die serbische, in einer weitaus besseren Position als zuvor. Einfach gesagt wurden sie nicht mehr als Sicherheitsrisiko für das Land angesehen. Außerdem wuchs das Bewusstsein für die Notwendigkeit umfassender Minderheitenrechte. (Zu diesem Zeitpunkt war Gesetzgebung wichtiger als Implementierung.) Dies zeigte sich auch im Wiederaufbau der vom Krieg zerstörten Gebiete, nachdem den von der serbischen Minderheit besiedelten Gebieten mehr Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Ein weiterer wichtiger Schritt betraf das Recht der Serben, die nach der Operation „Sturm“ 1995

nach Serbien geflüchtet waren, nach Hause zurückzukehren.

Die guten Beziehungen zwischen Kroatien und der EU spiegelten sich in der außergewöhnlich hohen öffentlichen Akzeptanz des kroatischen EU-Beitritts wider. Sie erreichte 78% und lag während der gesamten Amtszeit der Regierungskoalition durchweg über 70%. Doch mit der Regierung unter der Führung von Račan begann auch eine Politik nach dem Motto „Eine Sache müssen wir noch erledigen, dann ist der Weg in die EU frei“. Die längste und gravierendste Krise trat im Sommer 2001 ein, als der *Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien* (ICTY) den von der kroatischen Bevölkerung als Nationalheld angesehenen ehemaligen General Ante Gotovina unter Anklage stellte. Gotovina, der von der Anklage erfuhr, bevor sie eingereicht wurde, begab sich auf die Flucht. Bis zu seiner Festnahme im Dezember 2005 galt die mangelnde Zusammenarbeit mit dem ICTY – die der Gerichtshof der EU auch anzeigte – in den kroatischen Medien als wichtigster Hinderungsgrund für den EU-Beitritt Kroatiens. Die politische Elite (Gotovina war während der Amtszeit zweier Regierungen flüchtig; Er verschwand während der Regierung von Račan und wurde unter der von Sanader festgenommen) vertrat geschlossen den Standpunkt, dass seine Festnahme die letzte Bedingung für den Beitritt Kroatiens darstellte.<sup>23</sup>

Die kroatische Bevölkerung sollte den ICTY noch jahrelang als den größten Stolperstein auf

22 Neven Mimica in einem Interview für die kroatische Tageszeitung *Slobodna Dalmacija*, zitiert nach Panorama (wöchentliche Beilage der kroatischen Tageszeitung *Vjesnik*) Nr. 59 vom 18. Januar 2003.

23 Kroatische Politiker machten den Spruch „Dies ist die letzte Bedingung, die wir erfüllen müssen“ zur Gewohnheit. Der Fall Gotovina ist lediglich die bekannteste dieser Bedingungen. Anfang 2008 rief Kroatien die ökologische und fischereirechtliche Zone (ZERP) aus, obwohl es aus Erfahrung wusste, dass dies in der EU, besonders in Italien und Slowenien, auf Ablehnung stoßen würde, und dass es zu ernststen Problemen bei den Beitrittsverhandlungen führen könnte. Außerdem verfügt Kroatien über keinerlei Ressourcen, um die ZERP umzusetzen. Im März 2008 beschloss Kroatien, dass die Fischereizone für EU-Mitgliedstaaten keine Anwendung habe. Sanader, der monatelang beteuert hatte, dass die ZERP nicht aufgegeben würde, da sie ein Hoheitsrecht Kroatiens darstellte und sich auch für „entweder die ZERP oder die EU“ ausgesprochen hatte, bereite allerdings die Öffentlichkeit vor, indem er die Aufhebung der Bestimmungen für Mitgliedstaaten der EU ankündigte. In der zweiten Hälfte 2008 befand sich Kroatien erneut in einer schwierigen Situation, weil es seine Schiffbauindustrie nicht saniert hatte und dies nun zum letzten Hindernis erklärt wurde, nach dessen Beseitigung der EU-Beitritt fast wie von selbst vonstatten gehen würde. Als die Slowenen die Beitrittsverhandlungen aufgrund von ungelösten Grenzstreitigkeiten blockierten, sprach die kroatische Öffentlichkeit nicht mehr über Schiffsbau und die Grenzprobleme wurden zum nächsten letzten Hindernis für den EU-Beitritt. Übrigens ist die kroatische Schiffbauindustrie nach wie vor nicht saniert worden.

dem Weg in die EU betrachten, obwohl sich Kroatien über das Verfassungsgesetz zur Mitarbeit mit dem Strafgerichtshof verpflichtet hatte. Schwererwiegenden Problemen, wie die Korruption, das schwache Justizwesen und die dürftigen Reformfähigkeiten der Staatsverwaltung, galt weitaus weniger öffentliche Aufmerksamkeit. Darüber hinaus hat die internationale Gemeinschaft, insbesondere die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) und in geringerem Maße die EU, Beanstandungen gegen Kroatien erhoben aufgrund seiner mangelnden Bereitschaft, sich mit den Kriegsverbrechen durch Mitglieder der kroatischen Armee gegen die serbische Bevölkerung zu befassen. Erst im Frühjahr 2009 entschied die OSZE, dass die Behandlung des Themas Kriegsverbrechen in Kroatien, ungeachtet des Beschuldigten, ein zufriedenstellendes Maß erreicht habe, und kündigte für Ende 2009 die Schließung ihres Büros in Zagreb an.<sup>24</sup>

Der „Fall Gotovina“ führte auch zu regen Diskussionen über den EU-Beitritt und Eigenstaatlichkeit. Es ging um die Frage, ob der angeklagte kroatische General für die EU-Mitgliedschaft „geopfert“ werden sollte, unabhängig davon, ob er für die Verbrechen verantwortlich war oder nicht. Diese Diskussion war das Ergebnis ungenügender Kenntnisse über die Europäische Union und innenpolitischer Manipulation, aber sie bewies auch, dass die kroatische Nation in Bezug auf Souveränität unfertig ist. So sehr es sich als alte Nation präsentiert,<sup>25</sup> ist Kroatien auch ein junges Land, dass vor nicht einmal 18 Jahren seine Unabhängigkeit erlangte. Diese mangelnde Erfahrung mit Eigenstaatlichkeit zeigt sich klar darin, wie schnell die öffentliche Diskussion über einen möglichen Souveränitätsverlust nach bestimmten Geschehnissen in den Vordergrund tritt. Souveränität wird eindeutig als etwas Übernatürliches verstanden



© Damien Smith

*Flagge Kroatiens und der EU vor einem Regierungsgebäude in Zagreb.*

und man fürchtet ihre (fiktive) Gefährdung über die Maßen. Die Europäische Union hat dazu beigetragen, diese Haltung zu ändern, da Kroatien im Rahmen der Mitgliedschaft einen Teil seiner Souveränität an die europäischen Institutionen übertragen muss. Gelegentlich manifestiert sich dieser Kampf um Souveränität auch im wirtschaftlichen Bereich, beispielsweise im Schiffsbau. Einigen Medien zufolge stellt Brüssel eine Gefahr für die kroatische Schiffbauindustrie dar (die sogar ohne die „Hilfe“ aus Brüssel nicht auf die Beine kommt) und damit die Existenzgrundlage tausender kroatischer Familien bedroht. Somit wurde aus dem Industriezweig Schiffsbau, der einen großen Teil der kroatischen Wirtschaft

24 Von besonderer Bedeutung für die kroatische Justiz, aber auch für die Gesellschaft im Allgemeinen, waren die Verfahren gegen die sogenannte Gopić-Gruppe und General Mirko Norac, der ebenfalls als Held des Heimatkrieges gefeiert wird. Diese Verfahren waren insofern von großer Bedeutung in einem weiteren Kontext, als dass die Justiz eines Landes einen General der (siegreichen) Armee desselben Landes wegen Kriegsverbrechen zu 12 Jahren Haft verurteilte. Norac war seit Februar 2001 in Untersuchungshaft und wurde im Juni 2004 verurteilt.

25 Für Kroatien bedeutet das „seit dem 7. Jahrhundert“, da die Kroaten ab dem 7. Jahrhundert in dem Gebiet siedelten, in dem sie noch heute leben. Gleichzeitig ist „seit dem 7. Jahrhundert“ ein ironisches Schlagwort für jemanden, der einen Umstand übertrieben und langatmig darstellt, was wiederum ein Hinweis auf die ironische Sichtweise der Kroaten auf politisch motivierte Geschichte ist.

ausmacht, eine Art nationale „No-Go-Area“, die keine externe Macht stören oder gefährden sollte. In einer derart gefühlsgeladenen Situation kann natürlich keine objektive Diskussion über den Zustand des kroatischen Schiffbaus stattfinden. Vor den Kommunalwahlen im Frühjahr 2005 wurde von einer eher unbedeutenden rechten Partei eine skurrile Diskussion über die Gefahr für die nationale Souveränität seitens der Europäischen Union angestoßen, die in der Öffentlichkeit auf große Resonanz stieß. Es ging dabei um die Zubereitung traditioneller kroatischer Spezialitäten mit Hüttenkäse und Sauerrahm, beides Produkte, die von der EU angeblich verboten werden sollten. Dies wurde nicht nur als Bedrohung der nationalen Souveränität, sondern sogar als Angriff auf die kroatische nationale Identität aufgefasst. In Wahrheit werden die Kroaten auch nach ihrem Beitritt in die EU ihren Hüttenkäse und Sauerrahm auf dem Markt kaufen können, allerdings müssen diese Produkte in Zukunft bestimmte Gesundheits- und Hygienestandards erfüllen.

Während des Beitrittsprozesses nahm die nationale Identifikation in Kroatien, besonders bei der jüngeren Generation, an Bedeutung zu, auch wenn diese Faktoren nicht unbedingt miteinander zusammenhängen. Interessanterweise begann dieses wachsende Gefühl nationaler Identität Mitte des Jahrzehnts, als Kroatien in seiner Außenpolitik erste Fortschritte erzielte und sich die wirtschaftliche Situation besserte. Allerdings „wäre es falsch, das wachsende nationale Zugehörigkeitsgefühl der jungen Menschen an einigen isolierten Faktoren festzumachen. Es ist davon auszugehen, dass die zunehmende Zukunftsunsicherheit, das schwindende Vertrauen in die Politiker, wachsende existenzielle Probleme und die immer größer werdende Kluft zwischen Arm

und Reich zu einer Suche nach sichereren Gesellschaftsmodellen geführt hat. Die Nation stellt zusammen mit der Familie und der Kirche den einzigen sicheren Zufluchtsort dar und es ist verständlich, dass diese Faktoren im Kontext sozialer Instabilität an Bedeutung gewinnen.“<sup>26</sup>

Nationale Identität und territoriale Souveränität spielen im kroatischen Beitrittsprozess 2009 nach wie vor eine bedeutende Rolle. Es wurde davon ausgegangen, dass Kroatien, sollte es alle Kriterien erfüllen, die Verhandlungen noch in diesem Jahr beenden könnte. Doch im Dezember 2008 blockierte Slowenien aufgrund von Streitigkeiten um die See- und Landesgrenze insgesamt elf Kapitel bei den EU-Verhandlungen mit Kroatien. Offenbar hat sich die slowenische politische Elite dazu entschieden, von ihrem Vetorecht als EU-Mitglied Gebrauch zu machen, um sich bestimmte territoriale Vorteile zu verschaffen.<sup>27</sup>

Premierminister Ivo Sanader<sup>28</sup> hat oft gesagt, dass Kroatien für den EU-Beitritt keine Gebiete abtreten würde und darin wird er von Präsident Stjepan Mesić und sämtlichen wichtigen Parteien unterstützt. Damit erhält das Thema der Eigenstaatlichkeit Kroatiens erneut Bedeutung auf seinem Weg in die EU. In diesem Fall geht es um ein relativ kleines Gebiet, dennoch ist das Problem noch nicht aus der Welt.

## **Überlegenheit und Unterlegenheit – der Lehrer und sein Schüler**

Der langsame Beitrittsprozess hat, zumindest bei einem Teil der politischen Elite, zu einer neuen Art nationaler Identität geführt, die auf Nationalstolz basiert. Nach den Parlamentswahlen 2003 gab es einen Regierungswechsel. Die rechte

26 Radin, Furio. Nacionalna vezanost i odnos prema Europi u Mladi Hrvatske i europska integracija, ed. Vlasta Ilišin, Institut za društvena istraživanja, Zagreb 2005, S. 191-192.

27 Bei dem Konflikt geht es um die Seegrenze in der Bucht von Piran, in der Slowenien sich einen Zugang zum offenen Meer erhofft. Der Konflikt schwelt seit 1992, d. h. seit der Unabhängigkeit beider Länder. In diesen 17 Jahren hat Slowenien wiederholt den Vorschlag Kroatiens abgelehnt, den Fall schlichten zu lassen oder ihn an den Internationalen Gerichtshof zu verweisen. Im Ergebnis wird der EU-Beitritt Kroatiens seit April 2009 von Slowenien blockiert. Damit hat Slowenien seine Ziele nicht erreicht, es aber geschafft, die kroatisch-slowenischen Beziehungen an ihren absoluten Tiefpunkt zu führen und seiner Wirtschaft erheblichen Schaden zuzufügen.

28 Am 30. Juni 2009 erklärte Ivo Sanader seinen Rücktritt von allen Regierungs- und Parteiämtern.

HDZ, die der vorigen Regierung (und dem EU-Beitritt) kritisch und oftmals auch skeptisch gegenüberstand, kehrte an die Macht zurück. Diesmal erklärte die HDZ den EU-Beitritt Kroatiens allerdings zur absoluten Priorität. Kaum im Amt änderte sie ihre Parolen und ihr Verhalten und tat alles, um sich als den größten Befürworter europäischer Integration und europäischer Werte (welche auch immer diese sein mögen) hervorzuheben. Der erste Schritt mit weitreichenden Folgen kam unmittelbar nach den Wahlen 2003, als die HDZ – die bis dahin oft, und zu Recht, als Partei mit zahlreichen fremdenfeindlichen Mitgliedern betrachtet wurde – eine Regierungskoalition mit den Minderheitenparteien bildete. Das Abkommen mit der serbischen nationalen Minderheit war hierbei von besonderer Bedeutung.<sup>29</sup> Es führte zu einer deutlichen Verbesserung der internationalen Beziehungen sowie der Beziehungen der nationalen Mehrheit gegenüber den Minderheiten. Dies zeigte sich unter anderem auch in der Wiederherstellung der im und unmittelbar nach dem Krieg beschädigten Häuser. Seitdem ist die (zwar nur mündliche) Reaktion der Behörden auf nationalistisch motivierte Übergriffe deutlich schneller und effektiver geworden. Dennoch ist klar, dass die Probleme der nationalen Minderheiten weiterhin bestehen (und immer bestehen werden). Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf kommunalpolitischer Ebene, was die Kluft zwischen der Politik auf lokaler und nationaler Ebene vor Augen führt, sogar wenn auf beiden Ebenen dieselbe Partei die Regierung stellt.

Seitdem die HDZ den EU-Beitritt zur höchsten Priorität erklärt hat, werden die Politik und auch das gesellschaftliche Leben zunehmend von der EU beeinflusst, was sich in mancherlei Hinsicht positiv auf Kroatien auswirkt. Die Reformfähigkeit des Landes ist relativ bescheiden, besonders

bezüglich der Staatsverwaltung. Nahezu alle begonnenen Reformen werden in Zusammenarbeit und unter Druck der EU durchgeführt. Aus diesem Grund würde sich eine langfristige Blockierung der Verhandlungen, die von Slowenien eingeleitet wurde, äußerst nachteilig auf Kroatien auswirken. Die bereits jetzt geringe Reformfähigkeit des Landes würde ihren wichtigsten Förderer – die EU – verlieren.

Als Kroatien den Status eines Beitrittskandidaten erhielt,<sup>30</sup> war es offiziell das fortschrittlichste Land des Westbalkans. Brüssel erklärte es damit zu einem Vorbild, dem die anderen Länder der Region (Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Mazedonien, Albanien und besonders Serbien) folgen sollten. Dies wiederum führte zu einer veränderten Haltung gegenüber dem Westbalkan seitens der politischen Elite und der regierenden HDZ. Die gleiche Partei, die während der Ratifizierung des SAA wegen der Forderung nach regionaler Zusammenarbeit auf dem Westbalkan das Parlament verlassen hatte, unterstrich nun die Bedeutung dieses Anliegen und wies sogar auf seine tragende Rolle in der Region hin. Die Tatsache, dass Kroatien in seinem Integrationsprozess am weitesten fortgeschritten war und auch den höchsten Lebensstandard in der Region aufweist, führte zu einem Überlegenheitsgefühl und der Tendenz, sich „missionarisch“ zu engagieren. Da Kroatien weiter entwickelt und wohlhabender (bzw. weniger arm) ist, kann es den anderen Ländern der Region helfen. Gleichzeitig übernahm Kroatien die Rolle des „Europäisierers“ für den Rest des Balkans, nach dem Prinzip: Wenn Kroatien erst einmal in der EU ist, wird es der stärkste Befürworter für eine Mitgliedschaft der anderen Länder in der Region. Diese sollten sich auf ihrem eigenen Weg in die Union nach den Erfahrungen

29 In der Zeit zwischen 2003 und den Wahlen 2007 unterstützten sie die Regierung im Parlament, nahmen aber nicht am Politikgeschehen auf Ministerialebene teil. Nach der Wahl 2007 und der Bildung einer neuen Regierung, in der die HDZ weiterhin eine entscheidende Rolle spielte, wurde ein serbischer Vertreter Vizepräsident.

30 Nachdem Kroatien seine Bewerbung für die Mitgliedschaft im Februar 2003 eingereicht hatte, erhielt es 2004 den Kandidatenstatus und der Beginn der Beitrittsverhandlungen wurde für März 2005 angesetzt. Nach einiger Verzögerung aufgrund unzureichender Zusammenarbeit mit dem ICTY im Fall Gotovina, wurden die Verhandlungen schließlich im Oktober 2005 aufgenommen.

Kroatiens richten. All dies hat zu einer interessanten Lehrer-Schüler-Beziehung geführt. Kroatien ist im Vergleich zur EU zwar der untergeordnete Schüler, in der Region kommt ihm jedoch die Rolle des übergeordneten Lehrers zu. Damit läge eine dem Anschein nach paradoxe Situation vor: Brüssel exportiert seine Regeln und Methoden nach Kroatien und Kroatien akzeptiert sie, auch wenn die Notwendigkeit dafür Anlass zu reger Diskussion in der Öffentlichkeit ist. Sobald Kroatien in der Lage ist, dieselben Regeln in Länder zu exportieren, die noch weiter vom Beitritt in die EU entfernt sind, gelten sie als positiv und wünschenswert und werden Teil der Zivilisierungsmission seitens Kroatiens.

In den letzten Jahren hat sich die Lage in der Region etwas entspannt, was weitgehend darauf zurückzuführen ist, dass Brüssel auf regionale Zusammenarbeit gedrängt hat. Dies trifft nur teilweise auf Bosnien und Herzegowina zu, wo interne Schwierigkeiten und konkurrierende Forderungen nach einer Neudefinition der Verfassung das Land oft an den Rand der Auflösung bringen.

Die kroatisch-serbischen Beziehungen haben sich stetig verbessert, einmal von der Entfremdung im Frühjahr 2008<sup>31</sup> abgesehen, als Kroatien das unabhängige Kosovo anerkannte.

Der Glaube an seine Führungsrolle in der Region (unabhängig davon, wie realistisch diese ist) basiert auf der Tradition der „kroatischen Besonderheit“ und einem langjährigen Gefühl der Zugehörigkeit zu Europa. Dass Kroatien wäh-

rend der osmanischen Invasion im 15. und 16. Jahrhundert zum „Antemurale Christianitas“ und durch seine Abwehr und Opferbereitschaft zum Retter Europas wurde, ist Teil der kroatischen Mythologie geworden. Doch der Mythos besagt auch, dass Europa sich undankbar zeigte und Kroatien nicht belohnt wurde. Außerdem hat Kroatien Europa durch seine Kultur einen großen Dienst erwiesen, und mit seinen Grenzen die westliche Christenheit beschützt. Der Lohn aber war ein mangelndes Verständnis und Undankbarkeit seitens Europas. Nur die katholische Kirche und ihre geistlichen Führer haben Kroatien nie verraten. Die Öffentlichkeit und die politische und geistige Elite sprechen gern von der Jahrhunderte währenden Zugehörigkeit Kroatiens zu Europa,<sup>32</sup> und dass dieses Europa, unberechenbar wie es nun einmal ist,<sup>33</sup> Kroatien stets verraten habe. Die Tatsache, dass Kroatien ein Vorposten westlicher Christenheit ist (das Nachbarland Bosnien und Herzegowina ist eine Mischung aus Katholiken, orthodoxen Christen und Muslimen und Serbien ist vorrangig orthodox), und dass es über vier Jahrhunderte ein Bollwerk gegen das Osmanische Reich darstellte, hat ebenfalls zu der Entstehung einer Grenzmentalität beigetragen. Damit geht nicht nur das Gefühl einher, dass man sich dauernd verteidigen muss, sondern auch, dass von der anderen Seite der Grenze eine ständige Gefahr ausgeht.

Diese Geisteshaltung bedeutet, dass sich die Kroaten als etwas Besonderes fühlen und gleichzeitig verunsichert sind. Infolgedessen wurden viele wichtige Themen während des kroatischen Bei-

31 Zur Zeit der Wirtschaftskrise führte dies zu einem zuvor undenkbaaren Ereignis. Angesichts der sinkenden Einnahmen aus der Tourismusbranche – die für die kroatische Wirtschaft einen extrem hohen Stellenwert hat – hoffte Kroatien, die Sommersaison über Gäste aus Serbien zu retten. Die Hoffnung auf eine massenweise Ankunft serbischer Touristen an der Adria war in der Vergangenheit etwas Undenkbares gewesen. Touristen aus Serbien galten als Sicherheitsrisiko, aufgrund der erhöhten Wahrscheinlichkeit individueller Gewaltakte. Wegen der ernsten Krise in Serbien ist es unwahrscheinlich, dass die Serben die kroatische Tourismusbranche retten. Aber ungeachtet der Krise wären solche Erwägungen ohne die Veränderungen in der Region in den letzten Jahren nicht möglich gewesen. Auch der Fall von Slobodan Milošević 2000 und bestimmte politische und soziale Veränderungen in Serbien haben dazu beigetragen.

32 Dies hatte eine skurrile Aussage von Žarko Domljan zur Folge, einem Kunsthistoriker, der in der ersten Hälfte der 1990er Jahre ein bekannter Politiker der HDZ war und von 1990 bis 1992 der erste Präsident des Mehrparteienparlaments wurde. In einem Fernsehinterview sagte er einmal: „Wir waren Europa, bevor es Europa gab.“

33 Miroslav Krleža, ein bedeutender kroatischer Autor des 20. Jahrhunderts, sprach in den 1930er Jahren gern von Europa als einer „alten Hure“.

trittsprozesses öffentlich nicht diskutiert, manche jedoch schon.<sup>34</sup>

„Ein Teil der kroatischen politischen und diplomatischen Elite, der zwischen Zagreb und Brüssel vermittelt und sich mitunter durch eine eigenartige doppelte Loyalität (zum Projekt der EU-Erweiterung und zum eigenen Land) auszeichnet, verfügt über ein Standardrepertoire an Antworten auf entscheidende Fragen zur EU. Es entspricht dem Raster einer neutralen EU-Verwaltungssprache, die einerseits aus höheren politischen Ideen über die Bedeutung von Zusammenarbeit und Einverständnis besteht und andererseits spezifische, umfassende Informationen aus hoch spezialisierten Bereichen bietet, über die die Bevölkerung in der Regel nicht genügend weiß, um auf Augenhöhe an Diskussionen teilnehmen zu können. Zwischen diesen beiden Extremen gelten viele Fragen, die während des Verhandlungsprozesses auftauchen, plötzlich als fehl am Platze und werden deshalb nicht beantwortet.“<sup>35</sup>

Es stimmt, dass die überwältigende Mehrheit der Menschen von den Gesprächen zum EU-Beitritt wegen mangelnder Kenntnisse ausgeschlossen ist, aber das trifft bei Gesprächen, die nur für die EU relevant sind, auch auf die Bürger in den anderen Mitgliedstaaten zu. In letzter Zeit – besonders seit der slowenischen Blockierung der Verhandlungen – werden Stimmen laut, die, nicht zu Unrecht, behaupten, die Bedingungen des *Acquis communautaire* seien für den EU-Beitritt für einige Länder von zweitrangiger Bedeutung. Die Botschaft der slowenischen Blockierung ist unmissverständlich: Kroatien kann den gesamten *Acquis* erfüllen und implementieren, soll aber

aus einem ganz anderen Grund der EU nicht beitreten. In anderen Worten, der EU-Beitritt ist in erster Linie eine politische Angelegenheit, sowohl für die Kandidaten als auch für die EU. Argumente, die für diese These sprechen, sind nicht schwer zu finden. Kroatien stand wegen seiner Behandlung der nationalen Minderheiten jahrelang in der Kritik, obwohl deren Behandlung besser war als beispielsweise die Behandlung der russischen Minderheit in Estland. Brüssel moniert auch die Langsamkeit, mit der in Kroatien gegen die Korruption vorgegangen wird, hat allerdings Rumänien und Bulgarien aufgenommen, die eindeutig gravierendere Korruptionsprobleme haben. Die Verhandlungen mit Kroatien wurden aufgrund von Grenzstreitigkeiten blockiert, aber Zypern ist von der EU als Mitgliedstaat aufgenommen worden. Die Blockierung hat ernsthafte Zweifel über die Entscheidungsverfahren in der EU nach dem Konsensprinzip aufgeworfen. Wie kann es sein, dass ein kleines Land wie Slowenien, dass ein einfacher Grenzstreit eine so mächtige Institution wie die EU blockieren kann?<sup>36</sup>

Die Beziehungen zwischen Kroatien und der Europäischen Gemeinschaft/Union haben in den letzten 20 Jahren verschiedene Phasen durchlaufen: vom absoluten Idealismus zu Beginn, über Enttäuschung während der Kriegsjahre und Argwohn während der zweiten Hälfte der 1990er Jahre bis hin zur mühsamen Zusammenarbeit im neuen Jahrtausend. Die Union galt auch als gelobtes Land, das der kroatischen Bevölkerung nahezu augenblicklich ein Leben im Überfluss bescheren würde. Nach den Erweiterungsrounden 2004 und 2007 änderte sich diese Auffassung allmählich, in erster Linie als sie das untrügliche

34 Am lustigsten fand die kroatische Bevölkerung vielleicht die Diskussion um das Beitrittsdatum. In der ersten Phase der kroatisch-europäischen Beziehungen zu Beginn des Jahrtausends wurde angedeutet, dass Kroatien mit Bulgarien und Rumänien gleichziehen und zur gleichen Zeit der EU beitreten könnte. Nach dem Scheitern des Lissabon-Vertrags (aufgrund der Volksabstimmung in Irland) wird von EU-Experten wie Damir Grubiša von der Politikwissenschaftlichen Fakultät in Zagreb das Jahr 2012 als Beitrittsjahr genannt. Interessanterweise wird praktisch nicht mehr über die zweite Hälfte der 1990er Jahre gesprochen, da für Kroatien dies „die Jahre sind, die die Heuschrecken gefressen“ haben.

35 Obad, Orlanda. „The European Union from the Postcolonial Perspective: Can the Periphery ever Approach the Center?“ in *Studia Ethnologica Croatica*, vol. 20, Zagreb 2008, S. 10.

36 Man sollte nicht vergessen, dass Kroatien bereits damit Erfahrung hat, Teil eines Landes zu sein, in dem Entscheidungen im Konsensverfahren getroffen wurden. So war es für die Zeit nach dem Tode Titos vorgesehen, aber der Einsatz von Vetos verhinderte jede grundlegende Reform in den letzten zehn Jahren des Bestehens von Jugoslawien.

Gefühl beschlich, die EU habe sich nach der Erweiterung 2004 von einer Union der Eliten zu einer Gemeinschaft der Mittelmäßigkeit entwickelt. Die Europäische Union galt auch als ein lästiger und tyrannischer Lehrer, der dem Land ständig neue Aufgaben erteilt. Der Schüler glaubte, dass er nach Erledigung der gerade anstehenden Aufgabe sein Ziel erreicht haben würde, nur um umgehend eine neue Aufgabe aus Brüssel zu erhalten, die auch nicht unbedingt etwas mit dem Acquis zu tun hatte. Wegen dieser Ungewissheit,

wie viele Aufgaben noch zu bewältigen wären und wer befugt sei, diese zu bestimmen, steht das Land der Union mittlerweile sehr skeptisch gegenüber. Wenn wir 20 Jahre in die Zukunft blicken, können mit Bestimmtheit zwei Dinge über Kroatien gesagt werden: Kroatien wird Mitglied der Europäischen Union und seine Arbeitslosenrate wird sinken. Letzteres nicht unbedingt als Folge des mit dem Beitritt zu erwartenden wirtschaftlichen Aufschwungs, sondern aufgrund der demografischen Entwicklung.



**Tihomir Ponoš** (1970) ist politischer Journalist für die kroatische Tageszeitung *Novi list*. Er studierte Geschichte und Philosophie (B.A.) an der Universität in Zagreb. Er ist Mitverfasser eines Lehrbuchs über nationale und internationale Geschichte des 20. Jahrhunderts und schreibt seit 1998 regelmäßig Beiträge für das Geschichtsprogramm des kroatischen öffentlichen Rundfunks. 2002 erhielt er den Preis des kroatischen *Helsinki Committee for Human Rights* für die Förderung der Menschenrechte in den Medien. 2007 veröffentlichte Ponoš *On the Edge of Revolution – the Student Movement in '71*, die erste Monografie über die Studentenbewegung in Kroatien.

UGO VLAISAVLJEVIĆ

## Bosnien und Herzegowina – die Fortsetzung der Ethnopolitik im Zeitalter europäischer Integration

### Zwei Arten des Zusammenbruchs der kommunistischen Regimes

Die 20 Jahre währende Beziehung zwischen Bosnien und Herzegowina (BiH) und der Europäischen Union könnte vielleicht als eine Geschichte ausgelegt werden, welche die Schwachpunkte beider Seiten deutlich aufzeigt. Bei näherer Betrachtung weisen die relativ engen Bande zwischen den beiden einen Mangel an Zivilgesellschaft auf der einen und ein demokratisches Defizit auf der anderen Seite auf.

Wie alle anderen Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien auch passen BiH nicht in das viel gerühmte Epos des glorreichen Sieges der Zivilgesellschaft über den „totalitären kommunistischen Staat“ in Osteuropa. Anders als bestimmte Ostblockstaaten erlebten diese Länder keine „seidene Revolution“, sondern einen blutigen Krieg. Hier ging der Zusammenbruch des Kommunismus mit Massenmorden in einem zwischenethnischen Konflikt einher und nicht mit dem Sturz der Bürokratie durch gemeinsame Aktionen der Bürger, die sich ihrer politischen und Bürgerrechte vollends bewusst waren. Obwohl das Erstarken der Zivilbevölkerung in den südslawischen Ländern keine ganz unbedeutende Rolle gespielt hat – siehe Slowenien in den 1980er Jahren – blieb der Kampf für einen unabhängigen Nationalstaat die weitaus entscheidendere treibende Kraft. Es ist dieser plebiszitäre Wille der Menschen, für die Sache der nationalen Befreiung zu kämpfen und ihr Engagement für den Staat (*Raison d'Etat*), der die Zivilgesellschaft und ihre spezifischen Ziele der Selbstbefreiung den militanten Zielen ethnonationalistischer Politik unterordnete.

Nach dem Mauerfall wurde der Aufstand der Zivilgesellschaft das beliebteste Motiv, den Zusammenbruch des Kommunismus zu verstehen. Allerdings trifft diese Perspektive nicht auf das

gesamte Osteuropa zu. Man muss zwischen zwei wesentlichen Arten unterscheiden, auf die der „real existierende Sozialismus“ kollabierte: mit und ohne Krieg. Auf der einen Seite des Kontinents gab es bewaffnete Auseinandersetzungen, auf der anderen den Aufstand der Bürger. Auf der einen Seite wurden ganze Staaten aufgelöst und neu gebildet, auf der anderen erfuhren die Staaten eine Stärkung ihrer Fähigkeit, Recht und Freiheit durchzusetzen.

### Der typische ethnische Zustand lokaler Gemeinschaften

Dass es drei ethnische Gruppen in BiH gibt, führt dazu, dass drei verschiedene, unvereinbare Geschichten über den jahrhundertelangen Versuch ihrer Ausrottung und Assimilation immer wieder neu erzählt werden. Eine ethnische Gemeinschaft ist eine Gemeinschaft auf der Grundlage von Erinnerungen, die durch ihre gemeinsame Geschichte von Kriegen zusammengehalten wird. Sie kämpft um ihr Überleben, sowohl in Zeiten des Krieges als auch in Zeiten des Friedens. Sie tritt als eine Einheit auf, die im Krieg nur knapp ihrer Auslöschung entkam und danach strebt, die Erinnerung an diese schreckliche Vergangenheit aufrecht zu erhalten, um gegen die Assimilation unter fremder Herrschaft zu kämpfen und gleichzeitig für zukünftige Kriege gewappnet zu sein. So gab es für die unterdrückten kleinen Nationen auf dem Balkan bis zum Zeitalter der modernen Befreiungskriege keinen großen Unterschied zwischen Krieg und Frieden: Die kulturelle Assimilation war für sie genau so bedrohlich wie die Auslöschung durch einen Krieg. Der typische ethnische Zustand lokaler Gemeinschaften befindet sich wegen der lebhaften Erinnerung an den vergangenen Krieg (*memento belli*) praktisch ständig in militärischer Bereitschaft. Es könnte folglich gesagt werden, dass sich die multiethnische Gesellschaft des Tito-Sozialismus in ihrem

typischen ethnischen Zustand befand. Während ihres 50-jährigen Bestehens hielt dieses Regime seine „Gesellschaft“ im „Ausnahmestand“.<sup>37</sup> Auch nach dem *Friedensabkommen von Dayton* ist BiH zweifellos weiterhin eine „Gesellschaft“ im Ausnahmestand. Und wenn wir uns fragen, wer sowohl für die ehemals proletarische Gesellschaft, die sich aus mehreren ethnischen Gruppen zusammensetzt, als auch für die gegenwärtigen bosnischen ethnischen Gemeinschaften tatsächlich eine Bedrohung darstellt, könnte die Antwort in beiden Fällen lauten: der todbringende Feind des letzten Krieges. Ginge von dem alten Feind auch so lange nach dem Krieg keine Gefahr mehr aus, wären die meisten Menschen nicht mehr daran interessiert, die Kriegsgeschichten zu hören und die ethnischen Geschichten hätten kein Zielpublikum mehr, d. h. Hörer, die sich um ihr eigenes Leben sorgen, und so wäre der Hauptkanal der generationenübergreifenden Geschichtenübertragung verloren. Narrative Entropie ist eine ernste Gefahr für das Überleben ethnischer Nationen. Sie sind von konstanter Bedrohung abhängig. Die ständige Gewissheit, dass der Feind real ist, macht die kursierenden Geschichten über den Krieg so wirklich, und andererseits dienen solche Kriegsgeschichten dazu, dieses Bewusstsein am Leben zu erhalten. Es ist ungewiss, was für die politischen Führer, einflussreichen Politiker und Ideologen einer Nation von größerer Bedeutung ist: derartige Geschichten weiter zu erzählen oder bekannt zu geben, dass der heimtückische Feind nur auf den richtigen Moment wartet, um anzugreifen.

Welche Bedeutung hat der „Feind des letzten Krieges“ tatsächlich? Ein kurzer Vergleich des alten jugoslawischen und des gegenwärtigen bosnisch-herzegowinischen Regimes zeigt, dass dieser Feind eine wesentliche Rolle für die ethnische Identität eines angegriffenen Volkes spielt und demnach auch zur ethnischen Identität dieses Volkes beiträgt. Während des Zweiten Weltkrieges entwickelte sich Nazi-Deutschland



© Brenda Amner!

Plakat in Ključ, Bosnien und Herzegowina, mit der Aufschrift: *Bosnien und Herzegowina ist nun friedlich und sicher. Es ist Zeit sich auf die Zukunft zu richten.*

zum imperialistischen Feind, der den lokalen ethnischen Gruppen mit ihrer Ausrottung drohte. Diese große Gefahr brachte alle ethnischen Gruppen des ersten jugoslawischen Staates zusammen und schuf eine starke interethnische Solidarität. Ihr heroischer Widerstand während des nationalen Befreiungskrieges war eine unerschöpfliche Quelle für Geschichten, die auf überzeugende Weise über das gemeinsame Schicksal aller lokalen Ethnien berichten. Man erzählte und hörte Geschichten über Helden, über die Taten der Partisanen aller ethnischen Zugehörigkeiten, was zeigt, dass dieses Erzählen und Zuhören nicht nur einer Ethnie vorbehalten ist.<sup>38</sup>

Für das Entstehen der zwischenethnischen Bruderschaft war demnach hauptsächlich dieser gefährliche fremde Feind, der „wahrhaftig Fremde“, verantwortlich.<sup>39</sup> Die Ideologie der Solidarität der Arbeiterklasse hätte im Volk wahrscheinlich keine so tiefen Wurzeln geschlagen, wäre ihm das schreckliche Leid des Krieges erspart geblieben. Die berühmte Devise „Brüderlichkeit und Einheit“ war nicht nur eine von Titos Erfindungen, sondern ein ziemlich präzises Abbild der multiethnischen Nachkriegsrealität, zumindest für etliche Jahre. Da eine ethnische Gemeinschaft – zumindest im Wesentlichen – laut Definition eine brüderliche Gemeinschaft ist, weist die im Widerstand gegen den fremden Aggressor ge-

37 Über den „Ausnahmestand“ siehe G. Agamben. *Ausnahmestand*, Suhrkamp, Frankfurt am Main 2004.

38 Siehe J.-F. Lyotard. *The Differend, (Phrases in Dispute)*, University of Minnesota, Minneapolis, 1988, S. 104-106. [Deutsch: *Der Widerstreit*, Fink, München 1989].

39 In diesem Teil der Welt hat der Deutsche immer die Figur des Fremden dargestellt. In den Sprachen der Region wird er „Nijemac“ – „stumme Person“ genannt.

schmiedete ethnische Brüderschaft darauf hin, dass die Wurzeln der sozialistischen Gesellschaft selbst ebenfalls ethnisch waren, oder zumindest, dass die herrschende Ideologie diesen Schluss nahelegen wollte.

## Ethnopolitik und die Kriegsgeschichten

An dieser Stelle ist es wichtig, die Rolle der Politik in Bezug auf Ethnizität zu beleuchten. Schon vor der Zeit des Kommunismus ist Politik als die Tätigkeit moderner politischer Institutionen, ideologischer Bewegungen und organisierten Parteien definiert worden. Typisch für die Dritte Welt, war das relativ kurze moderne Zeitalter eine Zeit, in der die Völker über Befreiungskriege nach Freiheit strebten. Im „postkolonialen“ Kontext des Balkans ist eine siegreiche Nachkriegspolitik jene Ideologie, die den Menschen die plausibelste Erklärung für die schrecklichen Geschehnisse des letzten Krieges liefert. Das höchste Ziel der Politik ist es also, um für selbstverständlich gehalten zu werden. Die rivalisierenden Ideologien versuchen, sich darin zu übertreffen, zu erklären, warum „unsere Gemeinschaft“ im letzten Krieg einem derart grausamen Schicksal ausgesetzt wurde. Das ist der Grund, weshalb lokale Nachkriegspolitik in erster Linie einer Politik ethnischer Identität gleichkommt, einer Ethnopolitik. Und auch wenn der Tito-Kommunismus eine moderne politische Ideologie verkörperte, erfüllte er auch eine Aufgabe, die ihm von der – nennen wir sie – „ethnischen Vernunft“ auferlegt wurde, welche die Gemeinschaften in ihrem jahrtausendealten Überlebenskampf geleitet hat. Es ist eine Ideologie, die eine erhellende und tröstende Neuinterpretation der höchst komplizierten und schrecklichen Realität des Krieges bot.<sup>40</sup>

Die prämodernen ethnopolitischen Aspekte in der titoistischen politischen Moderne können getrennt analysiert werden. Richtschnur in einer derartigen Analyse sollte die Funktion der Kriegsgeschichten im politischen Diskurs sein. Ihre wichtigste Funktion ist selbstverständlich die Legitimierung der politischen Ordnung. Nach-

dem die kommunistische Führung mehrfach der Kritik ausgesetzt wurde, dass es ihrem Regime an Legitimität mangle, da es nicht über freie demokratische Wahlen bestätigt werden könne, antwortete sie prompt, dass das Volk seine politische Entscheidung auf eine viel bestimmtere und unverfälschte Weise trafe, als über den Gang zur Wahlurne. Es wäre das Blut der gefallenen Helden und das unvorstellbare Leid und Opfer der gewöhnlichen Leute, welche das kommunistische Regime ein für alle Mal legitimiert hätten. Angesichts dieses unantastbaren Fundaments des Regimes, das vom Blut der „unschuldigen Opfer“ und „der besten Söhne unseres Vaterlandes“ geweiht wurde, wundert es nicht, dass bereits der geringste Zweifel an der Zustimmung der Menschen zum kommunistischen Regime als Sakrileg aufgefasst und entsprechend streng verurteilt wurde. Die Rechtmäßigkeit der Parteiführung und Staatsbeamten wird aus demselben Grund hergeleitet: Grundsätzlich wurden die hochrangigen Funktionäre aus den Reihen der hohen Militärs und der bewährten Helden rekrutiert. Noch viele Jahre nach dem Krieg – praktisch bis zum Zusammenbruch des Kommunismus – spielten die Kriegsgeschichten eine wichtige und unentbehrliche Rolle in öffentlichen politischen Reden, insbesondere solcher anlässlich entscheidender historischer Momente: um auf dringende verfassungsrelevante, politische oder wirtschaftliche Änderungen aufmerksam zu machen, um in die internationale Politik einzugreifen, um politische Gegner auszuschalten, usw.

Es ist also nicht übertrieben, zu sagen, dass der Kommunismus in Jugoslawien so lange andauerte, wie die Mehrheit der Menschen von den Kriegsgeschichten fasziniert war. Die Überzeugungskraft dieser Geschichten war direkt proportional dazu, wie ernst die Gefahr eines neuen Krieges dem Volk präsentiert wurde. Der „real existierende Sozialismus“ war grundsätzlich von den Bemühungen und der Effizienz des inneren und des äußeren Feindes abhängig. An dieser Stelle muss eine wichtige Analogie gezogen werden: Das Scheitern der Wirtschaftsreformen in

40 Smith, Anthony. *The Ethnic Origins of Nations*, Blackwell, Oxford, 1986, S. 56.

den 1960er und 1970er Jahren waren für die Politik der Arbeiterklasse, die Wohlstand für alle versprach, wie die europäische Entspannungspolitik für Titos ethnische Politik.<sup>41</sup>

Es ist schwer zu sagen, was mehr zum Zusammenbruch des Regimes beigetragen hat: die immer gravierendere Wirtschaftskrise oder der immer schwächer werdende äußere Feind. Auch wenn es auf den ersten Blick paradox erscheinen mag, die Entwicklung der demokratischen Fähigkeiten des Staates – zum Beispiel das Öffnen der Grenzen und der erfolgreiche Aufbau einer Tourismusindustrie, wodurch der deutsche Massentourismus an die Adria vielleicht am meisten zur Veränderung des gängigen Feindbilds beigetragen hat – unterminierte unmittelbar das ethnopolitische Fundament der politischen Ordnung.

Zu diesem Zeitpunkt war der Mangel an staatsbürgerlicher Identität bereits offenkundig. Die Lockerung der Kontrolle über die Gesellschaft seitens der Regierung führte zu einer steigenden Differenzierung der Bürger in Form eines noch stärker ausgeprägten ethnischen Pluralismus. Zudem war die von der kommunistischen Ideologie versprochene Integration der Gesellschaft auf dem Pfad gestrauchelt, der für den wichtigsten und zuverlässigsten gehalten wurde. Der wichtigste Bestandteil der zwischenethnischen jugoslawischen Bruderschaft war die serbokroatische Bruderschaft, und diese beiden Völker sollten die Hauptparteien des föderalen Vertrages werden. Und genau an diesem Zeitpunkt der zwischenethnischen Beziehungen, die Aussicht auf eine wahrhaftige staatsbürgerliche Integration hatten (ihre jeweiligen Sprachen wurden sogar in eine Sprache verschmolzen), zeigten sich die inhärenten ethnischen Grenzen der Integration. Tatsächlich offenbarten sich die Grenzen kultureller Assimilation, die nicht überschritten werden dürfen, wenn die gegebene Ethnizität erhalten wer-

den soll. Wie der Nationalismus des Kroatischen Frühlings in den frühen 1970er Jahren – der so viele Menschen für sich einnahm, dass man ihm den Namen MASPOK („Massenbewegung“) gab – zeigte, war es die relativ erfolgreiche staatsbürgerliche Integration des föderalen Staates, der den Mechanismus der ethnischen Trennung auslöste, ausgerechnet als die Unterschiede zwischen Kroaten und Serben am Verschwinden waren. Angesichts der tragenden Rolle der Ethnopolitik kann gefolgert werden, dass der stete Aufbau einer jugoslawischen staatsbürgerlichen Identität zum Zusammenbruch eines gemeinsamen Staates geführt hat.

### **Der Bosnienkrieg und der Auftritt der inländischen Fremden**

Der letzte Krieg, der in BiH tobte, nachdem der Kommunismus und auch Jugoslawien zusammengebrochen waren, war von entschieden anderer ethnischer Art. Selbstverständlich waren die wahren Fremden auch dieses Mal mit von der Partie. Jede der Krieg führenden Parteien hatte Beweise für die „imperiale Einmischung“ auf der anderen Seite der Front. Wenn wir uns aber die Hauptakteure ansehen, war dies ein Krieg zwischen lokalen ethnischen Gruppen oder besser gesagt, selbstbewussten ethnischen Nationen. Der „leere Raum“ (C. Lefort) des tödlichen Feindes wurde von einer neuen Figur besetzt, die des „inländischen Fremden“. Es besteht kein Zweifel, dass dieser Krieg diesen Nationen zu vollem Selbstbewusstsein verholfen hat, d. h. sie wurden sich noch fremder als jemals zuvor. Die so genannte zwischenethnische Distanz – die nach dem Krieg in Erscheinung trat und auch 15 Jahre danach noch besteht, wenn nicht gar verstärkt – belegt das. Aber ebenso wichtig ist die Tatsache, dass die plötzliche Entdeckung einer wahrhaftig fremden ethnischen Kultur in der eigenen Nachbarschaft bereits vor Ausbruch des

41 Bei einem Treffen in Neapel, als der Krieg noch andauerte, soll Winston Churchill Tito, den kommunistischen Führer und späteren jugoslawischen Präsidenten auf Lebenszeit, gefragt haben, wie er gedachte, die verschiedenen Völker Jugoslawiens zusammen zu halten, in Anbetracht ihrer beträchtlichen historischen, kulturellen und sprachlichen Unterschiede. „Wenn uns jemand angreift“, antwortete Tito, „werden wir wie ein Volk darauf reagieren“. Darauf Churchill: „Und was ist, wenn Sie nicht angegriffen werden?“. Siehe Ristić, Irena. „‘Hell Is Other People’: Kinships among the Yugoslav Nations“, *Valahian Journal of Historical Studies* (9/2008), S. 103-107.



① © Photos.de.tibo

*Moschee und Kirche in Bosnien.*

Konflikts bedeutete, dass eine der entscheidenden Voraussetzungen für den Krieg erfüllt war. Es konnte nicht von einem Vertrauensverlust in das kommunistische Regime und in dessen Ideologie gesprochen werden, hätte die offizielle Interpretation des nationalen Befreiungskrieges bei den Massen nicht seine Glaubwürdigkeit eingebüßt. Wenn man die wesentliche Rolle der Kriegsgeschichten bedenkt, ist es schnell nachvollziehbar, warum die Aussicht auf den Zusammenbruch des Regimes eine Krise der bestehenden ethnischen Identität auslöste und auch das dringende Bedürfnis, sie zu verändern zur Folge hatte. Das sogenannte „Feuer des Ethnonationalismus“, das in den späten 1980er Jahren in der jugoslawischen Bevölkerung ausbrach, ist im Grunde nichts anderes als der Ausdruck zahlreicher ideologischer Versuche, diesem dringenden Bedürfnis nach einer Neuinterpretation der kollektiven Identität nachzukommen, aber dieses Mal über eine Neudefinition und Konsolidierung.

Warum musste die Schwächung der starken Bande der Brüderschaft zu einer Konfrontation der ethnischen Gruppen führen? Erstens, weil als unmittelbare Folge Zweifel aufkamen, ob diese Gruppen weiterhin in derselben politischen Gemeinschaft leben konnten. Wie wir gesehen haben, war die grundsätzliche Voraussetzung für die Schaffung der jugoslawischen politischen

Gemeinschaft ein neues Bewusstsein über die brüderliche Verbundenheit lokaler Gemeinschaften, das nach dem Zusammenbruch der letzten Regime entstanden war. Dies bildete die Grundlage ihrer Verbundenheit in „Brüderlichkeit und Einheit“, in der der Unterschied zwischen dem Zwischenethnischen und dem Innerethnischen im Begriff war, zu verschwinden. Zweitens war das Hauptziel des Ethnonationalismus, der die Ideologie des Titoismus ersetzt hatte, die ethnische Gruppe als moderne politische Gruppe neu zu definieren: als Nation. Obwohl die modernen politischen Bewegungen des nationalen Wiederauflebens in den postjugoslawischen Ländern ihre Wurzeln mindestens im 19. Jahrhundert haben, ist der aktuelle Ethnonationalismus bestrebt, seine Anhänger davon zu überzeugen, dass die lokalen Zielgemeinschaften, denen sie angehören, als ethnische Gruppen betrachtet werden, solange sie mit anderen in einer gemeinsamen politischen Gemeinschaft vereint sind. Aus diesem Grund begannen die verschiedenen ethnischen Gruppen unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Kommunismus unerbittlich um ihren eigenen nationalen Staat zu kämpfen. Für Bosnien und Herzegowina als komplexes multiethnisches Land, das laut ZAVNOBiH<sup>42</sup> von 1943 „weder serbisch, noch kroatisch, noch muslimisch, sondern gleichermaßen serbisch, kroatisch und muslimisch“ ist, hatte dies tragische Folgen. Hier nahm der Kampf der ethnischen Gruppen für ihren eigenen souveränen Staat durch die „ethnischen Säuberungen“ die Form eines Kampfes um Gebiete an, der in dem Genozid von Srebrenica gipfelte.

Im lokalen Kontext wird das relationale Wesen der ethnischen Identität offenkundig.<sup>43</sup> Die Ethnopolitik in Kriegszeiten, die diese Identität bildet, weist sie als eine Identität aus, die der des Feindes gegenübergestellt wird. Der Krieg gegen einen neuen Feind hat die zuvor angenommene Identität eindeutig verändert, wenn man berücksichtigt, dass ethnische Nachkriegsidentität in

42 ZAVNOBiH (Antifaschistischer Befreiungsrat für die Völker von Bosnien und Herzegowina) wurde im November 1943 als höchstes Regierungsorgan der anti-faschistischen Bewegung in BiH während des Zweiten Weltkrieges gegründet unter dem Dachverband der jugoslawischen Partisanen, AVNOJ.

43 Siehe z.B. Ph. Poutignat und J. Streiff-Fenart. *Théories de l'ethnicité*, PUF, Paris, 1995.

erster Linie bedeutet, diese Identität nicht mit dem Hauptfeind in diesem Krieg zu teilen. In den bosnisch-herzegowinischen ethnischen Gemeinschaften in Titos Widerstandsbewegung identifizierten sich Kroaten, Serben und Muslime als Antifaschisten und Nicht-Deutsche (was die Grundlage für ihre Bruderschaft darstellte). Im Krieg in den 1990er Jahren fühlten sich die bosniakischen Muslime vorrangig als Nicht-Serben und Nicht-Kroaten, die Kroaten als Nicht-Serben und Nicht-Bosniaken und die Serben als Nicht-Kroaten und Nicht-Bosniaken.

Andererseits muss die ethnische Identität ihrem Wesen nach den Anschein ihrer lange währenden, generationenübergreifenden Kontinuität wahren. Die widersprüchliche, doppelte Notwendigkeit, die hier auf dem Spiel steht – Veränderung vs. Kontinuität der Identität – trifft auf eine Art Erzählung, in der die Interpretation des letzten Krieges die Neuinterpretation aller relevanten früheren Kriege beinhaltet. Daher ist die Neuinterpretation des vorletzten Krieges angesichts des letzten Krieges von besonderer Bedeutung, da genau diese Neuinterpretation die Gefahr einer doppelten ethnischen Identität effektiv vorbeugt und die Veränderung der Identität mit ihrer Kontinuität unter einen Hut bringt.

Wie erklärt die vorherrschende gegenwärtige Ethnopolitik, die vorgibt, als Urpolitik nahezu allen einflussreichen politischen Ausrichtungen und Parteienplattformen eine Art „Tiefengrammatik“ zu bieten, die lokale zwischenethnische Verfeinerung? Vornehmlich, indem sie den Hang anderer Gruppen zum Bösen und ihren verborgenen oder erklärten Willen, ihren Nachbarn zu schaden, als Ergebnis ihrer grundsätzlichen Verpflichtung zur Kollaboration auslegt: In der Vergangenheit sind sie eine militärische Allianz mit einem „echten fremden Feind“ eingegangen. Wenn die Verbindung zwischen „ethnisch fremd sein“ und „Feind sein“ aus Sicht der Ethnopolitik eine natürliche und unzertrennliche ist, liegt das in einer jahrhundertelangen kollektiven Erfahrung mit großen Im-

perien und deren Invasionen begründet. Was eine benachbarte Gemeinschaft fremd, und demnach feindselig, macht, ist etwas, das mit ihrem kulturellen Erbe zusammenhängt, das sie unter dem assimilierenden Einfluss eines Imperiums erworben hat. Kollaboration und Assimilation sind lediglich zwei Gesichter – das eine zu Kriegszeiten, das andere zu Friedenszeiten – einer imperialen Anwesenheit, die das vorherrschende Verständnis von Ethnizität im Herzen im gemeinschaftlichen Wesen ethnisch Anderer vorfindet. Es ist diese Anwesenheit, die sie zu „inländischen Fremden“ macht. Das wahre Wesen einer benachbarten Ethnizität wird als fremde Kultur aufgefasst, sobald sie von einem mächtigen Eindringling übernommen wurde. Es stimmt, dass heutzutage jede ethnische Gruppe ihr imperiales Erbe glorifiziert und es in ihrer eigenen, echten Kultur wiedererkennt. „Unsere Kultur“ und „deren Kultur“ werden in „unserem kollektiven Gedächtnis“ wie „gut“ und „böse“ unterschieden. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, der im Grunde das turbulente Ergebnis der eiligen Wiederherstellung des ethnischen Selbst jener Menschen war, die bis zum vorherigen Tage in der brüderlichen jugoslawischen Union zusammengelebt hatten, brachte auf wundersame Weise eine Wirklichkeit hervor, in der die imperialen Regimes der Vergangenheit – Byzanz, das Osmanische Reich, Österreich-Ungarn und sogar die jugoslawische Föderation – koexistierten. Der Aufwand, mit dem authentische ethnische Traditionen erfunden wurden, auferlegt vom Zeitalter des Postkommunismus, führte zu einer Wiederbelebung des bestehenden und des fiktiven Bodensatzes der vergangenen Assimilationsprozesse. So haben kleine Nationen wieder einmal auf eine jahrtausendalte Strategie für ihr ethnisches Überleben zurückgegriffen: Die Assimilation, die unter dem früheren imperialen Regime eine tödliche Gefahr darstellte, wird zu einer mächtigen Waffe zur Verteidigung „unserer eigenen Identität“ gegen die Assimilation durch ein gegenwärtiges imperiales Regime, während tatsächlich „deren fremde Kultur“ vergangener Tage zu „unserer wahrhaftigen Kultur“ von heute wird.<sup>44</sup>

44 Siehe U. Vlajavljević. „The War Constitution of the Small Nations of the Balkans, or ‚Who is to be reconciled in Bosnia and Herzegovina?‘“, *Transeuropéennes*, Paris, Nr 14/15, 1998/99, S. 125-141.

## Aussicht auf Versöhnung

Wie stehen die Chancen für eine Versöhnung der ethnischen Gruppen in BiH? Ist eine Versöhnung überhaupt möglich? Stimmt es nicht, dass sich im Herzen ihrer Identitäten kollektive Kriegsakteure finden? Kann der Kriegszustand oder der letzte Krieg für sie jemals beendet werden, wenn die Assimilation durch den Frieden nicht weniger gefährlich ist als die Vernichtung durch den Krieg? Es ist eher ungewiss, insbesondere wenn man bedenkt, dass diese ethnischen Gemeinschaften die Assimilation als Kriegsakteure bekämpfen. In Zeiten, in denen lange Assimilationsdruck ausgeübt wurde, waren die Erinnerungen an den verlorenen Krieg, der fremde Kulturen und Gewohnheiten in ihr Land gebracht hatte, überlebensnotwendig. Das kollektive Gedächtnis ethnischer Gruppen ist in erster Linie eine Erinnerung an den letzten Krieg, an der die Menschen hängen, um zu überleben. Den letzten Krieg zu vergessen bedeutet, dass diese Gemeinschaft ihre ethnische Identität für immer verlieren wird. Falls das vermeintliche Ziel der Versöhnung einer endgültigen Befriedung all jener gleichkommt, die sich einverstanden erklärt haben, sich zu versöhnen – und dies ist der einzige Weg, auf dem wahrer Frieden erreicht werden kann, in dem alle ehemaligen Krieg führenden Parteien verschwinden – dann scheint es, dass diese Versöhnung eine ernste Gefahr für das ethnische Wesen der lokalen ethnischen Gemeinschaften darstellt (die sich natürlich als moderne Nationen betrachten).

Aber wäre es nicht übertrieben, an der Möglichkeit einer Versöhnung derer zu zweifeln, die bis vor kurzem noch brüderlich zusammenlebten oder, noch wichtiger, deren multiethnische Koexistenz in Bosnien und Herzegowina Jahrhunderte überdauerte? Doch wenn wir diese bemerkenswerten Koexistenz verherrlichen – und dafür gibt es viele gute Gründe – sollten wir die eiserne Faust der vergangenen imperialen Regime nicht vergessen. Viel zu lange hat die Koexistenz im Rahmen von Militärregimen stattgefunden, die von ausländischen Mächten eingesetzt wurden. Diese Regime haben die ethnischen Gruppen, wie wir sie heute kennen, geschaffen oder zumindest maßgeblich mitgestaltet, da sie unterschiedliche

religiöse Gruppen in verschiedene Positionen bezüglich der staatlichen Autorität setzten. Daher überrascht es nicht, dass jede ethnische Nation der Gegenwart das eine oder andere imperiale Regime der Vergangenheit als Modell ihrer bevorzugten kulturellen und politischen Ordnung neu interpretiert und es in seinem kollektiven Gedächtnis auch mühsam wiederherstellt.

Soll das etwa heißen, dass unter den gegebenen Umständen die einzig wahre Form der Versöhnung die des Titoismus ist, der Ideologie, die eine radikale Ablehnung des imperialen Erbes forderte? Damit eine derartige Ideologie Erfolg haben konnte, mussten alle ethnischen Gruppen dieselbe – unbestritten schlechte – Erfahrung mit einer imperialen Invasion gemacht haben, und genau die hatte ihnen Hitler geliefert. Als revolutionäre Befreiungsbewegung verbreitete der Kommunismus eifrig anti-imperiale Meinungen und Gefühle. Auf diese Weise wurde die zwischenethnische Nähe nicht nur auf dem Schlachtfeld und im Geiste ihrer revolutionären Ideologie eingehalten, sondern ebenfalls auf der ethnokulturellen Ebene: Ethnizität war erfolgreich von ihrer imperialen Hintergrundkultur getrennt worden.

Von dieser Last der Vergangenheit befreit, waren sich die südslawischen ethnischen Gruppen, die über Jahrhunderte in verschiedenen imperialen Regimen gelebt hatten, auf nie da gewesene Weise näher gekommen. Doch an dieser Nähe schien ihre ethnische Kultur zu verarmen. Ihre präimperialen, ja prähistorischen Urethnizität, die sich auf ihre gemeinsamen slawischen Wurzeln bezog, erwies sich als zu abstrakt und schwach, ohne substanziellen kulturellen Inhalt. Der Versuch, die Überreste der früheren Assimilationen zu beseitigen, erwies sich als vergeblich. Es ist also nicht verwunderlich, dass man nach dem Zusammenbruch des Kommunismus hören konnte, dass sie unter Tito eine falsche ethnische Identität erdulden mussten.

Gleichwohl war es eine Zeit, in der nicht nur zwischenethnischer Frieden herrschte, sondern auch eine Versöhnung in der beispielhaften Form einer Bruderschaft stattfand. Wenn eine derartige Versöhnung aber als die wünschenswerteste

Form der Versöhnung der Gegenwart gelten soll, sind ihre Zukunftsaussichten relativ dürrig. Wir sollten nicht vergessen, dass was gestern als echte Versöhnung gefeiert wurde, tatsächlich nur eine Versöhnung innerhalb der Gemeinschaft eines einzelnen Kriegers war. Die gegenwärtige Versöhnung der Akteure des letzten Krieges kann nicht über einen vergrößerten Krieger, einer multiethnischen Armee, erreicht werden. Die sozialistische Gesellschaft, die unter Tito aufgebaut wurde, war keine staatsbürgerliche Gesellschaft, aber er legte das Fundament für eine solche Gesellschaft, indem er die diversen ethnischen Gruppen in eine „Brudergemeinschaft“ zusammenführte. Aber es war die Befriedung der militanten kommunistischen Gesellschaft und ihre allmähliche Verwandlung von einer ethnischen in eine staatsbürgerliche Gemeinschaft, die letztlich zu der gewaltsamen Teilung führte.

Was steht heute einer Versöhnung im Wege? Für eine Versöhnung gibt es anscheinend nicht besonders viel Bewegungsspielraum, man darf es nicht übertreiben. Die bosnischen und herzegowinischen (ethnischen) Nation würden es nicht zulassen, zurück in die alte brüderliche Gemeinschaft gezwungen zu werden. Um ihre ethnische Einzigartigkeit zu bewahren, müssen sie sich weiterhin fremd bleiben, im emphatischen Sinn des Wortes. Da diese Nationen unterschiedliche Kriegerakteure sind, muss man ihnen gegenüber eine vorsichtige, wenn nicht gar feindliche Haltung einnehmen, um ein benachbartes Volk als „fremd“ wahrzunehmen. Gerade jetzt, da sie sich offen mit den ehemals aufgezwungenen imperialen Kulturen identifizieren, könnte jeder Schritt in Richtung ihrer gegenseitigen Annäherung in Politik und Kultur die Angst vor Assimilation auslösen. Wie soll man das Konzept der Versöhnung anders verstehen als die Abschaffung der spirituellen Kriegernatur einer gegebenen Gemeinschaft? Im lokalen Kontext würde dies definitiv zur Abschaffung ihres ethnischen Wesenskerns führen. Wenn mit der Versöhnung nicht die Befriedung

des militanten Wesens einer ethnischen Gruppe beabsichtigt ist, sprechen wir dann immer noch von Versöhnung? Das größte Hindernis für die Versöhnung ist kein irgendwie gearteter ideologischer Nebel, der aufgelöst werden müsste.

Die lokalen ethnischen Gruppen sind sich nicht fremd geworden, weil sie von der Illusion eines Ethnonationalismus überwältigt wurden. Die größte Schwierigkeit, eine friedliche Koexistenz zu erreichen, liegt darin, dass die ethnische und zwischenethnische Nachkriegsrealität nicht auf der Grundlage irgendeines ideologischen Abbilds der Wirklichkeit aufgebaut ist, sondern auf den Schilderungen des letzten Krieges, mit denen beabsichtigt wird, die realste aller Wirklichkeiten zu beschreiben: die Wirklichkeit des Krieges.<sup>45</sup> Erkenntnistheoretisch ausgedrückt wird die aktuelle Kriegsschilderung als „verifizierter Ethnonationalismus“ dargestellt.

## Das Fortbestehen der Ethnopolitik

Das Prinzip der Nationalität inspirierte und trieb die Kräfte an, die zum Zusammenbruch Jugoslawiens führten, und wurde als wichtigstes Prinzip der Legitimierung beim Aufbau der postjugoslawischen politischen Einheiten herangezogen.<sup>46</sup> Da es als ein Prinzip mono-ethnischer Nationalität konzipiert war, d. h. auf ein Prinzip der Ethnizität reduziert wurde, ist es berechtigt, von der jüngsten postkommunistischen Vergangenheit auf dem Westbalkan als von einem Zeitalter der Ethnopolitik zu sprechen. Wie wir gesehen haben, wird die Ethnopolitik als Instrument eingesetzt, Kriegsgeschichten zu produzieren, in denen jede Nachkriegsrealität als eine erinnerte Kriegsrealität dargestellt wird. Das reduzierte Prinzip der Nationalität, das als Richtlinie für die Interpretation der gegebenen politischen und sozialen Realität angenommen wird, wird durch die mittlerweile etablierte Überzeugung verstärkt, dass die moderne Geschichte des Balkans – die einen Befreiungskrieg nach dem anderen

45 Zum Begriff der Kriegsrealität als ultimative Realität, siehe: U. Vlajević. „South Slav Identity and the Ultimate War-Reality“, in: D. I. Bjelić and O. Savić (Hrsg.). *Balkan as Metaphor: Between Globalization and Fragmentation*, The MIT Press, Cambridge Massachusetts, London, England, 2002, S. 191-208.

46 Siehe Miller, David. *On Nationality*, Clarendon Press, Oxford, 1995.

aufweist – im Grunde das allmähliche Zustandekommen einer, wenn man so will, „Teleologie der Geschichte“ (E. Husserl) darstellt, deren Ziel die Schaffung eines mono-ethnischen Nationalstaates ist. Diese Art Staat wird als krönende Vollendung aller vergangenen Schlachten und Kriege, des Widerstandes gegen die Assimilation und kultureller Wiedergeburten angesehen. Nach dieser Auffassung ist das Endziel der Geschichte die endgültige Beendigung der Fremdherrschaft, wodurch eine kleine Nation schließlich dem Staatenbund des Imperiums enttrinnen kann.

In der Endphase der Geschichte der nationalen Befreiung erwiesen sich mindestens zwei oder drei Imperien als deren Hauptakteure. Sämtliche secessionistischen Nationalismen, die zum Zusammenbruch Jugoslawiens beigetragen haben, neigten dazu, den föderalen sozialistischen Staat als auferzwungene Fremdherrschaft anzusehen. Die Europäische Union aber, unterstützt durch die USA, schien ein ungewöhnliches Imperium zu sein, da sie das grundsätzlich angestrebte Ziel der lokalen Ethnopolitik – eine ethnische Gemeinschaft in einem Staat – akzeptierte und sogar förderte.

Das Epos der Befreiung, das Herzstück jeder historischen Erklärung im ethnopolitischen Zeitalter, bezieht sich stets auf Imperien und erzählt die Geschichte zahlreicher Einverleibungen und die anschließende Befreiung daraus. Die aktuelle epische Geschichtserzählung, die laut Definition die Handlungen aller vorhergegangenen Epen miteinbeziehen sollte, endet mit einer glorreichen Schilderung darüber, wie es „unserer Nation“ gelang, sich vom kommunistischen Imperium abzuspalten. Dieser finale ethnische Befreiungsschlag kündigt das goldene postimperiale Zeitalter an.

Wenn der Zusammenbruch Jugoslawiens vom Prinzip der Nationalität, als einem Prinzip der staatlichen Legitimität, inspiriert wurde, kann davon ausgegangen werden, dass der Grund für den Zusammenbruch des einen Regimes und der Grund für die Schaffung eines anderen ein und derselbe ist. Können wir folglich behaupten, dass die mangelnde Legitimität des „totalitären“ Einparteienregimes damit zweifellos bewiesen ist?

Bis zum Schluss hatte dieses Regime keine freien und demokratischen Wahlen veranstaltet, um seine Legitimität unter Beweis zu stellen. Als endlich Wahlen abgehalten wurden, brach das Regime zusammen. Wir könnten allerdings auch geltend machen, dass das Regime ein derart riskantes Verfahren zur Prüfung seiner Legitimität erlaubte, als diese drohte, verloren zu gehen. Vielleicht war die Entscheidung, Mehrparteienwahlen abzuhalten, bereits ein Zeichen der fatalen Schwäche der bestehenden Form von Legitimität.

Die kommunistischen Ideologen stellten der vom Volk in Kriegszeiten getroffenen Wahl das Ritual der Stimmabgabe, das sie verlachten, gegenüber. Titos Politik war eine Politik der Siege, die durch das gewaltige Opfer, das geleistet wurde, unantastbar gemacht wurde. Es war eine Politik, die der strengsten Prüfung standgehalten hatte und deren Anhänger bereit waren, ihr Leben dafür zu geben. Eine derartig geheiligte Politik duldet keine Opposition. Sogar in Friedenszeiten mussten die politischen Gegner des Regimes als Feinde des Volkes behandelt werden, und für ihre Beseitigung waren alle Mittel recht. Es ist die Ethnopolitik, die aus Titos Politik eine Freund-Feind-Politik macht (C. Schmitt).

Von größerer Bedeutung in Zeiten der postkommunistischen Transformation ist allerdings die Kontinuität der Ethnopolitik, und es ist eine Frage der Legitimität der aktuellen Politik, welche diese Kontinuität offenkundig macht. Die jüngste Nachkriegspolitik strebt danach, weiterhin unantastbar zu bleiben, trotz der neu eingeführten „legal-rationalen Legitimität“ (M. Weber) freier Mehrparteienwahlen. Die Politiker an der Macht erinnern ihr Volk stets an seine große Schuld: Weder die gefallenen Soldaten noch die zivilen Kriegsoffer würden eine radikale Befreiung der vorherrschenden politischen Überzeugungen und Ansichten und den Verlust ihres ethn nationalen Wesens zulassen. Man müsste den politischen Einfluss, den die Verbände der Veteranen heute in der Region haben, untersuchen, bzw. wie diese von Politik und Staatsbürokratie manipuliert werden, um alte präpolitische Instrumente zur Legitimierung des Regimes, preiszugeben.

## Die ethnischen Enklaven des staatsbürgerlichen Nationalismus

Die Teilung Jugoslawiens wäre nicht erfolgreich gewesen, wenn seitens der EU und der internationalen Gemeinschaft nicht der feste Wille bestanden hätte, das Prinzip der Ethnonationalität als oberstes Prinzip der Staatslegitimation anzuwenden. Es gibt genügend Gründe dafür, dass die EU aus lokaler Sicht als Imperium wahrgenommen wird – ein mächtiger internationaler Akteur und Stakeholder neben den USA. Die zahlreichen und häufigen Interventionen dieses Staatenbundes vor, während und nach dem Krieg wurden als Interventionen eines relativ starken, aber doch seltsamen Imperiums gewertet. Als in den militärischen und diplomatischen Interventionen hier und da staatsbürgerliche und pazifistische Elemente in Erscheinung traten, verrieten diese lediglich die Schwäche dieses Imperiums. Die EU ist ein ungewöhnliches Imperium, ein Imperium postimperialen Zeitalters, weil es gegenüber kleineren Nationen nicht als feindselige, alles in sich aufnehmende Macht auftritt. Auch wenn darüber gestritten werden kann, ob die EU das erste Imperium der Geschichte ist, das die Abtrennung ehemals eingebundener Entitäten von bestehenden Imperien oder Quasi-Imperien ausdrücklich erlaubt und vorschreibt, scheint seine mutmaßliche imperiale Strategie des Teilens und Herrschens ethnischen Gruppen nach wie vor Selbstbestimmung zu versprechen.

Die Folgen, das Prinzip der ethnischen Teilung als Staatenbildungsprinzip heranzuziehen, sind auf der aktuellen politischen Landkarte des Westbalkans deutlich erkennbar. Nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens tauchte eine Traube von Ministaaten auf und durch das Netzwerk ihrer Grenzen wurde ein noch komplexeres Mosaik ethnischer Enklaven erkennbar. Allerdings wurde nur Bosnien und Herzegowina als echter multiethnischer Staat erhalten, d. h. als eine trinationale Vereinigung von Bosniaken/Muslimen, Kroaten und Serben.<sup>47</sup> Angesichts der Weiterfüh-



① kathycsus

Monument zum Gedenken an das Massaker in Srebrenica.

zung der Ethnopolitik von einem Regime zum nächsten, der neuen Realität gestärkter ethnischer Identitäten und der nahezu konsequenten Umsetzung des reduzierten Nationalitätenprinzips, überrascht es nicht, dass in 15 Jahren Frieden nur BiH es nicht geschafft hat, sich zu einem gefestigten Nationalstaat zu wandeln. Es scheint, dass diese Möglichkeit ausschließlich ethnisch homogenen Staaten vorbehalten ist, wie Slowenien als einziger secessionistischer Staat, der Mitglied der EU geworden ist, auf beeindruckende Weise gezeigt hat.

Während der monolithische Nationalstaat in der EU integriert ist, muss sich das national heterogene BiH nach wie vor mit dem Anhang 4 des Friedensabkommens, das am 1. November 1995 in einer US-amerikanischen Militärbasis nahe Dayton unterzeichnet wurde, als Verfassung zufriedengeben.<sup>48</sup> Die Pattsituation bezüglich der Änderungen einer Verfassung, die unter dem Schirm des großen amerikanischen Imperiums angefertigt wurde, dauert seit Jahren an und hat zu Meinungsverschiedenheiten und Konflikten

47 Zum Begriff der Vereinigung und dem Platz, den „das tot geborene Bosnien“ darin haben könnte, siehe M. Walzer. *On Tolerance*, Yale University Press, New Haven and London, 1997, S. 22-24.

48 Siehe z. B. Kaufman, Joyce P. *Nato and the former Yugoslavia*, Rowman & Littlefield Publishers, 2002, S. 124.

zwischen den lokalen Führern geführt, die an den Verhandlungen teilnehmen. Ausländische Soldaten wachen über einen fragilen Frieden im Land: Nachdem die NATO ihre SFOR-Mission 2004 beendete, startete die Europäische Union eine militärische Operation (EUFOR – Operation ALTHEA) und zeigte eine „starke militärische Präsenz“ mit der gleichen Kampfkraft wie ihr Vorgänger (7.000 Soldaten).<sup>49</sup> Während Soldaten die Umsetzung militärischer Aspekte des Friedensabkommens von Dayton überwachten, beschäftigte sich das Büro des Hohen Vertreters (OHR), der gleichzeitig der EU-Sonderbeauftragte (EUSR) ist, vorrangig mit zivilen Angelegenheiten. Kürzlich wurde der österreichische Diplomat Valentin Inzko als siebter Hoher Vertreter in BiH auf diesen Posten berufen. Gemäß der Definition seiner Tätigkeit hat sich das Land noch „nicht zu einer friedlichen und funktionsfähigen Demokratie entwickelt, mit Aussicht auf eine Integration in die euro-atlantischen Institutionen“, solange der Vertreter im Amt ist.<sup>50</sup> Mit jedem neuen Vertreter wächst die Hoffnung, er sei der Letzte auf diesem Posten, und die drei letzten versprochen sogar, das Büro zu schließen. In der Zwischenzeit besteht BiH als Semi-Protectorat, das noch keine staatsbürgerliche Politik hervorgebracht hat, die in der Lage wäre, die ethnische Trennung und Konflikte zu überwinden.<sup>51</sup> Abgesehen von der außergewöhnlichen und noch komplizierteren Lage in Kosovo, fällt BiH hinter die anderen Länder der Region auf seinem Weg in die europäische Integration. Ironischerweise ist dies einer der Hauptgründe, weshalb dieser Staat in gewisser Weise direkt in die EU integriert ist: durch militärische Streitkräf-

te (EUFOR), Polizeikräfte (EUPM) und eine unabhängige Behörde (EUSR), die dank der speziellen Bonner Befugnisse sogar den höchsten staatlichen Behörden übergeordnet ist. Diese Befugnisse, die dem Hohen Vertreter erlauben, Gesetze zu erlassen und hinderliche Politiker zu entlassen, werden zwar als letzte Instanz verstanden, doch wird dadurch ein Platz freigehalten für einen letzten europäischen Monarchen. So hat es den Anschein, dass BiH, weil es nicht ausreichend in die Union integriert werden kann, auf eine mehr oder wenig klassisch-imperiale Weise eingegliedert wird. An dem Tag, an dem dieses Land in der Lage ist, ohne diese Macht auszukommen, wird es integriert werden. Nennen wir es ein Paradox post-imperialer Eingliederung.

Könnte es sein, dass in der Dayton-Verfassung durch die Zugeständnisse an die Krieg führenden Parteien, als diese für Kompromisse noch gar nicht bereit waren, der ethnopolitischen Realität zu viel Bedeutung beigemessen wird? Der Staat ist in zwei Gliedstaaten, sogenannte Entitäten, gegliedert: die Serbische Republik und die bosniakisch-kroatische Föderation, während das politische System auf ethnischer Gruppenvertretung aufgebaut ist (Verhältnismäßigkeit in der Regierung, Vetorecht für vitale Interessen, Prinzip der Teilautonomie, usw.).<sup>52</sup> Beide Entitäten haben einen eigenen Präsidenten, Regierung, Parlament, Polizei und Justizwesen. Wie Florian Bieber anmerkte, „waren derartige Lösungen auf kurze Sicht nützlich, um die Situation nach dem Krieg zu stabilisieren,“ doch auf lange Sicht „können sie das Entstehen von überspannen-

49 Siehe die offizielle Seite der Eufor-Mission in BiH:

[http://www.euforbih.org/eufor/index.php?option=com\\_content&task=view&id=12&Itemid=28](http://www.euforbih.org/eufor/index.php?option=com_content&task=view&id=12&Itemid=28)

50 Das Büro des Hohen Vertreters (OHR) ist als internationale ad hoc-Institution verantwortlich für die Überwachung der Umsetzung staatsbürgerlicher Aspekte des Abkommens, der den Krieg in Bosnien und Herzegowina beendete. Der Posten des Hohen Vertreters wurde im Rahmen des *Allgemeinen Rahmenabkommens für Frieden in Bosnien und Herzegowina (Dayton-Abkommen)* geschaffen, das in Dayton, Ohio ausgehandelt und am 14. Dezember 1995 in Paris unterzeichnet wurde. Der Hohe Vertreter, der gleichzeitig der Sonderbeauftragte der Europäischen Union (EUSR) in Bosnien und Herzegowina ist, arbeitet mit den Menschen und Institutionen in BiH sowie mit der internationalen Gemeinschaft mit dem Ziel, in BiH eine friedliche und stabile Demokratie zu verwirklichen, auf seinem Weg zur Integration in die euro-atlantischen Institutionen. Siehe: <http://www.ohr.int>

51 Belloni, Roberto und Hemmer, Bruce. „Bosnia-Herzegowina: Civil Society in a Semi-Protectorate“, in: Paffenholz, Thania (Hrg.). *Civil Society and Peacebuilding: A Critical Assessment*, Lynne Rienner Publishers, Ch. 7 (erscheint im Herbst 2009), S. 223. [http://www.socsci.uci.edu/~bhemmer/7%20Bosnia%20\\_final%20\\_2\\_%20no%20figures%20ss.pdf](http://www.socsci.uci.edu/~bhemmer/7%20Bosnia%20_final%20_2_%20no%20figures%20ss.pdf)

52 Schneckener, Ulrich. „Models of ethnic conflict regulation. The politics of recognition“, in Schneckener, Ulrich und Wolf, Stefan (Hrg.). *Managing and Settling Ethnic Conflicts*, Hurst & Company, London, 2004, S. 18-39.

den Identitäten verhindern und so ethnische Identitäten weiter verhärten“.<sup>53</sup> Ein in der aktuellen politischen Debatte überall im Land heiß diskutiertes Brandthema ist die Frage, ob die bestehenden verfassungsmäßigen Regelungen, welche die Grundlage des ethnoföderalen Staates bilden, das Land vor dem Zusammenbruch bewahren oder diesen zwangsläufig herbeiführen werden. Vielleicht ist der Hauptgrund für diesen Zerfall, der in den heutigen großen und ziemlich homogenen territorialen Blöcken ethnischer Trennung und in der andauernden Ineffektivität der gemeinsamen staatlichen Institutionen am deutlichsten in Erscheinung tritt, dass diese Institutionen nicht in der Realität verwurzelt sind. Es gibt drei ethnische Nationen aber keine bosnisch-herzegowinische Gesellschaft. Angesichts des inhärent streitlustigen Wesens dieser „brüderlichen Gemeinschaften“, sollte diese Gesellschaft wahrhaftig staatsbürgerlich sein: nicht eine Gemeinschaft von „Waffenbrüdern“ sondern eine „Bürgergemeinschaft“.<sup>54</sup> Vielleicht sollte an dieser Stelle gesagt werden, dass es vor dem Krieg eine bosnisch-herzegowinische Gesellschaft gab, aber die Antwort darauf könnte sein, dass es sich dabei eher um eine jugoslawische „militante Gesellschaft“ in einem dauernden Ausnahmezustand handelte. Diese gegenwärtigen ethnischen Nationen streben danach, ihre „Gesellschaft“ in einem derartigen „Kriegszustand“ zu halten.

### **Der wesentliche Mangel im Begriff der Staatenbildung im Westbalkan**

Was hat es also mit der „mangelnden Staatsbürgerlichkeit“ in dem Drei-Nationen-Staat wirklich auf sich? Ist das auch in den relativ gefestigten Nationalstaaten in der Region der Fall, und wenn ja, in welchem Maße? Könnte es sein, dass das Prinzip der Nationalität, das Grundprinzip hinter ihrer Entstehung und fester Bestandteil ihres Fundaments, sie vor diesem Mangel bewahrt hat? Wenn dieses Prinzip aufgrund der inakzeptablen Folgen einer endgültigen Teilung nicht auf

BiH angewendet werden kann, ist nicht gerade diese Unmöglichkeit ein grundlegendes Prinzip der Staatlichkeit dieses Landes? Weist die gegenwärtige Unfähigkeit Bosnien und Herzegowinas sich als Nationalstaat zu konsolidieren vielleicht auf den wesentlichen Mangel einer unbedingt erforderlichen Konsolidierung hin? Wenn das der Fall ist, was wären die Folgen, nicht nur für dieses Land, insbesondere in einer Zeit, in der die berühmte Konsolidierung in der vorherrschenden Strategie, weitere Bedingungen für den EU-Beitritt zu stellen, die Voraussetzung aller Voraussetzungen zu sein scheint? Die mangelnde nationale Konsolidierung hat offensichtlich etwas mit der multiethnischen Zusammensetzung des Landes zu tun. Vielleicht liegt das einzige Problem darin, dass es in BiH keine starke ethnische Mehrheit gibt. Anders als in seinen Nachbarstaaten können seine Bürger nicht als „Brüdergemeinschaft“ auftreten. Genau genommen haben wir es hier mit drei potenziell oder bereits virulent nationalen Konsolidierungen zu tun, die für einen gemeinsamen Staat leider zu unterschiedlich sind. Es ist eine bittere Ironie, dass die in den Wirren des Krieges und der Nachkriegszeit als ethnisch homogene Gliedstaaten geschaffenen bosnisch-herzegowinischen Entitäten (heute hat jede konstitutive ethnische Nation ihre eigene politische Ordnung in dem Gebiet, in dem es eine Mehrheit hat) höchstwahrscheinlich genau so gut (oder besser) als ihre Gegenüber (Nationalstaaten) in der Region funktionieren würden. Die offensichtliche Überschneidung zwischen dem Grundprinzip der ethnischen Säuberung, d. h. schlichtweg dem Prinzip der Vernichtung, und dem Prinzip der Anerkennung und Bildung postkommunistischer Staaten in der Region, muss weitreichende Folgen haben. Obwohl die Organisation und Aufrechterhaltung der für die Massenvernichtung notwendigen Mittel ohne die Mitwirkung eines gut funktionierenden Staatsapparats nicht denkbar ist, konnte Den Haag im Namen Europas keinem Staat eine „Verantwortung“ nachweisen.

53 Bieber, Florian. „Institutionalising Ethnicity in the Western Balkans: Managing Change in Deeply Divided Societies“, ECMI Working Paper No 19, Flensburg, ECMI, 2004.

54 Siehe Schnapper, Dominique. *Community of Citizens, On the Modern Idea of Nationality*, Transaction Publishers, New Brunswick and London, 1998.

Vielleicht sind die wiederholt gescheiterten Konsolidierungsversuche Bosnien und Herzegowinas ein Hinweis auf einen wesentlichen Mangel im Begriff der Staatenbildung im Westbalkan. Diesem Mangel, den ich „staatsbürgerlichen Mangel“ genannt habe, begegnen wir in den ethnisch homogenen Enklaven nicht, in denen der Staat die staatsbürgerlichen Voraussetzungen für eine neue, postkommunistische Kultur schafft und die ethnische Mehrheit automatisch, praktisch von heute auf morgen in eine „Bürgergemeinschaft“ umwandelt. Die engagierten Nationalisten und Separatisten von gestern werden glühende Verfechter des „Verfassungspatriotismus“. Ohne jeglichen Prozess der Zivilisierung von Nationalismus kann der Staat seiner Ethnopolitik „staatsbürgerliche Aussichten“ verschaffen. Deshalb ist es wichtig, bei der Analyse der politischen Situation in der Region eine spezifische Dialektik zwischen den beiden Beziehungsarten zum Staat nicht außer Acht zu lassen: die der Mehrheitsnation und die der Minderheitsnation. Es ist eine andere Art der Beziehung, auch wenn Nationen, unabhängig davon, wie groß sie sind, wie es der Fall in BiH ist, rechtlich als gleichwertig anerkannt werden.

So wie die politischen Vertreter der Serben in Jugoslawien in ihrem staatsbürgerlichen Nationalismus gegen den separatistischen Nationalismus anderer „Brudernationen“ kämpfen mussten, müssen heute die Führer der Bosniaken gegen den separatistischen Nationalismus der Serben und Kroaten in BiH kämpfen. Es ist die ethnopolitisch definierte Beziehung zu dem jeweiligen Staat, die für die so genannte nationale Frage der einzelnen Nationen ausschlaggebend ist. Im Gegensatz zur Mehrheitsnation drückt die Minderheitsnation ihre Haltung zum Staat unter ethnischen Gesichtspunkten aus, entweder in Form einer Forderung für zwischenethnische Gleichberechtigung oder in Form eines mehr oder weniger militanten separatistischen Nationalismus.

Im Nachkriegsbosnien ist offenkundig, wie diese ethnopolitisch definierte Haltung die Parteipolitik beherrscht und so die Menschen zu Bosniaken, Kroaten oder Serben macht, ungeachtet dessen, ob diese Politik nationalistisch ist oder nicht. Der bosnisch-serbische Politiker Mi-

lorad Dodik, der seit den Wahlen 2006 nicht nur verglichen mit anderen Politikern seiner Ethnie, sondern im ganzen Land hoch in der Wählergunst steht, führt die *Sozialdemokratische Partei* an und verfolgt die Ziele einer deutlich definierten separatistischen Agenda: Entweder ist die serbische Republik unabhängig genug, um als serbische Staatsorganisation zu handeln oder, falls das in Frage gestellt wird, sollte sie sich von BiH abspalten. Während der letzten drei Jahre wird Dodik, Premierminister der serbischen Entität, seitens der Politiker der Nation kein nennenswerter Widerstand entgegengebracht. Die bosniakische politische Klasse betrachtet den gemeinsamen Staat als ihren eigenen Nationalstaat. Wenn Nationalismus vorrangig als separatistischer Nationalismus aufgefasst wird, wie es in diesem Land der Fall ist, scheint es, dass es unter den Bosniaken (bosnischen Muslimen) keine Nationalisten mehr gibt. Dieses nationalpolitische Segment ist weitestgehend politisch, im eigentlichen Sinne des Wortes, und relativ komplex: In Ermangelung von entschiedenen Nationalisten gibt es die Mitte und die Linksgerichteten, Sozialdemokraten und Liberale, staatsbürgerlich-nationale und patriotische Parteien, jene, die sich an die Bosniaken (und an alle anderen Bürger) und jene, die sich an alle (aber vor allem an die Bosniaken) richten.

Es gibt drei führende bosniakische Parteien, und ihr Profil könnte ethnopolitisch über das Begriffspaar staatsbürgerlich/ethnisch definiert werden, je nachdem, wo sie jeweils den Schwerpunkt setzen. Die *Partei der demokratischen Aktion*, als bosniakische Nationalpartei mit Sulejman Tihić als Vorsitzenden, der Alija Izetbegović, den Gründungsvater der modernen bosniakischen Nation, abgelöst hat, ist vorrangig ethnisch ausgerichtet. Die *Partei für Bosnien und Herzegowina*, eine liberal-konservative Partei unter dem Vorsitz von Haris Silajdžić, der Izetbegović' Partei 1996 verließ, steht für den bosniakischen Staatspatriotismus ein und setzt damit die Konzepte ethnisch und staatsbürgerlich gleich. Die dritte einflussreiche Partei ist die *Sozialdemokratische Partei* des Zlatko Lagumdžija, die sich als wahre Erbin des Legats des Titoismus und als zutiefst proeuropäische Partei darstellt. Sie ist in ihrer ideologischen Ausrichtung staatsbürgerlich eingestellt

und möchte auf keinen Fall als ethnisch angesehen werden, und ist dabei doch eine vornehmlich bosniakische Partei, nach der Mehrheit ihrer Aktivistinnen, Anhänger und Wähler zu schließen. Es ist demnach wahr, dass sich die Sozialdemokratie im Land großen Beliebtheit erfreut, vor allem wegen nostalgischer Erinnerungen an die Zeit unter Tito, doch ist sie ethnisch in eine serbische und eine bosniakische Sozialdemokratie gespalten.

An vorderster Front der bosnisch-kroatischen politischen Bühne befinden sich zwei Parteien – tatsächlich zwei Fraktionen, die sich von der einst geeinten *Kroatischen Demokratischen Union*, eine bosnisch-herzegowinische Variante von Franjo Tuđmans Partei in Kroatien, abgespalten hat. Die eine wird von Dragan Čović, die andere von Božo Ljubić angeführt. Die kroatische Nationalfrage ist vermutlich die komplizierteste und problematischste in Bosnien und Herzegowina der Nachkriegszeit, angesichts der diesbezüglichen Ratlosigkeit und Bedenken der kroatischen Politiker. Zwar werden die Kroaten als Staatsvolk anerkannt, doch mit gerade einmal 14% der Bevölkerung stellen sie im demografischen Sinne eine Minderheit dar.<sup>55</sup> Nach dem Krieg und den ethnischen Säuberungen in der Region Posavina, heute in der Serbischen Republik, stellten die Kroaten die Mehrheit im südwestlichen Teil des Landes, Herceg-Bosna genannt, eine offiziell nicht anerkannte Phantomentität. Sie wurde 1996

aufgelöst, existiert aber nach wie vor als ein spezifisches kroatisches Gemeinwesen. Die Unentschlossenheit der bosnisch-kroatischen Politiker, wie ihre lebenswichtigen nationalen Interessen verfolgt und geschützt werden können, bewegt sich im typischen Rahmen der Minderheitsnationalismen: Einerseits gibt es separatistische Tendenzen hin zu einer dritten Entität mit einem hohen Maß an Unabhängigkeit, andererseits wird immer wieder versucht, einen nachhaltigen multiethnischen Staat zu bilden. Die Anhänger dieser Option lehnen den staatsbürgerlichen Nationalismus der bosniakischen Mehrheitsnation ab und plädieren für einen starken Begriff ethnokultureller Gerechtigkeit.<sup>56</sup> Bei den jüngsten Gesprächen über mögliche Verfassungsänderungen waren es folglich meist kroatische Politiker, die meinten, die Lösung des bosnischen Problems bedürfe nicht nur der Gleichheit aller Bürger, sondern ebenso der Gleichheit der „begründenden Nationen“. Wie in anderen multiethnischen Staaten ist die Forderung nach Gerechtigkeit seitens der kleinsten Minderheit am stärksten. Das größte Problem dieser Politik besteht darin, dass beide Optionen relativ düstere Aussichten haben: Ein konsequenter Minderheitenseparatismus kann die Kroaten in eine Situation führen, in der sie sich eines Tages in einer wahren Enklave eingesperrt sehen, während eine konsequente Forderung nach ethnokultureller Gerechtigkeit zunehmend unrealistisch erscheint.



**Ugo Vlaisavljević** (1957) ist Professor für Philosophie an Universität Sarajevo. Er lehrt Sprachphilosophie am Institut für Philosophie und Soziologie sowie Erkenntnistheorie der Sozialwissenschaften am Institut für Psychologie. Vlaisavljević hat weitgehend über Phänomenologie von Post-/strukturalismus, Semiotik und politische Philosophie veröffentlicht. Zurzeit ist er Chefredakteur der Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften *Dialogue* (Sarajevo) und Mitglied der Redaktionsleitung der internationalen Zeitschrift *Transeuropéennes* (Paris). Vlaisavljević hat zahlreiche Artikel unter anderem auf Englisch, Französisch und Deutsch veröffentlicht.

55 Etwa halb so viele wie vor dem Krieg. Siehe die Webseite des „Council of American Ambassadors“, <http://www.americanambassadors.org/index.cfm?fuseaction=publications.article&articleid=130>

56 Mehr zum Konzept der ethnokulturellen Gerechtigkeit, siehe W. Kymlicka and M. Opalski. *Can Liberal Pluralism be Exported?*, Oxford University Press, 2001, pp. 136-9 *et passim*.



## **DRITTER TEIL**

Die Länder der früheren Sowjetunion: die neuen östlichen  
Nachbarn der EU



FRASER CAMERON

## Die Osteuropa-Politik der Europäischen Union

### Einleitung

Als die Sowjetunion vor knapp zwei Jahrzehnten zusammenbrach, wurde viel über ein gemeinsames Haus Europa gesprochen, von Vancouver bis Wladiwostok. Auf der KSZE-Konferenz in Paris verabschiedeten Regierungschefs im November 1990 die *Charta von Paris für ein neues Europa*,<sup>1</sup> voller Hoffnung auf eine schöne neue Welt, in der Konflikte friedlich gelöst würden und die Institutionen nicht mehr exklusiv, sondern inklusiv agierten. Die Erwartungen waren in den Jahren 1989-91 sehr hoch. Akademiker schrieben über das Ende der Geschichte und über den Sieg des liberalen Kapitalismus. Präsident Bush sprach von einer neuen Weltordnung. Nachdem sie jahrzehntelang unter dem fürchterlichen Gleichgewicht des Schreckens, der wechselseitig zugesicherten Zerstörung (*mutual assured destruction* (MAD)) gelebt hatten, konnten sich die Europäer nun zusammenschließen und Russland und andere Staaten aus der ehemaligen Sowjetunion in das europäische Haus einladen. Ein Lichtstreif zeigte sich am Horizont.

Doch kaum war die Tinte auf der Charta von Paris getrocknet, verfiel Jugoslawien dem mörderischen Nationalismus. Zur gleichen Zeit fiel Saddam Hussein in Kuwait ein, um dessen riesige Ölvorkommen an sich zu reißen. In Jugoslawien unternahm die EU und die USA nur wenig, um das Blutvergießen zu beenden. Doch im Persischen Golf kam in Windeseile eine von den USA angeführte Koalition zusammen, um die Streitkräfte Saddams Husseins aus Kuwait zu vertreiben. Worin lag der Unterschied? Zyniker behaupten, in einem Wort mit zwei Buchstaben: Öl. Die Realpolitik war mit einem Schlag zurückgekehrt.

Die Erwartungen nach dem Zusammenbruch des Kommunismus waren hoch und auf beiden

Seiten machte man sich Hoffnungen, dass die EU in der Lage sei, eine politisch-wirtschaftliche Ordnung herzustellen, die für den gesamten Kontinent gilt. Es dauerte jedoch nicht lange bis deutlich wurde, dass ein System, das für eine Kerngruppe ähnlich gesinnter Staaten Westeuropas mit einem vergleichbaren Bruttoinlandsprodukt pro Kopf funktioniert, nicht ohne Weiteres in den Osten exportiert werden konnte. Es dauerte viele Jahre, bis die EU den Wandel in Ostmitteleuropa herbeiführen konnte, mit der Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft als Köder. Eine entsprechende Veränderung in Russland und Osteuropa war indes nicht möglich, da hier besagter Köder nicht angeboten wurde. Zum jetzigen Zeitpunkt bestehen berechtigte Zweifel daran, dass die Veränderungen um die Jahrhundertwende in Ostmitteleuropa nicht von Dauer sein werden. Die weltweite Wirtschaftskrise bedroht das gesamte Haus Europa der Nachkriegszeit und die jüngst begonnene Politik der *Östlichen Partnerschaft* der EU wird in der Region nicht so begeistert aufgenommen wie erwartet. Das Angebot, das sich an die Ukraine, Moldawien, Belarus, Georgien, Armenien und Aserbaidschan richtet, schließt ausdrücklich die Aussicht auf eine Mitgliedschaft in der EU aus, wonach diese Länder jedoch alle streben.

Im Gegensatz zu den anderen osteuropäischen Ländern ist es Russland nicht daran gelegen, der EU beizutreten. Es ist bestrebt, sich als Großmacht zu etablieren, mit einem konkreten Mitspracherecht in den Angelegenheiten seines „nahen Auslands“, in dem 25 Millionen ethnischer Russen beheimatet sind. Die Beziehungen zwischen der EU und Russland waren in den letzten beiden Jahrzehnten schwierig und haben mit der Georgienkrise im August 2008 einen neuen Tiefpunkt erreicht. Die EU hatte erfolgreich eingegriffen, um einen Waffenstillstand zu erreichen, doch die russische Invasion in Georgien erinnerte viele an die

1 <http://www.osce.org/item/4047.html?lc=DE>

sowjetische Invasion in die Tschechoslowakei 40 Jahre zuvor. Die Bereitwilligkeit Moskaus, Gewalt anzuwenden und seine Energielieferungen für politische Zwecke zu missbrauchen mahnte daran, dass Russland nicht nur als Großmacht zurück war, sondern auch daran, dass es bereit war, die EU in den Belangen der euphemistisch genannten „gemeinsamen Nachbarschaft“ herauszufordern. Es war nicht zu übersehen, dass die EU und Russland sehr unterschiedlicher Ansicht waren über den Grad an Autonomie, den diese gemeinsamen Nachbarn haben sollten, insbesondere was die Außen- und Sicherheitspolitik betrifft.<sup>2</sup>

### Erwartungen vs. Wirklichkeit

In allen ehemaligen Sowjetrepubliken bestanden zum einen eine große Unkenntnis über die EU (und die NATO) und zum anderen überzogene Erwartungen bezüglich der schnellen Mitgliedschaft in diesen Klubs. Diese Unkenntnis ist einfach zu erklären: Während des Kalten Krieges wurde die EU maßgeblich ignoriert oder als „wirtschaftlicher Arm der NATO“ beschrieben. Der NATO wurden gewaltige eigene Streitkräfte zugeschrieben (falsch) sowie ein Masterplan, um den eurasischen Kontinent zu unterwerfen (falsch) und sowohl die EU als auch die NATO standen im Verdacht, Russland schwächen zu wollen (falsch). In Osteuropa gab es so gut wie kein Verständnis für die politischen Beweggründe der EU und wenig für eine geteilte Souveränität. Für viele Länder war eine Mitgliedschaft in der EU vergleichbar mit der Aufnahme in jeder anderen internationalen Organisation. Es gab kein Verständnis für die Anstrengungen, die unternommen werden mussten, um die Aufnahmekriterien zu erfüllen. Seitens der EU gab es die naive Hoffnung, dass Russland nach der Abwendung von der gescheiterten Planwirtschaft den Weg zum liberalen Kapitalismus einschlagen und so unweigerlich demokratischere Züge annehmen würde. Es dauerte eine Weile bis die Illusionen beider Seiten einem realistischeren Bild wichen.

### Russland

Der plötzliche Zusammenbruch und die Auflösung der Sowjetunion waren traumatische Erfahrungen für die führende Elite und die Millionen Anhänger der kommunistischen Partei. Präsident Gorbatschow hat mehrfach betont, dass er die Auflösung der Sowjetunion nicht beabsichtigt hatte.<sup>3</sup> Aber die kommunistische Partei war ideenlos und als deutlich wurde, dass sie keine Gewalt anwenden würde, um das Imperium zu retten, gerieten die Dinge schnell außer Kontrolle. Zuerst brachen die baltischen Staaten weg, gefolgt von der Ukraine und den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken. Russland übernahm die gesetzlichen Verpflichtungen der Sowjetunion sowie ihren Sitz im UN-Sicherheitsrat. Boris Jelzin wurde zur Symbolfigur des neuen Staates als er mit einer russischen Fahne in der Hand auf einen der Panzer kletterte, die ihn aus dem Amt drängen sollten. Die Welt staunte über seinen Mut.

Boris Jelzin übernahm einen arg beschnittenen Staat mit einer schwachen politischen Kultur und einer Wirtschaft im freien Fall. Moskau war bis zu diesem Zeitpunkt als Hauptstadt einer Supermacht betrachtet worden, die neben den USA einen ständigen Sitz an den wichtigsten Tischen innehatte. Für viele Russen war der Paradigmenwechsel schwer zu verkraften. Über Nacht hatten sie ihr Reich, ihre Ideologie und ihren Status als Supermacht verloren. Witze kursierten, die Russland als „Obervolta mit Raketen“ karikierten. Rückblickend ist es bemerkenswert, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion mit nur sehr wenig Blutvergießen verlief. Die Auflösung anderer Weltreiche, etwa das der Briten (Indien) oder das der Franzosen (Vietnam), war deutlich blutiger ausgefallen. Und wie wir aus westeuropäischer Erfahrung wissen, dauert es viele Jahre, das imperiale Bewusstsein hinter sich zu lassen.

Anfangs versuchte Jelzin die russische Außenpolitik pro-westlich auszurichten, was ins-

2 Siehe hierzu auch den Artikel, Landaburu, Eneko. „It's time for hard choices on EU-Russia relations“, *Europe's World*, Frühjahr 2009:

<http://www.europesworld.org/NewEnglish/Home/Article/tabid/191/ArticleType/articleview/ArticleID/21349/Default.aspx>

3 Gorbatschow, Michail S. *Erinnerungen*. Siedler, Berlin 1995.



© jimforest

*Jeltsin auf einem Panzer im August 1991.*

besondere die Ernennung von Andrei Kosyrew als Außenminister verdeutlichte. Für die EU war Russland in den frühen 1990er Jahren nicht vorrangig. Sie war mit institutionellen Regelungen (Maastricht-Vertrag), dem Balkanproblem, Assoziationsabkommen und der technischen Unterstützung der ostmitteleuropäischen Staaten und den Vorbereitungen für die Norderweiterung beschäftigt. Nur eine geringe Anzahl von Beamten war mit Russland und den ehemaligen Sowjetrepubliken befasst und dabei ging es in erster Linie um Handelsfragen. Politische und sicherheitspolitische Aspekte waren Angelegenheit der dafür viel besser ausgestatteten Mitgliedsstaaten. Allerdings vergab die EU, und hier allen voran das dankbare Deutschland, großzügige Darlehen an Russland, sie bot ihre Unterstützung in Wirtschaftsfragen an und versuchte, Russland an die euro-atlantischen Strukturen heranzuführen. Russland wurde 1994 Mitglied des Europarats, auch wenn einige Mitglieder dies als verfrüht betrachteten. 1996 trat Russland dem NATO-Programm *Partnerschaft für den Frieden* (Partnership for Peace – PfP) bei und 1997 schuf Bill Clinton einen Teilnehmerplatz für Russland in der G8. Für eine vollwertige Mitgliedschaft war der Zeitpunkt noch nicht gekommen.

Das erste Abkommen zwischen der EU und Russland war ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA), das 1994 unterzeichnet

wurde.<sup>4</sup> Die Handelsbestimmungen traten sofort in Kraft, das Abkommen insgesamt jedoch erst im Dezember 1997, zunächst für zehn Jahre. Das PKA umfasste Handel, wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit (einschließlich der Bereiche Energie, Umwelt, Transport, Weltraumforschung und zivile Bereiche), politischer Dialog und gemeinsame Verpflichtungen (Europarat und OSZE) bezüglich der Demokratie und der Menschenrechte. Darüber hinaus befasst es sich mit Justiz und Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der illegalen Migration, des Drogenhandels, der Geldwäsche und der organisierten Kriminalität.

Der nächste große Schritt war die Verabschiedung einer gemeinsamen EU-Strategie gegenüber Russland im Juni 1999.<sup>5</sup> Damit sollte die Politik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten möglichst einheitlich gestaltet werden. In der Praxis wurde mit der Gemeinsamen Strategie gegenüber Russland der wesentliche Inhalt des PKA neu formuliert: „Ein stabiles, demokratisches und prosperierendes Russland, das fest in einem geeinten Europa ohne neue Trennungslinien verankert ist, ist essenziell für einen dauerhaften Frieden auf dem Kontinent.“ Russland profitierte auch von dem Programm zur technischen Unterstützung Tacis. Bis 2006 erhielt Russland insgesamt fast 5 Milliarden Euro, doch die Auswirkungen des Programms sind nur schwer abzuschätzen. In den ersten Jahren flossen die meisten Mittel in den Energiesektor, in die Unternehmensförderung und in die Personalentwicklung. Ab 1999 wurde das Programm zugunsten höher gesteckter Ziele umstrukturiert. Gefördert wurden die Verbesserung der Transport-Infrastruktur, Grenzkontrollen und Umweltmaßnahmen. Vernachlässigt wurden Manager-Training, Landwirtschaft (nicht weniger als ein Drittel der russischen Bevölkerung lebt auf dem Land), Reaktorsicherheit, Verbrechens- und Korruptionsbekämpfung. Russland behauptet, die meisten Tacis-Programme hätten nicht viel gebracht und der Großteil der Mittel sei für die Bezahlung der EU-Berater verwendet worden.

4 [http://www.del.rus.ec.europa.eu/en/p\\_243.htm](http://www.del.rus.ec.europa.eu/en/p_243.htm)

5 [http://ec.europa.eu/justice\\_home/doc\\_centre/external/russia/doc\\_external\\_russia\\_de.htm](http://ec.europa.eu/justice_home/doc_centre/external/russia/doc_external_russia_de.htm)

Unter dem PKA wurden jährlich zwei EU-Russland-Gipfel abgehalten. Außerdem gab es jährliche Gesprächsrunden auf Ministerialebene (Kooperationsräte) sowie ad hoc einberufene Kooperationsausschüsse (selten öfter als einmal pro Jahr). Darüber hinaus beschäftigen sich neun Unterausschüsse mit technischen Fragen und diverse Arbeitsgruppen treffen sich halbjährlich, um sich über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) auszutauschen. Die Treffen des Gemeinsamen Parlamentarischen Kooperationsausschusses bieten Abgeordneten des Europäischen Parlaments und der Duma Gelegenheit, sich besser kennenzulernen. Ein Manko des PKA sind allerdings die fehlenden Treffen auf mittlerer bürokratischer Ebene, die die Beziehungen maßgeblich voranbringen könnten.

Das Thema Menschenrechte spielte in den Beziehungen zwischen der EU und Russland schon immer eine bedeutende Rolle. Im PKA stimmte Russland den vom Europarat und der OSZE definierten Standards und Verpflichtungen zu. Aber eine Serie von Morden an Journalisten (vor allem der Mord an Anna Politkowskaja) und Menschenrechtsaktivisten haben Russlands Ansehen diesbezüglich nachhaltig geschadet. Ein weiterer Streitpunkt fand sich in Tschetschenien, wo Russland zweimal brutale Kriege gegen die Befürworter der Unabhängigkeit der Region führte. Die EU hatte große Mühe, sich Zugang in die Region zu verschaffen, um humanitäre Hilfseinsätze durchzuführen. Doch der Tschetschenien-Konflikt rückte nach den Anschlägen des 11. September 2001 und Präsident Putins Unterstützung des von den USA angeführten Krieges gegen den Terrorismus in den Hintergrund. Die russische Unterstützung der US-Politik führte dazu, dass Washington hinsichtlich der Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien und anderen Schauplätzen in Russland ein Auge zudrückte, was die Anstrengungen der EU, Russland zur Achtung der Menschenrechte zu bewegen, unterminierte.

2003 beschlossen die EU und Russland die Schaffung von „vier gemeinsamen Räumen“<sup>6</sup>. Dabei handelt es sich um ein Maßnahmenpaket zur Zusammenarbeit in Politik und Sicherheit, Wirtschaft und Handel, Justiz und Inneres sowie Bildung, Forschung und Kultur. Eine Entwicklung in Richtung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes ist vom Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO) abhängig. 1993 bewarb sich die russische Regierung erstmalig um eine Mitgliedschaft, doch die Verhandlungen ziehen sich bis Mitte 2009 hin. Jeder Versuch der EU, eine Freihandelszone mit Russland einzurichten, wurde bis zu dessen WTO-Beitritt hinausgezögert. Präsident Dmitri Medwedew tat kürzlich seine Verärgerung diesbezüglich kund und erklärte, dass der Beitrittsprozess zur WTO sich nicht endlos hinziehen solle. „Unsere Position zum Beitritt zur WTO ist unverändert: Die Russische Föderation ist bereit, der WTO zu den normalen, nicht diskriminierenden Bedingungen beizutreten. Wir haben alles Erforderliche getan. Der Beitritt wird verzögert und dies verärgert uns.“<sup>7</sup>

Das womöglich heikelste Thema der Beziehungen zwischen der EU und Russland betrifft die Energielieferungen. Russisches Öl und Gas werden zu über 65% in die EU exportiert. Das Ausmaß, in dem die einzelnen Mitgliedsstaaten beliefert werden, schwankt extrem: Einige Staaten sind vollkommen von Moskau abhängig, andere wiederum nicht. Das meiste Gas gelangt über die Ukraine in die EU und diverse Streitigkeiten zwischen Russland und der Ukraine haben in der Vergangenheit zu schwerwiegenden Unterbrechungen der Lieferungen nach Europa geführt. Die letzte dieser Unterbrechungen Anfang 2009 wurde von der EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner als „das gravierendste Sicherheitsproblem bezüglich Gaslieferungen, das Europa je erlebt hat“ bezeichnet.<sup>8</sup> In der Folge bemüht sich die EU verstärkt um eine Diversifizierung der Energiezulieferungen, deren Umsetzung allerdings noch eine ganze Weile in Anspruch nehmen wird.

6 [http://ec.europa.eu/external\\_relations/russia/common\\_spaces/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/external_relations/russia/common_spaces/index_en.htm)

7 *Novosti*, 4 April 2009, <http://en.rian.ru/russia/20090404/120920092.html>

8 Rede "After the Russia / Ukraine gas crisis: what next?" Chatham House, London, 9. März 2009: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/100>

Einige diesbezügliche Vorhaben sind umstritten, so wurde etwa der Vorschlag einer Nordeuropäischen Gasleitung (Nord Stream Pipeline) unter der Ostsee zwischen Russland und Deutschland von Politikern Polens und der baltischen Länder heftig kritisiert. Andere wiederum bezweifeln die Durchführbarkeit der geplanten Nabucco-Pipeline, über die Erdgas aus Aserbaidschan und anderen Ländern nach Europa fließen könnte. Viele betrachten Russland ausschließlich aus der Perspektive seiner Rohstoffe und glauben, dies verleihe Moskau großen Einfluss. Natürlich sind die riesigen Rohstoffvorkommen Russlands ein mächtiges Instrument, auf der anderen Seite ist die EU jedoch Russlands wichtigster Öl- und Gasabnehmer. Gazprom erwirtschaftet über 70% seiner Gewinne aus den Exporten in die EU. Russland und die EU sind sich über die Bestimmungen der Energiecharta und des Transitprotokolls<sup>9</sup> bezüglich der Verwendung von Pipelines uneinig. Für die Erneuerung seiner veralteten Infrastruktur im Energiesektor ist Russland auf Finanzierung, Technologie und Know-how der EU angewiesen. In diesem Bereich deutet alles auf eine Zusammenarbeit hin, von der beide Seiten nur profitieren können, doch die westlichen Unternehmen fürchten um ihre Investitionen in Russland, angesichts mangelnder Rechtsstaatlichkeit und nach den schlechten Erfahrungen, die einige Großinvestoren bereits machen mussten.

Unter Jelzin war Russland gegenüber der EU relativ gleichgültig eingestellt. Dies änderte sich mit der EU-Osterweiterung und ihrer schrittweisen Entwicklung zu einem internationalen Akteur. Dass Russland zunehmend besorgt war, zeigte sich in dem Manifest *Die Entwicklungsstrategie Russlands bis zum Jahr 2010*,<sup>10</sup> das im ersten Amtsjahr Putins veröffentlicht wurde. Es begann mit einer aufsehenerregenden Aussage: „Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sah sich unser Land der Gefahr ausgesetzt, an den Rand der zivilisierten Welt gedrängt zu werden, wenn es den Anschluss auf sozialer, technologischer und wirtschaftlicher Ebene verliert.“ Putin betonte die unauflösl

Verbindung von Fortschritt im eigenen Land und Russlands Ansehen im Ausland nach „jahrzehntelanger Stagnation“. Dem „außenpolitischen Konzept“ der Russischen Föderation, welches Präsident Putin am 28. Juni 2000 verabschiedete, ist zu entnehmen: „Unsere Beziehung zu der Europäischen Union ist von grundlegender Bedeutung. Die Entwicklungen innerhalb der EU wirken sich zunehmend auf die Situationsdynamik in Europa aus.“ An anderer Stelle wird gesagt: „Die sich herausbildende militärisch-politische Dimension der EU sollte genau beobachtet werden.“<sup>11</sup>

Diese eher positive Beurteilung der EU sollte nach der Erweiterung 2004 um mehrere Staaten, die entweder Teil der Sowjetunion gewesen waren oder von ihr kontrolliert wurden, infrage gestellt werden. Diese Staaten forderten ein strengeres Vorgehen der EU gegen Russland und einige unter ihnen (z. B. Polen und Litauen) waren auch bereit, bilaterale Streitigkeiten zu nutzen, um die Eröffnung von Verhandlungen über ein neues PKA mit Russland zu verhindern. Im Gegenzug suchte Russland verstärkt Kontakt zu den größeren EU-Mitgliedern, insbesondere Deutschland, Frankreich und Italien, in dem Versuch, die EU „zu teilen und beherrschen“. Schließlich gelang es der EU, sich auf ein Verhandlungsmandat für Gespräche mit Russland zu einigen und derzeit laufen Verhandlungen über ein neues Abkommen. Zweifellos werden diese Verhandlungen alles andere als einfach und zügig über die Bühne gehen. Und es wird nicht einfach sein, das neue Abkommen durch alle 27 Mitgliedsstaaten und das Europäische Parlament ratifizieren zu lassen. Dies wird im hohen Maße vom Ansehen Russlands zu diesem Zeitpunkt abhängen.

Russland betrachtet die EU und die NATO oftmals durch ein und dieselbe Brille, auch weil sich die Mitglieder beider Organisationen zum großen Teil decken. Während Russland die EU-Erweiterung zähneknirschend akzeptierte, hat es sich nie mit der NATO-Erweiterung abgefunden, auch wenn es der Pfp beigetreten ist und der

<sup>9</sup> <http://www.encharter.org/>

<sup>10</sup> Vollständiger Text (auf Englisch) unter <http://www.russiaeurope.mid.ru/strategy2010.html>

<sup>11</sup> <http://www.kremlin.ru/eng/text/docs/2008/07/204750.shtml>

Schaffung des NATO-Russland-Rates zugestimmt hat. Die Beziehungen zur NATO verschlechterten sich nach der Bombardierung Serbiens und der Anerkennung eines unabhängigen Kosovo extrem. Die vermeintliche Hegemonialstellung der USA und deren Ankündigung, Raketen in Polen und der Tschechischen Republik zu stationieren, schürten den Unmut Moskaus nur weiter. Einer der Gründe für Russlands heftige Reaktion in Südossetien war auch, seine grundsätzliche Ablehnung der NATO-Erweiterung um Georgien (und der Ukraine) klarzustellen. Im Frühjahr 2009 verbesserten sich die Beziehungen allmählich, nachdem sich die NATO bereit erklärt hatte, die Gespräche mit Russland fortzusetzen und, in den Worten der US-Außenministerin Hillary Clinton, mit einer „einheitlicheren Zielsetzung“ zusammenzuarbeiten. Auf dem G20-Gipfel in London beschlossen die Präsidenten Medwedew und Obama zudem, Gespräche über ein neues Abkommen über Atomwaffenrüstungskontrolle zu beginnen.

## Ukraine

Die Ukraine hatte als unabhängiger Staat zwei schwierige erste Jahrzehnte. Bereits vor ihrer Entstehung hatte Präsident Bush angekündigt, er bezweifle, dass eine unabhängige Ukraine wirklich sinnvoll sei. 1994 unterzeichneten die EU und die Ukraine ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA),<sup>12</sup> das 1998 in Kraft trat und ähnliche Bestimmungen wie das PKA mit Russland enthielt. 1999 beschloss die EU eine Gemeinsame Strategie gegenüber der Ukraine, aber ähnlich wie die Gemeinsame Strategie gegenüber Russland erreichte sie nicht viel und wurde einige Jahre darauf wieder verworfen. Seit 2007 sind Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen im Gange, mit der Aussicht auf einen groß angelegten Außenhandelsverband als Kernelement. Die Verhandlungen sind weit fortgeschritten, doch ist ein Abschluss noch nicht abzusehen.

Bezüglich der gegenseitigen Erwartungen haben die EU und die Ukraine in der Vergangenheit oft aneinander vorbeigeredet. In den frühen 1990er Jahren erklärte sich die EU bereit, die Ukraine in der postkommunistischen Übergangsphase zu unterstützen. Es folgte die Zeit der Partnerschaft, gemäß den Auslegungen des PKA, darauf die Nachbarschaft, nachdem die Ukraine in die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) aufgenommen wurde. Heute wird von einer „Beziehung in Partnerschaft und Nachbarschaft“ gesprochen, auf der Grundlage der im Mai 2009 in Prag gegründeten neuen *Östlichen Partnerschaft* der EU.<sup>13</sup> Die ENP enthielt einen gemeinsam beschlossenen Aktionsplan zur Wiederannäherung der Ukraine an die EU. Aber da sie die Mitgliedschaft in der EU nicht in Aussicht stellte, hat sich Kiew nie ganz in der ENP engagiert und setzte sie nur stellenweise um. Die neue Östliche Partnerschaft ist ebenfalls nur mit mäßigen Erwartungen begrüßt worden, da auch sie nicht einmal im Ansatz die Möglichkeit einer Mitgliedschaft der Ukraine in der EU erwähnt.

In der Ukraine besteht parteiübergreifend der Wunsch nach einer Aufnahme in der EU (bezüglich der NATO ist man geteilter Meinung). 1998 legte der Präsident eine Strategie für eine Annäherung des Landes an die EU, und im September 2000 verabschiedete die Regierung ein „Programm zur Integration der Ukraine in die Europäische Union“, das explizit eine Mitgliedschaft in der EU anstrebt. 2002 hat die Ukraine begonnen, ihre Gesetzgebung – wenn auch zuweilen etwas zögerlich – an die der EU anzugleichen.<sup>14</sup> Es besteht kein Zweifel, dass die Ukrainer von der Unfähigkeit der EU, ihnen eine Mitgliedschaft in Aussicht zu stellen, enttäuscht sind. Umfragen zufolge ist die Befürwortung der EU von 65% im Jahr 2002 auf nur 45% in 2008 gesunken.<sup>15</sup> Nicht wenige vertreten die Ansicht, dass sich das Land schneller und erfolversprechender gewandelt hätte, wenn es eine solche Aussicht gegeben hätte. Doch die EU-Politiker argumentieren, dass ein

12 [http://ec.europa.eu/external\\_relations/ukraine/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/external_relations/ukraine/index_en.htm)

13 [http://ec.europa.eu/external\\_relations/eastern/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/external_relations/eastern/index_en.htm)

14 <http://www.mfa.gov.ua/mfa/en/400.htm>

15 <http://uceps.org.ua/eng/socpolls.php>

derartiges Angebot nicht infrage käme, solange die EU-Bevölkerung eine erneute Erweiterung größtenteils ablehne und die Ukraine den bestehenden Verpflichtungen nicht nachgekommen sei. Darüber hinaus hat das Ansehen der Ukraine in der EU durch die krisenbedingte massive Kreditaufnahme durch den IWF 2009 sowie den Gas-konflikt mit Russland ernsthaft gelitten.

## Belarus

Die Beziehungen der EU zu Belarus sind minimal, da die EU-Mitgliedsstaaten weder zulassen, dass das PKA in Kraft tritt, noch einer Teilnahme Belarus' an der ENP zustimmen, solange Präsident Lukaschenka seinen autoritären Kurs beibehält. In einem Positionspapier von 2006 erklärte die EU, dass sie „keine engere Beziehung eingehen kann mit einem Regime, das seinen Bürgern die grundlegenden demokratischen Rechte verweigert. Die belarussischen Bürger sind die ersten Opfer der von ihrer Regierung auferlegten Isolation und werden die ersten sein, die die Vorzüge eines demokratischen Belarus nutzen können.“ Es folgt eine lange Liste von Forderungen an Belarus, etwa das Recht der Bürger zu respektieren, ihre Regierung demokratisch zu wählen, ihnen das Recht auf unabhängige Informationen zu gewähren, Nichtregierungsorganisationen zuzulassen, die Freilassung aller politischen Gefangenen, eine unabhängige Justiz, freie Gewerkschaften, usw. Erst wenn die Regierung Belarus' diesen Weg einschlägt, sei die EU bereit, die Beziehungen zu dem Land zu erneuern. Bis dahin

werde die EU weitere Fördermittel zur Verfügung stellen, die den von der Tschernobyl-Katastrophe betroffenen Gebieten zugute kommen und das Land bei seinem Kampf gegen den Drogenhandel unterstützen sollen.<sup>16</sup>

2009 wurde die angespannte Beziehung durch den Besuch des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), Javier Solana und eine teilweise Aufhebung der EU-Sanktionen etwas gelockert. Auch wurde Belarus eingeladen, einen Vertreter zum Prager Gipfel im Mai 2009 zu entsenden, auf dem die Östliche Partnerschaft begründet werden sollte.

## Republik Moldau

Moldau unterstand in den vergangenen 200 Jahren der Herrschaft der russischen Zaren, des rumänischen Königreichs und der Sowjetunion. Seit 1991 versucht Moldau nun, sich als unabhängige Republik zu behaupten. Für viele Menschen bedeutete die Zeit nach dem Kommunismus den Abstieg in Armut, Korruption und Bürgerkrieg. Vielleicht ist es nicht ganz richtig, die Republik Moldau als postkommunistisches Land zu bezeichnen, da die kommunistische Partei seit 2001 an der Macht ist. Die EU tut sich schwer, gegenüber Moldau die geeignete Politik zu finden. Einerseits soll Moldau die Möglichkeiten des PKA und der ENP voll nutzen, andererseits bestehen wegen des ungelösten Transnistrienkonflikts Bedenken. Der Schlüssel zur Lösung dieses Konflikts liegt in russischer Hand (da die Russen de facto eine Besatzungsarmee in Moldau stationiert haben), doch Moskau ist abgeneigt, ernsthafte Anstrengungen mit Moldau (und der Ukraine) zu unternehmen, um das Problem aus der Welt zu schaffen.

Ein weiteres Problem liegt in der mangelnden Befürwortung des Präsidenten Woronin, früherer Leiter des moldauischen Sicherheitsdienstes, der als Vorsitzender der kommunistischen Partei die größtenteils freien Parlamentswahlen 2001 und 2005 gewann. Das Land ist politisch tief gespalten, wie die Demonstrationen im April 2009



Ölfeld in Aserbaidschan.

zeigten, nachdem Vorwürfe laut wurden, die Parlamentswahlen seien manipuliert worden.<sup>17</sup> Das Land scheint in eine ältere Generation, die für Unterstützung nach Russland blickt, und eine junge Generation, die sich der EU zuwenden will, geteilt zu sein.

2006 führte die EU nach den Maßgaben der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein relativ erfolgreiches Schulungsprogramm für Grenzpolizisten durch. Im Jahr darauf ernannte die EU Kalman Mizsei zum Sonderbeauftragten für die Republik Moldau. Korruption ist nach wie vor ein ernstes Problem und behindert das wirtschaftliche Wachstum. Moldau ist das ärmste Land Europas und ist für über ein Drittel seines Bruttoinlandsprodukts von Zuschüssen abhängig. Während alle Parteien Moldaus die Zukunft des Landes in der EU sehen (50% der Exporte Moldaus gehen in die EU, gegenüber 17% nach Russland), gibt es aus Sicht der EU wenig Anlass, eine Annäherung jenseits der Östlichen Partnerschaft anzustreben.

## Südkaukasus

Dem Südkaukasus wurde seit der Unabhängigkeit von Georgien, Armenien und Aserbaidschan 1991 bis zum Georgienkrieg seitens der EU nicht viel Aufmerksamkeit entgegengebracht. Das lag zum Teil an der Entfernung, an mangelndem Wissen, an der vermeintlichen Instabilität der Region und dem mangelndem wirtschaftlichen Potenzial, abgesehen von den Rohstoffvorkommen. Im Gegensatz dazu verbindet die drei Staaten eine starke europäische Identität, und nach anfänglichem Ausschluss arbeiteten sie hart daran, 2004 in das ENP aufgenommen zu werden. 1996 unterzeichnete die EU PKA mit allen drei Staaten, die 1999 in Kraft traten. Sie waren auch an das Tacis-Programm angeschlossen, mit unterschiedlichen Ergebnissen in den drei Ländern. 2002 ernannte die EU einen Sonderbeauftragten für die Region, Peter Semneby, der große Mühe hatte, die Sichtbarkeit der Region in EU-Kreisen

zu erhöhen. Die Handelsbilanz zwischen der EU und den beiden Staaten Georgien und Armenien ist unbedeutend, bei Aserbaidschan geht es dabei größtenteils um Energielieferungen. Die „Rosenrevolution“ in Georgien brachte der Region gesteigerte Aufmerksamkeit und anfangs schnitt der neue Präsident Saakaschwili gut ab verglichen mit den autokratischen Staatshäuptern Aserbaidschans und Armeniens. Aber das System blieb korrupt und nirgends war man gewillt, sich tatsächlich auf Reformen einzulassen.

Präsident Saakaschwili nutzte die Gelegenheit und die Aufmerksamkeit der Medien, um Georgiens Interesse an einer Mitgliedschaft in der EU und in der NATO bekannt zu geben. Letzteres kam in Russland überhaupt nicht gut an und Moskau begann, Handelsbarrieren für georgische Produkte einzuführen und in Russland lebende Georgier zu schikanieren. Im August 2008 startete Saakaschwili eine Militäroffensive in Südossetien, die zu Vergeltungsmaßnahmen Russlands und zur de facto-Eroberung von Südossetien und Abchasien führte. Dies wiederum beeinflusste die Beziehung Russlands zur EU und zur NATO, indem beide Organisationen für eine Zeit eine Kontaktsperre verhängten. Durch den Konflikt wurde der EU auch eine wichtige Rolle bei der Aushandlung eines Waffenstillstandes mit Russland zuteil. Frankreich, das den EU-Vorsitz innehatte, beeilte sich durch Präsident Sarkozy, Russland zur Unterzeichnung eines Sechspunkteplans zu bewegen, um den Konflikt zu beenden.<sup>18</sup>

Alle beteiligten Staaten haben gewisse Probleme mit ihren Nachbarn und mit regionalen Akteuren. Armenien streitet sich mit Aserbaidschan über Bergkarabach. Es unterhält keine Beziehungen zur Türkei und die Grenze zwischen den beiden Ländern ist geschlossen. Georgiens Beziehungen zu Russland sind ebenfalls gespannt. Aserbaidschan versucht, die Beziehungen zum Iran zu erneuern. Schlüsselemente dabei sind Energie, Rohstoffe und Pipelines. Aserbaidschan besitzt bedeutende Rohstoffvor-

17 So gab die unabhängige investigative moldauische Zeitung Ziarul de Garda an, dass die Wählerlisten auch Namen von Verstorbenen enthielten: [www.garda.com.md](http://www.garda.com.md), [www.aljazeera.net](http://www.aljazeera.net)

18 [http://smr.gov.ge/uploads/file/Six\\_Point\\_Peace\\_Plan.pdf](http://smr.gov.ge/uploads/file/Six_Point_Peace_Plan.pdf)



© European Commission

*Konstantin Zaldastanishvili, Botschafter Georgiens, und Benita Ferrero-Waldner, Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik.*

kommen und würde bei der Verwirklichung der geplanten Nabucco-Pipeline eine tragende Rolle spielen. Auch der Südkaukasus ist für die Transportrouten von Öl und Gas aus Zentralasien, vom Kaspischen Meer und möglicherweise aus dem Iran nach Europa von Bedeutung. Da die drei Staaten an wichtige Länder – Russland, Iran und die Türkei – grenzen, ist es nur konsequent, wenn das ENP bekräftigt, dass die EU „ein gesteigertes Interesse an der Stabilität und der wirtschaftlichen Entwicklung des Südkaukasus“ habe.

## Der Einfluss der EU

Der Einfluss der EU in Osteuropa über die vergangenen zwanzig Jahre ist nicht leicht zu beurteilen. Verglichen mit den Ländern Ostmitteleuropas, denen die EU-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt wurde, ist der Einfluss deutlich geringer. Man könnte durchaus sagen, dass die EU ihren Einfluss einfach nicht optimal genutzt hat. So steht sie zum Beispiel orientierungslos vor dem russischen Bären, der heute mit seinen Pipelines herumfuchtelte, wie er früher mit dem Einsatz von atomaren Waffen gedroht hat. Die Meinungen über Russland gehen in den Mitgliedsstaaten weit auseinander, was der EU bei Verhandlungen mit Moskau nicht zuträglich ist. Doch die EU muss mehr Selbstbewusstsein zeigen. Sie hat eine Bevölkerung von nahezu einer halben Milliarde Menschen, gegenüber 142 Millionen Russen. Ihr Bruttoinlandsprodukt ist zwölfmal so groß wie das Russlands und ihr Verteidigungsetat ist um ein Sechsfaches höher. Gazprom erzielt 70% seiner Gewinne aus Exporten in die EU. Warum also

sollte die EU Russland gegenüber kein Selbstbewusstsein zeigen können?

Das Hauptproblem bezüglich der osteuropäischen Länder ist die Weigerung der EU, ihnen die Mitgliedschaft in Aussicht zu stellen. Viele sind der Auffassung, dass diese Verweigerung den EU-freundlichen, reformwilligen politischen Kräften Steine in den Weg gelegt hat. Andere wiederum, darunter die meisten EU-Beamten, widersprechen dieser These und halten dafür, dass diese Länder zunächst unter Beweis stellen müssen, dass sie ihre bisherigen vertraglichen Verpflichtungen erfüllen können, bevor eine weitere Annäherung erfolgen kann. Diese Debatte wird vermutlich noch einige Zeit andauern.

## Ausblick

Die Aussichten auf grundlegende Veränderungen der Beziehungen zwischen der EU und den in diesem Kapitel behandelten Staaten hängen vor allem von deren internen Entwicklungen ab. Befürworter engerer Beziehungen zwischen der EU und Osteuropa neigen dazu, die Bedeutung der drei „Cs“ – criteria, conditionality, credibility (Kriterien, Bedingtheit, Glaubwürdigkeit) zu vernachlässigen. Sowohl für die Aufnahme als auch für die Teilnahme an Partnerschaftsabkommen müssen die von der EU festgelegten Bedingungen erfüllt werden. Brüssel stellt zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) Bedingungen für engere Beziehungen und die Inanspruchnahme von finanzieller und wirtschaftlicher Unterstützung. Damit diese Länder engere Beziehungen mit der EU knüpfen können, müssen sie aus Sicht der EU glaubwürdig sein. Gegenwärtig ist es schwer vorstellbar, dass eines dieser Länder die drei „Cs“ erfüllen könnte.

Doch vermutlich ist die Frage nach der Identität von noch größerer Bedeutung. Diese Staaten sind politisch nicht stabil, nicht wahrhaftig demokratisch und territorialen Streitigkeiten ausgesetzt. Russland hat zehn Jahre lang einen erbitterten Krieg gegen Tschetschenien geführt. Es hat eine Reihe von Scheinwahlen abgehalten, bei denen die Herausforderer der regierenden Elite in Moskau keine Chance hatten. Präsident

Medwedew hat zwar von der Notwendigkeit gesprochen, die Rechtsstaatlichkeit zu stärken, in seinem ersten Amtsjahr jedoch nichts unternommen, um dies in die Tat umzusetzen. Die Ukraine ist ethnisch gespalten und ihr Gebietsanspruch der Autonomen Republik Krim, in der Millionen Russen leben und in der die russische Marine bis 2017 stationiert ist, wird von Russland herausgefordert. Nach dem Konflikt im August 2008 sind die beiden georgischen Provinzen Südossetien und Abchasien unter russischer Kontrolle. Die vermeintlich autokratische Staatsführung von Präsident Saakaschwili ist ebenfalls in der Kritik. Armenien und Aserbaidshan streiten sich um Bergkarabach. Die Republik Moldau hat sich praktisch zu einem gescheiterten Staat entwickelt, mit einem weiteren (international nicht anerkannten) gescheiterten Staat, Transnistrien, in seinem Hoheitsgebiet. Sie wird sowohl von Russland als auch von Rumänien mit Zuckerbrot (das Angebot von Energielieferungen und Staatsangehörigkeit) gedrängt, sich für eine Seite zu entscheiden. Belarus kann sich nicht entschließen, ob es unabhängig sein möchte oder sich doch mit Russland verbünden sollte.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass bezüglich der Festigung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschen- und Minderheitenrechte kaum Fortschritte erzielt werden. Die politische Kultur der Region kennt keine Toleranz und auch das Konzept der loyalen Opposition ist ihr fremd. Der Machtanspruch ist absolut und Korruption weit verbreitet. Diese Entwicklungen zeugen von einer deutlichen Trennlinie zwischen Osteuropa und der EU, die allem Anschein nach nicht so bald verschwinden wird.

In den vergangenen 20 Jahren sind die Erwartungen zurückgegangen. Die EU-Mitgliedstaaten zeigen nach mehreren Erweiterungsrunden Ermüdungserscheinungen und sogar jene Länder, die auf der Warteliste ganz vorn stehen, etwa die Staaten des Westbalkans, sehen ihre Hoffnungen auf eine baldige Aufnahme in die EU in weite Ferne schwinden. Nach der schlimmsten globalen Krise seit den 1930er Jahren hat der wirtschaftliche Aufschwung für die EU höchste Priorität. Möglicherweise muss sie für die Rettung der

Ukraine einspringen, doch wird dies nur wenig öffentliche Zustimmung finden. Auch die autoritäre Regierungsführung Russlands unter Putin ist einer Befürwortung engerer Beziehungen nicht zuträglich. Ebenso ist eine Annäherung zu Belarus nicht wahrscheinlich, solange Lukaschenka im Amt ist und auch die Situation in der Republik Moldau wird sich vermutlich so bald nicht ändern. Falls Präsident Woronin an der Macht bleiben sollte, wird das Land vermutlich zunehmend auf die Unterstützung von Russland setzen. Dem Kaukasus wurde vielleicht einiges an Anerkennung zuteil, allerdings aus den falschen Gründen. Unterm Strich sind die Aussichten für engere Beziehungen zwischen der EU und Osteuropa nicht vielversprechend und daran wird sich auch nichts ändern, solange keine grundlegenden Änderungen im politischen System dieser Länder erfolgen.

Die EU investiert jedoch massiv in die Östliche Partnerschaft, mit der sie auf die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) und die Initiative *Schwarzmeer-Synergie* aufbaut. Karel Schwarzenberg, tschechischer Außenminister und im ersten Semester 2009 Präsident des Rats der Europäischen Union, erklärte diese neue Initiative als „nicht anti-russisch“. Sie erfordere keine zusätzlichen finanziellen Mittel, überschneide sich nicht mit bereits bestehenden EU-Initiativen und sei auch nicht mit einer Erweiterung verbunden. Radek Sikorski, der polnische Außenminister und eine der treibenden Kräfte hinter der Östlichen Partnerschaft, betonte, die EU müsse ihre Bereitschaft zeigen, weitere Ressourcen für die Region bereitzustellen. Außerdem müsse sie die Visapflicht aufheben, „wie es zwischen Polen und der Ukraine der Fall war, bevor es dem Schengenabkommen beigetreten ist.“ Der stellvertretende Ministerpräsident der Ukraine, Hryhoriy Nemyria, sagte, die EU sollte nicht in die Falle tappen, allzu hohe Erwartungen zu schüren, die dann aus Lustlosigkeit, wegen mangelnder Ressourcen oder ausbleibender Umsetzung zunichtegemacht würden.

Die Behörden haben auf diese Äußerungen mit Bedacht reagiert, entsprechend der mehrheitlichen Meinung der EU-Mitgliedstaaten. EU-

Kommissarin Benita Ferrero-Waldner sagte, die Östliche Partnerschaft dürfe „keine Einbahnstraße sein“. Die osteuropäischen Länder müssten weitere Reformen durchführen, wenn sie freien Handel anstrebten. Sie müssten sichere Reisedokumente besitzen, um letztendlich die Visapflicht aufheben zu können. Neben den für die ENP bereits zugewiesenen 11,2 Milliarden Euro stünden für die Östliche Partnerschaft weitere 600 Millionen Euro zur Verfügung.<sup>19</sup>

Ob die Östliche Partnerschaft funktionieren wird, ist schwer zu sagen. Die sechs Länder unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Flächen, der geografischen Begebenheiten und ihrer Ansichten erheblich. So sind nicht alle gleichermaßen an „Euro-atlantischen Werten“ interessiert. Die Ukraine ist zweifellos das wichtigste Land unter ihnen, doch ist sie in vielerlei Hinsicht gespalten. Für die EU ist von vorrangiger Bedeutung, sicherzustellen, dass die Öl- und Gaspipelines in der Ukraine in Zukunft nicht weiteren Störungen ausgesetzt werden, wie es in den vergangenen Wintern gängige Praxis war. Auch Aserbaidschan steht auf der EU-Prioritätenliste weit oben, da es von den sechs das einzige Land ist, das Kohlenwasserstoff in die EU exportieren kann, ein Schlüsselfaktor für den Erfolg des Nabucco-Projekts.

Für einige Beobachter ist die Östliche Partnerschaft ein Beispiel für die „soft power“ der EU, mit der die korrupten, instabilen ehemaligen Sowjetrepubliken aus dem Einzugsbereich Russlands gelockt werden sollen. Allerdings ist es zweifelhaft, ob die politische Kultur dieser Staaten 20 Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus eher der EU oder Russland zuzuordnen ist. Gewiss hat Russland nach wie vor großen Einfluss auf alle sechs Staaten und betrachtet die Region als seinen „Hinterhof“. Die Tatsache, dass Russland nicht einmal vorgibt, gemeinsame Werte (Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit) mit der EU zu teilen, dass ihm an dem Konzept der geteilten Staatshoheit nicht viel gelegen ist und dass es eher auf „hard power“ (Militär und Wirtschaft) als auf „soft power“ (Kultur/Werte, Institutionen und Politik) setzt, stößt in Osteuropa auf nicht allzu viel Kritik. Demnach wird der Kampf um Einfluss in der gemeinsamen Nachbarschaft vermutlich noch eine ganze Weile andauern. Möchte die EU ihren Gründungsprinzipien treu bleiben und auf der Weltbühne ihre Glaubwürdigkeit nicht einbüßen, kann sie es sich nicht leisten, diesen Kampf zu verlieren.



**Dr. Fraser Cameron** ist Leiter des EU-Russia Centre, Leiter von EuroFocus-Brüssel, Assistenzprofessor an der Hertie School of Governance in Berlin, Senior Advisor am European Policy Centre (EPC) und dem European Institute for Asian Studies in Brüssel. Er ist Berater für den BBC und das Higher Education Panel on Europe der britischen Regierung. 1975-89 war er Mitglied des Britischen Diplomatischen Korps. 1990 wurde er Berater der Europäischen Kommission für auswärtige Beziehungen. 1999-2001 war er politischer Berater für die EU-Delegation in Washington DC. 2002 wurde Dr. Cameron Studiendirektor am EPC.

Er ist Gastprofessor an mehreren Universitäten und hat zahlreiche Bücher und Artikel über die EU und auswärtige Beziehungen veröffentlicht.

19 Siehe die Debatte über die Östliche Partnerschaft beim European Policy Centre am 19.3.09: [www.epc.eu](http://www.epc.eu)

BEKA NATSVLISHVILI

## Georgien auf dem Weg nach Europa

### Einleitung

Der „Mauerfall“ in Berlin am 9. November 1989 steht symbolisch für das Ende des fünfzig Jahre andauernden Ost-West-Konfliktes und für den Neubeginn in einem grenzfreien Europa. Nach der gescheiterten Selbsterneuerung gaben die kommunistischen Herrschaftssysteme der sozialistischen „Brüderstaaten“ Ende der achtziger Jahre ihre Macht ab und lösten sich in atemberaubender Geschwindigkeit auf. In der Folge zerfiel mit der Sowjetunion eines der mächtigsten Imperien aller Zeiten.

Während weltweit das Ende des Kalten Krieges bejubelt wurde, war die unerwartete Freiheit in den meisten neuen Staaten nicht unbedingt ein Grund zur Freude. Die neuen teilweise demokratisch gewählten Regierungen dieser neuen Völkerrechtssubjekte hatten keine Erfahrung mit dem unabhängigen Regieren und waren den Herausforderungen der innen- und außenpolitischen Realitäten nicht gewachsen. Mit dem Verschwinden der Gefahr einer globalen Konfrontation in Europa wurden latent vorhandene Konflikte neu belebt. Der aufkeimende Nationalismus verursachte in den ethnisch heterogenen Gesellschaften tiefe Risse. Bald wurden in vielen Staaten gewaltsam ausgetragene Konflikte, eine marode Wirtschaft und starke Korruption zur bitteren Realität. Parallel dazu bekamen diese Staaten neues Gewicht in den veränderten Macht- und Interessenskonstellationen. Externe Mächte instrumentalisierten die Probleme dieser Länder entlang eigener machtpolitischer und wirtschaftlicher Interessen. Interne Probleme bei der Staatsbildung, externe Einmischung und vor

allem die absolute Unerfahrenheit im Umgang mit diesen Herausforderungen barg die Gefahr der Entstehung einer „prä-westfälischen Konstellation“.<sup>20</sup>

In gewissem Sinne war die Bildung einer neuen Trennlinie in Europa zu beobachten. Auf der einen Seite die mitteleuropäischen und baltischen Länder, die Europa in ihre Familie aufnahmen und auf der anderen Seite die übrigen der postsowjetischen Staaten, die sich den Machtansprüchen Russlands nicht entziehen konnten.

Erst das gesteigerte energiepolitische Interesse Europas im kaspischen Raum ab Mitte der 1990er Jahre, sowie die geostrategischen Veränderungen nach dem 11. September veranlassten den Westen dazu, sich stärker für die Entwicklung von Wirtschaft und demokratischen Standards in der Region zu engagieren. Die verstärkte Tätigkeit der internationalen Organisationen in der Region und das wachsende Interesse des Westens halfen den Südkaukasusstaaten, ihre Probleme besser anzugehen. Die „Rosenrevolution“ 2003 in Georgien könnte man als einen Erfolg dieser Entwicklung ansehen. Nach fast zwei Jahrzehnten Unabhängigkeit weisen die Länder zwar eindeutig positive Entwicklung auf. Jedoch sind die ungelösten territorialen Konflikte in Georgien und zwischen Armenien und Aserbaidschan, die Flüchtlingsbewegungen und die bescheidene Demokratiequalität noch immer große Herausforderungen, die die Transformation der Länder hemmen.

Nach der Osterweiterung der EU im Jahr 2007 und angesichts einer möglichen EU-Mitgliedschaft der Türkei ist der Südkaukasus in unmittelbarer Nähe der EU.

<sup>20</sup> Zwischen dem 15. Mai und dem 24. Oktober 1648 wurden in Münster und Osnabrück die Friedensverträge geschlossen, die den Dreißigjährigen Krieg in Deutschland beendeten. Dieser „Westfälische Friede“ wird als die Grundlage einer europäischen Friedensordnung gleichberechtigter Staaten betrachtet und führte zur Herausbildung des modernen Völkerrechtes.

telbare Nachbarschaft der Europäischen Union gerückt. Dadurch nimmt seine Bedeutung für die gesamteuropäische Friedensordnung zu. Für die Europäische Union stellt die Region sowohl die Gefahr dar, durch ungelöste Konflikte und prekäre Staatlichkeit die Instabilität nach Europa zu importieren, als auch die Chance, durch ein stärkeres Engagement in diesem geostrategisch durchaus bedeutenden Gebiet mehr Einfluss zu gewinnen und zu einer positiven Entwicklung der Länder beizutragen.

Dass den Politikern der Europäischen Union die Bedeutung der Stabilität in der Kaukasusregion wohl bewusst ist, hat sich während des russisch-georgischen Konflikts gezeigt. Es war der französische Präsident Sarkozy in seiner Rolle als EU-Ratsvorsitzender, der die Vermittlerrolle übernahm. Der von ihm ausgehandelte Sechspunkteplan lässt zwar einige Fragen, wie die territoriale Integrität Georgiens und die zukünftige Gewährleistung der Sicherheit im Gebiet offen, aber unter Berücksichtigung der schweren Verhandlungsposition kann er als Erfolg gelten, da er immerhin eine Waffenruhe ermöglichte. Die Beobachtermission der Europäischen Union in der Konfliktzone und die neue Östliche Partnerschaft<sup>21</sup> zeugen vom wachsendem Interesse der Europäer an der Region.

## Die Krise nach der Unabhängigkeit

Der Zerfallsprozess ging in den verschiedenen Sowjetrepubliken unterschiedlich vonstatten. In Russland, Kasachstan, Usbekistan, Kirgisistan, Turkmenistan, Tadschikistan, Aserbaidschan, der Ukraine und Weißrussland war die noch immer starke kommunistische Machelite bereit, den von Gorbatschow initiierten Vertrag für eine neue Union, die den Übergang der Sowjetunion in einen abgeschwächten Integrationszustand ermöglichen sollte, am 20.08.1991 zu unterzeichnen. In den baltischen Republiken, in Armenien und in Georgien kamen nichtkommunistische Kräfte an die Macht, für die eine Rückkehr in einen Unionszustand mit der Zentralmacht Russland undenk-



Georgier protestieren gegen den Krieg vor der russischen Botschaft in London.

bar war. Sie organisierten das sogenannte „Forum von Kischinew“, um ihre Strategien gegenüber Moskau zu koordinieren. Zwar bildeten diese fünf Republiken keine zusammengewachsene Schicksalsgemeinschaft, aber alle hatten eines gemeinsam: eine starke Dissidentenbewegung, die nach der 1975 in Helsinki erzielten KSZE-Akte aufgekommen war.

Am 27. Dezember 1991, vier Monate nach dem gescheiterten „Augustputsch“ in Moskau, wurde die sowjetische Flagge auf dem Kreml eingeholt und durch die Fahne der Russischen Föderation ersetzt. Dieser Punkt markiert die endgültige Auflösung der Sowjetunion. Die lang ersehnte Unabhängigkeit war endlich da. Im Oktober 1990 errang der nationalistische Parteiblock „Runder Tisch – Freies Georgien“ unter der Führung des prominenten Dissidenten Gamsachurdia bei den ersten Mehrparteiwahlen die Mehrheit der Sitze im Parlament. 1991 wurde er zum Präsidenten gewählt.

Die von Sowjetführern nach dem Prinzip „teile und herrsche“ betriebene Minderheitenpolitik, hatte in der ohnehin unter Überfremdungsangst stehenden, kleinen Nation zur Entwicklung eines exklusiven, an der eigenen Ethnie orientierten Nationalismus beigetragen, was ihr später zum Verhängnis wurde.

Nach den Vorstellungen der Regierung sollten die ethnischen Minderheiten, ca. 30% der Bevöl-

21 [http://ec.europa.eu/external\\_relations/eastern/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/external_relations/eastern/index_en.htm)

kerung, die besondere Position der Georgier in einem georgischen Staat zugunsten des innenpolitischen Friedens anerkennen. Hierzu waren die ohnehin sezessionistisch gestimmten Minderheiten nicht bereit. Zwar war der Ausbruch der ethnisch fundierten Spannungen in zwei autonomen Gebieten schon während der Sowjetherrschaft vorprogrammiert gewesen, aber nationalistische Rhetorik der georgischen Regierung forcierte den Separatismusprozess und machte militärische Auseinandersetzungen unvermeidbar. 1991 brach der bewaffnete Konflikt in Südossetien aus. Und auch in Abchasien bahnte sich ein solcher an.

Die frühere Ordnungsmacht Russland hatte in diesen Konflikten interveniert und die Schwächen Georgiens instrumentalisiert, um die eigene Position in der Region aufrecht zu halten. Die Vorstellung, der Westen würde die Unabhängigkeit des Landes gegenüber Russland auf jeden Fall unterstützen, entpuppte sich als naiv.

Um den russischen Einfluss zu neutralisieren und vom Westen „enttäuscht“, wechselte die Regierung ihre außenpolitische Ausrichtung. Zusammen mit dem tschetschenischen Führer Jokhar Dudaev initiierte Gamsechurdia das Programm des „Kaukasischen Hauses“, einer Art solidarischer Gemeinschaft der kaukasischen Völker unter georgischer und tschetschenischer Führung, dem es jedoch an einer klaren Konzeption fehlte. Seine Umsetzung litt unter den Feindseligkeiten zwischen den kaukasischen Völkern und der wiederholten Unterschätzung des russischen Faktors.

Die neue Politik stand im Widerspruch zur ursprünglich gewollten westlichen Ausrichtung und trug zu der Isolation des Landes bei. Gia Jorjoliani, Abgeordneter im ersten georgischen Parlament, beschrieb dies folgendermaßen: „Wegen der nicht-demokratischen Regierungsführung zog die Politik der damaligen Führung eher Kritik des Westens auf sich als Unterstützung. Außerdem hatte die Regierung keine klar konzipierten Vorstellungen über eventuelle außenpolitische Partner. Europa wurde kaum als Akteur wahrgenommen – der Westen mit den USA gleichgesetzt. Die USA ihrerseits zogen eine Politik des ‚Russia first‘ vor.“

Der desolote wirtschaftliche Zustand, die ethnischen Konflikte und die Art zu regieren, die allmählich Züge einer Diktatur annahm, spaltete die gesamte Gesellschaft und mündete im Dezember 1992 in einem Putsch.

Das schnelle Scheitern der ersten Schritte georgischer Staatlichkeit sind allerdings nicht nur auf äußere Einflüsse, ethnische Konflikte oder die Unerfahrenheit der damaligen Elite zurückzuführen, sondern auch auf die gesellschaftliche Wahrnehmung der Unabhängigkeit.

Im Gegensatz zu den Balten, die den Weg in die Unabhängigkeit auch mit dem Kampf gegen den Kommunismus und das Sowjetsystem verbanden, verstanden die Georgier diese nur als Loslösung von Russland. Die Frage „was danach?“ wurde erst später gestellt. Die Balten fanden in der europäischen Familie eine Identifizierungs- und Orientierungsinstanz und strebten nach der „Heimkehr“ in diese. Den Georgiern gelang dies nicht, was sich später als ausschlaggebend erwiesen hat.

## Der Westen entdeckt den Kaukasus

Erst nach der Machtübernahme von Eduard Schewardnadse zeichneten sich Konturen von Staatlichkeit ab. Dem Militäratt, der nach dem Putsch an die Macht gekommen war, war bewusst, dass er selbst nicht im Stande war, das Land aus der Isolation zu führen. Hierfür kam nur der ehemalige sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse in Frage, den seine Verdienste bei der Beendigung des Kalten Krieges weltweit zu einem gern gesehenen Gesprächspartner machten. Die Taktik ging schrittweise auf. Vor allem die deutsche politische Führung reagierte angesichts des positiven Mitwirkens von Eduard Schewardnadse im deutschen Wiedervereinigungsprozess unverzüglich. Deutschland erkannte am 22. März 1992 als erstes Land die Souveränität Georgiens an, andere Länder folgten umgehend.

Georgien hatte nun zwar einen außenpolitischen Durchbruch geschafft, stand aber innenpolitisch weiterhin vor zahlreichen Herausforderungen. Revanche-Versuche der Anhänger des vorherigen Präsidenten, der in Abchasien

ausgebrochene Krieg und die Eigenwilligkeit des schwer kontrollierbaren Militärrats zwangen Schewardnadse zu Zugeständnissen an Russland. Im Jahr 1993 trat Georgien der GUS bei. In der Folge gelang es Schewardnadse mit russischer Hilfe zwar einige destruktive innenpolitische Kräfte zu neutralisieren, gleichzeitig ebnete er damit jedoch der langfristigen Präsenz russischer Streitkräften in Georgien den Weg. Die Hoffnung, Russland würde ernsthaft zu einer Lösung der Konflikte beitragen und Georgien aus der Wirtschaftsmisere helfen, wurde enttäuscht.

Ab 1995 fing Georgien an, sich außen- und sicherheitspolitisch schrittweise wieder stärker nach Westen zu orientieren. Zwei Faktoren spielten dabei eine zentrale Rolle: Erstens hatte Schewardnadse seine Macht im Inneren konsolidiert und die staatlichen Institutionen begannen besser zu funktionieren; zweitens nahm das Engagement des Westens im Kaukasus zu. Der 1994 unterzeichnete „Jahrhundertvertrag“ zwischen der aserbaidischen Regierung und einem internationalen Konsortium, der es diesem ermöglichte in Aserbaidschan Öl zu fördern, markierte den Wendepunkt.

Gleichzeitig mit der zunehmenden Präsenz der NATO in der Region durch das Programm *Partnerschaft für den Frieden* nahm auch das Engagement der Europäischen Union zu.

Anfang der 1990er Jahre beschränkten sich die Aktivitäten der EU auf die die Flüchtlingshilfe durch das Europäische Amt für humanitäre Hilfe (ECHO). Nach der Stabilisierung des Landes weitete sich das europäische Engagement auf Maßnahmen zur Förderung von Demokratie und Marktwirtschaft im Rahmen des Programms *Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States* (Tacis) aus. Ab etwa 1995 wurden insbesondere Programme im Bereich der Lebensmittelsicherheit und Landwirtschaft, der Reform der öffentlichen Verwaltung und der Entwicklung des Privatsektors durchgeführt sowie Politikberatung bei der Restrukturierung des Bankensystems und der Erarbeitung der neuen Verfassung geleistet. Das größte Infrastrukturprogramm innerhalb des Tacis-Programms war das als „Wiederbelebung der Seidenstraße“ gehandelte Projekt *Transport Corri-*

*dor Europe-Caucasus-Asia* (TRACECA), welches den zehn Teilnehmerstaaten durch Verbesserung der Transportinfrastruktur zwischen dem Kaspischen und dem Schwarzen Meer die Möglichkeit bot, einen schnelleren und billigeren Zugang zum internationalen Markt zu erhalten. Dies sollte auch zu Relativierung der einseitigen Bindung an den postsowjetischen Raum und zur Eröffnung eines langfristigen Zukunftsmarkts für die EU beitragen. In enger Verbindung mit TRACECA stand das Projekt *Interstate Oil and Gas Transport to Europe* (INOGATE). Es bildet den Anfang der europäischen Energieinfrastruktur-Projekte, die nach dem zweiten Golfkrieg durch das gestiegene Interesse der EU an Versorgungssicherheit und Diversifizierung ihres Energieträgerimports aufkamen.

Eine neue Phase in den Beziehungen zwischen der EU und den drei südkaukasischen Staaten leitete das 1996 unterzeichnete und 1999 ratifizierte Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) ein. In der „Gemeinsamen Erklärung“ unterstrich die EU die politische und wirtschaftliche Bedeutung der Region und forderte eine schrittweise Heranführung der südkaukasischen Republiken an einen größeren Raum der Zusammenarbeit in Europa. Das PKA verpflichtet die EU zur Unterstützung der Souveränität und der territorialen Unversehrtheit der Länder und zur Förderung der regionalen Zusammenarbeit. Die Partnerstaaten verpflichten sich im Gegenzug zur Achtung demokratischer Grundsätze und der Menschenrechte sowie der Prinzipien sozialer Marktwirtschaft als Voraussetzung für vertiefte Beziehungen zur EU.

Durch die steigenden Investitionen europäischer Konzerne im Energiesektor der Region gerieten auch die Konflikte im Südkaukasus ins Blickfeld europäischer Politiker. Im Februar 2001 besuchte eine EU-Troika die drei südkaukasischen Staaten. Der Besuch markierte eine gewisse Zäsur in den Beziehungen zwischen der EU und dem Südkaukasus und führte zu einer Intensivierung der Überlegungen zu einer auch sicherheitspolitisch aktiveren Rolle der EU. Die Kommission sah sich immer mehr genötigt, von ihrem eher technischen Ansatz Abstand zu nehmen und sich für eine pro-aktive, stärker auf die Konfliktursachen einwirkende Politik einzusetzen.

Das sich seit 2001 abzeichnende zunehmende Interesse der EU am Südkaukasus brachte neue EU-Politiken hervor. Im Jahr 2002 wurde die neue *Europäische Nachbarschaftspolitik* (ENP) ins Leben gerufen. In der ersten Mitteilung der Europäischen Kommission fanden sich die drei südkaukasischen Staaten jedoch lediglich als Fußnote erwähnt. Im Sommer 2003 ernannte der Rat den finnischen Diplomaten Heikki Talvitie zum Sonderbeauftragten für den Südkaukasus. Seine Aufgabe war die Erhöhung der „Präsenz, Kohärenz und Visibilität“ der EU in der Region.

Kurz darauf schlug die Kommission, gemeinsam mit dem Hohen Vertreter der Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und dem Sonderbeauftragten der EU für die Region dem Rat vor, Armenien, Aserbaidschan und Georgien in die Europäische Nachbarschaftspolitik einzubeziehen. Hierfür gab es mehrere Gründe: Erstens nahm die energiepolitische Bedeutung der Region für Europa zu und die Länder hatten einige politische und wirtschaftliche Erfolge vermerkt. Zweitens wurde die Entscheidung über die Aufnahme in die ENP getroffen, als eindeutig wurde, dass die ENP keine Beitrittsperspektive enthalten würde. Gleichzeitig rückte die Region durch die bevorstehenden Mitgliedschaften von Bulgarien, Rumänien und eventuell der Türkei näher an die künftigen Grenzen der Union heran. Drittens erzeugte die „Rosenrevolution“ eine Sympathiewelle für Georgien in westlichen Ländern und gab einen positiven Impuls für deren intensiveres Engagement in der Region.

Im Gegensatz zu der seines Vorgängers konnte Schewardnadses Regierung einige Erfolge verzeichnen. Erste Schritte in Richtung Marktwirtschaft wurden gemacht. Das Land wurde in die Welthandelsorganisation und in den Europarat aufgenommen. Und, wenn auch auf Kosten des Internationalen Währungsfonds, war es gelungen, die Landeswährung zu stabilisieren. Die ersten Grundsteine der Medien- und Pressefreiheit wurden gelegt und, was am wichtigsten war, das Land hatte es geschafft, seine außenpolitische Ausrichtung selbst zu bestimmen.

Trotzdem war das Land weit davon entfernt eine echte Demokratie zu werden. Clanwirtschaft und Korruption waren allgegenwärtig. Kritik der Medien an der Regierung blieb ohne jede Auswirkung. Die schwierige soziale Lage und die ungelösten Konflikte sorgten für großen Unmut in der Bevölkerung.

## **Rosenrevolution und neue Herausforderungen**

Mit dem weiteren Engagement des Westens in Georgien schwand auch der Rückhalt von Schewardnadses Regierung. Vor allem die USA war fest entschlossen, Georgien um jeden Preis zu „demokratisieren“. Bald ließ man Schewardnadse fallen und setzte auf ein anderes Pferd. Schon vor der offensichtlich gefälschten Parlamentswahl im November 2003, die den anschließenden Umsturz der Regierung auslöste, wurden Schewardnadse die internationalen Mittel gekürzt mit der Begründung, dass die Projekte im Energie- und Finanzsektor keine Resultate produzierten. Der Europarat und die EU verschärfte ihre Kritik. Tbilisi geriet unverhältnismäßig stark ins Rampenlicht des internationalen Demokratie-Monitorings.

Wie erwartet kam es bei der Wahl zu Unregelmäßigkeiten. Scharfe Kritik des Westens am Wahlablauf gab der georgischen Opposition grünes Licht für ihre Offensive. Angeführt vom jungen pro-westlichen Politiker Michail Saakaschwili, erzwang die Opposition nach wochenlangen Protestaktionen den Rücktritt Schewardnadses und seiner Regierung. Wegen seines friedlichen Charakters wurde dieser Machtwechsel „Rosenrevolution“ genannt.

In einer Welle landesweiter Euphorie wurde Michail Saakaschwili mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten gewählt. Entsprechend konnte die vom Präsidenten angeführte Partei *Nationale Bewegung* mehr als 60 % der Parlamentssitze gewinnen. So besaß der junge Präsident alle Voraussetzungen, die nötigen Reformen durchzuführen und einen festen außenpolitischen Kurs zu verfolgen.

Wie erwartet setzte die neu gewählte Regierung die Bewegung Richtung Westen mit großen Schritten fort. Zu den außenpolitischen Zielen wurden die Mitgliedschaften in NATO und in der EU ausgerufen. Symbolisch hängt beinahe vor jedem öffentlichen Gebäude in Tbilisi die Fahne der Europäischen Union neben der georgischen.

Ausgestattet mit uneingeschränkter politischer Gestaltungsmacht und Entscheidungsgewalt ließen sich am Anfang der Amtszeit mehrere Reformen durchführen. Am Anfang ging man gegen korrupte Beamte aus der vorherigen Regierung vor, allerdings mit fragwürdigen Mitteln. Wie bei einem Ablasshandel konnten sich Täter für eine gewisse Summe offiziell freikaufen. Dies füllte zwar die Staatskasse, aber erzeugte große Missstimmung in der Bevölkerung.

Mit einer Bildungsreform ließ sich die Korruption aus den Bildungseinrichtungen verbannen, aber viele ältere Lehrer und Professoren blieben ohne Job. Auch die Gesundheitsreform zog die Missgunst der breiten Masse der Gesellschaft nach sich. Die Behandlungen wurden teuer und viele Ärzte verloren ihre Arbeitsplätze. Bei den Reformen im Wirtschaftsbereich wurden zwar die Steuern gesenkt und Firmenregistrierung erleichtert um das Investitionsklima zu verbessern, aber als negative Nebenwirkung blieben die Arbeitnehmer ohne jedweden Schutz.

Lange Zeit war die Polizei neben der Kirche die einzige vertrauenswürdige Institution für die Georgier gewesen. Wegen ihrer brutalen Vorgehensweise geriet aber auch diese mit der Zeit in die Kritik der Gesellschaft. Dass Beamte bei großem Machtmissbrauch glimpflich davonkamen, verursachte großen Missmut in der Bevölkerung. Durch ihre uneingeschränkte politische Macht geblendet, ignorierte die Regierung diese Fehler.

2007 entlud sich die angestaute Unzufriedenheit in einer Protestwelle. Im November des Jahres wurde daraufhin eine Demonstration gewaltsam aufgelöst und ein regierungskritischer Fernsehsender geschlossen. Durch diese Aktionen verlor das Regime seine Legitimität gänzlich. Um sie wiederherzustellen, ordnete die Regierung vor-

gezogene Neuwahlen an, aus denen Saakaschwili und seine Partei als Sieger hervorgingen. Von erheblichen Teilen der Bevölkerung wurden die Wahlergebnisse in Frage gestellt. Im Nachhinein äußerte auch eine OSZE-Wahlbeobachtermission Kritik. Das Ziel, die verlorene Legitimität wiederzuerlangen, wurde verfehlt. Seitdem schlägt jede Legitimitätskrise in eine Staatskrise um.

Auch außenpolitisch stand das Land vor vielen Herausforderungen. Ungelöste Territorialkonflikte und ein angespanntes Verhältnis mit Russland zwangen die Regierung zu einer umfassenden Militärreform. Die USA unterstützte Georgien als Mitglied der Antiterrorcoalition und Mitgliedschaftsaspitant der NATO in dieser Hinsicht großzügig. Durch die mögliche Expansion des Bündnisses in seiner unmittelbaren Nachbarschaft und wegen des Bedenkens, Georgien würde seine Territorialkonflikte militärisch zu lösen versuchen, fühlte sich Russland machtpolitisch bedroht. Nach wiederholten Provokationen in den Grenzgebieten der Konfliktregionen seitens Russlands ließ sich Georgien in Kampfhandlungen verwickeln, und die Krise zwischen beiden Ländern gipfelte schließlich im August 2008 im russisch-georgischen Krieg. In der Folge hat Russland die Souveränität beider abtrünniger Gebiete anerkannt und neue Militärstützpunkte in deren Territorien errichtet. Im Gegensatz zur USA, deren Reaktion sich auf die Verurteilung des russischen Vorgehens beschränkte, hat die EU schnell reagiert und eine Waffenruhe herbeigeführt.

## **Interessen und Politikgestaltung der EU in der Region**

Die Strategie der Europäischen Union gegenüber Georgien und dem südlichen Kaukasus basiert auf der Grundüberlegung, eine Zone des Wohlstands und der guten Nachbarschaft – einen Ring befreundeter Staaten – zu entwickeln. Dies mag zunächst altruistisch klingen, aber dahinter stehen auch realpolitische Überlegungen, wie die folgenden Worte der EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner zur ENP bestätigen:

„Sicherheit, Stabilität und Wohlstand zu unseren neuen Nachbarn zu exportieren und strukturelle Reformen zu ermöglichen hat eine klare

sicherheitspolitische Dimension. Die ENP ist damit ... eine langfristige, intelligente Sicherheitspolitik im regionalen Umfeld.“<sup>22</sup>

Es ist vor allem das Bedürfnis an Energiesicherheit, welches das Interesse der EU an der Region definiert. Georgien ist Teil des Energietransportkorridors, der dazu dienen soll, Energieträger aus dem Kaspischen Becken unter Umgehung Russlands nach Europa zu transportieren und somit die Abhängigkeit von Energieimporten aus Russland zu verringern. Drei Projekte sind bereits verwirklicht worden: Durch die Baku-Tbilisi-Supsa und Baku-Tbilisi-Ceyhan Pipelines wird Erdöl transportiert und durch die Baku-Tbilisi-Erzrum Pipeline Erdgas. Eine weitere Erdgaspipeline *Nabucco* ist geplant und die Leitung von Odessa nach Brody wird ausgebaut, um die an Mineralressourcen reichen zentralasiatischen Länder stärker in die Projekte einzubeziehen.

Ein weiteres Interesse der EU besteht in der Bekämpfung der Rauschgiftzufuhr aus Afghanistan, der organisierten Kriminalität, des internationalen Terrorismus, der Umweltprobleme und der illegalen Migration. Und schließlich ist es für die EU wichtig, die Herausbildung von Regionalstrukturen im Kaukasus voranzutreiben und somit die Konflikte einzudämmen.

Als Instrumente zur Gestaltung der Kaukasuspolitik dienen der EU außer der ENP die neue Östliche Partnerschaft, die auf Initiative von Polen und Schweden im Jahr 2008 aus der Taufe gehoben wurde. Beide Konzepte ergänzen einander. Im Gegensatz zum alten ENP-Konzept ist die neue Initiative ein großer Schritt nach vorne, da sie den Teilnehmerländern Assoziierungsabkommen anbietet. Außerdem haben die Länder die Möglichkeit, das Tempo und den Umfang der vereinbarten Reformen selbst zu bestimmen. In der Folge bekommt ein Land freien Zugang zum Europäischen Markt, Erleichterungen bei der Einreise in die EU und Integrationsmöglichkeit in den einheitlichen Europäischen Energiemarkt. Dass die Östliche Partnerschaft eine polnische Initiative ist, ist kein Zufall. Neben den baltischen Ländern gehört Po-

len zum Kern der Länder, die den Südkaukasus und im konkreten Fall Georgien bei der Integration in europäische und euro-atlantische Strukturen unterstützen. Zwar gelten Deutschland, das Vereinigte Königreich und die skandinavischen Mitgliedsländer der EU ebenfalls als Lobbyisten einer weiteren Integration Georgiens in die EU, aber die Rolle der osteuropäischen Mitgliedsländer ist trotzdem stärker hervorzuheben. Erstens versuchen diese aus sicherheitspolitischen Gründen, in der eigenen Nachbarschaft Stabilität zu erzeugen. Und zweitens fügt die gemeinsame Vergangenheit der postkommunistischen Länder und das im kollektiven Gedächtnis dieser Gesellschaften verankerte Misstrauen gegenüber Russland die Länder zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammen und veranlasst sie dazu, einander – in manchen Fällen auch um den Preis von Konflikten mit eigenen Bündnispartnern – zu unterstützen.

### **Auf dem Weg nach Europa – die politisch-gesellschaftliche Dimension**

Um die Bereitschaft Georgiens zu einer weiteren Annäherung an die EU zu untersuchen, ist es sinnvoll zu untersuchen, inwieweit das Land die Anforderungen an Beitrittsländer, die sogenannten „Kopenhagener Kriterien“, erfüllt. Die drei Kriterien sind wie folgt definiert:

*Politisches Kriterium:* „Institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten“;

*Wirtschaftliches Kriterium:* „Eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der EU standzuhalten“;

*Acquis-Kriterium:* „Die Fähigkeit, alle Pflichten der Mitgliedschaft – d.h. das gesamte Recht sowie die Politik der EU (den sogenannten „Acquis communautaire“) – zu übernehmen, sowie das Einverständnis mit den Zielen der Politischen Union und der Wirtschafts- und Währungsunion.“

Das erste Kriterium ist dabei üblicherweise die Hauptvoraussetzung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen.

Um institutionelle Stabilität zu garantieren, ist eine klare Trennung zwischen den drei Gewalten Exekutive, Judikative und Legislative entscheidend. Nach der Machtübernahme von Michail Saakaschwili wurde die Verfassung mit dem Vorwand Reformen ohne zusätzliche institutionelle Hindernisse durchführen zu können zugunsten der Exekutive, konkret des Präsidenten, geändert, was die ohnehin schwache Balance zwischen den Gewalten ganz zerstört hat. Außerdem befindet sich das Rechtssystem in permanenter Reform, was von den Richtern getroffene Entscheidungen in manchen Fällen unübersichtlich und undurchsichtig macht. Entsprechend leidet darunter die Rechtsstaatlichkeit.

Dass die Regierungspartei keine Ideologiegemeinschaft, sondern eher eine durch Klientelstrukturen verbundene Sammelbewegung präsidententreuer Personen ist, begünstigt die Vergabe von öffentlichen Ämtern nicht nach demokratischen Prinzipien, sondern nach politischer Loyalität, was zur Verquickung von Staat, Regierung Partei und Beamtenapparat beiträgt.

Auch bei der Einhaltung der Menschenrechte mangelt es an manchen Stellen. Am deutlichsten wurde dies bei der gewaltsamen Auflösung der friedlichen Demonstration am 7. November 2007. Die Minderheitenpolitik der Regierung hingegen weist positive Züge auf. Zwar mangelt es sich immer noch an der Vergabe von Verwaltungssämtern an Vertreter der Minderheiten in von ethnischen Minderheiten dicht besiedelten Regionen, aber die Möglichkeit eine Schulausbildung in der eigenen Muttersprache ist überall gewährleistet.

Es ist nicht das politische System, das sich durch den politischen Willen der Regierenden beliebig ändern lässt, sondern es ist die gesellschaftliche Wahrnehmung der eigenen europäischen Identität, die für die weitere Annäherung an die EU ausschlaggebend ist.

„Im Norden, Süden und Westen ist Europa von Meeren umgeben. Das Nördliche Polarmeer

und der Atlantische Ozean bilden die natürlichen Grenzen dieses Kontinents. Als Nordspitze Europas betrachtet die Wissenschaft die Insel Wagera, die Südspitze bildet die Insel Kreta und die Westspitze die Inselgruppe Dunmore Head. Die Ostgrenze Europas zieht sich durch das Russische Kaiserreich den Ural entlang, durchschneidet das Kaspische Meer und läuft dann durch Transkaukasien. Hier hat die Wissenschaft ihr letztes Wort noch nicht gesprochen. Während manche Gelehrte das Gebiet südlich des kaukasischen Bergmassiv als zu Asien gehörig betrachten, glauben andere, insbesondere im Hinblick auf die kulturelle Entwicklung Transkaukasiens, auch dieses Land als Teil von Europa ansehen zu müssen. Es hängt also gewissermaßen von eurem Verhalten ab, meine Kinder, ob unsere Stadt zum fortschrittlichen Europa oder zum rückständigen Asien gehörig sein soll.“

Diese Passage stammt aus dem Buch *Ali und Nino*, welches die Ereignisse vor und nach dem ersten Weltkrieg im Kaukasus darstellt, und verdeutlicht die Neigung eines Kaukasiers sich mit Europa zu identifizieren.

Die Identität eines Volkes ist nicht nur durch die geografische Lage seines Landes sondern hauptsächlich durch seine historische Entwicklung und Zugehörigkeit zu einem Kulturkreis geprägt. Das Streben der Georgier nach Europa und nach Europäisierung ist kein Zufallsprozess. Im kollektiven Gedächtnis des Volkes ist Georgien der Vorposten des Christentums gegen den muslimischen Osten und somit Teil der „Pax Christiana“, die mit dem Westen, mit Europa, gleichgesetzt wird.

Europa selbst hat keine feste historische Größe – weder geografisch, noch religiös, noch sprachlich-kulturell, noch politisch. Das heutige Motto der Europäischen Union „in Vielfalt geeint“ bezeugt es. Was also kann dann mit europäischer Identität gemeint sein, wenn nicht die von allen Europäern geteilten Werte? Die Grundmerkmale der europäischen Identität, wie Rationalismus, Individualismus, Säkularismus, Nationalismus, und Ideale, wie Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, sind im Laufe von jahrhundertelangen Auseinandersetzungen entstanden. Drei wichtige historische Etappen, die Reformation und die



Europa-Platz in Tbilisi, Georgien.

Religionskriege, die Französische Revolution und die Industrielle Revolution, haben die Entstehung dieser Werte entscheidend geprägt. Alle diese Epochen sind eine größtenteils westeuropäische Erscheinung. Entsprechend erfuhr Georgien die damit verbundenen Veränderungen ziemlich spät und auf indirekte Weise.

Nach langer Isolation wurden wirtschaftliche und kulturelle Kontakte mit dem Westen erst unter der russischen Herrschaft wieder ermöglicht, die zur „Europäisierung“ des Kaukasus beitrug. Georgische Studenten, die eine Ausbildung in russischen Universitäten genossen hatten, kehrten Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhundert zurück und brachten fortschrittliche europäische Ideen, wie Individualismus, Rationalismus, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und die Idee des Nationalstaates mit. Die Verwirklichung dieser Ideen, inklusive der Entwicklung des modernen Nationalismus, der nicht auf Loyalität zu einer Ethnie, sondern zu staatlichen Institutionen und dem Staatsvolk, beruht, wurde durch die Sowjetisierung Georgiens im Keim erstickt.

Wenn man europäische Werte und europäische Identität auf den kleinsten gemeinsamen Nenner bringen will, eignet sich der Begriff „Demokratie“ dafür am besten. Nach dem Zerfall der Sowjetunion prophezeite Francis Fukuyama den weltweiten Triumph der westlich-liberalen Demokratie und ihrer Werte. Auch in Georgien wurde der Demokratiediskurs wieder entfacht. Im veränderten Wertesystem gestaltet sich der Selbstfindungs- und Identitätsbildungsprozess sehr schwierig. Das hat folgende Ursachen: Demokratie wird hauptsächlich durch internationa-

le Organisationen von außen importiert und der Gesellschaft von der Regierung und den Eliten „verordnet“. Dadurch wird der Kommunikationsraum der Austragung gesellschaftlicher Konflikte, in dem Demokratie und demokratische Werte auf natürliche Weise entstehen, sollten von Regierung und Eliten monopolisiert und Demokratie wird zum Nachahmungsobjekt. Entsprechend verliert die Gesellschaft die Entscheidungskompetenz über die eigene Entwicklung, die ein primäres Prinzip der Demokratie ist.

Wenn wir den Demokratisierungsprozess im Kontext liberaler Reformen der Wirtschaft und des kulturellen Wertewandels erörtern, werden wir sogar bei einem erheblichen Teil der Gesellschaft, der infolgedessen seinen sozialen Status verloren hat, demokratiefeindliche Tendenzen beobachten. Dass keine Sowjetnostalgie entsteht, liegt wohl am permanent gespannten Verhältnis zu Russland. Durch die Reformen nimmt die Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen Land und Stadt zu. Entsprechend wird die Herausbildung eines Solidaritätsgefühls gegenüber den Mitbürgern beziehungsweise die Herausbildung einer starken Zivilgesellschaft gehemmt, was allerdings in der Anfangsperiode des Staatsbildungsprozesses unverzichtbar ist.

## Der Ausblick

Obwohl Integration in NATO und EU immer noch die primären außenpolitischen Ziele der Regierung darstellen, ist die Tendenz, dass mehr in die Beziehung zur NATO investiert wird, unverkennbar. Die stellvertretende Staatssekretärin für Integration in euro-atlantische Strukturen, Tamar Beruchashvili, bestätigt dies in einem Interview: „Die georgische Regierung behält ihren außenpolitischen Kurs bezüglich EU und NATO bei. Aber wegen der fehlenden Beitrittsperspektive in die EU in absehbarer Zukunft und der prekären sicherheitspolitischen Lage des Landes bekommt die Integration in die NATO den Vorrang, was nicht heißen muss, dass das Streben des Landes in die Europäische Union im Rahmen der bestehenden Verträge gemindert oder unterbrochen wird.“

Entsprechend der relativ niedrigeren Intensität der Aktivitäten zwischen EU und Georgien ist

der Bekanntheitsgrad der Europäischen Union im Gegensatz zur NATO, die fast in aller Munde ist, in der Bevölkerung niedriger. Erstens wird die EU allgemein mit dem Westen, in seltenen Fällen mit den USA, gleichgesetzt. Zweitens werden all die getroffenen Vereinbarungen, Verträge und geplanten Aktivitäten mit Drittländern in der Bevölkerung des jeweiligen Landes von der weitgehend undurchsichtigen Informationspolitik der europäischen Politiker kaum kommuniziert. Drittens werden von der EU durchgeführte Projekte in den Medien meistens einzelnen Regierung zugeschrieben, sodass sie zu der Steigerung des Bekanntheitsgrades der Union kaum beitragen.

Erst nach dem russisch-georgischen Krieg geriet die EU wegen ihrer Vermittlerrolle stärker ins Blickfeld der Medien. Entsprechend wuchs ihre Beliebtheit in der Gesellschaft. Diejenigen Stimmen, die einer NATO-Mitgliedschaft Georgiens angesichts des verlorenen Krieges argwöhnisch gegenüberstanden, wurden lauter und forderten stärkeres Engagement des Landes in Richtung Europäische Union. Zwar ist es naiv zu denken, dass die EU unabhängig von der NATO die Sicherheit von Georgien garantieren wird. Aber in einer Phase, in der die Gefahr eines erneuten Kriegsausbruches zwischen Russland und Georgien noch immer nicht endgültig gebannt ist, könnte eine stärkere Fokussierung Georgiens auf die EU, anstatt auf die NATO, weniger aggressive Reaktionen seitens Russland nach sich ziehen und zur allgemeinen Entspannung beitragen. Auch die Regierung zeigt inzwischen mehr Interesse an der EU. Die neue Östliche Partnerschaftsinitiative gab hier nochmals einen entscheidenden Schub.

Frieden, Sicherheit, wirtschaftliche Prosperität, die Freiheit uneingeschränkt reisen zu können,

all das, was die meisten Bürger Europas schon genießen, sind die Erwartungen, die Georgier an die eigene Zukunft haben. Nach dem Kollaps der Sowjetunion fand sich Georgien auf der Verliererseite der imaginären Trennlinie, die durch unterschiedliche Entwicklungsgeschwindigkeiten entstanden ist, aber durch weitere Annäherung an Europa auf politischer und gesellschaftlicher Ebene lässt sich die Trennlinie überwinden.

Der Prozess der Annäherung zwischen der EU und dem Kaukasus ist bereits unumkehrbar. Politische Initiativen, wie die Nachbarschaftspolitik oder die Östliche Partnerschaftsinitiative bezeugen dies. Sie versprechen zwar keine Mitgliedschaft in der Union, aber ein erster richtiger Schritt auf diesem Weg, die Vorteile der Integration in europäische Strukturen zu genießen, sind sie auf jeden Fall.

Mag sein, dass die Europäische Union in ihrer Architektur flexibel ist, aber sie darf und wird zum jetzigen Zeitpunkt ihre Handlungs- und Gestaltungskraft nicht durch weitere Erweiterungen auf die Probe stellen. Eine EU-Mitgliedschaft ist kein Selbstzweck, sondern ein Weg zur weiteren Modernisierung des Landes. Deswegen wäre Georgien gut beraten, die in den europäischen Initiativen vorgesehenen Reformen durchzuführen und auf die nächste Gelegenheit zu warten, wenn die EU ihre Türen für neue Mitglieder öffnet.

Wie der französische Diplomat Jean Francois-Poncet sagte: "Es gibt keine zwingenden historischen, geografischen und kulturellen Gründe, mit denen sich die Grenzen der Europäischen Union bestimmen ließen. Europa ist eine politisch-kulturelle Konstruktion, abhängig von den Interessen der Konstrukteure."



**Beka Natsvlshvili**, 1977 geboren, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Centre For Social Studies im Bereich Europäische Angelegenheiten und ist Dozent für Soziologie an der Tourismusschule NEWKAZ. Er studierte in Georgien Germanistik und erwarb danach einen Master in Politik, Soziologie und Religionswissenschaft an der Universität Münster. 2007 bis 2009 arbeitete er als Führungskraft im georgischen Tourismusverband. 2006 bis 2007 war Natsvlshvili Mitarbeiter an der New Economic School Georgia. Beka Natsvlshvili ist der Autor zahlreicher Publikationen zu meist außenpolitischen Themen mit Bezug auf Georgien, Russland und Europa.

JENS SIEGERT

## Russland und die Europäische Union – großer Graben statt Eiserner Vorhang?

Europa. Da gehört Russland auch dazu. 1989. Gorbatschow. *Glasnost* und *Perestroika*. 1989 haben alle geträumt. Jedenfalls die meisten. 1989 war Europa im Aufbruch. Die Länder Mittel- und Osteuropas befreiten sich in meist samtene Revolutionen vom sowjetischen Joch, die Berliner Mauer fiel und Hoffnungen auf ein ganz anderes, auf ein „neues“ Europa erfüllten den Kontinent. Seit zwei Jahren schon beflügelte Michail Gorbatschows Wort vom „Gemeinsamen Haus Europa“ die Fantasien. Nun schien vieles, ja fast alles möglich. Die Sowjetunion, ganz ungewohnt, antwortete nicht mit Drohungen und Panzern auf den Freiheitsdrang der Europäer. Sie schloss sich an, ja ging, unter Gorbatschow, sogar voran. Die Deutsche Einheit als Symbol der Aufhebung der Trennung Europas hätte es so schnell und so reibungslos ohne Michail Gorbatschows hoffnungsvolle Sowjetunion wohl nicht gegeben.

Nach diesem glücklichen und, trotz aller Unterschiede und Ungleichzeitigkeiten, auch gemeinsamen Moment beschäftigten sich alle erst einmal wieder mit sich selbst. Das war normal. Es gab riesige Probleme. Deutschland musste sich neu zurecht finden in der unerwarteten (von vielen auch nicht mehr erwarteten) Einheit und der alten, neuen Bedeutung als wieder größtes Land in der europäischen Mitte. Die schon älteren Nationalstaaten östlich dieser Mitte versuchen sich seither mit nicht schlechtem Erfolg in den dornigen, aber fraglosen Wegen zu Demokratie, zu Marktwirtschaft, die die Zugehörigkeit zum Westen bedeuten. Noch weiter östlich suchen ganz junge, gerade erst aus den Trümmern der Sowjetunion entstandene Staaten nach Identität. Darunter auch das neue Russland. Die sozialen, kulturellen und politischen Umbrüche waren überall im ehemaligen Osten tief. Der Westen blieb dagegen bis heute oft erstaunlich naiv-unberührt.

Diejenigen, die schon einmal von den Großen, durchaus abwertend, Zwischeneuropa genannt worden waren, die Balten, Polen, Ungarn oder Tschechen, strebten möglichst schnell in die EU, vor allem aber in die NATO. Sie suchten Schutz. Sie wollten sicher sein, nie wieder zwischen die großen Mühlsteine Deutschland und Russland zu geraten. Dort in Mittelosteuropa (oder in Mitteleuropa, oder in Zentraleuropa, nur nicht mehr, bewahre, in Osteuropa – wie schwierig es immer noch ist, diesen Teil Europas auf einen Begriff zu bringen!), werden die 1990er Jahre meist als schwere, aber doch als Zeit interpretiert, in der die Entwicklung in die richtige Richtung ging – nach Westen. Das Versprechen der EU und der USA auf Freiheit, Frieden, Demokratie und nicht zuletzt auf Wohlstand wurde für sie eingelöst.

Anders in Russland. Dort gelten die 1990er Jahre heute vor allem als Jahre des Chaos, des wirtschaftlichen und sozialen Niedergangs, ja der nationalen Erniedrigung und Schande. Armut, ein schwacher bis nicht vorhandener Staat, Korruption, ein oft betrunkenener und lächerlicher Präsident und Separatismus sind nur einige der Stichworte, die über jene Zeit oft fallen. All das hat sich im russischen Gemüt untrennbar mit den Begriffen „Demokratie“ und „Westen“ verbunden und deren Verständnis geprägt. Beides ist als Vorbild und Ziel vorerst diskreditiert.

Die vorübergehende Begeisterung für alles „Westliche“ verschwand in Russland also schnell wieder. Genauer gesagt, es entstand eine Spaltung in den Köpfen. „Westen“ ist gut, wenn es um Technik, Effizienz, Sorgfältigkeit geht. „Euro“ wurde zu einer Vorsilbe als Qualitätssiegel: Eurokomfort, Eurorenovierung, ja sogar Euroreinigung sind viel gebrauchte Verkaufsargumente. Sobald es aber um das Selbstbild geht, um die Gesellschaft oder den Staat verlieren Europa und der Westen an Strahlkraft. Der in Russland angekom-



*Sowjetisches Kriegsdenkmal in Tallinn, Estland.*

mene „Westen“ hat sich nicht als das erträumte Schlaraffenland, sondern als Vorhölle entpuppt. Sowohl ein großer Teil der politischen Eliten als auch der Menschen in Russland haben daraus den Schluss gezogen, die in den 1990er Jahren angeblich aufgezwungene „westliche Demokratie“ sei nichts für ihr Land. Geblieben ist politisches Misstrauen, das in den vergangenen Jahren, vor allem als Folge von Russlands wirtschaftlichem Wiederaufstieg, noch gewachsen ist. Anstelle des jahrzehntelang undurchlässigen, 1989 zerrissenen Eisernen Vorhangs gleiten Russland und der Rest Europas nun wie zwei Kontinentalplatten auseinander und ein schwer zu überwindender, breiter Graben tut sich auf.

Das wird im Jubiläumsjahr 2009 besonders deutlich. In der EU finden viele Feiern statt. In unzähligen Foren wird über die Bedeutung der Ereignisse von 1989 debattiert. Dabei geht es um Hoffnungen und Fehlschläge, um Erinnerungen und Verdrängtes. Aber der Tenor ist, trotz aller ungelösten alten und neu hinzugekommenen Probleme, trotz allen Streits, ja trotz der Weltwirtschaftskrise, die alles überlagert und selbst die Marktwirtschaft wieder auf den Prüfstand stellt, überwiegend, dass 1989 ein Glücksjahr war.

In Russland ist das anders. 1989 ist in Russland kein besonderes Erinnerungsjahr. Es ragt im nationalen Gedächtnis nicht aus der unheimlich schnellen Entwicklung der Jahre 1986 bis 1991 heraus. Die Dichte der Ereignisse in diesen Jahren machen es schwer, ein Jahr, einen Zeitpunkt herauszuheben, der die Epochenwende kollektiv akzeptiert symbolisieren könnte. Viel wichtiger und präsenter ist der Endpunkt, auf den in der Rückschau alles so zielgerichtet zuzulaufen scheint, die Selbstauflösung der Sowjetunion zum Jahreswechsel 1991/1992 durch die drei Republikpräsidenten Boris Jelzin (Russland), Leonid Krawtschuk (Ukraine) und Stanislaw Schuschkewitsch (Weißrussland) nach dem gescheiterten Putsch gegen Gorbatschow im August 1991. Die Erinnerung an 1989 bringt in Russland keinen Jubel hervor. Eher findet man mal melancholische, mal wütende Trauer. Die Erinnerungen in Europa unterscheiden sich. Darum soll es hier gehen.

## Die Last der Geschichte

Es ist ein Gemeinplatz festzustellen, dass die Geschichte, allen Unkenrufen zum Trotz, nach dem Kollaps der Sowjetunion nicht zu Ende gegangen ist. Viele Veränderungen seither in Europa gründen im Fortgang eben dieser Geschichte. Wegen ihrer schlechten historischen Erfahrungen mit Russland, aber auch mit Deutschland drängten Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn und die baltischen Staaten so energisch erst in die NATO und dann in die EU. Dass sie den Anschluss an den westlichen Teil Europas wieder gefunden haben, wird zu Recht als Wiedervereinigung Europas, als Überwindung einer widernatürlichen politischen, sozialen und kulturellen Teilung gefeiert. Doch stellt sich dabei sofort die Frage nach den neuen Grenzen Europas. Sie wird, je weiter man nach Westen kommt, umso schneller und unbedachter mit der Frage nach den Grenzen der EU gleichgesetzt. Warum aber sollte am Bug, am Dnjepr oder an der Beresina Schluss sein? Auch die Menschen dahinter leben in Europa, in einem ganz „alten Europa“, wie der Lemberger Literaturwissenschaftler Jurko Prohasko schreibt. Die Ukraine, Moldau, Belarus und, ja, auch Russland seien „Alteuropa im doppelten Sinne: als Teil Alteuropas von einst und als Teil des unmodernisier-

ten Europas, das in der EU, von der EU, durch die EU jetzt – ohne böse Absicht – enteuropäisiert und marginalisiert wird.“ Prohaskos Ruf gilt der Aufnahme der Ukraine, und wenn sie wollen auch der anderen von ihm genannten Länder in die EU. Er schließt auch Russland mit ein. Das ist kein Lapsus aus Unerfahrenheit und entspringt auch nicht besonderer Liebe zu Russland. Prohasko ist klar, dass die Ukraine, vor die Wahl zwischen Russland und dem Westen gestellt, schlicht zerrissen würde. Dmitrij Trenin, Direktor des Carnegie Moscow Centers, drückt das so aus: „The Ukraine don't want to be part of Russia, but it don't want to part with Russia either“. Die Grenzziehung in Europas Osten ist also nicht so einfach. Die Grenze nicht zu ziehen aber auch nicht.

Im Frühjahr 2008 veröffentlichte die Menschenrechtsorganisation *Memorial* einen Aufruf zur Gründung eines Europäischen Geschichtsforums unter dem Titel „Nationale Geschichtsbilder – das 20. Jahrhundert und der ‚Krieg der Erinnerungen‘“. Darin wendet sich *Memorial* gegen diese neue Demarkationslinie in Europa, die auch Prohasko beklagt. An ihr bauen viele, manche aus guten, andere aus schlechteren Gründen. Der neue Grenzverlauf begann sich zum Zeitpunkt des Aufrufs gerade abzuzeichnen. Auch heute ist noch nicht klar, wer alles rein in die EU darf, aber dass Russland draußen bleibt, ist sicher. Auf beiden Seiten. Wieder einmal, so sieht es aus, setzen sich in Russland und westlich von Russland diejenigen durch, die dem Mythos anhängen, Russland und die Russen seien „anders“ als Portugiesen, Griechen oder Esten, eben keine richtigen Europäer.

## Kalter Krieg in den Köpfen

Es gibt viele unterschiedliche Erzählungen über das, was 1989 geschah. Trotzdem würden wohl die meisten Bewohner der heutigen EU der Aussage zustimmen, dass es ein Sieg der Freiheit gewesen sei; ein Sieg der Freiheit vor allem für die Völker, die jahrzehntelang oder noch viel länger Teil des russischen Imperiums sein mussten und Freiheit für all die Menschen, die in den Diktaturen Mittel- und Osteuropas gelebt und gelitten haben. In Russland wird diese Meinung heute nur

von einer sehr kleinen Minderheit geteilt. Es wäre aber falsch, das darauf zurückzuführen, dass die Russen schlechte Europäer seien oder sich nicht als Europäer fühlten. Es ist nur ein großer Unterschied, ob man sich aus kolonialer Abhängigkeit befreit oder befreit wird oder ob man aufhört, ein Imperium zu sein und die Kolonien freigibt. Denn das ist es, was Russland unter Michail Gorbatschow getan hat – auch wenn viele Russen das heute als einen Moment der Schwäche bedauern und Gorbatschow dafür verdammten.

Einer der Gründe ist die Interpretation der Ereignisse von 1989 als Niederlage der Sowjetunion im Kalten Krieg. Auf beiden Seiten. Diese Interpretation verdeckt in der Erinnerung der Menschen in Russland, weitgehend aber auch im übrigen Europa, ihren Anteil an diesem guten Ende. Gut, weil weitgehend gewaltfrei. Gut aber auch, weil Demokratie und Menschenrechte siegen. Der Kalte Krieg war eben kein gewöhnlicher Krieg, er war ein weltanschauliches Ringen. Der Sieg der einen Seite musste nicht unbedingt die Niederlage der anderen sein. Doch genau so wird er heute meist aufgefasst: Der Westen hat gesiegt und der Osten, also vor allem Russland, musste das politische und das Wertesystem des Westens übernehmen. Gorbatschow, die *Perestrojka*, die Massendemonstrationen in Russland für Demokratie und *Glasnost*, also Öffnung und Offenheit, verschwanden mit der Zeit dahinter. Aus Befreieren wurden im russischen Diskurs Verräter.

Denn der Kalte Krieg ist, entgegen landläufiger Meinung, 1989 nicht zu Ende gegangen, zumindest in den Köpfen nicht. Das ist der vielleicht wichtigste Grund für das vorläufige Scheitern einer europäischen Einigung, die Russland mit einbezieht. Der Kalte Krieg hat auch nicht erst nach dem letzten heißen Krieg begonnen, also nicht 1946 mit der Entzweigung der Alliierten oder 1949 mit der Gründung der zwei Deutschen Staaten in feindlichen Lagern. Der Kalte Krieg war schon ein grundlegender Bestandteil der stalinistischen Ideologie und begann spätestens Ende der 1920er Jahre, wie Arsenij Roginskij, Vorsitzender von *Memorial*, schreibt. Sie entwickelte sich aus der bolschewistischen Auffassung, die Sowjetunion als historisch neue Erscheinung stehe in einem gro-

ßen Ringen mit der restlichen, immer noch kapitalistisch gebliebenen Welt. Das Land wird als belagerte, von Feinden umringte Festung begriffen. In der Festung wirkt zudem eine „fünfte Kolonne“, die, aus dem Ausland bezahlt, den Feinden zuarbeitet. Der Große Terror 1937-1938 ist nur der erste und grausamste Höhepunkt dieser Zwangsvorstellung. Doch ihre Wirkung endet weder 1938 mit dem Ende des Großen Terrors, noch nach Stalins Tod, noch mit dem Zerfall der Sowjetunion. Nur während des Zweiten Weltkriegs verschwand sie für kurze Zeit hinter dem Ringen mit einem noch größeren Übel als dem Kapitalismus, dem deutschen Nationalsozialismus.

Die Vorstellung, allzeit und überall von Feinden bedroht zu sein, macht zudem zur Selbstkritik unfähig. Das Selbstbild der Sowjetunion und ihrer Menschen war es nicht nur, eine Seite im Ringen um die Weltmacht zu sein. Sie fühlten sich vielmehr, damit ihrem Gegenüber im Westen ähnlich, moralisch überlegen. Sie kämpften für eine gerechte Sache. Mehr noch, sie fühlten sich als „Friedensstifter“, als Kämpfer gegen den Kalten Krieg selbst, der ihnen vom kapitalistischen Westen aufgezwungen worden war. Die anderen, der Westen, die USA waren die Aggressoren. Unter Breschnjew in den 1970er Jahren wurde diese emphatische Selbstsicht langsam durch eine pragmatischere, zynischere Sichtweise abgelöst. Erst die *Perestroika* machte dem Kalten Krieg dann den Garaus. Allerdings nur sehr kurz, von ihrem Beginn 1986 bis zum Ende der ersten Amtsperiode Boris Jelzins 1996 vielleicht. Warum?

Der große europäische Freiheitsrausch von 1989 wurde in Russland von fast allen als Niederlage empfunden. So dachten und denken selbstverständlich diejenigen, die der Sowjetunion, aus welchen Gründen auch immer, nachtrauerten. Aber auch diejenigen, die froh über das Ende der kommunistischen Diktatur waren, sahen das Geschehen als Niederlage. Dem entsprach schließlich die überwiegende Interpretation im Westen: Demokratie, Freiheit und Marktwirtschaft haben gegen sowjetische Diktatur und Planwirtschaft gesiegt. Unterschiedlich waren aber die Empfindungen. Die einen waren froh über den Sieg (im Westen und außerhalb Russlands im Osten) oder

die Niederlage (Dissidenten und Demokraten in Russland). Die anderen, und das war nach einer kurzen Phase der Hoffnung und der Verwirrung die überwiegende Mehrheit im neu entstehenden Russland, schmerzte die Niederlage.

Während der Präsidentschaft Boris Jelzins versuchte das Land der Niederlage einen Sinn zu geben. Das ist nach Niederlagen immer so. Nationen beginnen dann, nach einer Phase der Orientierung in der die Überlegenheit des Gegners bewundert wird, wie der Historiker Wolfgang Schivelbusch am Beispiel des amerikanischen Südens im Bürgerkrieg, Frankreichs, im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 und Deutschlands im ersten Weltkrieg herausgearbeitet hat, zu analysieren, woran es denn gelegen habe, dass man unterlegen ist. Anfangs wird meist sowohl die technologische Überlegenheit des Gegners anerkannt, als auch die seiner politisch-gesellschaftlichen Verfasstheit. Beides wird studiert und darauf geprüft, ob es für die Modernisierung der eigenen Gesellschaft nützlich ist, eine Modernisierung, die immer auch die Vermeidung zukünftiger Niederlagen zum Ziel hat. In diesem Prozess sucht sich die unterlegene Nation aber auch immer des ihr Eigentlichen neu zu versichern. Um in oft als unvermeidbar empfundenen künftigen Auseinandersetzungen zu siegen, müsse folglich einerseits die eigene ethisch-moralische Basis, die als Folge der Niederlage gelitten hat, wiederhergestellt werden. Andererseits müssten die Techniken und Technologien des Gegners studiert und adaptiert übernommen, gegebenenfalls und wünschenswerterweise in diesem Prozess gar weiter entwickelt werden. Die Dämonisierung der Siegergesellschaften als materialistisch, dekadent und geistig oberflächlich gehört ebenfalls in diesen Kanon.

Aus heutiger russischer Sicht hat der Westen unter dem Deckmantel humanitärer und altruistischer Phrasen die vorübergehende russische Schwächephase in den 1990ern genutzt, um seinen Machtbereich bis ganz nah an die russischen Grenzen auszudehnen und kontrolliert damit Regionen, die als überlebenswichtige Interessensphären des eigenen Landes interpretiert werden. Ziel dieser Politik sei es, Russland langfristig als Konkurrenten auszuschalten, den Riesen so-

zusagen zu fesseln und um seinen gerechten Anteil zu bringen. Insbesondere die Osterweiterung der NATO und, wenn auch etwas weniger, der EU werden heute in Russland als in erster Linie, wenn nicht ausschließlich als gegen russische Interessen oder direkt „gegen Russland“ gemeint und gerichtet interpretiert. Das gilt für die politische Elite, aber auch für eine große Mehrheit der russischen Bevölkerung. Die Plausibilität dieser Interpretation wird für die russischen Rezipienten noch dadurch erhöht, dass für die baltischen Staaten, Polen und andere Länder in Ost- und Mitteleuropa die Zugehörigkeit zum Westen ja tatsächlich Schutz vor Russland bieten soll (und zumindest in Polen ein wenig vor Deutschland auch). Nur wenige Menschen in Russland wollen heute die legitimen historischen Gründe für dieses Bestreben anerkennen.

Für eine tief greifende Katharsis, vergleichbar der deutschen nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus, war die Niederlage der Sowjetunion nicht tief und moralisch nicht eindeutig genug und sie wurde so auch nicht empfunden. Die versuchte Übernahme der Verantwortung für die eigenen Verbrechen und der Werte des ehemaligen Gegners scheiterte. Russland konnte sich aber auch nicht einfach wie die DDR durch einen System- und Elitenwechsel auf die Seite der Sieger schlagen. Das war nur während der Blockkonfrontation möglich und wurde nun schon allein dadurch unmöglich, dass die Opfer sowjetischer Unterdrückung den gleichen Weg wählten. Ihre Geschichten, die Opfergeschichten, stießen nun auf die in Russland erzählten Geschichten.

## Nationale Narrative

Die gleiche Geschichte, dieselben Ereignisse bedeuten nicht unbedingt das Gleiche für die davon betroffenen Menschen. Hat die Sowjetunion Estland, Litauen und Lettland 1944/1945 von der deutschen Besatzung befreit? Ja natürlich. Hat die Rote Armee mit ihren NKWD-Kommissaren gleichzeitig ein grausames Okkupationsregime errichtet? Ebenfalls richtig. Vielen Esten, Letten und Litauern fällt es aber unendlich schwer, das Erste anzuerkennen. Die meisten Russen leugnen das Zweite. Oder ein anderes Beispiel: War

die große Hungersnot im Süden der Sowjetunion 1932/33, der „Holodomor“, wie die Ukrainer sagen, ein Völkermord, ein bewusster Versuch Stalins die Ukraine als Staat und die Ukrainer als Volk endgültig zu vernichten? Die Antwort lautet wieder ja und nein, je nach Standpunkt. Die meisten Historiker kommen heute zum Schluss, dass die Hungersnot in erster Linie eine Folge der brutal durchgesetzten Industrialisierung und der gewaltsamen erzwungenen Kollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion war. Der Hunger traf die Ukraine, die „Kornkammer“ Europas, stärker als andere Teile des Landes. Aber viele Menschen im Süden Russlands oder in der kasachischen Steppe verhungerten ebenfalls. Allerdings gehen die Historiker auch davon aus, dass es für Stalin zumindest ein erwünschter, wenn nicht bewusst angestrebter „Nebeneffekt“ war, dass die meisten Toten Ukrainer waren.

Die Auseinandersetzungen um den sogenannten „Bronzenen Soldaten“ in der estnischen Hauptstadt Tallinn im Frühjahr 2007 und die, vorsichtig ausgedrückt unangemessenen, deutlicher gesprochen hysterischen Reaktionen in Russland darauf (und sie waren nur zum Teil von den Polittechnologien des Kreml gesteuert) sagen uns eine Menge über die Stärke der Kräfte hinter nationalen Narrativen. Es geht hier nicht darum, zu entscheiden, wer in diesem Streit nun Recht hat und wer nicht. Meist ist das auch gar nicht möglich und oft nicht nötig. Beunruhigend ist, dass vor allem in Mittel- und Osteuropa die Narrative dessen, was im 20. Jahrhundert in Europa passiert ist, als Mittel eingesetzt werden, Trennlinien zu schaffen, um Identitäts- und Machtprobleme zu lösen.

Nationale Narrative oder, wie es *Memorial* in seinem Aufruf nennt „nationale Geschichtsbilder“ prallen in den vergangenen Jahren im Osten des Kontinents immer öfter, immer heftiger und immer unveröhnlicher aufeinander. Das geschah und geschieht zwar auch weiter westlich, aber es gibt drei wichtige Unterschiede. Erstens erkennen dort die streitenden Parteien inzwischen meist an, dass diese Unterschiede, wenn schon nicht überwunden, so doch zumindest auf der Grundlage gemeinsamer demokratischer und liberaler Werte ausgehalten werden müssen, sie

also, solange sie nicht offen nationalistisch sind, eine moralische und ethische Existenzberechtigung haben. In der EU wurden dazu eine ganze Reihe von Foren und Instrumente entwickelt, mit deren Hilfe solche Konflikte meist erfolgreich zivilisiert werden können. Zum Zweiten war Russland über Jahrhunderte Kolonialmacht und Imperium. Alle neuen EU-Mitgliedsländer im Osten und auch die GUS-Republiken lebten lange Zeit unter seiner oft harten Herrschaft. Sie versuchen nun ihre erst jüngst gewonnene Unabhängigkeit zu sichern – und tun dies nach innen und nach außen verständlicherweise in erster Linie, wenn auch nicht ausschließlich in Sorge vor dem großen Nachbarn im Osten. Viele dieser Länder haben diesen Schutz bereits in der NATO und in der EU gefunden. Andere, wie Georgien oder die Ukraine, hoffen darauf. Der dritte Unterschied ist die natürliche Unsicherheit aller Länder der Region über die noch junge Identität und die Stabilität der noch neuen oder erneuerten Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit. Diese Unsicherheit verleitet zu unnötiger Aggressivität. Das gilt besonders für Russland.

Russland hat bis heute nur einen sehr ungenauen Begriff von sich selbst, insbesondere von seinen Grenzen. Es gab vor 1989 nie einen russischen Nationalstaat. Aus dem spätmittelalterlichen Moskauer Großfürstentum entwickelte sich nach den Zeiten der „Smuta“, den Zeiten der Wirren, das russische Imperium, das sich bis 1945 immer weiter ausdehnte. Die Grenzen Russlands darin, zum Schluss der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR) waren immer fiktiv. Sie waren Verwaltungsgrenzen innerhalb eines Landes, aber keine Landesgrenzen. Entsprechend haben die Menschen in Russland kein Verhältnis zu diesen Grenzen als dem Ende ihres Landes. An ihnen hört Russland nicht auf. Auch dahinter ist, gefühlt, immer noch das eigene Land. Wo es aufhört, ist unklar. Am stärksten ist dieses Gefühl in Bezug auf die Ukraine.

Russland war, bis 1945, ein Land, das sich ständig ausdehnte. Dabei herrscht die Vorstellung, man habe sich immer nur verteidigt. Grenzen sind im russischen Verständnis in erster Linie Militärgrenzen, Verteidigungslinien. Hier wir,

dort feindliches Land. Militärgrenzen brauchen Vorfelder. Wenn der Feind direkt an der Grenze steht, ist Verteidigung bei einem Angriff schon nur auf dem eigenen Territorium und unter großen Verlusten möglich. Der Angriff Deutschlands im Zweiten Weltkrieg hat für viele Menschen in Russland gezeigt, welches Leid das bedeuten kann. Auch daher gewinnt die Idee eines erneuten *Cordon sanitaire* für Eliten und Menschen in Russland Attraktivität und Plausibilität.

## Die „Russifizierung“ der sowjetischen Geschichte

Viele Russen, und das betrifft durchaus nicht nur die kremlnahen politischen und wirtschaftlichen Eliten, empfinden angesichts der hier beschriebenen Entwicklungen ein tiefes Gefühl der Ausgrenzung, genauer gesagt einer zweifachen Ausgrenzung.

Die meisten der Länder, die unter sowjetischer Herrschaft gelebt haben, entziehen sich, so sieht es jedenfalls aus russischer Sicht oft aus, durch ihren Westdrang der gemeinsamen Verantwortung für die sowjetische Geschichte, indem diese „russifiziert“ wird. So ist es ihnen möglich, sich vorwiegend als Opfer russischer Unterdrückung darzustellen. Die neu entstehenden nationalen historischen Narrative erzählen Geschichte zudem überwiegend als kollektive Geschichte. Für Russland und, wohl noch wichtiger, für die Russen (darunter auch die außerhalb Russlands in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken lebenden) bleibt darin oft nur die Täterrolle übrig. In den alten EU-Ländern ist verständlicherweise die Neigung zur Solidarität mit den Neumitgliedern und damit zur Übernahme ihrer Narrative groß.

Innerhalb der EU gibt es eine starke Tendenz, sich selbst mit Europa gleichzusetzen. Diese Versuchung ist besonders stark, wenn es um Werte geht. Die EU-Erweiterungskriterien sagen klar und offen, dass nur demokratische, liberale und freie Gesellschaften Mitglied der Union werden dürfen. Das wird vor dem Beitritt streng geprüft. Doch nicht alle Mitgliedsstaaten und schon lange nicht alle Beitrittskandidaten haben diese Reife. Nichtsdestotrotz sind einige Länder zweifelhafter

demokratischer Reputation bereits EU-Mitglied oder haben gute Chancen, es über kurz oder lang zu werden. Die Menschen in Russland schließen daraus also richtigerweise, dass es noch andere Gründe geben muss. Für Russland wird gleichzeitig eine Mitgliedschaft in der EU ausgeschlossen. Dafür lassen sich viele gute und kluge Argumente finden und Russland hat wohl selbst am meisten dazu beigetragen, dass das kein Thema (mehr) ist. Doch über den verbreiteten, damit einhergehenden und nach einer kurzen Pause in der 1990er Jahren erneuerten Mythos, Demokratie sei für Russland einfach nichts, wird das Land zum Gefangenen seiner autoritären und undemokratischen Vergangenheit gemacht – ohne Ausweg.

Der Aufruf von *Memorial* zur Gründung eines Internationalen Geschichtsforums zeugt aber noch von einem dritten, diesmal innerrussischen Ausschluss. Kritiker der offiziellen großrussischen Geschichtspolitik finden im Land selbst immer weniger Gehör. Das vorgeschlagene Forum kann auch ein Weg sein, einem vernünftigen und weniger ideologischen Umgang mit der jüngeren Geschichte in Russland selbst ein bisschen mehr Spielraum zu verschaffen. Denn frontal kann diese Initiative kaum angegriffen werden.

## Gemeinsamkeiten und Gegensätze

Angeblich haben Staaten keine Freunde, nur Interessen. Sollte das stimmen, spricht vieles für eine enge Zusammenarbeit zwischen Russland und der EU. Es ist auch nicht schwer, diese gemeinsamen Interessen in zahlreichen Äußerungen von PolitikerInnen aus der EU und aus Russland zu entdecken: der ständig steigende Handel, Flüchtlingsfragen, Grenzregime, Bildung, Kampf gegen internationales Verbrechen, Drogenschmuggel und Frauenhandel, Forschung oder Anti-Terrormaßnahmen. In all diesen und vielen anderen Bereichen kooperieren die EU und Russland auf einer alltäglichen Basis. Aber es ist mindestens ebenso leicht, Trennendes zu finden. Interessanterweise findet sich darunter nur wenig Neues. Die meisten Konflikte bestehen mindestens seit Ende der 1990er Jahre: Kosovo, die NATO-Osterweiterung, das Gleichgewicht der konventionellen Streitkräfte in Europa oder die

Beziehungen zur gemeinsamen Nachbarschaft im Osten.

Die EU-Russlandbeziehungen haben sich also unter Putin kaum geändert? Doch. In den 1990ern war Russland ein eher schwaches Land und die EU träumte davon eine Art „zivile Supermacht“ zu werden. Heute dagegen sind die meisten Russen und ihre Regierung davon überzeugt, dass Russland (fast) zu alter Stärke zurückgefunden hat, während sie die EU nach der Erweiterung in einer existenziellen Krise sehen. Russland ist ein wenig reicher und sehr viel selbstbewusster geworden. Die EU wurde viel größer, aber auch viel unsicherer.

Das Problem ist aber gar nicht so sehr Russlands Stärke, sondern dass Russland, die Wirtschaftskrise zeigt das besonders deutlich, noch immer zu schwach ist und vor allem sich selbst zu unsicher, um ein verlässlicher Partner sein zu können. Auch deshalb schikaniert es seine Nachbarn und deshalb sehen seine neoimperialistischen Versuche oft so unbeholfen aus. Der Krieg in Georgien war so gesehen eine Art Vorverteidigung. Es ging weniger um Georgien oder um den Schutz der Menschen in Südossetien und Abchasien. Grund waren vielmehr alte „Einkreisungsgänge“ und die *idée fixe* eines ewigen Messens an den USA.

Viele der Streitpunkte haben damit zu tun, dass die EU „östlicher“ geworden ist. Die neuen EU-Mitglieder (und ihre „Mitgliedschaft“ im Westen hat ja schon mit dem NATO-Beitritt vor mehr als 10 Jahren begonnen) in Mittelosteuropa mit ihrer langen Erfahrung als „russische“ Kolonien oder eines Lebens unter „russischer“ Herrschaft halten einen (historisch gerechten, aber nicht immer praktischen) Zorn gegen die vormaligen Unterdrücker. „Östlicher“ werden heißt für die EU zudem, näher an jene Gegend Europas zu rücken, die Russland, gerechtfertigter- oder ungerechtfertigterweise als sein „vitales Interessengebiet“ betrachtet. Das allein macht Konflikte, der Krieg in Georgien hat es gezeigt, erheblich wahrscheinlicher.



© European Commission

Begrüßung zwischen Wladimir Putin and Romano Prodi beim EU-Russland Gipfel 2003.

## Historische Traumata

Die politische Elite Russlands hat viel dafür getan, dass das Land heute im Westen erneut vorsichtig und skeptisch angesehen wird. Doch der bei vielen Menschen in Russland vorherrschende Eindruck, man sei in der EU nicht recht willkommen, hat durchaus handfeste Gründe. Die NATO soll einst ja gegründet worden sein, um „die Amerikaner drin (in Europa) zu halten, die Russen draußen und die Deutschen unten.“ Zynisch gesprochen dient die EU einigen der neuen Mitglieder dem gleichen Zweck. Das alles entschuldigt keine Demokratiedefizite in Russland, aber es erklärt viele Reaktionen der Menschen dort auf Kritik aus dem Westen und es macht es dem Kreml einfach, die öffentliche Meinung zu manipulieren.

Es gibt noch einen anderen historischen Widerspruch zwischen Russland und der EU, der die gegenseitige Verständigung schwierig macht. Das jeweilige Verständnis von Staatlichkeit und Nation bezieht sich auf unterschiedliche historische Traumata. Sie unterscheiden sich grundsätzlich, ja schließen sich eigentlich sogar aus.

■ Die EU ist die Antwort auf 300 Jahre europäischen Bürgerkrieg, der, unter deutscher Führung, in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in die Katastrophe führte. Die Antwort darauf heißt, dass Europa nur überleben kann, wenn die europäischen Nationen, die großen voran, freiwillig einen Teil ihrer Souveränität abgeben. Das funktioniert nun schon über 50 Jahre in den Augen der meisten EU-Bürger recht gut.

■ Russland dagegen leidet immer noch am Zusammenbruch der Sowjetunion (sprich: des „russischen Imperiums“). Und es gibt eine virulente Furcht, dass mit Russland das Gleiche passieren könnte. Putins Rezept dagegen ist die Konzentration von Souveränität in einem Zentrum, praktisch in einer Hand. Die meisten Russen sind heute davon überzeugt, dass Putin der richtige Arzt mit der richtigen Therapie war.

Diese beiden Konzeptionen unterscheiden sich aber nicht nur, sie bedrohen sich gegenseitig. Die EU verspricht ihren Nachbarn aktiv und durch ihre schiere Existenz, dass der Weg zu ihr auf die satte und sichere Seite des Lebens führt. Sie ist ein Werteimperium mit einer enormen, oft unterschätzten Anziehungskraft. Diese Kraft wirkt auch in der unmittelbaren russischen Nachbarschaft.

Hinzu kommt die in Russland verbreitete Überzeugung, dass die EU letztlich nicht funktionieren kann und wieder auseinanderbrechen wird. Dagegen spricht aus russischer Sicht der Vergleich mit der Sowjetunion, die als Vielvölkerreich oft mit der EU gleichgesetzt wird. Die Sowjetunion ist zwar nicht direkt an den Nationalismen ihrer Völker zugrunde gegangen, aber sie waren die Hefe, deren Gären die Blase letztendlich zum Platzen brachte. Der wichtigste Unterschied zwischen der EU und der Sowjetunion, hier Freiwilligkeit, dort Zwang wird dabei nicht ignoriert. Er spricht für viele Menschen in Russland und besonders die politischen Eliten gegen die EU. Nur die starke Hand, der staatliche Zwang wird auf Dauer für fähig gehalten, so heterogene und vielfältige Gebilde wie die EU und selbst die in hohem Maße vereinheitlichte Sowjetunion zusammenzuhalten. Das Ende der Sowjetunion war in dieser Sichtweise nicht das Ergebnis von zu viel, sondern von zu wenig Zwang. Gorbatschow gilt heute in Russland weithin als schwacher, inkompetenter Staatsführer, der nicht die Härte und die Stärke hatte, das Land weiter zusammen zu zwingen.

## Souveränität

Die russische politische Elite lehnt heute zwar das im Westen vorherrschende liberale

Demokratiemodell ab, bezieht sich aber nicht auf Denkschulen eurasiatischer Nationalismen, sondern auf den Souveränitätsbegriff, wie er auch bei Carl Schmitt zu finden ist: Sie ist antipluralistisch und antipopulistisch zugleich, frei nach der Schmittschen Demokratiedefinition der Identität zwischen den Herrschenden und den Beherrschten. Die Souveränität im Inneren ergibt sich auch durch die Macht über die Definition von Freund und Feind und das Vermögen der Entscheidung im Notfall. Putin verkörpert heute für viele Russen diese Identität.

Souveränität nach außen, also die Souveränität eines Staates, ist im Verständnis eines überwiegenden Teils der russischen Elite, aller verweise auf das Völkerrecht zum Trotz, kein Recht, das Nationen natürlicherweise haben, sondern eine Fähigkeit. Diese Fähigkeit hat etwas mit Größe zu tun (die meist als historische Leistung der Nation interpretiert wird) und mit Willen, also der Vitalität eines Volkes. Unter dieser Voraussetzung gibt es mit den USA, China und Russland nur drei wirklich souveräne Staaten auf der Welt. Drei weitere Entitäten haben aus russischer Sicht das Potenzial, souverän zu werden: Indien, Brasilien und die EU. Indien und Brasilien brauchen noch einige Zeit, um ihr Potenzial zu entfalten. Die EU scheitert aber am fehlenden Willen, sich von den USA zu emanzipieren und entweder eine Allianz mit Russland einzugehen oder zumindest eine Äquidistanz zwischen West und Ost zu wahren. Folgt man dieser Logik, kann der Entwicklungsweg der neuen Ost- und Mitteleuropäischen Demokratien für Russland kein Vorbild sein. Der Beitritt oder eine enge Anbindung an die EU (oder an die NATO/USA) sind zwar so gesehen eine Möglichkeit für kleinere Staaten wie Polen oder die baltischen Länder, nicht aber für Russland. Die Idee der staatlichen Souveränität wird der Idee der Demokratie als mindestens ebenso universell entgegengesetzt. Hier blinkt auch die Breschnjew-Doktrin der „eingeschränkten Souveränität“ wieder durch, diesmal als Naturgesetz.

### **Narzisstische Kränkung**

Wenn Wladimir Putin sagt, das Ende der Sowjetunion sei „die größte geopolitische Katastrophe

des 20. Jahrhunderts“, dann zeigt diese aus westlicher Sicht maßlos übertriebene Behauptung vor allem, wie tief die narzisstische Kränkung durch den tiefen Fall der Supermacht Sowjetunion war, als sich ihre Bewohner in den 1990er Jahren als Bürger eines schwachen Landes wieder fanden, dessen Regierung Befehle vom Internationalen Währungsfonds entgegen nehmen musste. Die Menschen in der Ukraine, in Polen oder in den baltischen Staaten haben neben großen wirtschaftlichen und sozialen Problemen und politischen Erschütterungen nicht nur das Versprechen einer demokratischen und freien Zukunft in einem vereinten Europa gehört, sondern haben schon in den 1990er Jahren wirkliche Schritte in diese Richtung erlebt. Die Tragik Russlands ist es, dass seine Bewohner die gewonnene Freiheit mit großer Armut, großer Ungleichheit, Krieg im eigenen Land und einer handlungsunfähigen Regierung bezahlen mussten.

Auf eben diesem Humus gedeiht der Putinismus, der das Land wieder zur belagerten Festung macht. „Wir“ sind erneut in der Lage, dem Westen die Stirn zu bieten. Es fehlt aber gegenüber der stalinistischen Variante des großen Ringens heute eine wesentliche Komponente. Die Auseinandersetzung wird weit weniger als ideologisch denn als zivilisatorisch-kulturell interpretiert. Es geht aus russischer Sicht darum, vom Westen nicht um das „Eigentliche“, das Eigene, das, was Russland „im Inneren“ ausmacht und was es positiv vom Westen unterscheidet, gebracht zu werden. Dieser Diskurs ist nicht neu, weder in Russland noch anderswo. Schon die Auseinandersetzung der Slawophilen mit den sogenannten „Westlern“ in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ging um die Frage, ob Russland dem westlichen Entwicklungsweg folgen solle, also Teil der „europäischen Zivilisation“ sei. Auch in Deutschland war diese Frage lange Zeit bestimmend. Noch Thomas Mann begründete in seinem während des ersten Weltkriegs geschriebenen „Betrachtungen eines Unpolitischen“, übrigens auch unter Berufung auf Fjodor Dostojewskij, der den Slawophilen in Russland nahe stand, den notwendigen Abwehrkampf Deutschlands gegen den Westen zum Schutz seines „inneren Wesens“.

## Großer Graben statt Eiserner Vorhang?

Zwanzig Jahre nach dem großen Umbruch ist Russland in einem seltsamen Zwischenzustand gefangen. Es kann sich weder entscheiden Freund noch Feind des Westens und damit der EU zu sein. Es schwankt zwischen Ablehnung und dem Wunsch nach Zugehörigkeit. Die Gegenwart und die Zukunft sprechen für eine Freundschaft, aber die Vergangenheit hält das Land in alten Freund-Feind-Schemata gefangen. Während diese Frage für die meisten Länder Europas entschieden ist, bleibt sie für einige wenige am östlichen Rand des Kontinents offen. Das bedeutet aber nicht, dass die EU diese Länder abschreiben sollte. Sie tut das auch nicht mit der Ukraine und Moldawien, mit Georgien, Armenien oder Aserbaidschan, ja nicht einmal mit dem widerspenstigen Lukaschenka-Belarus. Doch Russland ist in vieler Hinsicht ein anderes Kaliber. Das wissen die Russen und das spüren die EU-Europäer.

Die Isolation Russlands und die Selbstisolation des Landes sind zwei Seiten derselben Medaille. 1989 wurde der Eiserner Vorhang zerrissen. Das war ein Gemeinschaftswerk. Im Westen bekommt man oft den Eindruck, die Sowjetunion sei niedergedrungen und Russland so zu seinem Glück gezwungen worden. Ein erzwungenes Glück aber hält nicht lange. Schnell kommen Fragen und Zweifel, ob das alles so richtig sei. In Russland gab es zaghafte Versuche, das Ende der Sowjetunion und die Überwindung der Ost-West-Teilung der

Welt als eigenen Verdienst zu betrachten. Doch der gleichzeitige Verlust des Weltmachtstatus, der wirtschaftliche und soziale Niedergang des Landes vereitelten, dass sich diese Sichtweise durchsetzte. Ob und wann es eine nächste Chance gibt, kann niemand sagen. Eine erneute Abtrennung Russlands vom Rest Europas wäre aber sicher nicht förderlich.

Und es geht auch gar nicht. Wie Dmitrij Trenin das ausdrückt: „There will be no peace in Europe without the missing piece Russia.“ Oder anders: Es gibt keinen Frieden in Europa ohne Russland, aber mit Russland wird der Friede schwierig. Die Länder zwischen der EU und Russland dürfen nicht alleine gelassen werden. Auch ihnen gilt das große Versprechen von 1989. Wenn es nicht gelingt, Russland trotz aller Widerstände, trotz aller Ängste in ein gemeinsames Europa mit einzubeziehen, dann besteht die Gefahr, dass ein neues Zwischeneuropa entsteht. Man darf die Länder zwischen Russland und der EU nicht alleine lassen. Man darf aber auch nicht an ihnen zerren. Sie könnten zerreißen.

Aufseiten der EU zeigt sich in letzter Zeit oft eine große Müdigkeit. Das große Land im Osten ist einfach zu viel. Mögen sich die Amerikaner und die Chinesen mit den Russen um eine multipolare Welt prügeln. Die Europäer schaffen das nicht. Sie müssen aber. Sonst ist das Versprechen von 1989 nicht erfüllt.



**Jens Siegart** wurde 1960 in Salzgitter geboren. 1981-1989 studierte er Politikwissenschaft, Soziologie und Volkswirtschaftslehre in Marburg und schloss mit einem Politologie Diplom ab. Gleichzeitig engagierte er sich politisch vor allem in der Friedens-, der Anti-AKW-Bewegung und bei den Grünen. Ab 1993 arbeitete Siegart als Korrespondent in Moskau für deutschsprachige Radiosender und schrieb regelmäßige Beiträge für Zeitungen und Zeitschriften im deutschsprachigen Raum. Ab 1991 beriet und begleitete er Projekte der Heinrich-Böll-Stiftung in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. 1993 wurde Jens Siegart zum „Honorarkonsul“ der Stiftung in Russland. Seit 1999 ist er mit dem Aufbau und der Leitung des Länderbüros Russland der Heinrich-Böll-Stiftung in Moskau beschäftigt.

JURI DURKOT

## Geschichten aus der Ukraine

### Bilder von der Orangen Revolution

Von der Orangen Revolution bleiben mir heute zwei Bilder immer noch so frisch in Erinnerung, als ob das alles erst gestern passiert wäre. Das erste Bild stammt – wenn ich mich richtig erinnere – vom zweiten Tag. Meine Freunde und ich waren unterwegs zu einer Demonstration. Ich glaube, es ging darum, die örtliche Gebietsverwaltung im westukrainischen Lemberg unter Druck zu setzen. Die ersten Polizisten trugen bereits orangene Schleifen an den Ärmeln ihrer Uniformen, auf den Straßen war es voll und laut an diesem kalten Novemberabend. Die ersten Busse sputen sich nach Kiew, um die Menschen auf den Majdan zu bringen, der sich immer mehr mit Demonstranten füllte. Die Gerüchte, dass es unterwegs bereits Straßensperren gibt, konnten niemanden einschüchtern. Ganz Lemberg war in ein merkwürdiges helles sanftes Licht eingetaucht. Nicht sofort wurde mir klar, dass die damals sehr spärliche Straßenbeleuchtung nur ein Teil dieses Lichtes war. Es schien von den Menschen zu strahlen, von ihren orangenen Jacken und Schals, von ihren fröhlichen Gesichtern, von ihrem freundlichen Lächeln. Keine Angst in den Augen, keine angespannten und besorgten Blicke, obwohl es überhaupt nicht klar war, wie sich die Situation weiter entwickeln würde.

Das zweite Bild – wenige Tage später marschierte eine Gruppe von Kleinkindern auf der Straße. Die Kinder und ihre zwei Betreuerinnen waren auf dem Weg zum Spielplatz, es war wohl eine Kindergartengruppe, denn niemand schien das Schulalter erreicht zu haben. Alle Kinder waren etwa zwischen vier und sechs. Alle trugen orangene Schals und sangen „Zusammen sind wir viele...“, die Hymne der Revolution. Für die Kinder war es ein Spiel, sie verstanden nicht, was gerade in diesem Land los war, obwohl jede Familie zu Hause nur davon sprach. Was sie aber

sehr wohl spürten, war die Atmosphäre. Und die gefiel ihnen offensichtlich, sie wollten an diesem gemeinsamen Karneval auch teilhaben. Das Bild war so natürlich und deswegen so rührend, dass mir plötzlich klar wurde – wir werden gewinnen. Dieses alte verlogene Regime kann sich nicht länger halten.

### Fünf Jahre später

Fast fünf Jahre danach spricht kaum noch jemand mit Begeisterung über diese Zeit. Zu viele Erwartungen hat die Orange Revolution geweckt und zu viele Enttäuschungen haben die Folgejahre mit sich gebracht. Zumindest die ersten sechs Monate danach waren wir alle unglaublich stolz auf unser Land und auf uns selbst. Die Beobachter sprachen davon, dass die Orange Revolution für die Ukrainer die verspätete Revolution von 1989 war. Schließlich hat das Land damals die Freiheit nicht erkämpft, sie fiel mit dem Zerfall der Sowjetunion den Ukrainern 1991 unerwartet in den Schoß. Nun schienen die kühnsten Träume wahr zu werden. Jetzt hatten wir die Freiheit erkämpft. Überall in der demokratischen Welt bejubelt, glaubten wir an schnelle Reformen und wähten uns schon bald in der Europäischen Union. Doch es kam anders.

Die Bekämpfung der Korruption, 2004 ein zentrales Thema im Wahlkampf von Viktor Juschtschenko, ist auf dem Papier geblieben. Von der unabhängigen Judikative ist das Land heute genauso weit entfernt wie vor fünf Jahren. Für die Trennung von Wirtschaft und Politik wurde kaum etwas getan – die Verschmelzung der mächtigen Wirtschaftsklans mit der ukrainischen Politik ist kaum schwächer als in den frühen 2000ern. Damals, in den letzten Jahren der Amtszeit von Präsident Kutschma hat sich das Oligarchensystem endgültig durchgesetzt. Das Land scheint heute im Chaos zu versinken. Trotz immer größerer

Herausforderungen haben die politischen Eliten nur ihre Partikularinteressen im Auge und zeigen sich unfähig, ihre Macht- und Grabenkämpfe aufzugeben. Doch es wäre falsch zu behaupten, dass an dem Stillstand nur die Politiker die Schuld tragen. Zunächst war das allerdings ein sehr beliebtes Argument – die Gesellschaft ist viel besser als die Politiker. Doch das ist offensichtlich nicht der Fall. Die ukrainische Bürgergesellschaft erwies sich wieder einmal als zu schwach. Haben wir denn tatsächlich alles in den Sand gesetzt?

## Das Chaos als Merkmal ukrainischer Demokratie

Trotz aller Enttäuschungen, berechtigter Kritik und zahlreicher Unkenrufe hat sich das Land nach der Orangen Revolution stark verändert. Die mehr oder weniger freie Presse und demokratische Wahlen sind zwar für den Westen eine Selbstverständlichkeit, im postsowjetischen – oder soll man schon lieber sagen im neosowjetischen? – Raum ist es immer noch eine Ausnahmeerscheinung. Die Ukraine ist aufgestiegen – das Problem ist nur, dass man heute in einer eigenen Liga spielt, in der es keine Gewinner gibt und in welcher nicht mal eine Meisterschaft durchgeführt wird. Entweder steigt man weiter auf oder man steigt ab. Von allen Merkmalen einer Demokratie scheint das Land nur eins tief verinnerlicht zu haben – das Chaos.

Vieles funktioniert in der Ukraine immer noch nicht oder nicht so richtig. Die Müllentsorgung funktioniert ebenso schlecht wie die Entsorgung von korrupten und ungläubwürdigen Politikern. Die ausufernde Energieverschwendung wird aus unerklärlichen Gründen als Energieverbrauch bezeichnet. Die Korruption ist nicht nur salonfähig geworden, sondern man versucht sogar im Sinne des Neopositivismus dieser Plage etwas Positives abzuringen. Wäre die Korruption plötzlich weg, käme die ganze Wirtschaft zum Stillstand, argumentieren manche Politologen.

Das Land wird in der letzten Zeit sowieso von zahlreichen Plagen heimgesucht – von Naturkatastrophen wie Überschwemmungen und tornadoähnlichen Stürmen, von der Wirtschaftskrise,



© jf1234

*Eine Demonstrantin in Kiew steckt Rosen in die Schilde der Polizisten.*

von einer unerwartet ausgezeichneten Ernte, von ständigen Graben- und Wahlkämpfen immer wieder derselben Politiker und von der Fußball-europameisterschaft 2012.

## Pluralismus und Wettbewerb

Immerhin weist heute die Ukraine im Vergleich zu allen postsowjetischen Staaten ein großes Maß an demokratischen Tendenzen auf. Diese beschränken sich jedoch mehrheitlich auf den Pluralismus. Diesen Pluralismus findet man in der Politik, im ukrainischen Parteiensystem, in den gesellschaftlichen Diskussionen oder in der Medienlandschaft. Nach der Orangen Revolution herrscht in der Ukraine wieder ein Wettbewerb. Diesen Wettbewerb gibt es in der Politik, wo heute keine Partei (und keine Institution) die Alleinherrschaft in Anspruch nehmen kann. Die Wahlen sind – auch wenn oft auf Probleme hingewiesen wird – im Großen und Ganzen frei und demokratisch. Vielleicht noch wichtiger ist es, dass sie bisher immer wieder zum Machtwechsel geführt haben. So war es im Frühjahr 2006, als die oppositionelle Partei der Regionen nach langem Tauziehen die „orange“ Koalition ablösen konnte. So war es bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im Herbst 2007, als der Timoschenko-Block mit dem Bündnis Nascha Ukraina (Unsere Ukraine) von Präsident Juschtschenko wieder eine hauchdünne Mehrheit im Parlament bekommen hat. So wird es wohl auch bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen passieren – heute kann sich niemand mehr vorstellen, dass Juschtschenko mit Umfragewerten, die unter drei Prozent liegen, im Amt bleiben wird.

Die Wahlen etablieren sich nun in der Ukraine wieder als Instrument für den legitimen Machtwechsel. Das ist nicht nur von enormer Bedeutung für die Gesellschaft, es ist auch einmalig auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Denn fast überall in den Nachfolgestaaten des Sowjetimperiums werden heute Wahlen als ein etwas unangenehmes und aufwendiges Prozedere für den Machterhalt, für die „geordnete Machtübergabe“ oder für die Legitimierung des Nachfolgers gesehen, ein notwendiges Opfer an demokratische Traditionen für die Außenwelt.

Doch der Wettbewerb beschränkt sich nicht nur auf die Politik. Es gibt ihn auch in den Medien, die nach 2004 wieder frei von Zensur sind. Die Medien sind heute allerdings verstärkt wirtschaftlichen Abhängigkeiten und diversen Versuchen politischer Einflussnahme ausgesetzt. Auch Selbstzensur bei Journalisten und die Veröffentlichung von bezahlten Auftragsartikeln sind nicht selten. Trotzdem ist eine massive Manipulation der öffentlichen Meinung nicht mehr möglich. Aus diesem Grund war der Vorwurf, dass Kiew im letzten russisch-ukrainischen Gasstreit den „Informationskrieg“ verloren hat, unberechtigt. Die Ukraine hat den „Medienkrieg“ weder verloren noch gewonnen. Sie hat ihn erst gar nicht geführt. Und zwar nicht deswegen, weil sie dafür zu schwach oder zu ungeschickt war. Für einen „Medienkrieg“ braucht man gewisse Voraussetzungen – wie etwa die Propagandamaschine, die staatliche Kontrolle über den Großteil der relevanten Medien usw. Diese Voraussetzungen sind in der Ukraine nicht mehr gegeben.

Der Wettbewerb in der Medienbranche sorgt zwar nicht für absolute Medienfreiheit und Objektivität, aber bei fehlender Zensur immerhin dafür, dass dem Leser, dem Zuhörer oder dem Zuschauer die Möglichkeit geboten wird, sich aus verschiedenen Quellen zu informieren und sich sein eigenes Bild zu machen.

Auch in der Wirtschaft gibt es Wettbewerb, und zwar nicht nur zwischen den dominanten und finanzstarken Wirtschaftsgruppen und Clans, sondern auch innerhalb des in den letzten Jahren immer stärker gewordenen Mittelstands,

für den die gegenwärtige Krise stets mehr zu einer existenziellen Bedrohung wird.

Das grundlegende Problem ist allerdings, dass die für den Wettbewerb wichtigen Rahmenbedingungen nicht funktionieren. Auch die Akteure sind kaum bereit, sich an bestimmte Regeln zu halten. Das führt dazu, dass der Wettbewerb – als einer der Grundelemente einer Demokratie – fast zwangsläufig zu Chaos führt. Denn von zwei weiteren Grundelementen der Demokratie – Gewaltenteilung mit funktionierenden Institutionen und Bereitschaft zur gesellschaftlichen Konsensfindung – ist das Land immer noch weit entfernt. Gerichte werden im politischen Kampf weiterhin instrumentalisiert, der Präsident greift in die Kompetenzen der Regierung ein, die Verabschiedung von Gesetzen richtet sich sehr oft ausschließlich nach der momentanen politischen Zweckmäßigkeit, jede politische Kraft versucht, die Spielregeln zu ihren Gunsten zu ändern, und bei den Machtkämpfen haben die Politiker nur einen kurzfristigen Erfolg als Ziel vor Augen. Zusätzlich wird die Lage von klaren regionalen Unterschieden zwischen den einzelnen Landesteilen erschwert. Dass diese Unterschiede oft vereinfachend als Konflikt zwischen Ost- und Westukraine dargestellt werden und mit vielen Klischees behaftet sind, macht die Sache noch komplizierter. Bisher konnten die ukrainischen Eliten nicht mal in den für das Land strategisch wichtigen Fragen einen Konsens finden – bei den Verhandlungen mit Russland über die Gaslieferungen ebenso wenig wie bei der Festlegung der außenpolitischen Prioritäten.

Auch wenn die einzelnen Institutionen oder politischen Parteien – sei es der Präsident oder die Partei, die gerade regiert – gerne mehr Macht für sich beanspruchen würden, ist im politischen Wettbewerb die Verschiebung der Machtakzente zugunsten einer Partei oder Institution sehr schwierig. Politisch hat sich in der Ukraine ein Dreieck gebildet – die Parlamentsmehrheit/Regierung – die Opposition – der Präsident. In verschiedenen Situationen und abhängig von der aktuellen politischen Konstellation kann das Zusammenspiel zwischen diesen Institutionen etwas anders funktionieren. Grundsätzliche Gegensätze wird es aber bei diesem System zwi-



Grenze zwischen Polen und Ukraine.

schen Regierung und Opposition sowie zwischen Regierung und Präsident immer geben. So ist es nicht verwunderlich, dass das Verhältnis zwischen dem Präsidenten und dem Premier heute kaum besser ist, als in der Zeit der Janukowytsch-Regierung, obwohl Timoschenko und Juschtschenko eigentlich zum selben politischen Lager gehören. Die Beziehungen zwischen dem Präsidenten und der Opposition sind dagegen oft viel entspannter, da der Präsident in der Opposition häufig einen Verbündeten im Kampf gegen die allzu starke Regierung sieht.

Die im Dezember 2004 während der Orangen Revolution verabschiedete und Anfang 2006 in Kraft getretene Verfassung hat das politische System mit einem starken Präsidenten durch ein System mit zwei Machtzentren in der Exekutive und einem Wirrwarr der Kompetenzen ersetzt. Dieses System hat sich als nicht besonders funktionsfähig erwiesen. Mittlerweile sprechen alle politischen Parteien darüber, dass das Land eine neue Verfassung braucht. Jede Partei versteht darunter aber etwas anderes. Während der Präsident logischerweise seine Macht als Institution weiter ausbauen will und sich de facto die Rückkehr zu den alten Verhältnissen wünscht (dabei ist es eigentlich nicht so wichtig, wie der Präsident heißt), verfolgen andere politische Akteure ihre eigenen Ziele. In diesem partiellen Fall fallen die Interessen der Regierung und der Opposition zusammen – beide brauchen eher einen schwachen als einen starken Präsidenten.

Das angespannte Verhältnis und die gegensätzlichen Interessen im Dreieck „Parlaments-

mehrheit/Regierung – Opposition – Präsident“ sorgen zwar für ein labiles politisches Gleichgewicht, diese Konstellation bremst jedoch die Entwicklung des Landes. Gleichzeitig ersetzt sie die echte demokratische Gewaltenteilung und die notwendige Balance zwischen Exekutive, Legislative und Judikative. Eine Korrektur der ukrainischen Verfassung, die zahlreiche Gegensätze bereinigen würde, ist fällig. Da aber die Verfassungsänderung einen breiten Konsens fordert und die Interessen der dadurch betroffenen wichtigsten politischen Akteure so unterschiedlich sind, wird hier eine schnelle Reform kaum gelingen. Zudem besteht die Gefahr, dass die auf dem Kompromissweg beschlossenen Änderungen wieder so viele Widersprüche in sich bergen, dass sie das Land erneut in eine Sackgasse führen.

## Nostalgie nach dem Kommunismus?

Anfang 2004 bekam ich von einem Freund ein polnisches Buch mit dem kurzen Titel *Nostalgia* geschenkt. Im Taschenbuchformat, 2002 im polnischen Verlag Czarne erschienen, der bei uns damals beinahe einen Kultstatus genoss. Auf der im Sepia-Stil gestalteten Titelseite waren ein paar Straßenstände mit allerlei Ramschware vor einer Hausmauer zu sehen und ein überdimensionales Poster mit dem Porträt von Karl Marx. Der Untertitel lautete: „Essays über die Sehnsucht nach dem Kommunismus“.

In einem der Beiträge beschreibt der polnische Schriftsteller Pawel Smolenski eine Szene, die er Ende der 1990er Jahre im italienischen Skiort Bormio beobachtet hat. Es ist Mitte Januar, Zwischensaison, die Ferien in Italien haben noch nicht angefangen. Touristen gibt es also nicht sehr viele. Die meisten Gäste in den Kneipen, auf den Hängen und an den Skiliften sprechen polnisch. Vor zehn Jahren konnte sich das noch keiner vorstellen. An einem Tisch sitzen zwei Paare mittleren Alters, elegante Overalls, neue Skischuhe und Carving-Skier, die gerade in Mode kommen. Alles von Rossignol, alles neueste Modelle. Einer der Männer zahlt mit der Kreditkarte und sagt – offenbar an das bisherige Gespräch anknüpfend – „Unter dem Kommunismus war es besser“.

Dass dieser Satz offenbar von einem Vertreter des polnischen Mittelstands artikuliert wurde, hat Smolenski besonders überrascht. Wieso besser? Was war besser? Wo war es besser? Die Antwort auf die Frage, warum jemand dem Kommunismus nachtrauert, ist eigentlich gar nicht so einfach. Zumal wenn dieser Jemand in der neuen Gesellschaft nach der Wende durchaus erfolgreich ist.

Für Smolenski liegt einer der Gründe darin, dass die Grenze zwischen „Gut“ und „Böse“ unter dem Kommunismus sehr leicht zu ziehen war. Die Gesellschaft bestand aus zwei Teilen: Der eine Teil waren „wir“ (das Volk, die Gesellschaft, die Opposition) und der andere „sie“ (die Macht, die Partei, die Polizei). Die Gegenüberstellung war einfach, die Trennlinien waren klar (freilich gab es auch „Zwischentöne“, die aber auf das Gesamtbild keinen entscheidenden Einfluss hatten), man konnte sie fast ohne Nachdenken ziehen. Die Ideologie lieferte den Hintergrund, der alles zusätzlich simplifizierte und in „schwarz“ und „weiß“ aufteilte. Dass der Großteil der Gesellschaft „wir“ waren, war für Polen selbstverständlich. Heute, in einer Demokratie, sind die Grenzen zwischen „Gut“ und „Böse“ nicht mehr so klar. Die Nostalgie nach dem Kommunismus ist in der Tat eher eine Nostalgie nach einer Zeit, in der alles einfacher war. Wenn man in einer komplizierten Zeit lebt, sehnt man sich unterbewusst eine einfache wieder herbei.

Dieses Beispiel hat mich damals tief beeindruckt. Immer wieder habe ich mir die Frage gestellt, ob in der Ukraine eine solche Geschichte möglich ist. Dass es bei uns immer noch viele gibt, die der Sowjetzeit nachtrauern, ist klar. Es genügt ein Blick auf die Ergebnisse einer beliebigen Parlamentswahl – die Kommunisten sind erst 2002 als stärkste politische Kraft abgelöst worden. Die Anhänger der kommunistischen Ideologie sind heute zwar viel seltener geworden, aber offenbar bei weitem nicht so selten wie Bananen, westliche Zigaretten oder eine halbwegs gut schmeckende Zahnpasta damals in der Sowjetunion. Allerdings sind das vor allem die Verlierer der Wende oder diejenigen, die sich für solche halten. Vielleicht auch noch diejenigen, die aus ideologischen Gründen den Zerfall des Sowjetimperiums als die

größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts sehen. Aber jemand vom Mittelstand? Ich versuchte, mir immer wieder die Situation vorzustellen. Ich ging die imaginäre Liste meiner Bekannten durch. Nichts. (Damals fuhren allerdings kaum Ukrainer zu einem Skiurlaub in die Alpen.) Vielleicht war der Mittelstand zu schwach. Vielleicht hatte ich einfach die falschen Bekannten. Vielleicht aber auch hat sich aber das Land insgesamt noch zu wenig vom Kommunismus entfernt.

## Mangelnder Elitenwechsel

In seinem Buch *Die reale und die imaginierte Ukraine* teilt der ukrainische Publizist Mykola Rjabtschuk die Nachfolgestaaten der Sowjetunion in drei Gruppen auf. In die erste ordnet er die drei baltischen Länder Estland, Lettland und Litauen ein. Dort waren die Bürgergesellschaften stark genug, um nach dem Zerfall der Sowjetunion die Kontrolle über den Staatsapparat zu übernehmen und den autoritären Staat in einen liberal-demokratischen zu verwandeln. Als in diesen Ländern einige Jahre später – genauso wie in vielen anderen osteuropäischen Staaten – die Postkommunisten wieder an die Macht kamen, waren die gesellschaftlichen Umgestaltungen schon weit genug vorangeschritten. Der Weg zurück in die Vergangenheit war nicht mehr möglich. In der zweiten und in der dritten Gruppe kam es dagegen nie zu einem Machtwechsel. Die zentralasiatischen Republiken Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan kannten in ihrer Geschichte kaum zivilgesellschaftliche Traditionen. Deswegen verwandelten sich diese Staaten nach dem Zerfall der Sowjetunion recht schnell in unterschiedliche orientalische Despotien. Die Ansätze von Bürgergesellschaften wurden dort im Keime erstickt. In den europäischen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion wie der Ukraine, Moldawien und Weißrussland im Westen; Georgien, Armenien, Aserbaidschan im Kaukasus oder auch in Russland war weder die Gesellschaft stark genug, um den autoritären Staat zu beherrschen und ihn in eine liberale Demokratie zu transformieren, noch der Staat, um die noch schwache Bürgergesellschaft vollständig zu unterwerfen.

Diese Situation führte laut Rjabtschuk zum Entstehen eines gewissen Pluralismus. Die kommunistischen Eliten waren nicht mehr imstande, die Lage alleine zu kontrollieren, ein Kompromiss war nötig. In der Ukraine ging die alte Parteionomenklatura diesen Kompromiss mit den Nationaldemokraten ein, konnte sich aber nach einer kurzen Phase wieder durchsetzen.

Die ukrainische Gesellschaft, vom sowjetischen System besonders stark geprägt, war in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit nicht reif genug, um eine unumkehrbare Wende zur Demokratie zu schaffen. In der ersten Phase des labilen Gleichgewichts zwischen den Nationaldemokraten und den postkommunistischen Eliten unter Präsident Krawtschuk (1991-1994) waren die demokratischen Umgestaltungen inkonsequent und halbherzig. Die Folgen dieser unentschlossenen Politik, die Krawtschuk schließlich zum Verhängnis wurde, waren der Ausbruch der Wirtschaftskrise und die Eskalation innenpolitischer Spannungen, die in den separatistischen Tendenzen auf der Krim gipfelten. Zusätzlich wurde die Lage durch das schwierige Verhältnis zu Russland verkompliziert.

Da es in der Ukraine nach der Unabhängigkeit nicht zu einem Elitenwechsel gekommen war, blieben die demokratischen Reformen Stückwerk. Nach dem Wahlsieg Leonid Kutschmas im Jahr 1994 wurden allmählich die ehemaligen KP-Funktionäre aus der Krawtschuk-Ära durch die viel pragmatischere junge Garde der Nomenklatura ersetzt. Auch hier kann man nicht von einem „Elitenwechsel“ sprechen, es war ein „fließender Übergang“. Zwar wurden einige Wirtschaftsreformen eingeleitet, doch die demokratischen Umgestaltungen stockten an breiter Front und wurden in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre Schritt für Schritt zurückgenommen. Die ukrainische Verfassung von 1996 zementierte eine zentralisierte vertikale Hierarchie mit einigen Elementen der regionalen Selbstverwaltung. Insbesondere in der zweiten Amtszeit von Präsident Kutschma (1999-2004) entfernte sich die Ukraine immer weiter von demokratischen Standards weg – hin zu einem zunehmend autoritär geführten Staat. Diese Entwicklung ging mit einer anderen Tendenz in

der ukrainischen Gesellschaft einher – mit dem Aufstieg der wenigen Finanz- und Wirtschaftsgruppen, die zu ihrem Reichtum in erster Linie durch Gashandel kamen. Dabei wusste sie ihre Nähe zur Politik zu nutzen.

Nach und nach verdrängten sie die alte postkommunistische Parteionomenklatura, konnten sich durch nicht selten dubiose Privatisierungen weiter bereichern, kamen in den Genuss von zahlreichen Privilegien, Präferenzen, Steuererleichterungen und Monopolkonzessionen und konnten auf diese Weise mit der Zeit ihre Kontrolle über weite Teile der ukrainischen Wirtschaft etablieren. Die Beobachter sprachen immer öfter von einem Oligarchensystem, für welches die Macht der wenigen finanz- und wirtschaftsstarken Clans und eine enge Verschmelzung zwischen Wirtschaft und Politik kennzeichnend war. Genauso typisch für ein solches System sind aber auch die weit verbreitete Korruption, das Fehlen einer unabhängigen Justiz, einer funktionierenden Gewaltenteilung und unabhängiger Medien. Trotzdem konnten sich in dieser Zeit auch Ansätze einer Zivilgesellschaft entwickeln, die – wie bald klar wurde – viel stärker waren als im benachbarten Russland oder anderen Nachbarländer im post-sowjetischen Raum.

Auch die Orange Revolution stellte in diesem Sinne keinen klaren Bruch mit der Vergangenheit dar. Wieder kam es nicht zu einem „Elitenwechsel“. Obgleich landesweit zahlreiche Beamte ausgewechselt wurden, entstammten die neuen Funktionäre demselben Milieu. Für die alten Machenschaften wurde kaum jemand zur Rechenschaft gezogen – weder für Wahlfälschungen noch für dubiose Privatisierungspraktiken noch für Verfolgungen von Journalisten. So sind die Auftraggeber des Mordes an Georgi Gongadse auch heute noch unbekannt.

In der Ukraine hat sich eine Art politische Kaste etabliert, die zwar verbitterte Machtkämpfe führt (das betrifft sowohl die nationale als auch die regionale Ebene), bei denen aber die Parteizugehörigkeit keine entscheidende Rolle spielt. Es kommt zwar immer wieder zu einem Machtwechsel, die Grundlagen der Politik, die sich in



*Parlamentswahlen: Demokratie gedeiht in Dnipropetrovsk unter dem wachsamen Auge von Kommunismus und Kapitalismus.*

ein Instrument zur Selbstbedienung und persönlichen Bereicherung verwandelt hat, bleiben jedoch unangetastet. Bei allen Politikern sind zu viele Leichen im Keller, als dass sie ein ernsthaftes Interesse haben könnten, das System zu ändern. Die Kluft zwischen Politik und Bürgern ist enorm geworden. Es wird zumindest kurzfristig sehr schwierig sein, diese Situation zu ändern. Viel wahrscheinlicher ist die Fortsetzung des Chaos und nur kleine und mühsame Schritte in Richtung Demokratie.

## Dialog mit der EU

„Wenn der Prinz Charles zum Skilift kommt, muss er hinten anstehen, wie jeder andere auch. Das ist das schöne an einer alten Demokratie“, wie der Schweizer Autor Martin Suter mit viel Witz und Ironie in einer Geschichte aus seinem Band *Business Class* schreibt. In der Ukraine hätte Prinz Charles nicht hinten anstehen müssen. Das tun auch viele, die „da oben“ angekommen sind, nicht. Wozu dann noch solche Kleinigkeiten wie Verkehrs- oder Verhaltensregeln beachten? Dafür ist die ukrainische Gesellschaft in ihrer Psychologie zu unsozial und unsolidarisch. Sind das vielleicht die entscheidenden Gründe, warum es von Anfang an so schwer war, einen richtigen Dialog mit der EU aufzubauen?

Zwar hat die Ukraine den außenpolitischen Kurs auf eine vorsichtige Annäherung an den Westen unmittelbar nach ihrer Unabhängigkeit eingeschlagen. Und bereits 1996 wurde die Integration in „europäische und euro-atlantische

Strukturen“ zum ersten Mal als strategisches Ziel definiert. Die ständige Politik des Lavieren zwischen Moskau und Brüssel, vor allem aber die innenpolitischen Entwicklungen in Kiew ließen bei den Europäern eine immer größere Skepsis aufkommen. Da die Europäische Union aber keine richtige Strategie hatte, war man in Brüssel vielleicht sogar klammheimlich froh – man musste nur reagieren. Das Potenzial des 1993 unterzeichneten und 1998 in Kraft getretenen Partnerschaft- und Kooperationsabkommens wurde bei weitem nicht ausgeschöpft. Erst nach 2004 kam mehr Bewegung in die Beziehungen.

Doch auch heute ist es für die EU schwierig, eine klare Strategie zu finden. Viel Spielraum hat Brüssel nicht. Es wäre sicherlich falsch, die Ukraine als einen hoffnungslosen Fall und ein im Chaos versinkendes Land abzuschreiben. Dieser Ansatz findet glücklicherweise nur wenige Anhänger innerhalb der EU, obwohl die Unberechenbarkeit der ukrainischen Politik die Arbeit der „proukrainischen“ Lobby unheimlich erschwert. Drei Bereiche wären in der nächsten Zeit für die Intensivierung der Zusammenarbeit besonders wichtig – der Ausbau des Programms der Östlichen Partnerschaft (im breiteren Sinne), die aktive Beteiligung an der Modernisierung des ukrainischen Pipelinesystems und reale Schritte zur Umsetzung des Abkommens über die Erleichterung des Visaregimes. Bei der Östlichen Partnerschaft könnte mittelfristig als Option die Aufstockung der Finanzmittel für diverse Bereiche in Aussicht gestellt werden. Eine äußerst schwierige Aufgabe wird es sein, Russland davon zu überzeugen, dass die Pipelinemodernisierung nicht gegen russische Interessen gerichtet ist. Der Widerstand aus Moskau wird aber den Europäern ein nicht geringes Maß an politischen Willen und eine gemeinsame Strategie abverlangen. Die reale Verbesserung des Visaregimes müsste zumindest eine deutliche Entbürokratisierung der EU-Konsulate in der Ukraine und klare Fortschritte bei den Grenzkontrollen beinhalten. Leider sendet die Ukraine selbst in allen drei Bereichen ziemlich diffuse Signale.

## Das Visaproblem

Paradoxerweise haben sich die Reisemöglichkeiten für die Ukrainer nach der Unabhängigkeit kontinuierlich verschlechtert. In den ersten Jahren durfte man in die ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes ohne Visum einreisen, die Auflagen für westeuropäische Staaten waren nicht besonders streng. Mit der Zeit hat sich das geändert – nach und nach wurden immer strengere Regeln für Visumvergabe verordnet, die Nachbarländer haben die Visumpflicht eingeführt – zuletzt Polen und Ungarn im November 2003. Mittlerweile arbeiten hunderttausende Ukrainer legal und illegal in Süd-, West- und Osteuropa – ob Spanien, Portugal, Italien, Tschechien, Griechenland oder Polen. Kurz nach der Orangen Revolution brach in Deutschland der Skandal um die Visaaffäre aus, der in aller Deutlichkeit zeigte, wie leicht sich das Problem im innenpolitischen Kampf instrumentalisieren lässt. Die Abschaffung der Visumpflicht für EU-Bürger im Mai 2005 war ein absolut richtiger Schritt, er konnte aber die EU kaum zur Lockerung der Vorschriften bewegen. Allenfalls das vor ein paar Jahren in Kraft getretene Abkommen über die Visaa erleichterungen brachte einige Verbesserungen. Zwar beteuern die Konsulate, dass die Anzahl der Ablehnungen seitdem gesunken und die Anzahl der vergebenen Visa gestiegen ist, aber hier ist es ähnlich wie mit der Inflation – die statistische Rate unterscheidet sich deutlich von der gefühlten.

## Festung Schengen

Als ich im Januar 2008 an die ukrainisch-polnische Grenze kam, wirkte der Grenzübergang fast unheimlich. Die großen und leeren Hallen, deren Zweck mir auch schon früher nicht klar war, mehrspurige überdachte Abfertigungszone, zusätzlich ein Korridor für Fußgänger, auf beiden Seiten durch einen hohen und an vielen Stellen kaputten Zaun umzäunt. Das Reich der Schmuggler und Kofferhändler. Doch der Grenzübergang war total leer. Kein Mensch, kein Auto. Vor wenigen Wochen ist Polen dem Schengener Abkommen beigetreten.

Für viele Menschen in der Region brach die Welt zusammen. Die ukrainischen Kofferhändler,

die ihr Lebensunterhalt mit dem kleinen legalen und illegalen Handel verdient hatten, saßen plötzlich ohne Schengener Visum und ohne Arbeit da. Und sahen mit immer größerer Wut tatenlos zu, wie polnische Pendler, die ja kein Visum für die Ukraine brauchten, nach wie vor Geschäfte machten. Einen anderen Job gab es für sie in dieser Region sowieso nicht. Polnische Großhändler meldeten Umsatzeinbrüche von bis zu 70 Prozent, selbst der Busverkehr war zusammengebrochen, weil die Fahrer nicht rechtzeitig ein Visum bekommen hatten.

Mittlerweile hat sich die Situation „normalisiert“. Es gibt wieder Schlangen, die sich nach einem kaum erkennbaren Prinzip in Bewegung setzen und wieder zum Stehen kommen. Wie viel Zeit man dort verbringt, lässt sich kaum voraussagen. Es kommt auf die Laune der Grenzbeamten, der Zöllner und vielleicht auf Glück an. Die Busfahrer haben mittlerweile ihre Visa. Die Lastwagenfahrer auch. Und selbstverständlich auch die Kofferhändler. Sie haben sich ihre Schengen-Visa über eine Vermittlungsagentur für 200 Euro besorgt. Bei einem offiziellen Preis von 35 Euro. Die neue Schengen-Regelung ist zu einem Inflationfaktor geworden. Um den Kulturaustausch machen sich Organisatoren von zahlreichen Jugendbegegnungen und Festivals große Sorgen. Immer wieder hört man, wie in Kiew ein Chor vorsingen oder eine Kindergruppe vortanzen muss, um das Visum zu bekommen. Und manch eine Theatertruppe hat schon ein Festival in der Festung Schengen versäumt.

## Zwanzig Jahre danach

Im März bin ich mit meiner Familie in den Skiurlaub nach Österreich aufgebrochen. Genauso wie im vergangenen Jahr haben wir uns für die Route über Ungarn entschieden. Damals haben wir an der Grenze nur eine halbe Stunde stehen müssen. Auch der Grenzübergang in Tschop ist die Domäne von Kofferhändlern. Sowohl von ukrainischen als auch von ungarischen. Die Schlange ist nicht sehr groß, aber sie bewegt sich kaum. Ein paar Geländewagen mit ukrainischen „Prinz Charles“ samt Verwandten, alles örtliche Kennzeichen, fahren an der Schlange

vorbei. Der ukrainische Grenzposten ist an einem Ufer der Theiß, der ungarische am anderen. Dazwischen eine alte Brücke, auf welcher man nur einspurig fahren kann. Als wir die Passkontrolle auf der ukrainischen Seite hinter uns haben, verbreitert sich die Straße auf einem kurzen Stück von vielleicht 150 Metern, bis sie dann nach einer Kurve in die Brücke mündet. Da beginnt ein richtiges Rennen. Wir werden von einigen Autos mit ungarischen und ukrainischen Kennzeichen überholt. Es scheint, als ob alle auf der Flucht vor etwas sind. Tatsächlich geben alle Vollgas, um ein paar Plätze in der Schlange gut zu machen. Nun bewegt sich wieder nichts mehr, dann geht es wenige Meter nach vorne, dann wieder nichts. Als wir nach drei Stunden bei der ungarischen Grenz- und Zollkontrolle ankommen, verstehe ich, was los ist. Der junge ungarische Zöllner lässt sich offenbar Zeit – er verschwindet mal hin und wieder im Zollhäuschen, dann läuft er gelangweilt um das nächste Auto herum. Fremdsprachen spricht er keine, auf Englisch reagiert er gar

nicht, zwei Wörter hat er sich auf russisch angeeignet – „Kapot“ (Motorhaube) und „Bagaschnik“ (Kofferraum), die anderen sind international – Zigaretten, Alkohol, Passport. Wir sind Nichtraucher, Alkohol haben wir auch nicht dabei. Das ist schon das Ende der kleinen Unterhaltung. Mein Sohn spielt auf dem Rücksitz gelangweilt Schach mit sich selbst, das kleine Schachbrett auf dem Schoß. Mit der ganzen Skiausrüstung sehen wir irgendwie nicht wie Kofferhändler aus, trotzdem werden die Kotflügel und das Dach unseres VW-Golfs nach Zigaretten und Alkohol überprüft. Zumindest tut der junge Zöllner so, als ob er das penibel überprüfen würde. Schließlich weiß man ja nie, was man von diesen Ukrainern erwarten soll. Der Mann zeigt mit seinem ganzen Auftreten ganz deutlich, wer hier das Sagen hat. Nach weiteren zehn Minuten, in denen gar nichts passiert, dürfen wir weiter fahren. Die Kontrolle hat funktioniert. Willkommen in der Europäischen Union. Zwanzig Jahre danach.



**Juri Durkot** (1965) studierte Germanistik an der Universität Lemberg. Anfang der 1990er Jahre arbeitete er als freier Journalist mit österreichischen Zeitungen zusammen. Von 1995 bis 2000 war Juri Durkot Pressesprecher der ukrainischen Botschaft in Deutschland. Seit Oktober 2000 ist er als freier Journalist, Publizist, Übersetzer und Produzent tätig. Er hat zahlreiche Artikel veröffentlicht sowie politische Berichte und Analysen verfasst. Neben Produktionen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (BR, WDR, SWR u.a.) hat er zahlreiche Kommentare für den Hörfunk vorbereitet. Im Suhrkamp-Verlag sind in Übersetzung von Juri Durkot u.a. *Die reale und die imaginierte Ukraine* von Mykola Rjabtschuk sowie *Kult* von Ljubko Deresch erschienen.



Als 1989 der Kommunismus in Mittel- und Osteuropa zusammenbrach, schien der Weg offen für die Wiedervereinigung eines geteilten Europas. Die Begeisterung für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union war groß unter den Nationen des früheren sowjetischen Blocks. Innerhalb eines Jahres wurde die Deutsche Demokratische Republik ein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland, ein Jahr später war die Autonomie der baltischen Staaten und der Ukraine wieder hergestellt. Während die Desintegration der Sowjetunion sich auffallend ruhig vollzog, ging alles falsch in Jugoslawien, wo ethnische Konflikte zu einem zehnjährigen blutigen Bürgerkrieg (1991-2001) und dem Auseinanderfallen des Landes führten.

2004 wurden Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn Mitglieder der Europäischen Union. Rumänien und Bulgarien folgten drei Jahre später. Zwanzig Jahre nach dem Fall des Kommunismus in Europa hat die Europäische Union zehn postkommunistische Mitgliedstaaten – elf, wenn man die frühere DDR mitzählt. Dies heißt aber noch lange nicht, dass die „Wiedervereinigung Europas“ erfolgreich abgerundet ist.

Viele postkommunistische Staaten ringen noch immer mit ihren neuen Identitäten, die Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawien haben, mit Ausnahme von Slowenien, ihren Weg in die Europäische Union noch nicht finden können und sind noch zu keiner nachhaltigen Versöhnung gekommen. Die Ukraine und die Länder des Südkaukasus sind noch nicht zu stabilen Demokratien geworden und ihre Perspektiven auf EU-Mitgliedschaft sind praktisch nicht existent. Belarus ist von den Veränderungen in seinen Nachbarländern weitgehend unberührt geblieben und Russland, letztlich, hat nicht den erhofften Fortschritt auf dem Weg zur Demokratie gemacht und hat ein oft problematisches Verhältnis zur Europäischen Union und anderen Nachbarn entwickelt.

Wo stehen die postkommunistischen Staaten Ost- und Mitteleuropas und des Westbalkans heute in Europa? Welche Rolle hat das Vorbild der Europäischen Union die letzten zwanzig Jahre gespielt? Wie hat der Eintritt der postkommunistischen Staaten die Europäische Union und ihre Politik beeinflusst? Wie sehen sich die postkommunistischen Länder selbst in zwanzig Jahren? Und, schließlich, auf welchen Zielen und Werten sollte Europas Zukunft beruhen?

**Heinrich-Böll-Stiftung**  
Europäische Union, Brüssel

15 Rue d'Arlon – B-1050 Brüssel – Belgien  
P +32 2 743 41 00 F (+32) 2 743 41 09 E [brussels@boell.eu](mailto:brussels@boell.eu) – [www.boell.eu](http://www.boell.eu)

